

5. BUNDESPARTEITAG

CDU



KÖLN · 28. - 30. MAI 1954

Halten Sie Schritt

und bleiben Sie wettbewerbsfähig
durch moderne
Werkzeugmaschinen



DREHBÄNKE · FRÄSMASCHINEN · SCHLEIFMASCHINEN

LUDW. LOEWE & CO. A.G. BERLIN NW 87

574/0



Der Parteivorsitzende spricht in Köln

Zum Geleit

Der Parteitag in Köln hat die Christlich-Demokratische Union in der Stärke und Geschlossenheit gezeigt, die ihrer inneren Einheit entspricht. In Köln wurde wieder deutlich, daß die Union eine Partei ist, die sich durch sachliche Arbeit das Vertrauen unseres Volkes erworben hat, und deren innere Kraft darin besteht, daß sie die Aufgaben ihrer Politik in größeren Zusammenhängen sieht.

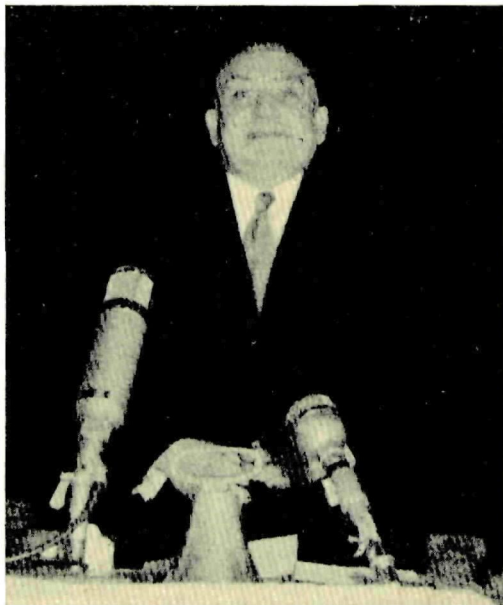
Die Vertiefung der Tagesarbeit, die eine entscheidende Forderung gerade unserer Partei ist und die ihr als Verpflichtung aus ihrer Gründungszeit auferlegt ist, ist notwendig, weil die Lage Europas und der Welt in den letzten Jahrzehnten eine tiefgreifende Veränderung erfahren hat. Die großen Katastrophen des Jahrhunderts haben politisch, wirtschaftlich, soziologisch und geistig eine völlig neue Lage geschaffen. Von dieser Tatsache müssen wir bei der Arbeit der kommenden Jahre ausgehen.

Der Verlauf des Parteitages mit seinen grundlegenden, geistig weitgespannten Referaten und der erfreulichen Beteiligung der Delegierten in den Aussprachen hat die an diese Jahresversammlung der Christlich-Demokratischen Union geknüpften Erwartungen erfüllt. Mein Wunsch ist, daß dieser Parteitagebericht weiten Kreisen die Möglichkeit gibt, dem Inhalt der wertvollen Referate die vertiefte Aufmerksamkeit zuzuwenden, die sie verdienen. Denn über den Augenblick hinaus und weit über die Zahl der Parteitagsteilnehmer hinaus sollen die Gedanken der Vorträge weiter wirken, weil sie aus fundiertem Wissen und in ernster Verantwortung dem Wiederaufstieg unseres Volkes und Vaterlandes in einem freien und starken Europa dienen wollen.

Politische Tageserfolge können im Bewußtsein eines Volkes verblasen. Was aber bleibt und weiter wirkt, ist die Kraft und Geschlossenheit einer Haltung, hinter der eine Idee steht. Professor Höflner hat sie in Worte gefaßt:

„Nach christlichem Verständnis ist die staatliche Gewalt weder Gott noch Dämon, sondern — nach den Worten der Schrift — Gottes Dienerin zu Deinem Besten.“

Höflner



Parteitagspräsident Johnen, M. d. L.

Besinnung auf die Grundlagen

Der fünfte Parteitag der Christlich-Demokratischen Union in Köln hat seine besondere Aufgabe erfüllt: Die Anforderungen der Tagespolitik abzustimmen auf die Linie ihrer grundlegend gewonnenen Erkenntnisse, wie sie sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre immer klarer abzuzeichnen beginnen.

Nach der stürmischen Aufwärtsbewegung des christlich-demokratischen Gedankens im deutschen politischen Raum, wie sie sich bei den Septemberwahlen des vergangenen Jahres bekundete, war das Bedürfnis nach einer Festigung und Ordnung des politischen Ideenbereiches verständlich. Das Programm zeigte die gegebenen Blickpunkte der Kölner Tagung: Die CDU in der geistigen Gesamtstruktur unserer Zeit, eine Klarstellung und Abgrenzung, wie sie Dr. Ehlers mit der ganzen Prägnanz seiner Sprach- und Gedankenkraft traf, Deutschlands außenpolitische Situation, wie sie nach der aktuellen Seite hin Dr. Adenauer, in zeitgeschichtlicher Vertiefung und Einordnung Dr. Gerstenmaier kennzeichneten, das Bild der deutschen Wirtschaft, wie es diesmal in Weltverflechtung Präsident Abs und als Diskussionsredner Dr. Etzel und Dr. Erhard eindringlich sichtbar machten, der christliche Sozialbegriff, vom Menschen her durch Professor Höffner geistig geformt, die gesamtdeutsche Verpflichtung, aufgerufen durch Jakob Kaiser, und dann ein nicht nur wissenschaftlich, sondern auch soziologisch interessanter Überblick über die Situation der deutschen Landwirtschaft, umrissen von berufenster Seite, Bundesminister Lübke, ein Überblick über die Arbeit der neuen Bundestagsfraktion von Dr. von Brentano sowie eine eindrucksvolle Heraushebung der brennendsten Probleme des größten der Länder, das auch den Parteitag zu Gast geladen hatte, Nordrhein-Westfalen, dessen Ministerpräsident Arnold selbst das Wort nahm.

In diesen Referaten von beachtlicher Klarheit und Wirklichkeitsnähe und in Diskussionen, die vor allem in der Außenpolitik zu einer betonten Akzentuierung der hier gewonnenen Erkenntnisse — und Besorgnisse führten, wurde die Absicht des Parteitages in vollem Umfange erreicht. Auch in Köln zeigte sich wieder: Die Christlich-Demokratische Union ist eine Partei, die auf Grund einer nicht nur deklamatorisch, sondern tatsächlich vorhandenen (weil bewährten) Verantwortungsgemeinschaft schon in sich und immer von neuem die Voraussetzungen für politisch tragfähige Lösungen bietet. Und das bei einer besonders weit gespannten Schichtung der Anhängerenschaft, wie sie in den verschiedenen Diskussionen auch zu nützlichem Ausdruck kam. Diese innere Stabilität, die in wesentlich kleineren, aber nicht von innen her gebundenen Parteien fehlt und dort durch ihr Fehlen auf Parteitagen zu äußeren Dissonanzen führt, ist geradezu das Charakteristikum der Union geworden.

Der Kölner Parteitag fand, das hat Dr. Adenauer immer wieder und mit letztem Ernst des Wissenden hervorgehoben, in einer Zeit gefährlichster Hochspannung der Weltpolitik statt. Es war eine eigenartige Schicksalsfügung, daß gleichzeitig die MRP in Frankreich, die dortige christliche Partei, sich mit Nachdruck zur Notwendigkeit einer europäischen Lösung mit der Konsequenz der Vertragsratifizierung bekannte, und daß auch die französischen Sozialisten zum gleichen Zeitpunkt zur gleichen Notwendigkeit in gleicher Weise Stellung nahmen. Der Vertreter der MRP in Köln, der Abgeordnete Henri Meck, hat sich in Köln mit leidenschaftlichen Worten

für das Zusammenwirken der christlichen Parteien in Europa und für Europa eingesetzt. Namhafte Vertreter dieser Gruppen auch aus Belgien, Holland, Italien, Norwegen, Österreich und der Schweiz bekannten sich zur Solidarität und den überall gleichen Grundlagen einer politischen Arbeit aus christlicher Verantwortung.

Dieses Hervortreten christlicher europäischer Politiker gab dem Parteitag ein um so beachtlicheres Gepräge, als z. B. nach der Bekundung Dr. von Brentanos in seinem Bericht über die Arbeit der neuen Bundestagsfraktion auch in Straßburg sich immer deutlicher eine überstaatliche Fraktionsbildung abzuzeichnen beginnt. Hier liegen Entwicklungsnotwendigkeiten vor, zu denen sich die CDU in Köln besonders nachdrücklich bekannt hat.

In einer großen öffentlichen Kundgebung, auf der neben dem Bundeskanzler Ministerpräsident Arnold, die Bundesminister Schäffer und Dr. Tillmanns sowie die Abgeordnete Frau Dr. Rehling das Wort nahmen, wurden diese Gedanken auch einer breiteren Kölner Öffentlichkeit nahegebracht. Zugleich war hierdurch ein bedeutsamer Auftakt für die Landtagswahlen gegeben.

Erster Tag: Freitag, 28. Mai 1954

P A R T E I V O R S T A N D

U N D P A R T E I A U S S C H U S S

Mit der Sitzung des Bundesparteivorstandes begann der Parteitag.

Auf der Sitzung des Parteiausschusses der Christlich-Demokratischen Union wies der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Dr. Adenauer, auf die Bedeutung des Parteitages gerade im gegenwärtigen Augenblick hin. Er betonte den außerordentlichen Ernst der allgemeinen weltpolitischen Lage und knüpfte hieran die Folgerung, daß um so mehr eine Stabilität der Politik der Bundesregierung nach innen wie nach außen notwendig sei. Diese Stetigkeit der deutschen Politik sei das stärkste Kapital, das der Bundesrepublik das Vertrauen des Auslandes und die Möglichkeit der Einwirkung auf die weltpolitische Lage sichere. In diesem Zusammenhang verwies Dr. Adenauer auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, die insbesondere für das Ausland ein Spiegelbild der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik und ein Merkmal dafür sein würden, daß die konsequente Linie, die bei den Bundestagswahlen vom deutschen Volk bestätigt worden sei, weiter fortgesetzt werden solle.

Bundesgeschäftsführer Dr. Heck gab einen Überblick über die von der Bundesgeschäftsstelle geleistete Arbeit und wies auf die Wichtigkeit der vorgelegten Wahlanalyse und der Vorschläge für die weitere Arbeit hin. Er hob hervor, daß nach dieser Wahlanalyse mehr Arbeiter für die CDU als für die SPD gestimmt haben. Auch die neueren Feststellungen der Meinungsforschung sind durchaus günstig für die CDU. Nötig ist es, der Jungwählerschaft verstärkte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dr. Heck verlangte eine Verstärkung der organisatorischen Arbeit und der Mitgliederwerbung. Die CDU will keine Funktionspartei werden, aber ihre Mitglieder dürfen auch außerhalb der Wahlzeit nicht so passiv bleiben wie bisher. Auch in der Betriebsarbeit sind, vor allem durch die Sozialsekretäre, gute Erfolge erzielt. Für die unmittelbare Fühlung mit den Mitgliedern ist das „Deutsche Monatsblatt“ geschaffen worden, das besonders auch in der Ausstattung noch ausgebaut werden soll. Ziel der gesamten Arbeit bleibt es, aus der Union eine lebendige Kraft zu machen. Bundestagsabgeordneter Majonica machte auf die von der Jungen Union geleistete Arbeit aufmerksam. Die Junge Union ist die zur Zeit stärkste politische Gruppe der Jugend in der Bundesrepublik. Frau Bundestagsabgeordnete Dr. Weber forderte eine stärkere Berücksichtigung und Förderung der Frauentätigkeit in der Union. Im Anschluß an die politischen Ausführungen des Bundeskanzlers berichtete Bundestagsabgeordneter Kiesinger über die gesunde Atmosphäre und aktive Entschlossenheit, die er auf dem Parteitag der MRP in Lille feststellen konnte. Die Mitglieder der MRP bezeichnete Kiesinger als treue und zuverlässige Weggenossen in der Europapolitik. Staatssekretär a. D. Dr. Lenz wies im Hinblick auf die Wahlen darauf hin, daß auch in den Ländern das Interesse für die Bundespolitik sehr stark überwiege. Als erfreulich bezeichnete er es, daß die positiven Feststellungen über die Stimmung in katholischen und evangelischen Gebieten in gleicher Weise zutreffen. Der SPD hat die Unklarheit ihrer Parolen sehr geschadet. Eine klare und unzweideutige Politik ist weiterhin die beste Grundlage für die CDU. Die weitere Aussprache beschäftigte sich mit Einzelheiten der kommenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

DIE ERÖFFNUNG DES

5. BUNDESPARTEITAGES

fand um 14.30 Uhr im festlich geschmückten Raum der Messehallen statt.

BUNDESKANZLER DR. ADENAUER

(Mit starkem Beifall begrüßt.)

Als wir hier in Köln nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 zur Gründung der Christlich-Demokratischen Union schritten, hat niemand von uns geahnt, daß schon neun Jahre später, im Jahre 1954, ein solcher Parteitag hier in Köln zusammentreten würde. Wenn ich noch etwas weiter zurückgehe und an den Sommer und an den Herbst 1944 denke, als wir hier im Konzentrationslager Messe versammelt waren, — wer von uns hätte damals daran denken können, daß zehn Jahre später in der Bundestagswahl am 6. September 1953 das deutsche Volk der Christlich-Demokratischen Union den Anspruch und das Recht auf die Führung übertragen würde!

Dieser Parteitag des Jahres 1954 ist der größte der Parteitage, die wir bisher erlebt haben; er zählt insgesamt über 1700 Teilnehmer. Dieser Parteitag und seine Beschickung kennzeichnen in unmißverständlicher Weise — unmißverständlich für Deutschland und unmißverständlich für das Ausland — die überragende Stellung, die wir in diesen wenigen Jahren erreicht haben. Daß ein so zahlreich besuchter Parteitag in so vorbildlicher Weise hier tagen kann, verdanken wir der gastlichen Stadt Köln. Ihr gilt unser von Herzen kommender Gruß und Dank. (Beifall.) Möge sie sich bald vollends aus den Trümmern erheben und ihre europäische Mission in vollem Maß erfüllen!

Der Wahlsieg vom 6. September 1953 war groß; er hat unsere Gegner überrascht, und er war wohl größer als auch manche von uns geglaubt haben. Er beruhte auf den Grundsätzen unserer Partei, auf der hingebenden Arbeit, die von der Christlich-Demokratischen Union seit 1949 geleistet worden ist. Allen, denen wir dieses Resultat verdanken, den Wählern und allen denjenigen, die in den Dienst der Partei getreten waren, bis zum letzten jugendlichen Zettelkleber hinunter, danken wir heute von ganzem Herzen. (Beifall.)

Dieser Wahlsieg hat uns eine ungeheure Verantwortung übertragen. Niemand von uns darf sich darüber im unklaren sein, daß die Übertragung einer so führenden Rolle für eine Partei die Verpflichtung in sich schließt, nicht nur für die eigene Partei, sondern für das ganze deutsche Volk tätig zu sein. Noch eines müssen wir, wenn wir an den Wahlsieg zurückdenken, uns vornehmen: wir dürfen nicht ausruhen auf unseren Erfolgen, wir müssen weiter arbeiten wie bisher, denn noch ist weder die wirtschaftliche noch die politische Lage des deutschen Volkes gesichert. Sicherlich, der deutsche Aufschwung ist groß, aber seien wir uns darüber im klaren, daß die deutsche Wirtschaft im Gegensatz zu der Wirtschaft anderer Länder noch der Kapitaldecke entbehrt, die sie braucht, um sich weiter entfalten zu können.

Wir haben nach der nationalsozialistischen Zeit, nach den ersten Jahren der Besatzung nunmehr innenpolitische Sicherheit, aber geben wir uns auch da keiner Täuschung hin, diese innenpolitische Sicherheit ist

noch nicht absolut. Kommunistische Wühlarbeit versucht, fortgesetzt unter der Decke, diesen Staat zu unterminieren. Seien wir uns auch darüber im klaren, daß wir auf gewisse nationalistische Tendenzen ein wachsames Auge haben müssen. (Beifall.) Unser außenpolitisches Ansehen und unser außenpolitischer Einfluß beruhen auch in der innerpolitischen und wirtschaftspolitischen Festigkeit, auf der Stabilität der Bundesregierung und auf der Breite der sie im Parlament tragenden Mehrheit. Diese Breite der die Bundesregierung tragenden Mehrheit war bei allen Gesprächen, die ich mit führenden Männern des Auslands nach der Wahl hatte, das hervorstechendste Moment. Warum sollten wir uns nicht eines solchen Erfolges auch einmal freuen dürfen? Wenn wir unsere Blicke über die Regierungsverhältnisse in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern schweifen lassen, dann glaube ich nicht, daß Sie irgendwo ein Land finden, hinter dessen Regierung eine so große, eine Zweidrittelmehrheit des Parlamentes steht. (Beifall.)

Diese Überlegungen waren für uns maßgebend bei der Bildung der Regierung nach dem Zusammentritt des 2. Bundesparteitages. Nach wie vor glauben wir, daß eine absolute Notwendigkeit besteht, eine so breite Regierungsmehrheit aufrechtzuerhalten. Sie ist notwendig schon aus Gründen einer ruhigen inneren Entwicklung, eines ruhigen inneren Wiederaufbaus. Wenn es gelungen ist, trotz der Größe unserer Fraktion — Sie werden dieses „trotz“ verstehen; denn jeder, der in eine Koalition mit einem so starken Partner geht, ist naturgemäß etwas besorgt um seine Selbständigkeit — eine so breite Mehrheit und eine so breite Grundlage zu schaffen, und wenn wir trotz aller Schwierigkeiten daran festhalten, daß diese Mehrheit bestehen bleiben muß, dann glaube ich, tun wir damit mehr für die parlamentarische Demokratie und mehr für die Stärkung des Staatsgedankens in dem zusammengebrochenen deutschen Volk als mancher sich klar macht. (Beifall.) Ich glaube, daß diese ruhige Stetigkeit der Regierung gerade für die jüngere Generation im deutschen Volk anziehend ist und sie an den Staat heranbringt. Notwendig ist sie aber auch aus außenpolitischen Gründen.

Die außenpolitische Lage Europas und die Lage in der Welt ist sehr ernst. Unsere Möglichkeit, das außenpolitische Geschehen zu beeinflussen, beruht darauf, daß mehr als zwei Drittel des deutschen Volkes hinter dieser Außenpolitik stehen. Weil die außenpolitische Lage so kritisch ist, weil die Veränderungen auf der Erde seit 1939 so außergewöhnlich groß sind, haben wir geglaubt, bei der Auswahl der Gedanken, die Ihnen auf diesem Parteitag in Vorträgen unterbreitet werden sollen, die großen Zusammenhänge des Weltgeschehens zu zeigen. Da Deutschland, unser Vaterland, in dieses große Weltgeschehen eingebettet ist, besteht darüber hinaus für uns die Notwendigkeit, diese Veränderungen, wirtschaftlicher oder politischer Natur, die uns der Krieg und die Folgezeit gebracht haben, auch bei unserer Arbeit und unserer Politik zu beachten. Wir von der Christlich-Demokratischen Union müssen daher vor allem in dieser Zeit epochaler Veränderungen unsere Politik nach den großen Gesichtspunkten zu orientieren versuchen.

Noch ist die Zeit der Ruhe nicht gekommen. Im Inneren haben wir dafür Sorge zu tragen, daß der wirtschaftliche Aufschwung bleibt und daß die Wirtschaft sich weiter entwickelt. Wir haben noch große soziale Aufgaben zu erfüllen, für die Vertriebenen, die Ausgebombten, die Kriegssopfer und die Rentenempfänger. Wir müssen dafür sorgen, daß der Staatsgedanke gefestigt und das deutsche Volk in allen seinen Schichten an die parlamentarische Demokratie herangebracht wird.

Wir müssen alles, was wir können, dafür einsetzen, damit die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden erfolgt. Wir müssen uns dem Aufbau Europas widmen mit unserer ganzen Kraft

und in der tiefsten Überzeugung, da sonst, wenn sich die westeuropäischen Völker nicht zusammenschließen, die europäische Kultur, das uns überkommene Erbe, die Freiheit der Person, zum Untergang verurteilt sind. Möge dieser Parteitag uns allen Kraft, Stärke und Vertrauen geben, unsere Aufgabe zu erfüllen. In dieser Hoffnung erkläre ich den 5. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union für eröffnet. (Beifall.)

Parteivorstand und Parteiausschuß schlagen Ihnen nun vor, zum Vorsitzenden dieses Parteitages den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Rheinland, Herrn J o h n e n, zu wählen (Beifall) und zu seinen Stellvertretern die Parteifreunde Albers, Cillien, Erhard, Kiesinger, Lemmer, Lensing und Frau Praetorius. — Ich darf feststellen, daß Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind. Ich darf Herrn Johnen nunmehr bitten, die Leitung des Parteitages zu übernehmen. (Beifall.)

PRÄSIDENT JOHNEN

Zunächst ein aufrichtiges Wort des D a n k e s für den uns erteilten Auftrag. Ich darf Ihnen einen herzlichen Willkommengruß in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland sagen. Wir freuen uns, daß der 5. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union am schönen Rhein bei herrlichem Wetter stattfindet. Er findet in Köln statt, das hat eine doppelte Bedeutung: diese Stadt ist mit dem Bundeskanzler Konrad Adenauer und seinem Schicksal eng verbunden. Dieses Messegelände, in dem wir tagen, hat er der Stadt Köln, damals jener aufstrebenden, wirtschaftlichen Stadt geschenkt, und dieses gleiche Messegelände war berufen, daß er dort seinen Leidensweg im Dritten Reich begann. Er sprach selbst eben von dem Konzentrationslager Messe. In diesem Konzentrationslager hat er mit seiner verstorbenen Gattin den Leidensweg antreten müssen. Ich sage das, um an dieser Stelle dem Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer für alles das, was er im Dritten Reich aushalten mußte, hier herzlichst zu danken. (Starker Beifall.) Ich möchte aber in ihm all denen danken, die im Dritten Reich so viel gelitten haben. (Beifall.) Ich sage das auch deshalb, weil die Gefahr droht, daß wir diese Dinge vergessen, und weil die Gefahr besteht, daß diejenigen, die es mitverschuldet haben, heute Anspruch erheben, wieder in der ersten Reihe zu sitzen. (Starker Beifall.)

In Köln wurde die C D U g e g r ü n d e t. Lassen wir uns beim 5. Parteitag an die Grundsätze der Christlich-Demokratischen Union aus dem Jahre 1945 erinnern. Wenn wir diese Tage der Besinnung, so darf ich sie nennen, dazu benutzen, dann wird das für unsere Partei und darüber hinaus für das gesamte deutsche Volk von erheblichem Wert sein.

So darf ich an erster Stelle b e g r ü ß e n, so sonderbar es klingt, unseren Chef, den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer. (Lebhafter Beifall.) Er hat nicht gern, wenn er aus meinem Munde Lob hört. Ich will deshalb auch nicht mehr sagen: es ist unser Konrad Adenauer herzlich willkommen! (Erneuter Beifall.) Ich darf ebenso herzlich begrüßen den zweiten Vorsitzenden unserer Partei, den Bundestagspräsidenten, Herrn Dr. Ehlers. (Starker Beifall.) In gleicher Eigenschaft ist der Herr Bundesminister Kaiser herzlich willkommen. (Beifall.)

Ich begrüße ferner die Herren Ministerpräsidenten der Länder. Ich darf mich darauf beschränken, den Ministerpräsidenten des gastgebenden Landes insbesondere zu nennen und ihn herzlich willkommen zu heißen, Herrn Karl Arnold. (Beifall.) Ich begrüße ferner die Herren Bundes- und Landesminister, die Mitglieder der Bundestagsfraktion, an ihrer Spitze den Vorsitzenden, Herrn Dr. von Brentano. Auch die Herren Landtagsabgeordneten von Nordrhein-Westfalen will ich

gern in diesen Gruß mit einschließen. Ich grüße dann ferner den Vizepräsidenten der Montan-Union, Herrn Etzel. (Beifall.) Besonders herzlich will ich aber willkommen heißen den Oberbürgermeister dieser Stadt, Herrn Dr. Ernst Schwing, aus Westfalen! (Beifall und große Heiterkeit.)

Ich habe dann die besondere Freude, die Vertreter der befreundeten ausländischen Parteien hier herzlichst zu begrüßen. Ich darf mit dem Präsidenten der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Herrn Nationalrat Dr. Rohr, beginnen. (Beifall.) Ich grüße ferner den Generalsekretär der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Herrn Dr. Rosenberg. (Beifall.) Ebenfalls herzlich willkommen ist der Vorsitzende der Antirevolutionären Partei Hollands, Herr Rossjen. (Beifall.) Ich begrüße den Vertreter der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei Norwegens, Herrn Reichstagsabgeordneten Bondevik (Beifall), den stellvertretenden Generalsekretär der Internationalen Union Christlicher Demokraten, Herrn Dr. Schuyt. (Beifall.)

Im Laufe der Tagungen werden noch weitere Vertreter befreundeter ausländischer Parteien eintreffen. Ich darf mir vorbehalten, die Begrüßungen später zu wiederholen.

Ebenso herzlich willkommen heiße ich die Vertreter der Kirchen, für die evangelische Kirche Herrn Prälaten Dr. Kunst (Beifall) und für die katholische Kirche Herrn Prälaten Dr. Böhrer. (Beifall.)

Mit besonderer Wärme und Herzlichkeit begrüße ich unsere Freunde von der CSU (Beifall) und mit besonderer Betonung, Freundlichkeit und Herzlichkeit unsere Freunde von der Saar. (Starker Beifall.)

Ich darf noch begrüßen die Vertreter der Gewerkschaften, des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der übrigen Verbände, sowie mit vernünftiger Herzlichkeit die Vertreter von Presse, Rundfunk und Film. (Heiterkeit und Beifall.)

Ich darf die Reihe der Begrüßungen nicht abschließen, ohne unsere Freunde zu erwähnen, die noch abgetrennt von uns sind, sei es im Osten, sei es im Westen. Wir fühlen uns mit ihnen verbunden und ersehnen mit ihnen den Tag herbei, an dem das gesamte Deutschland wieder in Freiheit geeint ist. Unser Dank gilt aber auch all den deutschen Männern und Frauen, die heute noch ungerecht festgehalten werden in anderen Ländern.

Wir haben uns schönes Wetter ausgesucht, um den Parteitag zu begehen. Das hat natürlich den Nachteil, daß wir hier körperlich allerlei aushalten müssen. Ein Parteitag von einer derartigen Größe, wie er jetzt stattfindet, kann nur ein fruchtbares Ergebnis haben, wenn wir damit beginnen, daß wir uns vornehmen, auch aufeinander Rücksicht zu nehmen. Wenn wir das alle tun, dann machen Sie das Amt des Präsidenten zu einem Spiel. Ich möchte jedenfalls mir und meinen Vertretern wünschen, daß es kein ernstes Spiel wird.

Der Herr Ministerpräsident dieses Landes, der nun ein Grußwort zu Ihnen sprechen soll, hat mich, um die Zeit abzukürzen, gebeten, Sie in seinem Auftrag ebenfalls herzlich willkommen zu heißen im Land Nordrhein-Westfalen. (Beifall.)

Nun hat das Wort der Herr Oberbürgermeister dieser schönen rheinischen Stadt Köln,

OBERBÜRGERMEISTER DR. ERNST SCHWING

Vielleicht haben Sie im stillen gehofft, ich würde es machen wie der Herr Ministerpräsident. Ich muß Sie enttäuschen. Das scheint mir in diesem Fall nicht anzugehen.

Wenn ich Ihnen aber jetzt meine Begrüßung entgegenbringe, so enthält sie eigentlich nur zwei Gedanken, Freude und Dank: Freude darüber, daß Sie gekommen sind nach dem großen Sieg von 1953, um in dieser Stadt Ihren Parteitag abzuhalten, und herzlichen Dank gleichzeitig, daß Sie es getan haben. Über diesen Dank möchte ich gleich noch etwas mehr sagen.

Eine wesentliche Aufgabe des Oberbürgermeisters neuen Stils ist es, in seiner Stadt Verbände, Vereine, Körperschaften des privaten und öffentlichen Rechts und Organisationen zu begrüßen. Es besteht dann eine besondere Kunst darin, in jedem Einzelfall etwas zu finden, was nun gerade zeigt, daß diese Stadt mit diesem Verband oder Verein in besonderer Weise verbunden ist.

Heute und hier ist die Fülle des Stoffes, die sich aufdrängt, so groß, daß es viel schwerer ist, sich vor dem Zuviel zu hüten als vor dem Zuwenig.

Köln und die CDU! Meine verehrten Herren Vorredner sind schon etwas in dem Garten spazierengegangen, in dem ich mich jetzt bewegen wollte, indem sie darauf hingewiesen haben, daß hier die CDU gegründet wurde. Das ist wahr, wenn auch eine andere Stadt den Anspruch erhebt, einige Stunden vorher denselben Gedanken gehabt zu haben, was ich ausdrücklich anerkennen will. Herr Minister Kaiser, machen Sie sich keine Sorgen. Aber wir Kölner nehmen für uns immerhin in Anspruch, daß es damals weder Post noch Telegraph noch sonst etwas gab; also unsere Ideen waren unsere eigenen Ideen, und wir hatten schon im März angefangen, darüber nachzudenken. Wir machten am 16. Juni 1945 gleich die entsprechenden Leitsätze.

Außerdem haben die 18 Männer, die damals zusammentraten, einen erheblichen Mut bewiesen; denn damals durften nach dem Gesetz der Engländer noch nicht mehr als fünf in einem Raum zusammenkommen, und es waren mehr als dreimal soviel. Diese 18 haben eine große Tat getan; denn allein in dieser Stadt brachten wir es bei der ersten Wahl von 1946 gleich auf 53,5 % aller Abstimmenden. Wir brachten also schon über 100 000 Stimmen zur Gemeindewahl mit. Aber aus diesen 18 sind dann im Vorjahre bei der großen Ernte am 6. September fast genau 200 000 allein in dieser Stadt geworden. In allen drei Wahlkreisen, die wir hatten, hatten wir die absolute Mehrheit.

Wir haben wirklich der CDU zu danken dafür, daß sie hierher gekommen ist und hier ihren größten Parteitag abhält. Aber die CDU hat uns auch allerhand zu danken. Auf die Gründung habe ich schon hingewiesen. Darf ich weiter darauf hinweisen, daß diese Stadt von jeher nur drei Mandate zum Bundestag hatte. Diese drei Mandate hat sie immer der CDU gegeben. Darf ich weiter darauf hinweisen, daß diese Stadt nur sechs Mandate zum Landtag hat. Diese sechs Mandate hat sie immer der CDU gegeben, und sie wird es Ende dieses Monats wieder tun. (Beifall.)

Man hat mir klugerweise eine Frist von nicht mehr als fünf Minuten gesetzt. Das will ich, soweit es jetzt noch möglich ist, auch einhalten. Ich muß ausdrücklich betonen, daß unser Parteivorsitzender, Herr Albers, mich gebeten hat, zur Abkürzung des Verfahrens auch in seinem Namen zu sprechen. Ich bin also in der Lage, das zu wiederholen, was unser verehrter Herr Präsident hinter meinem Rücken eben mit dem Ministerpräsidenten getan hat, und die beiden, Herr Karl Arnold und Herr Johannes Albers, mögen um die Palme der Klugheit und der Zeitökonomie streiten.

Im übrigen darf ich Sie für die ganze Bevölkerung von Köln herzlich willkommen heißen; denn wenn Sie auch die Vertreter einer politischen Partei sind, so weiß doch jeder letzte in Köln, was die CDU für Deutschland, für unser Land und für unsere Stadt bedeutet. Noch eins lassen Sie mich sagen, wenn auch meine Zeit schon abgelaufen ist. Den Chef Ihrer Partei verdanken Sie ja Köln. (Beifall.) Aber was noch mehr ist, Sie verdanken auch den Bundeskanzler dieser Stadt. Betrachten Sie sein

Leben. Er hat es geführt, wie er es immer wieder in der Öffentlichkeit sagt; er hat in der Gemeinde begonnen. Und das war richtig. Er wurde im Jahre 1906 Beigeordneter der Stadt Köln, nach wenigen Jahren Erster Beigeordneter und im Jahre 1917 Oberbürgermeister. Wir wissen es, beide noch sehr genau; denn ich war damals auch schon längst bei denen, die mitfeiern durften und die damals schon über 10 Jahre engstens mit dem damaligen Oberbürgermeister zusammengearbeitet hatten.

Diese Stadt — ich kann das immer nur wiederholen — hat ihrem damaligen Oberbürgermeister und jetzigen Bundeskanzler eine Dankeschuld abzutragen, die sie in Wahrheit niemals wird abtragen können. Alles das, was bereits erwähnt worden ist, ist ja nur ein Teil. Zur Messe kommt die Universität, es kommen die Häfen hinzu, es kommt der Grüngürtel hinzu, es kommen die Brücken hinzu, von denen eine freilich, die eine besondere geschichtliche Bedeutung hatte, an einem schrecklichen Tage im Oktober 1944 zerstört wurde, aber wir haben sie genau so wieder aufgebaut, wie sie vorher war, so daß man meinen könnte, es wäre noch die alte. Dazu kommen unendlich viele andere Dinge.

Ich glaube, dem Naturfreund Dr. Adenauer war insbesondere der Grüngürtel ans Herz gewachsen, der ja gleichzeitig auch eine bedeutende soziale Tat darstellte, der heute wie je der Kölner Bevölkerung, insbesondere auch der minderbemittelten, die Möglichkeit gibt, ihre Gesundheit dort zu pflegen und gegebenenfalls wiederherzustellen.

Verehrter Herr Bundeskanzler! Ich darf es heute noch einmal sagen, was ich schon öfters gesagt habe. Diese Stadt freut sich immer, wenn Sie kommen. Sie kommen uns nur etwas zu wenig. Aber auch da sind wir wieder milde Richter; denn wir wissen ja, welch ungeheure Last der Verantwortung jetzt auf Ihren Schultern ruht, und wir haben manchmal so etwas das Gefühl und den Wunsch, wenn wir hören, daß Sie einen Staatsbesuch in dieser oder jener Stadt — oft ganz in der Nähe von Köln — machen, sie möchten uns auch einmal einen richtigen Staatsbesuch machen. (Lebhafter Beifall.)

Meine verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich schließen, indem ich Sie herzlich willkommen heiße in dieser Stadt und Ihnen herzlich danke und indem ich auch noch einmal unserem Bundeskanzler, der so viele Jahre als Oberbürgermeister dieser Stadt nach alter Prägung gewirkt hat, den herzlichen Dank der ganzen Bevölkerung auch in dieser Stunde wieder zum Ausdruck bringe. (Beifall.)

P R Ä S I D E N T J O H N N E N

dankt Oberbürgermeister Dr. Schwering: Ich glaube, wir können ohne Abstimmung dem Herrn Bundeskanzler empfehlen, die Stadt Köln einmal durch einen Staatsbesuch zu ehren.

Die Ehre seines Wortes schenkt uns jetzt der Präsident der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Herr

N A T I O N A L R A T D R . R O H R

Als ich heute früh in diese herrliche Rheinstadt einfuhr, machten die noch vorhandenen Zeugen schwerer Kriegsschäden auf mich einen tiefen Eindruck. Ich war seit Kriegsende schon zu wiederholten Malen in der Deutschen Bundesrepublik, aber bei jedem späteren Besuch durfte ich feststellen, welch

erstaunliche Fortschritte auf allen Gebieten erzielt worden sind, nicht nur im äußeren Aufbau, sondern auch in der inneren Einstellung der Menschen.

Die Depression und die Hoffnungslosigkeit sind gewichen, und an ihre Stelle ist ein entschlossener Wille und eine frohe Zuversicht in die Erholung des deutschen Volkes getreten. Auch die Atmosphäre ist Gott sei Dank eine andere geworden. So freue ich mich denn, Ihnen im Namen der Schweizerischen Konservativen Volkspartei nicht nur freundschaftliche Grüße, sondern auch aufrichtige Glückwünsche zur vollen Entfaltung der Christlich-Demokratischen Union überbringen zu dürfen.

Die schwere Heimsuchung, die über das deutsche Volk gekommen ist, hat die Erkenntnis wachgerufen, daß alle gutgesinnten christlichen Elemente, Protestanten und Katholiken, in gemeinsamer Arbeit und in der gleichen politischen Front sich zusammenfinden können und müssen, um dem großen Feind der persönlichen Freiheit die Stirne zu bieten. Mit jedem Tag bestätigt sich aufs neue die Feststellung, die Bundesrat Motta im Jahre 1934 im Zusammenhang mit der Diskussion über die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund gemacht hatte, als er erklärte, daß der Kommunismus auf allen Gebieten, den religiösen, den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und moralischen, die radikale Verneinung aller Ideen sei, die die Substanz unseres Daseins bilden.

Die Septemberwahlen des Jahres 1953 mit ihrer in diesem Ausmaß nie geahnten Kundgebung des deutschen Volkes für den Willen zur Abwehr des Kommunismus und zum Aufbau eines gesunden Staatswesens waren eine eindrucksvolle Demonstration, die ihre Wirkung auf Freund und Feind nicht verfehlt hat. Es war aber auch zugleich eine prächtige Dankesbezeugung an den Vorsitzenden Ihrer Partei und an alle seine Mitarbeiter, eine Zustimmung für den geraden und einzig möglichen Weg, auf dem Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer das deutsche Volk aus der Atmosphäre des Mißtrauens herausgeführt hat.

Ein wahrer und dauerhafter Friede kann ja nicht nur auf der Macht, sondern nur auf dem Vertrauen aufgebaut werden. Möge die starke und rasche wirtschaftliche Erholung nicht wieder auseinanderreißen, was Not und Heimsuchung zusammengeschweißt haben. Ich bin überzeugt, daß die verantwortlichen politischen Führer, die Führer des öffentlichen Lebens, alles tun werden, um die politische Front der protestantischen und katholischen Christen beisammen zu behalten und das Zusammengehörigkeitsbewußtsein zu stärken, um nicht den Feinden des deutschen Volkes ein Schauspiel der inneren Zerrissenheit zu geben.

Ich weiß aus Erfahrung im eigenen Land, wie stark der Druck unverantwortlicher Elemente sich oft auswirkt, um Mißtrauen und Zwietracht zu säen, wo doch Vertrauen und Eintracht so notwendig sind.

Mit einem herzlichen Gruß aus Ihrem kleinen Nachbarland, aus meiner lieben Heimat, der Schweiz, verbinde ich den aufrichtigen Wunsch, daß diese Tagung im deutschen Volke diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges und weit über die Grenzen Eurer Heimat hinaus die Überzeugung weckt, die christlichen und guten Kräfte im deutschen Volke sind entschlossen, in geschlossener Front ihre Aufbau- und Abwehrarbeit weiter fortzusetzen. (Beifall.)

Für die Antirevolutionäre Partei Hollands spricht

HERR ROSSJEN

Im Namen der Katholischen Volkspartei und im Namen der Antirevolutionären Partei der Niederlande, welche ich mit dem Herrn Gosker die Ehre habe, hier zu vertreten, möchte ich zuerst meinen herzlichen Dank aussprechen für die Gastfreundschaft der Christlich-Demokratischen Union, die es uns ermöglicht, die Verbundenheit unserer Parteien nicht nur in formeller Weise vorzuführen, sondern auch tatsächlich zu verstärken.

Schon seit Goslar sind die beiden protestantischen Parteien der Niederlande, die Antirevolutionäre Partei und die Christlich-Historische Union, mehrmals auf Ihren Tagungen vertreten gewesen. Die Katholische Volkspartei ist regelmäßig auf ihren Parteitag zu Gast gewesen. Wir sind glücklich gewesen, Ihre Vertreter bei unseren Kongressen regelmäßig willkommen heißen zu können. Wir freuen uns über die Entwicklung dieser Verständigung darum so sehr, weil sich daraus die gegenseitige Einsicht zeigt, daß die christlichen Demokraten nur in Zusammenarbeit ihre Aufgaben erfüllen und ihre Probleme lösen können. (Beifall.)

In Holland versuchen die Sozialisten jetzt schon seit Jahren, dem Volke klarzumachen, daß die lebensanschauliche Grundlage unserer evangelischen und katholischen Parteien keine Möglichkeit mehr bietet für eine reale Politik und für politische Entscheidungen. Uns aber wird es jeden Tag klarer, das im Gegenteil nur die Lebensanschauung unserer christlichen Parteien zu einer Politik zu führen vermag, die wirklich dem Gemeinwohl nützt. (Beifall.)

Wenn man sich jetzt über gesamteuropäische Wahlen für ein europäisches Parlament einigen würde, so wäre das für uns um so mehr ein Grund, dies zu realisieren, da diese Ebene der europäischen Politik und des europäischen Gemeinwohls uns den Weg zeigt, den wir zu beschreiten haben, sonst würden wir an dem christlichen Charakter Europas Verrat üben.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen einen ganz guten Erfolg dieses Parteitages wünschen und außerdem Ihrem Parteivorsitzenden die Verwirklichung seiner Friedenspolitik, für welche wir in Holland eine starke Bewunderung haben. (Beifall.) Wir haben uns in Holland sehr gefreut über den Wahlsieg Ihrer Partei. Dieser Sieg hat uns gesagt: die Christlich-Demokratische Union ist festgewurzelt im Boden Westdeutschlands. Gott segne Ihre Partei! Gott segne Ihre Arbeit; Gott segne Deutschland! (Sehr starker Beifall.)

Für die Christliche Volkspartei Norwegens spricht Herr

REICHSTAGSABGEORDNETER BONDEVIK

Im Namen der Christlichen Volkspartei Norwegens bringe ich Ihnen einen herzlichen Dank für die großmütige Einladung zur Teilnahme an dieser Sitzung, die wir vor einiger Zeit empfangen und angenommen haben. Es scheint uns ungemein vorteilhaft, eine Partei ähnlichen Ursprungs und desselben Zieles zu besuchen, um Gedanken und Meinungen über das Glück des Einzelstaates und der Gesamtheit zu tauschen.

Ich sehe die einzige Errettung einer zersplitterten, verirrtten und verwirrten Welt in der Ergebung in den Willen des Allmächtigen, in der Leitung Gottes. Niemand vermag eine andere Grundlage zu legen als die, welche

schon durch Jesus Christus gelegt worden ist; denn es gibt keine andere. In gleichem Maße gilt das für Einzelpersonen wie für Staaten. Legen wir großen Wert darauf, dem Wirken und Treiben der jungen Geschlechter eine derartige Erziehung zu geben, damit sie in allen Stürmen und Schwierigkeiten bestehen werden. Ich las einst in einem deutschen Lesebuch für Norweger ein Stück, das mir nie aus dem Gedächtnis gehen wird, wo folgende Lehre eines Pastors stark betont war: Ich werde in dir eine Grundlage schaffen, an der der Teufel und die Welt zuschanden werden.

Das ist unser gemeinsames Ziel. Alles andere vergeht mit der Zeit. Allein das Ewige besteht. Die moralische Haltung eines Volkes ist die beste Garantie gegen Schwäche und Vernichtung. Müssen wir auch dessen in der Politik gedenken? Fragen wir immer nach dem Willen Gottes? Suchen wir seine Wege aufzuspüren? Dann wird er uns auch Hilfe leisten. Nationen, welche die Gebote Gottes verletzt und verlassen haben, sind aus der Geschichte getilgt und ausgelöscht worden. Die zeitlichen Dinge müssen natürlich auch beachtet werden, aber sie sind nicht die einzigen und auch nicht die wichtigsten; denn das Irdische geht zugrunde, allein der Geist bleibt. Gönnen wir anderen alles, was sie erzielen.

Die Bürgschaft des Bestehens, des Wuchses und des Glückes unserer Völker liegt in der Sittlichkeit, in der Demut und in dem Unterwerfen unter die ewigen Gesetze Gottes, die nicht gekränkt oder verletzt werden würden. Der Materialismus darf uns nicht gefangennehmen. Der Lebensstandard ist oft zur Lebensanschauung und zum Gott unserer Zeit geworden. Darin liegt die größte Gefahr der Menschheit. Mit diesen einfachen, aber realistischen Worten wünsche ich Ihnen Glück in den Erörterungen und Entschlüssen. Möge alles zum Guten dienen! (Lebhafter Beifall.)

PRÄSIDENT JOHNN

Darf ich allen drei Gästen für die aufrichtigen Worte herzlich danken und sie zugleich bitten, in ihre Länder die herzlichsten Grüße des Fünften Parteitages mitzunehmen, zugleich aber auch die Versicherung, daß wir mit ihnen alles daransetzen werden, daß das geeinte Europa, das kommt, ein christliches ist. (Beifall.)

Ich bitte die verehrten Gäste, damit einverstanden zu sein, daß die übrigen Gäste mit ihrem Grußwort morgen zum Wort kommen, da wir heute den Zeitplan genau einhalten müssen.

Es spricht nunmehr der

BUNDESTAGSPRÄSIDENT DR. EHLERS

Die geistige Struktur unserer Zeit

Die Tatsache, daß auf dem Parteitag der größten deutschen Partei als erstes über die geistige Situation der Zeit gesprochen wird, bedarf fast schon einer Rechtfertigung.

Viele Leute beschäftigen sich heute mit der Frage der Stellung der Parteien im politischen Leben des Volkes. Die Tatsache, daß die Parteien im Grundgesetz der Bundesrepublik zum erstenmal in einer deutschen Ver-

fassung ausdrücklich als Mitträger der politischen Verantwortung aufgeführt sind, und die Bedeutung, die die Parteien bei den Wahlen und im politischen Leben gewonnen haben, veranlassen manche, den heutigen Staat als einen Parteienstaat zu bezeichnen. Vielerlei Momente wirken dahin zusammen, daß dieses Wort bei manchen Deutschen „ankommt“ und sofort höchst kritische Reaktionen hervorruft. Wenn diese Deutschen dann noch lesen, daß das Volk durch die Parteien „mediatisiert“ sei, daß es eigentlich keine echte Wahl mehr, sondern nur noch eine Art Volksentscheid gäbe, und wenn dann schließlich noch die nötigen Gewürze durch die Spezialkritik an Männern und Einrichtungen hinzugefügt werden, dann ist für viele unserer Mitbürger dieser Staat schon wieder verdächtig geworden. Manchmal hat man den Eindruck, daß es solchen Kritikern nur auf dieses Ergebnis ankommt. Wenn man sie sich näher betrachtet, hätte man den Wunsch, daß sie damals, als eine völlige Entmachtung und Entmündigung des Volkes im Hitlerstaat durchgeführt wurde, etwas mehr bereit gewesen wären, die heute so ungefährlche, damals aber wesentlich gefährlichere Kritik hören zu lassen. Damals haben wir von einigen dieser Herren aber etwas ganz anderes gehört! Darum überzeugt uns ihre Kritik heute nicht ohne weiteres.

Zu den Hauptthemen dieser Kritik gehört, daß die deutschen Parteien falsch konstruiert seien. Sie seien im Unterschied zu den Parteien der großen westlichen Demokratien Weltanschauungsparteien. Damit, meint man, werde die eigentliche politische Grundlage und Aufgabe der Parteien von vornherein verschoben. Und es gibt genug Leute, die den Unmut über solche Weltanschauungsparteien nähren: Sie möchten, daß auch bei uns die Parteien sich ausschließlich nach den politisch-wirtschaftlich-technischen Fragen ausrichteten und nicht mit dem deutschen Eifer in solchen Dingen eine weltanschauliche Grundlegung ihres Handelns versuchten.

Nun ist es tatsächlich richtig, daß in England und den Vereinigten Staaten in der Parteistruktur wesentlich andere Gesichtspunkte maßgebend sind als bei uns. Auch wenn dort bestimmte weltanschauliche Unterschiede bestehen mögen, so haben sie nicht das Gewicht wie bei uns. Vielleicht kommt das daher, daß diese Länder eine viel längere parlamentarisch-demokratische Tradition haben; bestimmt wirkt aber dabei mit, daß die weltanschauliche Situation quer durch die verschiedenen Parteien hindurch insgesamt viel einheitlicher ist als bei uns. Man mag das bewundern, kopieren kann man es nicht. Es ist ja kein Zufall, daß die Situation in den kontinentalen europäischen Ländern durchweg, wesentlich anders ist. Man sehe sich die Lage in Frankreich oder Italien, aber auch in so betont neutralen Ländern wie Schweden und der Schweiz an, und man wird sofort erkennen, daß auch hier — natürlich temperiert nach der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der Länder — tiefe, nicht nur politische, sondern auch weltanschauliche Scheidungen durch die Parteien hindurchgehen. In dieser Lage sind auch wir. Wenn man früher gemeint haben könnte, das seien möglichst bald zu überwindende Restbestände überholter Verhältnisse, so ist diese Frage jetzt nur noch dringlicher geworden.

Alle Welt, aber Kontinentaleuropa insbesondere und wir vornehmlich, stehen in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Wenn andere Leute meinen, die Sowjetunion sei wie andere Staaten auch einzuordnen, sie treibe ihre Politik mit den üblichen Mitteln, und solcher Politik sei mit den überkommenen Methoden zu begegnen, so hat uns unsere Erfahrung gelehrt, daß dem nicht so ist. (Beifall.) Neben der sowjetischen Macht, der man gegebenenfalls mit den im Leben der Staaten üblichen Mitteln begegnen müßte, wenn, was wir nicht hoffen, es zu einem machtmäßigen Zusammenstoß käme, steht die Ideologie des Kommunismus mit ihrer weltweiten Zielsetzung und ihrem marxistisch-kommunistischen Siegesbewußtsein. Durch alle Welt geht der primitive Ruf, man müsse dieser kommunistischen Ideologie eine Gegenideologie mit gleich antreiben-

der und begeisternder Kraft entgegenstellen. Wenn man das versuchte, würde man sich den Operationsort und die Waffen vom Gegner vorschreiben lassen. Anti-Parolen sind noch nie etwas Gutes gewesen. Und wenn wir von der Gefährlichkeit der Ideologisierung des kommunistischen Weges überzeugt sind, nicht nur für uns, sondern für alle, die Opfer dieser Ideologie sind, dann können wir nicht geistig auf den gleichen Boden, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, treten.

Die Frage, die an uns gestellt ist, ist die, ob wir auf einer ganz anderen Ebene andere Kräfte zur Verfügung haben, die mit dem Kommunismus zwar nicht in eine Konkurrenz der Mittel und Erscheinungsformen eintreten können, die aber geeignet sind, feste Fundamente für den Bau unserer Lebensformen — bezogen auf den einzelnen und die Gemeinschaft des Volkes — zu bieten. Diese Frage macht deutlich, daß wir tatsächlich in einer Auseinandersetzung stehen, die mit den technischen und taktischen Mitteln der Politik und Wirtschaft, so wichtig sie sein mögen, nicht allein bestritten werden kann. Es geht um die innere Fundierung unseres politischen Wollens und Handelns. Mindestens in Ansätzen spürt das jeder, der politisch tätig ist, sonst wären die Debatten um die geistige Fundierung unserer Politik nicht so lebhaft. Jedes Wort, das dabei gebraucht wird, ich nenne als Beispiel: „christliche Politik“, „Konfessionalismus“, „Liberalismus“, „Freiheit“, „Sozialismus“, „Tradition“, macht deutlich, daß überall die Frage nach der weltanschaulichen und geistigen Situation der Politik aufsteht.

In dieser geistigen Situation, aber auch in dieser geistigen Bedrohung, treten wir zur Besinnung über unseren Weg zusammen. Dieser Weg ebenso wie die Gefahren, die auf ihm lauern, fordern von uns, daß wir an der geistigen Struktur unserer Zeit nicht vorbeigehen, sondern uns mit ihr auseinandersetzen. Wir sind nicht von denen, die solche Reden den Philosophen oder den weltfremden Schwärmern überlassen, um inzwischen die Bilanzen, die Produktionszahlen, die Löhne und die Steuererträge in Ordnung zu bringen, sondern wir meinen, daß jedes Handeln im politischen Raum des Volkes die ständig neue Besinnung auf die geistige Grundlage der Nation zur Voraussetzung hat. (Beifall.)

Ich möchte zunächst etwas sagen über die auflösenden Momente. Jede Therapie hat zur Voraussetzung die Diagnose. Da wir offenbar an einem sehr gefährdeten Punkt unserer geistigen Entwicklung stehen, ist es nötig, uns über die Momente klar zu werden, die uns in die Gefahrensituation geführt haben. Lassen Sie mich zuerst von einem Vorgang reden, dessen Bedeutung weithin unterschätzt wird.

Das vergangene Jahrhundert, aber auch die ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts waren von dem allgemeinen Streben nach bürgerlicher Sicherheit bestimmt. Damit sage ich nicht, daß das ausschließlich eine schlechte Sehnsucht gewesen sei. Sie umschloß sehr positive Elemente, den Willen, sich selbst und die Familie sicherzustellen, die Ausbildung der Kinder zu fördern unter dem Stichwort: „Die Kinder sollen es einmal besser haben“, das Sparkassenkonto für den Notfall, die gemütliche Wohnung als Heim, das eigene Haus mit Bildern, Büchern und dem, was „nun einmal zum Leben gehört“. Das Bürgerliche Zeitalter ist durch diese Sicherheit und das Bemühen, sie zu erringen, gekennzeichnet. Dieses Ziel war nicht nur das des Bürgertums, auch die klassenbewußten Proletarier hatten, wenn sie mit sich allein waren, durchaus das gleiche Ziel vor Augen, und wie viele haben es erreicht!

Das alles ist in unserer Generation zweimal zusammengebrochen. Die psychologischen Auswirkungen, die damit verbunden sind, können gar nicht abgeschätzt werden. Wie oft erhält man noch Briefe von solchen, die die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg als den ersten großen

Schock dieser Art nicht verwunden haben und heute noch die Wiedergutmachung fordern. Um wieviel mehr gilt das für alle, die durch den Zusammenbruch bis zur Währungsreform zum zweiten Male alles, was sie sich erarbeitet hatten, einbüßten oder für die Millionen, die durch die große Flucht und Vertreibung aus dem Osten oder durch Bomben alles Hab und Gut verloren haben.

Das alles sind nicht nur wirtschaftliche und finanzielle Vorgänge. Sie greifen in die innersten Bereiche des Lebens hinein. Die verfassungsmäßige Garantie der Unberührtheit des persönlichen Bereichs hat ja nur dann einen Sinn, wenn es einen solchen Bereich überhaupt gibt. Und diese weggefallene Sicherheit hat noch eine spezielle politische Bedeutung. Jeder, der sich eine solche Sicherheit geschaffen oder sie ererbt hatte, besaß ein bestimmtes Maß von innerer und äußerer Unabhängigkeit. Er konnte gegenüber dem Arbeitgeber, dem Staat, einer politischen Partei eine eigene Meinung vertreten, weil er mehr oder weniger nicht auf sie angewiesen war. Die Beziehungen zwischen der äußeren Unabhängigkeit und der inneren Freiheit sind sehr enge. Darum wird ja oft in Debatten, z. B. auch über Diäten von Abgeordneten, diese Frage der Unabhängigkeit erörtert. Es ist eben für ein Volk zerstörerisch, wenn ein Arbeitnehmer im Betrieb, ein Beamter im Staat, ein Abgeordneter in einer Partei sich keine eigene Meinung mehr glaubt leisten zu können, weil er Furcht haben muß, morgen entlassen oder kaltgestellt zu werden und dann mit den Seinen vor dem Nichts zu stehen. (Beifall.)

Man sollte endlich die Bemühungen vieler unserer politischen Freunde, die Familie zu stärken, ihr ein eigenes Heim zu sichern, und was es denn sonst noch an Hilfen geben mag, dahin verstehen, daß es um die Schaffung der Voraussetzungen einer wiederaufzubauenden Sicherheit und einer inneren und äußeren Freiheit geht. (Beifall.) Wenn wir das nicht schaffen, werden alle unsere anderen Bemühungen die innere Struktur unseres Volkes nicht endgültig bessern.

Das alles kann man natürlich nicht „machen“. Das wächst sehr stark aus den noch vorhandenen Restbeständen heraus. Sie sind aber noch vorhanden. Wir haben uns von Soziologen gern sagen lassen, daß die Familie in unserem Volk in aller Zerstörung erstaunlich gesund geblieben sei. Wir sind wahrlich die letzten, die sie schlechter machen wollen, als sie ist, und die eine Katastrophenstimmung hervorzurufen wünschten. Aber man mag auch daran denken, daß es nicht wenige Krisenzeichen gibt, die die ernsteste Aufmerksamkeit verdienen. Mit einigen Witzen und Karikaturen ist die Frage jedenfalls nicht abgetan. (Beifall.) Wir wünschen solche Witze insbesondere nicht von jenen zu hören, die unermüdlich dafür sorgen, daß die Krisenzeichen mehr und nicht weniger werden.

Wir haben die größte Hochachtung vor den deutschen Menschen, die trotz aller Enttäuschungen und Zusammenbrüche es nicht müde geworden sind, diese Sicherheit, von der ich sprach, wieder zu gewinnen. Es ist doch nicht selbstverständlich, sondern geradezu ein Wunder, wenn wir die Entwicklung der Sparguthaben, der Ziffern der Lebensversicherungsabschlüsse und der Bausparverträge verfolgen. Darin wird eine Beharrlichkeit und ein trotz allem wieder gewachsenes Vertrauen sichtbar, das uns erstbeste Verpflichtung sein muß. Wir wissen jedenfalls, daß Finanz- und Steuerpolitik nicht nur eine fiskalische Aufgabe ist, sondern daß sie in der unbedingten Sicherstellung der Währung in erster Linie dafür zu sorgen hat, daß dieses wieder gewonnene Vertrauen nicht zum dritten Mal, und dann endgültig, enttäuscht wird. Daß es erstaunlich breiten Massen unseres Volkes geschenkt ist, wenigstens in Ansätzen sich die Sicherheit ihres persönlichen Bereichs wieder aufzubauen, ist uns eine besondere Genugtuung. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß das nicht nur für die soge-

nannten bürgerlichen Schichten gilt, sondern daß weithin die arbeitenden Klassen Anteil an dieser Entwicklung haben. Schon aus diesem Grunde ist es ein Unsinn, heute mit klassenkämpferischen Parolen von vorgestern noch einmal Politik treiben zu wollen. (Beifall.)

Wir wissen auch, daß quer durch alle Schichten hindurch Millionen von Deutschen, insbesondere aus den Kreisen der Vertriebenen und Rentner, daran noch keinen hinreichenden Anteil haben. Hier sehen wir die Aufgabe des Staates, dort, wo die private Initiative, die Erstaunliches geschaffen hat, nicht ausreicht und nicht helfen kann, dafür zu sorgen, daß auch diese Menschen aus dem Gefühl der Heimatlosigkeit und des Ausgeliefertseins herauskommen und sich ein eigenes Leben ohne Sorgen gestalten können. (Beifall.)

Ich habe das, obwohl man sonst dieses Sicherheitsstreben oft etwas näserümpfend als eine bürgerliche Dekadenzerscheinung hinstellen pflegt, vorangestellt, weil hier ein Hinweis darauf gegeben ist, was wir unter dem Sozialen in unserer Gesamtwirtschaft verstehen. Es scheint mir notwendig, daß wir nicht gar zu leicht dieses Wort „sozial“ mit dem Wort Marktwirtschaft verbinden, weil es dabei als eine zu sehr eingeführte Formel unter die Räder geraten könnte. Das heißt nicht, daß ich die Behauptung aufstellen wollte, die überwiegende Zahl derer, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, hätte die Notwendigkeit eines solchen Verhaltens nicht eingesehen. Aber die vielleicht wenigen, die es nicht eingesehen haben, die für ihre eigene Person glauben, einen Lebensstil führen zu können, der mit der Gesamtsituation unseres Volkes nicht in Einklang steht, und die insbesondere dem Ausland diesen Lebensstil in einer höchst gefährlichen und Widerspruch weckenden Weise vorführen, sollten jederzeit im gemeinsamen Interesse unseres Volkes zur Ordnung gerufen werden. (Starker Beifall.) Wir hätten als Partei mit christlicher Verantwortung keine Daseinsberechtigung, wenn wir uns nicht immer und zuerst die befohlen sein lassen würden, die in innerer und äußerer Bedrängnis sind.

Lassen Sie mich etwas sagen über die Auflösung der Ordnungen, in denen wir stehen; obgleich dies auch fast schon zu einem Schlagwort geworden ist. In der Debatte um die Sicherung der Familie ist immer wieder auf den Wegfall der Großfamilie hingewiesen worden, die in der Lage ist, ihre Glieder, auch wenn sie draußen in der Welt waren, wiederaufzunehmen und zu erhalten, der Familie besonders, die auch dazu bereit ist. Wir wissen alle, daß sie, von geringen Ausnahmen abgesehen, verschwunden ist. Hin und wieder hat sie sich noch bewährt bei der großen Flucht aus dem Osten. Es lohnt schon eine Überlegung, warum das große teils bei den Familien der Fall war, die auch sonst besonders in der Tradition der Familie und des Staates wurzeln, bei einem nicht geringen Teil des Adels. Man sage nicht, daß es dort leichter gewesen sei, an vielen Stellen sicher nicht. Aber hier war noch das Wissen um den weiteren Kreis der Familie geblieben, das infolge der technischen, arbeitsmäßigen und wohnungsmäßigen Entwicklung sonst meist verlorengegangen ist. Familie, Heimat, Beruf sind Ordnungen, die gegenüber den Auflösungstendenzen erhaltende Kraft haben. Von der Familie ist gesprochen.

Es mag etwas über die Heimat gesagt werden. Die rechte Bindung an die Heimat ist zweifellos eine der Kräfte, die dem geistigen und menschlichen Vagabundentum wehren. Gerade in einer Zeit, in der Millionen von Menschen unter uns ihre Heimat verloren haben, sollte uns das besonders deutlich werden. Im Blick auf die Vertriebenen geht es mir dabei nicht um eine organisatorische Frage, sondern um eine grundsätzliche. Wir haben allen Wert darauf gelegt, daß die Vertriebenen nicht eine gestaltlose Masse von Habenichtsen sind, die sich auch als solche empfinden. Mir scheint es

wichtig, daß sie in einer realen Beziehung zu ihrer Heimat stehen und sich auch hier und heute als Ostpreußen, Schlesier, Pommern, Siebenbürger Sachsen oder Donauschwaben fühlen. (Beifall.)

Mit der Heimat und dem Wissen um die Heimat ist der ganze Schatz der Überlieferungen und Eigenarten verbunden, der aus dem allgemeinen Wesen Mensch die spezielle Form macht, die ein Gesicht hat und darum dem Leben auch ein Gesicht geben kann. Das gilt aber in gleicher Weise für den deutschen Menschen, der in seiner Heimat bleiben konnte; Bayer, Schwabe, Hesse, Niedersachse und Holsteiner sind nicht dasselbe, sondern sie sind Besonderheiten aus Landschaft, Volkstum und Geschichte. Es wäre unsinnig, das zu vergessen. Die Erklärung, daß man nicht mehr in Stämmen denken könne, wenn man Europa wolle, geht an der Sache vorbei. Natürlich kann man nicht mehr Dinge bei einem Stamm oder Land lassen, die im Interesse des Ganzen dem deutschen Staat oder einem kommenden Europa zugeordnet werden sollten. Aber auch in einer Gemeinschaft Europa wird es den Heimattyp der Westfalen oder Bayern und Brandenburger genauso geben wie den Typ der Bretonen, der Gascogner, der Lombar den oder der Römer. (Beifall.) Nach unserem Willen beendet die größere politische Gemeinschaft nicht die Heimatbezogenheit und erledigt nicht die aus ihr herauswachsenden Kräfte.

Nun gestatten Sie mir aber, etwas Ketzerhaftes als meine persönliche Meinung hier zu sagen. In den Debatten um diesen Bereich, die bei uns zumeist unter dem Schlagwort „Föderalismus“ geführt werden, scheinen mir erhebliche Unklarheiten vorzukommen. In den letzten Wochen hatte ich im Zusammenhang mit Finanz- und Steuergesetzen gelegentlich den Eindruck, daß auch überzeugte Föderalisten an die Grenze ihrer Freudigkeit kamen. (Heiterkeit.)

Mir scheint der Föderalismus nicht garantiert zu sein, wenn es in Deutschland fast ein Dutzend Länderparlamente und Regierungen gibt, die oft genug in der Versuchung stehen, den Föderalismus mit ihrer Existenz als gesichert, in seinen Funktionen damit aber auch als ausgeschöpft anzusehen. Auch in einem größeren politischen Zusammenhang, gerade unter dem Gesichtspunkt der engen Verbindung mit der Heimat, muß der Föderalismus sich in der Entfaltung der auf den untersten Stufen der staatlichen Ordnung vorhandenen selbständigen Kräfte, also in der Gemeinde und im Kreis, als gestaltende Kraft erweisen. Der Herr Oberbürgermeister hat auf einen speziellen Weg aus der Gemeinde in den Staat in dankenswerter Weise vorhin aufmerksam gemacht. Hier liegt auch die wirkliche Möglichkeit, der ständig zunehmenden Verstärkung der Bürokratie entgegenzutreten und echte ehrenamtliche Mitarbeit in Staat und Gemeinde zu erreichen. Wenn der Föderalismus das nicht tut und in einen fruchtlosen Kampf mit einer Zentralgewalt verfällt, kann der Föderalismus sehr leicht ein destruktives Element werden.

Wir vertreten auch heute mit allem Nachdruck die Ansicht, daß zentral nur das geordnet werden soll, was um des Ganzen willen zentral geordnet werden muß. (Beifall.) Das Merkmal ist dann aber wirklich das Ganze und nicht die begrenzte Interessenlagerung eines Landes. Wenn dem Ganzen das verweigert wird, was es braucht, kann das leicht zu einem Element nicht der Stärkung der Länder, sondern zum Antrieb eines erneuten übersteigerten Zentralismus werden. Das sollten alle beachten, die es angeht, insbesondere auf dem Gebiet der Finanz- und Kultur-, besonders der Schulpolitik. Da wir in Köln versammelt sind, kann ich nur das Wort in Erinnerung rufen, mit dem mein Staatsrechtslehrer in Berlin vor mehr als dreißig Jahren mitten in der damaligen Not und Ohnmacht seine Vorlesung schloß: „Halt fest am Reich, du kölnischer Bauer!“ Das gilt mit anderen Worten auch heute! (Beifall.)

Und das dritte in diesem Zusammenhang ist der Beruf. Wir wissen alle, wie die technische Entwicklung dazu geführt hat, daß der Mensch in fast jeder Arbeitsform in den organisierten, rationalisierten und technisierten Massenbetrieb hineingeführt worden ist. Das gilt nicht nur für Arbeiter und Angestellte, es gilt auch für Beamte und sogar in erstaunlichem Maße für die sogenannten freien Berufe. Wir wissen, was es bedeutet, daß der Mensch kaum irgendwo noch ein ganzes Werk zu tun imstande ist, daß er in irgendeinen „Arbeitsprozeß“ hineingestellt wird, an eine Stelle, an der ihn, wenn es nötig ist, der Mensch X jeden Augenblick ablösen kann. Wir sind keine Romantiker, die meinen, man könne in dieser Zeit zu vergangenen Arbeitsformen zurückkehren, obwohl wir der Ansicht sind, daß in der Organisation der Arbeit und der Betriebe, in der Gestaltung des Arbeitsplatzes, in der Ermöglichung der notwendigen Freizeit sich auch heute noch vieles bessern läßt.

Ich darf hier einmal als Niedersachsen sprechen und sagen — gerade weil übermorgen hier über die Bedeutung Nordrhein-Westfalens gesprochen wird —, daß wir die ständig zunehmende Zusammenballung der wirtschaftlichen und industriellen Kräfte in diesem Raum mit einiger Sorge betrachten. Nicht, weil wir Nordrhein-Westfalen die damit auch vorhandenen Möglichkeiten nicht gönnten, sondern weil wir im Blick auf die berufliche Situation des einzelnen, die Wohnverhältnisse, die ständig stärkere Zusammenballung der Menschen in Großstädten ernste Sorgen haben. Darüber hinaus scheint es mir ein großes und berechtigtes Anliegen zu sein, daß im gesamten deutschen Vaterland, auch in industrieller und wirtschaftlicher Hinsicht, eine Ausgewogenheit vorhanden ist, die allen Teilen letztlich zugute kommt. Darum erwarten wir auch unter diesem Gesichtspunkt die Wiedervereinigung Deutschlands so brennend, weil sie auch in dieser Frage zu solcher Ausgewogenheit helfen und die etwas einseitige Entwicklung bremsen kann.

Ich spreche aber im Blick auf die geistige Struktur vom Beruf vorwiegend noch unter anderen Gesichtspunkten. Wir haben große Berufszweige, die vieles von der überkommenen Berufsstruktur gerettet haben. Auch hier wollen wir nicht mit Gewalt Überholtes erhalten. Es ist uns aber allen klar, daß in der Landwirtschaft, im Handwerk und in weiten Bereichen des sonstigen Mittelstandes noch eine standfestere berufliche Situation vorhanden ist. Auch sie ist in Gefahr, sich aufzulösen. Soweit das aus inneren, zwingenden Gründen erfolgt, kann der Staat nicht sehr viel dagegen tun. Er kann aber durch eine Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu helfen, daß nicht ohne Not landwirtschaftliche und handwerkliche Betriebe entweder aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit oder aus Mangel an Arbeitskräften oder wegen fehlender Rentabilität zusammenbrechen müssen. Ich sage das hier, um vor der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß unsere Mittelstandspolitik, auch wenn es manchmal anders scheinen mag, nicht in erster Linie aus finanziellen Gründen getrieben wird, sondern weil hier noch ein Restbestand von beruflicher tragender Ordnung da ist, der um der Gesamtstruktur unseres Volkes willen erhalten werden muß. (Beifall.)

Es scheint mir eines der dringlichsten Anliegen zu sein, um ein Beispiel zu nennen, daß eine Handwerkerfamilie in der Lage bleibt, einen Lehrling auszubilden, das heißt, ihn nicht nur mit den technischen Aufgaben seines Berufes vertraut zu machen, sondern ihm auch eine Lebensanschauung und Haltung zu vermitteln, die ihn die überkommenen Werte eines ehrbaren Handwerks hochhalten läßt. Das ist keine Romantik, sondern eine sehr nüchterne Betrachtung, die mit Erwägungen über notwendige Rationalisierung nicht hinreichend beantwortet ist. Lehrlingsheime sind dafür nur ein manchmal notwendiger, aber doch nur sehr kümmerlicher Ersatz.

Nachdem von einigen der auflösenden Momente gesprochen ist, kann ich etwas sagen von den falschen Fluchtwegen, zu denen diese Auflösung geführt hat.

Die Zerschlagung des abgegrenzten, ausgefüllten und gesicherten persönlichen Lebensbereichs hat dazu geführt, daß die damit verbundene Vermassung von vielen Menschen gar nicht mehr als Not empfunden, sondern geradezu zum Prinzip der Zeit wurde. Es hat etwas Erschreckendes, daß die Menschen sehr leicht bereit sind, die ihnen aufgezwungenen Lebensformen zur Kenntnis zu nehmen und geradezu als das von ihnen Gewollte und für sie Nützliche zu empfinden. Diese Erfahrung kann man in der Geschichte und heute bei jeder Staatsform — auch der brutalsten — machen, und sie gilt insbesondere für die Wandlungen im soziologischen Bereich. Wenn es schon keinen Raum für den einzelnen geben soll, dann wird die Masse mit ihren Möglichkeiten zum Lebensraum. Es ist müßig, darüber nachzudenken, ob die notwendigen technischen Voraussetzungen für diese Massenexistenz deswegen erfunden wurden, weil die soziologischen eingetreten waren oder umgekehrt. Jedenfalls sind diese Möglichkeiten heute vorhanden. Wir brauchen sie nur aufzuzählen, um ihre Bedeutung zu erkennen: Film, Rundfunk, Fernsehen, illustrierte Zeitungen, Bildzeitungen, Boulevardblätter, pocket books und so weiter. Damit nun niemand in diesem Augenblick den Bleistift zückt und notiert, es würde Staats- oder Volkszensur gefordert und die Freiheit sei in Gefahr, erkläre ich hier ausdrücklich, daß es mir hier lediglich um die Feststellung eines Tatbestandes geht. Zum Thema „Freiheit“ habe ich nachher noch einiges zu sagen!

Es ist gar kein Zweifel, daß fast alle hier genannten Möglichkeiten des Ansprechens der Menschen auf Massenwirkung abgestellt sind. Sie gehören schon so zum Weltbild, daß sie bewußt zum Teil gar nicht mehr aufgenommen werden. Mir ist die Erzählung des Kultursenators einer deutschen Hansestadt am bezeichnendsten gewesen, der in eine Nissenhütte kommt, um einem dort wohnenden Jungen eine Auszeichnung zu überreichen: nicht das Bundesverdienstkreuz; es war eine Armanduhr. Das Radio wimmerte ununterbrochen. Als er fragt: „Können Sie das Radio nicht abstellen?“ erhält er von der Mutter zur Antwort: „Stört Sie das? Ich höre das schon gar nicht mehr.“ Man vergleiche diese Einstellung mit dem, was Lessing und Schiller einst über das Theater zu sagen wußten, und der Aufgeschlossenheit zur Aufnahme und Verarbeitung, die unsere Väter noch mitbrachten, wenn sie in das Theater gingen. Es mag füglich bezweifelt werden, ob alle, die diese Instrumente handhaben, das Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, sich ihrer Auswirkungen stets bewußt zu sein. (Beifall.)

Hier gilt insbesondere das Wort, das Karl Jaspers schon vor mehr als zwanzig Jahren im Blick auf die Massenordnung gesagt hat: „Nichts ist fern, geheim, wunderbar.“ Und man könnte hinzufügen: Nichts ist mehr privat! Wir können diese Massenbeeinflussungsmittel nicht beseitigen, aber wir können erwarten, daß Menschen, die an der Gestaltung solcher Mittel beteiligt sind, sich darüber klar sind, daß sie positiv oder negativ an einem Prozeß beteiligt sind, der unerhörte zerstörerische Wirkungen haben kann. Die Masse hat die Bereitschaft zu rezipieren, ohne eigene gedankliche Arbeit zu leisten. Dazu kommt der offenbar unausrottbare Glaube der Deutschen, daß das, was gedruckt ist, wahr sein müsse, obwohl die Erfahrungen, die wir gemacht haben, eigentlich das Gegenteil hätten bewirken müssen. Man müßte eigentlich hoffen dürfen, daß ein Appell an diese Verantwortung alle, die es angeht, zu einer größeren Wachsamkeit ermuntern sollte.

Auf der Tagung des Deutschen Zeitungsverlegervereins in Wiesbaden vor wenigen Wochen hat Professor Dovifat beherzigenswerte Mahnungen zum Thema Zeitschriften ausgesprochen. Im Blick auf die geistige

Struktur unseres Volkes kann man das nur unterstreichen. Was sich illustrierte Zeitungen leisten, verfolgen wir dann und wann. Es war mir interessant, daß vor wenigen Tagen im Aufsatz eines Arztes in der „Frankfurter Allgemeinen“ zu diesem Thema unter der Überschrift „Giftmischer am Werk“ der Satz vorkam: „Wohl stünde es dem Arzte an und wäre schön, könnte er angesichts des allwöchentlichen Giftgebräues aus Druckerschwärze, sei es nun „enthüllender“, sei es pseudobelehrender Art, gleichmütig die Schultern zucken — doch die Millionen Leser sind auch Millionen Patienten. Die Giftmischer wissen das. Wissen es auch die Ärzte? Dann müßten sie sich endlich wehren!“ (Beifall.)

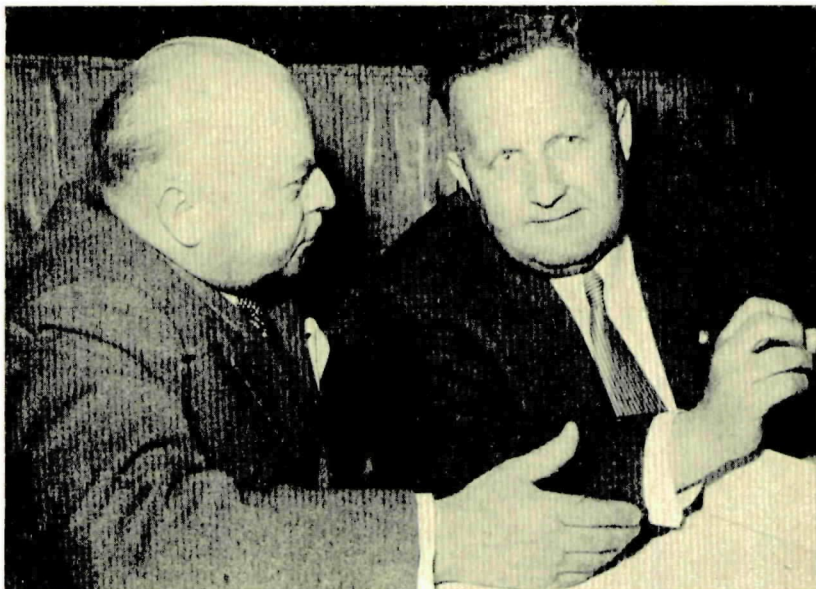
Da das in einer Zeitung gedruckt wurde, darf ich es hier wohl auch zitieren, ohne in den Verdacht zu kommen, einer der „Dunkelmänner“ zu sein, mit denen man heute das Volk gern unterhält. Im Blick auf die geistige Situation unseres Volkes sind wir alle Ärzte und gerufen, uns darum Sorge zu machen, wie den zerstörerischen Wirkungen dieser Vermassung begegnet werden kann. Es ist allerdings meine Meinung, daß wir mit Zensurbestimmungen, abgesehen von den begrenzten Fällen, wo es um den Schutz der Jugend geht, hier nicht weiterkommen. Wenn es möglich ist, im industriellen Prozeß den Wirkungen der Vermassung auf dem Gebiet der Gestaltung der Arbeit entgegenzutreten, warum soll das bei diesen Instrumenten, die die Freizeit ausfüllen, nicht auch möglich sein, wenn sich verantwortungsbewußte Leute finden, denen es nicht nur um das Geschäft geht. Es ist das zuerst immer wieder eine Frage an uns, an unsere produktiven Kräfte, unsere Fähigkeiten, ob wir imstande sind, nun nicht gerade die Produkte des „Giftgebräues aus Druckerschwärze“ zu übertreffen, aber etwas zu schaffen, was mindestens nicht sofort wegen der aufdringlichen Tendenz oder der tödlichen Langeweile beiseite gelegt wird. (Beifall.)

Von einer Folge dieser Zusammenballung der Massen bei der Arbeit und in der Freizeit sei noch gesprochen, von der Funktion des Neides. Vor hundert Jahren hat Bismarck schon einmal geschrieben: Wenn ein Engländer jemand reiten sehe, dann freue er sich am Pferd und daran, daß der andere reiten könne. Ein Deutscher fragt sofort, warum habe ich kein Pferd? Ich fürchte, daß das bis heute nicht anders geworden ist und daß diese Einstellung durch das enge Zusammenrücken der Massen nur noch gefährlicher geworden ist. Es wäre nützlich, wenn der Funktion des Neides in der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der letzten hundert Jahre einmal nachgegangen würde.

Niemand wird leugnen können, daß die Werbekraft sozialpolitischer und wirtschaftlicher Theorien bis heute durch den Hinweis auf den, dem es besser geht, verstärkt worden ist, auch dort, wo legitime Gründe für dieses Bessergehen vor aller Augen sind. Das heißt nicht, daß die Bewegungen des vergangenen Jahrhunderts, die sich die Besserstellung der arbeitenden Klassen in ihren Lohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Ziel gesetzt haben, nicht begründete und notwendige Ansatzpunkte hatten. Auch wenn man der Vernunft der Arbeitgeber und der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung alles Mögliche zutraut, wird niemand bestreiten, daß die erreichten Erfolge auf diesem Gebiet ein wesentlicher Ertrag dieser Bewegungen sind, die so weit gehen, daß man an diesem 1. Mai die Forderung nach der 40-Stunden-Woche aufstellen konnte, ohne daß irgend jemand das als völlig illusorisch bezeichnete. Was uns im Blick auf die geistige Struktur aber beschäftigt, ist die Frage nach der Funktion der Masse in diesem Prozeß. Die konsequent verstandene Lehre des Marxismus des vorigen Jahrhunderts ist die der Erringung der Herrschaft für die arbeitenden Massen im Wege des Klassenkampfes und der Enteignung der Enteigner. Ernsthaft wünscht das bei uns im Westen niemand mehr zu behaupten, auch wenn der Mangel einer klaren

anderen Konzeption immer wieder Reminiszenzen aufklingen läßt. Dieses hinter uns liegende Jahrhundert hat es fertig gebracht, den Gedanken des Klassenkampfes als des Instrumentes der Besserstellung der Massen ad absurdum zu führen.

Es wäre sehr falsch, aus dieser Feststellung schließen zu wollen, daß ja damit die Gegner des Marxismus in einem Jahrhundert gerechtfertigt seien und fortan alles beim alten bleiben könne. Der Marxismus hat seine Theorie auf die Masse gestellt, und wo sie nicht da war, hat er sie politisch und weltanschaulich geschaffen. Diese Masse hat ihre Ziele weitgehend auf andere Weise erreicht, aber sie ist infolge des Beharrungs-



Bundestagspräsident D. Dr. H. Ehlers im Gespräch mit Minister Farny

vermögens noch weithin Masse, wenn auch z. T. nur fiktiv. Hier liegt die ungeheure Verantwortung unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, den Auflösungsprozeß der Masse fortschreiten zu lassen.

Das ist übrigens keine parteipolitische Forderung. Wo die sich wieder zu Individualitäten umbildende Masse — die man früher das Proletariat nannte — sich politisch einordnet und welchen Parolen sie dabei folgt, mag dahingestellt bleiben. Hier geht es darum, Lebensformen zu schaffen, in denen die von innen und außen zerstörten Grundlagen der Ordnung wieder wachsen können. Niemand wird leugnen wollen, daß die Versuchung dieser Zeit zur Massenbildung nicht geringer ist, wenn auch auf anderen Sektoren, als vor hundert Jahren beim Beginn der industriellen Entwicklung. Aber unsere Aufgabe ist es, dem falschen Nachgeben und dem Idealisieren des Zustandes der Masse ein Ende zu machen und wieder Menschen werden zu

lassen, die ihres eigenen Wertes und ihrer eigenen Freiheit gewiß sind. Das ist keine Aufgabe von Beschwörungen, sondern praktisch politischer Maßnahmen auf allen dazu geeigneten Gebieten.

Ich habe noch von einem anderen Fluchtweg zu sprechen, der mindestens ebenso gefährlich ist wie der der Flucht in die Masse, das ist der Weg der falschen Freiheit. Kein Wort ist für den Menschen überhaupt, besonders aber für den Menschen unserer Tage, so verführerisch wie das Wort „Freiheit“. In ihm ist alle Sehnsucht des Menschen beschlossen, mit diesem Wort hat man Revolution gemacht; Freiheit garantiert man in Verfassungen und Verträgen. Leider übersieht man dabei, daß das gleiche Wort nicht immer dasselbe beinhaltet.

Der von der industriellen Entwicklung, von der Zusammenballung der Menschen, vom Steigen der technischen Möglichkeiten bedrohte Mensch empfand naturgemäß den immer enger werdenden Raum seines persönlichen Ich bedrängt. Wir haben von den Auswirkungen schon gesprochen. In diese zunehmende Beengung wurde die Parole der Freiheit geworfen. Da war das Fanal, das der immer eingeschlossene Mensch ersehnt hatte. Die Freiheit des Geistes, die Freiheit der Forschung, die Freiheit der Kunst, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit, alles das waren Postulate, die begeisterte Gefolgschaft fanden. Wer wollte leugnen, daß das alles legitime Forderungen sind, die kaum einer Begründung bedürfen. Hier war endlich der Weg gewiesen, auf dem der Mensch sich seinen eigenen Raum gegen alle ihn bedrängenden Mächte erhalten konnte. Die Parole der Freiheit, die in diese Welt geworfen wurde, hat eine vielfältige Geschichte. Sie ist so alt wie die Geschichte der Menschheit überhaupt. Aber ihren bestimmten Charakter hat diese Freiheit, wie man sie propagierte, in den letzten zweihundert Jahren erhalten.

Es gibt hier ein merkwürdiges Zusammenwirken zweier Kräfte. Im staatlichen Bereich haben die amerikanischen Neuenglandstaaten den Freiheitsbegriff formuliert. Man spürt ihm an, daß er aus der kalvinistischen Tradition kommt, die ohne weiteres bereit ist, die Nichtwahrung der Bürgerrechte auf Freiheit und Selbstverantwortung als Hochverrat gegen Gott anzusehen. Der andere Strom, der in dieses Bett der Freiheit geflossen ist, in Europa der bestimmendere, ist die französische Revolution. Von hier stammt der aus der Autonomie des Menschen entwickelte Begriff der Freiheit: „Der Mensch ist das Maß aller Dinge.“ Dieser Satz stammt von dem griechischen Sophisten Protagoras und ist damit 2400 Jahre alt. Da er in der letzten Zeit in der Auseinandersetzung über aktuelle Fragen zitiert wurde, muß ich dazu eine Anmerkung machen. Wir würden seine Schriften zwar weder auf dem Marktplatz von Athen noch auf dem Münsterplatz von Bonn verbrennen — was müßte dann vorher noch alles in Flammen aufgehen —, aber Protagoras ist nicht unser Mann. Das Wort des Protagoras lautet vollständig: „Der Mensch ist das Maß aller Dinge, der seienden, daß sie sind, der nichtseienden, daß sie nicht sind.“ Das bedeutet, wenn man etwas genauer zusieht, jeder Mensch ist das Maß aller Dinge, und es gibt keine objektive Wahrheit, wenn die Menschen verschiedener Meinung sind.

Das Ganze ist also eine skeptische Doktrin, und sie wird sehr deutlich, wenn man die Worte des Protagoras über die Götter liest: „Über die Götter weiß ich nichts zu sagen, weder daß sie existieren noch daß sie nicht existieren, denn vieles behindert unsere Erkenntnis, die Dunkelheit des Gegenstandes und die Kürze des menschlichen Lebens.“ Nein, Protagoras ist nicht unser Mann, auch wenn es noch Nachfahren von ihm gibt! Der so verstandene Mensch normiert alles auf dieser Welt. Was ihm recht ist und gefällt, kann er tun. Er braucht sich keiner Bindung zu

unterwerfen, es sei denn der, die die Menschen gemeinsam aufstellen, um ihr Zusammenleben noch möglich zu machen. Aber dieser dem Staat verbliebene Raum soll so eng wie möglich sein, da er die Menschen möglichst wenig im Genuß ihrer Freiheit beschränken soll.

Das Wesentliche ist aber, daß es vom Geist der Französischen Revolution her keine Begrenzung dieser Freiheit durch eine über dem Menschen stehende absolute Größe gibt. Gott hat in diesem Weltbild keine Funktion. Hier ist die Grenze gefallen, die die Menschheit in irgendeiner Form vor dem Chaos bewahrt hat. Geblieben ist der autonome Mensch, der keine Bindungen mehr anerkennt. Niemand sage, das sei eine falsche Darstellung. Epochen der geistigen Geschichte der Menschheit gehen ineinander über, sie folgen nicht abrupt aufeinander. So hat in den anderthalb Jahrhunderten seit dem Sturm auf die Bastille der damals aufgebrochene Freiheitsbegriff gegolten, untermischt und begrenzt durch die fortwirkenden Kräfte, die seiner Maßlosigkeit eine Grenze setzten. Erst in letzten Auswirkungen und Erschütterungen ist es zur krassen Darstellung dessen gekommen, wohin diese bedingungslose Freiheit führte. Der Hitlerstaat ist ebenso wie der Kommunismus ein legitimes Kind der Französischen Revolution, so sehr auch das Pathos der Freiheit gegen diese Erkenntnis stehen mag. (Starker Beifall.)

Weil das so ist, sind wir gegen die Anrufung der Freiheit heute so skeptisch. Wenn heute gegen irgendein Erzeugnis der Presse oder des Films protestiert wird, dann ertönt sofort der Ruf nach der Freiheit, und sie wird gegen Versuche der Zensur angerufen. Dazu muß doch ein Wort gesagt werden. Die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung ist verfassungsgemäß garantiert, und niemand wünscht — um des Staates und nicht nur um der Presse willen — diesen Zustand einzuschränken oder zu ändern. Wenn das aber so verstanden wird, daß es etwa dem Politiker verwehrt wird, eine unter dem Schutz dieser Freiheit ausgesprochene Kritik für falsch zu halten und sie anzugreifen und man ihm dann unterstellt, er wolle die Kritik beschneiden, dann muß deutlich Einspruch erhoben werden. (Beifall.)

Jeder, der kritisiert wird, hat die Pflicht, diese Kritik zu hören; wer es nicht, daß er recht hat. Kritik hat nur dann ein Recht, wenn sie mit auch das Recht haben, eine Kritik für falsch, unberechtigt oder gefährlich zu halten und das öffentlich auszusprechen. Jeder Politiker muß sich gefallen lassen, für einen schlechten oder fehlerhaften Politiker gehalten zu werden; er muß aber auch der Meinung Ausdruck geben können, daß ein Kritiker den an sein Fach zu stellenden sachlichen Anforderungen nicht genügt. Ein Theaterkritiker muß zwar kein Theaterstück schreiben können, er muß aber vom Theater und von der Literatur etwas verstehen. Dasselbe muß im politischen Bereich gelten. Und wer das nicht hören mag, soll sich nicht auf die Freiheit der Presse berufen. Daß jemand zuletzt Druckschwärze und ein Mikrophon zur Verfügung hat, beweist nicht, daß er recht hat. Kritik hat nur dann ein Recht, wenn sie mit gleichen Maßen gemessen werden kann.

Uns geht es wirklich um die Freiheit, aber um eine Freiheit, die weiß, daß sie nur in einem echten Gegenüber zwischen der Freiheit des Handelns und Denkens und der inneren Bindung, die sie bestimmt, bestehen kann. Es mag andere Begründungen für sie geben. Wir wollen aber mit Deutlichkeit aussprechen, daß wir dieses Gegenüber nur in einer letzten Verantwortung sehen können, und daß wir das Wort des 2. Korintherbriefes „Wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“ sehr ernst nehmen. (Beifall.)

Nun lassen Sie mich als letztes etwas von den haltenden Kräften sagen. In den Krisen- und Auflösungserscheinungen der Zeit geht es uns um die haltenden Kräfte.

Da wir hier besonders unter politischem Vorzeichen reden, ist in erster Linie die Wiedergewinnung einer rechten Einstellung zum Staat zu nennen. Sie ist uns in den letzten anderthalb Jahrhunderten verlorengegangen. Daran haben viele Momente mitgewirkt. Es ist nutzlos, sie jetzt umfangreich darzulegen. Ein klassenkämpferischer Marxismus, der an die Stelle des Staates die Gesellschaft setzen wollte, eine den Menschen in den Mittelpunkt rückende Weltanschauung, die den Staat auf einen möglichst engen Raum beschränken wollte, eine Abwendung von der Welt unter verinnerlicht-christlichem Vorzeichen, die den Staat als ein Ding dieser Welt nicht ernst nahm, eine politische Ideologie, die den Staat zum Mittel der Durchsetzung ihrer Ziele machte unter der Parole „Die Partei ist der Staat“, und der Staat selbst, der in vielerlei Formen alles nur Mögliche getan hat, um sich um seinen Kredit zu bringen, haben dabei zusammengewirkt.

Niemand kann leugnen, daß heute alles unter der Zielsetzung steht: möglichst wenig Staat! Und man darf weiter feststellen, daß es genug politische Kräfte gibt, die sich nur insofern für den Staat interessieren, als er ihnen die Möglichkeit gibt, ihre politischen oder sonstigen Zielsetzungen durchzusetzen oder Personalpolitik zu betreiben.

Die Reaktion auf das „zuviel Staat“ von gestern in dem „möglichst wenig Staat“ von heute ist nur zu verständlich, und sie ist sicher auch weithin gerechtfertigt. Ich habe bereits einmal darauf hingewiesen, daß die politisch-weltanschaulichen Zeitabschnitte nicht übergangslos aufeinanderfolgen. Wenn erst einmal der Staat und seine Funktionäre sich daran gewöhnt haben, daß sie alles zu tun haben, ist es schwer, der ständig wachsenden Ausdehnung des staatlichen Handelns und des staatlichen Apparates entgegenzuwirken. Diese Erscheinung gibt es, auch wenn das ein schwacher Trost sein mag, ja in anderen Ländern noch mehr als bei uns.

Wir sollten uns einen Augenblick auch darüber Gedanken machen, daß dieselben Leute, die heute nach der Verminderung des Staatsapparats rufen, gleichzeitig ununterbrochen neue Forderungen an den Staat stellen und ihm Aufgabengebiete zuschieben, die ohne ihn und außerhalb seines Bereichs ebensogut oder besser gelöst werden können. (Beifall.) Der überall beklagte Weg zum Wohlfahrtsstaat wird nicht nur vom Staat selbst gefördert, sondern von denen, die dem Staat jede nur denkbare Forderung stellen mit dem Ziel, daß der Staat den Bürger von jedem möglichen Risiko entbinde. Wer vom Staat alles fordert, kann sich nicht wundern, wenn der Staat alles nimmt.

Aber alle diese Fehlentwicklungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine der größten Aufgaben unserer Zeit ist, eine andere und verpflichtendere Einstellung zum Staat wiederzugewinnen. Weder der Staat als Nachwächter, noch der Popanz Staat, noch der Staat als Wohlfahrtsträger wird dem gerecht, was der Staat auch bei uns um der Menschen willen bedeuten muß. Ob man diesen Staat nun mit der lutherischen Lehre von den zwei Reichen oder vom Naturrecht her begründet, immer steht eines fest, dieser Staat hat von Gott her seine Würde. Er hat zwar nicht die Aufgabe, schon jetzt und hier das Reich Gottes oder einen Vorschuß darauf darzustellen. Es ist eine Notordnung, die die Aufgabe hat, die Menschen in ihm zu erhalten. Dazu hat er Macht und das Recht, sie auszuüben, dazu muß er Gehorsam fordern und strafen können. Dieser Staat steht in der großen Spannung, die vor zwanzig Jahren auf der 1. Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche in Deutschland in der harten Auseinandersetzung mit dem den wirklichen Staat verfälschenden Totalitarismus Hitlers sichtbar wurde. Ich zitiere die beiden Sätze der 5. These der Theologischen

Erklärung dieser Bekenntnissynode: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“ In dieser Spannung, sagte ich, müssen wir auch heute unsere Einstellung zum Staat als hilfreiche Stütze unseres Seins in dieser Welt finden. Auf jeden Fall ist sicher, daß die Bagatellisierung des Staates keine für uns mögliche Haltung ist, ebensowenig wie die Ideologisierung des Staates.

Mit den zitierten Sätzen ist aber auch Entscheidendes gesagt zur heute so oft gehörten Frage der Klerikalisierung. Soweit sie nur eine Wahlkampfsparole darstellt, haben wir uns mit diesem Thema überhaupt nicht auseinanderzusetzen. (Beifall.) Soweit echte Sorgen und Fragen hinter dieser Frage sichtbar werden, und sie werden da und dort sichtbar, können wir nur sagen: Wir sind politische Partei und nicht Kirche. Wir wünschen die Abstände zwischen der politischen Partei und der Kirche nicht zu verwischen. (Beifall.) Die CDU ist nicht die Kirche, und die Kirche ist nicht die CDU. (Beifall.)

Gerade in der Spannung, von der ich gesprochen habe, wird sichtbar, wo die Grenzen liegen, die beide, Staat und Kirche, um ihres Auftrages willen und damit im eigenen Interesse beachten müssen. Wir haben erlebt, wohin der Staat kommt, wenn er glaubt, mit einer völkischen Religion die Funktion der Kirche mit übernehmen zu können. Es gibt Beispiele in der Geschichte dafür, wohin die Kirche kommt, wenn sie die Aufgaben des Staates mit zu übernehmen sich anschickt.

Niemand wird bestreiten, daß es Grenzfälle, daß es auch kirchlichen oder politischen Übereifer gibt. Vor ihnen zu warnen, ist unsere Aufgabe! Wir möchten aber deutlich aussprechen, daß die Gefahren, die durch solchen Übereifer und durch gelegentliches Vergessen der Grenzen zwischen Kirche und Staat entstanden sind und entstehen mögen, wesentlich geringer sind als die Schäden, da dadurch eingetreten sind, daß ein angeblich aufgeklärtes Zeitalter weder mit der Kirche noch mit dem Staat etwas anderes anzufangen wußte, als sie zum Tummelplatz seiner Freiheitsideologien zu machen. (Beifall.) Dadurch sind Kirche und Staat ausgehöhlt und ernstlich gefährdet worden und werden es noch heute. Durch den Ruf: Haltet den Dieb! werden wir uns nicht dazu bringen lassen, unsere Aufmerksamkeit von den wirklichen Gefahren für den Staat, Volk und Kirche abzuwenden. Wir entnehmen unsere Vorstellungen über den Staat aus dem Wort Gottes und erben sie nicht von Jean Jacques Rousseau. (Beifall.) Und aus der Schrift lernen wir, um noch einmal kurz die Barmer Synode zu zitieren: „daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten.“

Auch wenn das überraschen mag, nenne ich als weitere haltende Kraft das Prinzip der Demokratie. Es hat sich zwar in Deutschland eingebürgert, daß jeder, dem irgendetwas im Staat nicht paßt, sagt, das sei eben die Demokratie. Nach den Erfahrungen mit dem Mißbrauch des Wortes Demokratie in aller Welt sind wir davor bewahrt, sie leichtfertig zu glorifizieren. Wir glauben auch nicht an die Automatik der Demokratie, die Jaspers 1932 noch glaubte so schildern zu können: „Die politische Struktur

dieses Leistungsapparates — in der Massenwirtschaft — wird notwendig Demokratie in irgendeiner Gestalt. Niemand mehr vermag ohne Duldung durch die Masse das, was sie tun soll, nach einem erdachten Plan gewaltsam zu bestimmen.“ Wir haben inzwischen gelernt, daß das doch möglich ist, gestern und heute! Aber gerade weil wir das erlebt haben, sind wir genötigt, die Demokratie ernst zu nehmen als die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk, um auch hier eine amerikanische Formulierung aufzunehmen.

Wir sind weit davon entfernt, die Demokratie zu idealisieren, sie ist vielleicht wirklich nur die am wenigsten schlechte Staatsform. Wir sind uns ihrer Gefahren und Mängel durchaus bewußt. Das, was Walter Dirks in seinem Aufsatz über die „Klerikalen“ und die „Liberalen“, wie ich meine fälschlicherweise, dem Klerikalismus als eine „der giftigsten Früchte“ vorwirft, die Moralisierung des politischen Kampfes, kann sehr leicht zum Kennzeichen der Demokratie werden. Wenn wir es nicht schon gewußt hätten, würde es uns Kennan aus seiner diplomatischen Erfahrung im Blick auf die erste Hälfte dieses Jahrhunderts bestätigt haben, wenn er von der Gefahr des Moralismus in der Demokratie spricht und darauf hinweist, daß die Demokratie im Zorn auch bis zum unerwünschten Ende kämpfe. Und die amerikanische Diplomatie steht wohl am wenigsten in der Gefahr des Klerikalismus, denn Puritanismus ist doch wohl etwas anderes. Wir wissen auch, welche Möglichkeiten es gibt, durch das, was Werner Weber unermüdlich den Pluralismus oligarchischer Herrschaftsformen nennt, die Demokratie von innen her in Besitz zu nehmen oder sie von außen her durch die Produktion eines scheinbaren Volkswillens zu entmachten. Das alles wissen wir, und dennoch sind wir gehalten, uns darüber klar zu sein, daß es nur die Entscheidung zwischen einer funktionierenden Demokratie und einem neuen Totalitarismus für uns gibt. Unsere Entscheidung bei dieser Alternative ist klar. Diese Entscheidung stellt an uns als politische Partei die höchsten Ansprüche, nicht nur an irgendein Führungsgremium oder an Funktionäre, sondern an alle, die ein Amt oder Mandat haben, und an alle irgendwo im Lande, die sich bereithalten, die politische Verantwortung von unten her mitzutragen. Es geht um das Durchstoßen der gefährlichen Abstinenz im politischen und parteipolitischen Leben, es geht um die Vertreibung der Angst, sich politisch festzulegen. Niemand soll meinen, daß er durch diese Abstinenz in einem neuen totalitären System sich einen besseren Fragebogen sichern könnte. (Beifall.) Es geht um das echte Gespräch insbesondere mit der jungen Generation. Es geht um das Sichtbarmachen dessen, was wir wissen, daß Vaterlandsliebe und das Gefühl für nationale Würde nicht mit Nationalismus und Fanatismus gleichzusetzen sind. (Beifall.)

Es geht um die Ablehnung der politischen und nationalen Phrase und die Herausstellung des Möglichen und Vertretbaren. Es geht insbesondere aber darum, daß jeder, der ein Mandat hat, dieses Mandat wahrnimmt als ein seiner Verantwortung und seinem Gewissen Unterworfenen. Ich zitiere Hans Adolf Dombois aus seinem Aufsatz in der „Evangelischen Verantwortung“: „Auch der Abgeordnete hat ein Amt und wird durch die Zustimmung des Volkes nicht in der Entscheidung seines Gewissens gedeckt und entlastet. Weder der Staat noch das Volk sind souverän, wenn das heißt, daß der Mensch sich seinen letzten Lebenssinn selber setzt. Der Mensch verfügt nicht über seinen Lebenssinn, sondern dieser ist ihm gesetzt.“ Wir wissen, daß eine solche Demokratie, wie der Staat überhaupt, der gewachsenen Autorität bedarf. Wir reden so viel von Integration und beschränken dieses Wort auf bestimmte Vorgänge europäischer Zielsetzung. Die Demokratie selbst lebt in ihrer inneren Gestaltung von solcher Integration. Sie darf nicht auf Formalisierung und Funktionalisierung

gestützt werden. Es geht um die Vermenschlichung der Demokratie. Ohne selbstgefällig zu sein, wird man sagen dürfen, daß in den vergangenen Jahren auf diesem Wege manches erreicht ist.

Wie das etwa verfassungsmäßig zu sichern und zu gestalten wäre, braucht hier heute nicht erörtert zu werden. Es ist aber kennzeichnend, daß auch die Frage nach Form und Inhalt der Demokratie sich letztlich nicht in Verfassungsartikeln und Verfahrensformen entscheidet, sondern im menschlichen Bereich. So verstehen wir die Verantwortung in der Demokratie, und so, meinen wir, dürfen wir unser Volk aufrufen, sich in ihr seinen politischen Lebensstil zu bilden, auch hier wieder in der Polarität zwischen dem durch den Stimmzettel immer erneut zum Ausdruck kommenden Willen der Mehrheit des Volkes und der Verantwortung, die nicht vom Stimmzettel abgeleitet werden kann.

Das letzte, was wir zu sagen haben, ist die Besinnung auf den Glauben als den Motor unseres politischen Handelns. Die geistige Struktur unserer Zeit wird dadurch gekennzeichnet, daß der Fortschrittsglaube versunken ist, daß niemand mehr an die immer weitergehende Entwicklung des Menschen zum Guten glaubt, daß der Glaube an die Autonomie des Menschen ins Wanken geraten ist, daß Naturwissenschaft und Theologie in ein ganz neues Gespräch gekommen sind, das heißt also, daß der Aberglaube, der Mensch habe im Jahre 1900 die Welt rätsel gelöst und damit Gott entthront, im Aussterben begriffen ist. (Beifall.) Merkwürdigerweise hat sich diese Erkenntnis in politischen Kreisen bisher am wenigsten herumgesprochen. Und darum begegnet es immer noch großem Erstaunen, daß wir auf den Gedanken gekommen sind, diese Wandlung könne oder müsse auch etwas für das politische Leben bedeuten.

Natürlich kann man das, was wir wollen, nicht mit dem primitiven Satz beschreiben, wir wollten vom Konfessionellen her das politische Leben ordnen. So einfach ist es nicht. Gott sei Dank! **Aber wir stehen tatsächlich vor der Frage, ob eine geistes-geschichtliche Entwicklung, die auf allen Gebieten des Lebens angehoben hat, ausgerechnet auf dem der Politik, wo es wie kaum bei einem anderen um den Gesamtbereich des menschlichen Lebens geht, keine Spuren hinterlassen haben sollte.** Wer meint, daß sich das darin auswirke, daß nun jede politische Entscheidung aus dem Glauben zu begründen sei, daß mit den Mitteln der Politik die Macht der Kirche gefördert werden solle oder daß man die Bibel als politisches Rezeptbuch benutzen könne, der hat die Frage, vor der wir, Deutschland, Europa und die Welt stehen, überhaupt noch nicht aufgenommen. Es ist zu langweilig, diese Debatte mit den überkommenen Kategorien zu führen. Ich sehe darum auch keine Veranlassung, hier heute Schlachten mit dem Liberalismus zu schlagen, die Schlacht ist geschlagen. (Starker Beifall.) Es geht darum, ob die Geisteshaltung, die ein Jahrhundert bestimmt hat, daß Gott in Pension sei, daß Glaube und Kirche eine zusätzliche erbauliche Sache für die seien, die sich aus Tradition oder Angst davon nicht trennen könnten, ob diese Haltung — sage ich — heute noch möglich ist. Möglich ist sie, das sehen wir jeden Tag, aber ob sie für uns möglich ist? Für manchen unter uns sicher noch; so schnell ändern sich die Geister nicht. (Heiterkeit.) Aber der Ansatz unseres politischen Weges ist bereits ein anderer. Es geht gar nicht um die Macht und den Einfluß der Kirche, es geht ausschließlich darum, in welcher inneren Bindung und Verantwortung wir Politik treiben. (Beifall.) Es ist wirklich die Frage nach dem christlichen Politiker. Ob das jeweils zu einer Politik führt, die man als „christlich“ bezeichnen könnte, ist dabei gar nicht entscheidend. Wir sind jedenfalls in einer entscheidenden Umkehr angetreten nach dem Prinzip, daß wir uns auch in unserem politischen Handeln daran zu erinnern, ja davon bestimmen zu lassen haben, daß wir Christen sein möchten. Es hilft uns ja gar

nicht weiter, wenn man uns — auch von theologischer Seite — immer wieder vorträgt, es gäbe keinen christlichen Staat, keine christliche Schule, keine christliche Partei. Wir haben jedenfalls erlebt, daß es einen antichristlichen Staat gibt, daß es eine christentumsfeindliche Schule gibt und daß es christentumsfeindliche Parteien gegeben hat. (Starker Beifall.) Dann wollen wir mit unserer Politik jedenfalls erreichen, daß das Gegenteil davon sichtbar wird; wie man das nennen mag, soll uns gleichgültig sein. (Beifall.)

Es ist unsere Meinung, daß die Heimkehr zum Wort Gottes, die — trotz allen Lärmens dagegen — die geistige Struktur unseres Volkes weithin bestimmt, auch in den Institutionen dieses Staates sichtbar werden kann und nicht mit Phrasen von gestern erschlagen wird. Die Parole der Freiheit ist dagegen keine hinreichende Parole. Wir haben inzwischen erfahren, daß die Meinung, Religion sei Privatsache, eine wesentlich gefährlichere ist als die Behauptung, Religion sei Opium fürs Volk.

Ich kann nur das aufnehmen, was von der evangelischen Jugend einer norddeutschen Stadt kürzlich gesagt worden ist: „Wir wehren uns dagegen, daß das Schlagwort der ‚Konfessionalisierung‘ lediglich gebraucht wird, um die Gedanken und Betätigungen der Christen auszuschalten und die eigene Ideologie, womöglich noch unter der Bezeichnung ‚Neutralität‘ zum Zuge zu bringen.“ Ich könnte unser Wollen in dieser Frage nicht besser zum Ausdruck bringen.

Wir sind weiterhin der Meinung, daß diese Heimkehr zur christlichen Verantwortung beiden Konfessionen gemeinsam befohlen ist. Wenn sie in dieser gemeinsamen Verantwortung zusammen handeln wollen, setzt das die gegenseitige Anerkennung als Christen voraus. Es bedarf dann einer sehr sorgsam Haltung und Zurückhaltung auf beiden Seiten, um nicht durch Übereifer des Glaubens die andere Seite zurückzustößen. Jeder muß sich darüber klar sein, daß negative Vorgänge in diesem Bereich weder der einen noch der anderen Seite nutzen, sondern nur denen, die ein halbes Jahrhundert hinter der Zeit zurückgeblieben sind. (Beifall.)

Wir sehen die geistige Struktur unserer Zeit nicht mit dem Optimismus der Fortschrittsgläubigen, aber wir sehen sie dennoch hoffnungsvoll, weil wir meinen, Anzeichen für eine Heimkehr der auseinandergefahrenen Menschheit zu dem einen Fundament zu erkennen. Wir sind zwar weit davon entfernt zu jubeln, es sei eine Lust zu leben, aber wir möchten doch mit Conrad Ferdinand Meyer die Worte sprechen dürfen, die er Ulrich von Hutten in den Mund legte:

„Er fühlt der Zeiten ungeheuren Bruch, und fest umklammert er sein Bibelbuch.“

PRÄSIDENT JOHANN

Ich darf in Ihrer aller Namen dem Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers für seine Ausführungen herzlich danken. (Sehr starker Beifall.) Es war nicht nur ein Genuß, ihn zu hören, sondern es wird für uns weiterhin lehrreich bleiben, seine Ausführungen nachher sorgfältig zu lesen.

Ich darf auch dem Gürzenichorchester, insbesondere seinem Leiter, Herrn Professor Wand, für seine Mitarbeit und seine Leistungen heute unseren besonderen Dank aussprechen.

Mit einem herzlichen Dank an Sie alle erkläre ich die Eröffnungssitzung für geschlossen. Ich darf gleichzeitig die erste Plenarsitzung um 18 Uhr einberufen.

Ende: 17.15 Uhr.

1. Plenarsitzung

Die Sitzung wird um 18.10 Uhr durch den Präsidenten Johnen eröffnet.

PRÄSIDENT JOHNEN

Wir haben zunächst das Redaktionskomitee zu wählen. Bundesparteivorstand und Bundesparteiausschuß schlagen Ihnen folgende Herren vor: Dr. Heck, Kiesinger, Lemmer, von Lojewski, Dr. Süsterhenn, Dr. Tillmanns und Dr. Wuermeling. Ich nehme an, da sich niemand in dieses Komitee drängt, daß Sie einverstanden sind.

Ferner ist noch zu wählen die Mandatsprüfungskommission. Vorgeschlagen werden die Herren Dennhardt, Landesgeschäftsführer von Schleswig-Holstein, Dr. Barth, der erkrankt ist — an seiner Stelle wird Herr Dr. Fay, Hessen, vorgeschlagen —, und Müllenbach von der Bundesgeschäftsstelle. Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.

Ich bitte die Stimmberechtigten, die zufällig hinten sitzen, sich nach vorn zu setzen.

PRÄSIDENT JOHNEN

weist auf die Notwendigkeit hin, trotz der Hitze im Saal auszuhalten, und erteilt das Wort zu einem

Bericht über Arbeit der Bundestagsfraktion

DR. VON BRENTANO

Der Parteitag in Hamburg stand im Zeichen des bevorstehenden Wahlkampfes. So entsprach es auch der besonderen Aufgabe dieses Parteitages, daß ich über die Arbeit der Fraktion in der auslaufenden Legislaturperiode Bericht erstattete. Ich tat dies nicht ohne auf die besonderen Aufgaben hinzuweisen, die nach meiner Überzeugung dem neuen Bundestag gestellt waren. Aber ich wußte nicht, und niemand von uns wußte es damals, daß die Fraktion der CDU/CSU im neuen Bundestag mehr als die Hälfte der Sitze einnehmen würde.

Ich glaube, in die berechnete Freude und in den berechtigten Stolz über das Wahlergebnis mischte sich bei uns allen nach jenem 6. September auch ein Gefühl der Sorge, einmal vor der Frage, ob Partei und Fraktion der Verantwortung gerecht werden könnten, die dieses Wahlergebnis uns aufgebürdet hat. Noch ist es zu früh, heute auf diese Frage eine auch nur vorläufige Antwort zu geben. Es sind ja erst wenige Monate her, seit der Bundestag seine Arbeiten aufgenommen hat, und die Bewährungsprobe werden wir erst in den kommenden Jahren ablegen können.

Trotzdem glaube ich, objektiv und nüchtern sagen zu können, daß die große Fraktion in den vergangenen Monaten die Erwartungen erfüllt hat, die man an sie stellen durfte, und daß insbesondere auch zwischen den

Erstgeborenen und den Nachkömmlingen ein gutes menschliches und sachliches Verhältnis entstanden ist, was um so leichter war, als beide sich zahlenmäßig etwa die Waage halten dürften.

Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß diese Zusammenarbeit in der Zukunft noch auf manche Probe gestellt werden wird. Hatten wir bis zum 6. September die manchmal zutreffende, manchmal aber auch vielleicht etwas zu bequeme Ausrede, daß unsere Partner sich uns versagt hätten, -- im bestehenden gegenwärtigen Bundestag verfügt die CDU/CSU über die absolute Mehrheit und ist mithin in der Lage, Forderungen von grundsätzlicher Bedeutung durchzusetzen, wenn sie geschlossen und einmütig auftritt.

Mißverstehen Sie mich nicht, wenn ich das sage. Ich hoffe und wünsche, daß wir niemals von dieser Mehrheit Gebrauch machen müssen, die selbstverständlich auch zu schmal wäre, als daß man sie strapazieren könnte. Wir wissen auch, daß die koalitionsmäßigen Bindungen uns Pflichten und Rücksichten auferlegen, die wir respektieren wollen und werden. Der Entschluß des Bundeskanzlers nach seiner Wiederwahl, die Koalition auf möglichst breite Basis zu stellen, spricht von der nüchternen Überlegung und dem Verantwortungsbewußtsein dieses Mannes. Er hat auch nach dem Erfolg der Wahl vom 6. September den Sinn für das Maß und den Blick für das Mögliche nicht verloren. Mit uns war er sich darüber im klaren, daß die innenpolitische, mehr aber noch die außenpolitische Lage unseres Volkes eine breite Regierungsmehrheit verlangt.

Zuweilen scheint man es schon vergessen zu haben oder vergessen zu wollen, daß unser Vaterland den schrecklichsten und blutigsten aller Kriege verloren hat. Man will sich zuweilen keine Rechenschaft geben, daß die Überwindung dieses Zusammenbruchs auf Jahre und Jahrzehnte hinaus die Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte in unserem Vaterland verlangt. Manch einer herauscht sich an den ungeheuren Erfolgen der letzten Jahre, die man ebenso gern wie unzutreffend das „deutsche Wunder“ zu nennen pflegt. Dabei ist diese Kennzeichnung nur eine flache Vereinfachung für einen Vorgang, der mit einem Wunder nichts zu tun hat; nämlich dafür, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten mit äußerster Entschlossenheit an die Wiederaufbauarbeit herangegangen ist, unterstützt von entscheidenden wirtschaftlichen Maßnahmen der Sieger von gestern, wobei die Vereinigten Staaten von Amerika an der Spitze stehen. Aber es ist gefährlich, sich mit dieser Vorstellung von dem sogenannten deutschen Wunder zufrieden zu geben. Manch einen könnte das dazu verführen, seinen eigenen Beitrag an dieser Entwicklung zu überschätzen. Und manch einer könnte in den gefährlichen Irrtum verfallen, daß diese wunderbare Entwicklung ein Geschenk des Schicksals sei, das Deutschland sich selbst verdient habe und nicht mehr verlieren könne.

Mir will scheinen, daß dies gleichermaßen gilt für die innerdeutsche Entwicklung, wie für die Stellung, die die Bundesrepublik sich im Ausland wieder zu schaffen verstand. Es wird der letzten Anstrengung bedürfen, wenn wir auf dem bisherigen Wege fortfahren wollen und wenn wir uns die Erfolge sichern wollen, die wir mühsam errungen haben.

Von dieser Erkenntnis müssen wir zunächst ausgehen, wenn wir an die eigene Arbeit der Fraktion in den kommenden Jahren denken. Wir haben nicht das Recht, die Hände in den Schoß zu legen, und noch weniger das Recht, übermütig zu werden. Bei jeder Entscheidung muß der einzelne, gleichgültig welcher Gruppe, welchem Verband, welcher Organisation er angehört, sich über seine Verantwortung für das ganze deutsche Volk bewußt sein. Für die Partei und für die Fraktion könnten unabsehbare Gefahren daraus entstehen, wenn wir damit beginnen wollten, Sonderinteressen in den Vordergrund zu schieben und den Rahmen der gemeinsamen Arbeit damit zu sprengen. Wir wissen es alle, daß der

Wahlerfolg zu solchen Fehlern verlockt. Wir erleben es täglich, wie Organisationen und Verbände, die von außen an uns herantreten, ihre Forderungen und Wünsche anmelden. Ich will gar nicht bestreiten, daß mancher Wunsch, der an uns herangetragen wird, berechtigt ist, und daß wir manche Forderungen gern erfüllen möchten, weil wir spüren, daß gesunde wirtschaftliche Erwägungen oder wertvolle sozialpolitische Vorstellungen dahinter stehen. Und manchmal ist es noch mehr: zuweilen fühlt man sich moralisch angesprochen und darum auch sittlich verpflichtet. Und es ist dann nicht gerade leicht, das Zögern oder gar das Nein zu begründen und zu vertreten. Aber das alles ändert nun einmal nichts an der Tatsache, daß die harte Wirklichkeit uns Grenzen setzt, die wir nicht überschreiten dürfen, wenn wir nicht das allgemeine Wohl gefährden wollen. Ein ehrliches und offenes Nein zur rechten Stunde verrät sicherlich mehr Verantwortungsgefühl als ein Ja, wenn man weiß, daß die Erfüllung des Versprechens nur möglich ist für den Preis des Verzichts auf die Erfüllung anderer Aufgaben, die im Gesamtaspekt den Vorrang verdienen müssen.

Ich spreche über diese Frage mit dieser Eindringlichkeit, um uns selbst an diese Verantwortung zu erinnern, die unteilbar ist. Ich spreche aber auch davon, weil die Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Gruppen in einer Koalition die von mir aufgezeigten Gefahren erhöht.

Als ich nach der Wahl und nach der Konstituierung unserer Fraktion einmal davon sprach, daß die Fraktion der CDU/CSU in der parlamentarischen Arbeit den Führungsanspruch für sich in Anspruch nehmen, wurde ich aus den Reihen der Koalition leidenschaftlich und nicht immer geistvoll kritisiert. Das hindert mich nicht, diese Feststellung auch heute zu wiederholen und diesen Anspruch auch heute unverändert aufrechtzuhalten. Und ich glaube, daß es wirklich guten demokratischen Spielregeln entspricht, einen solchen Anspruch anzumelden, der durch die zahlenmäßige Stärke unserer Fraktion im Parlament hinreichend begründet wird. Ich habe aber bereits oben gesagt und wiederhole es noch einmal ausdrücklich, daß wir bereit sind, innerhalb der Koalition mit voller Loyalität mit unseren Partnern zusammen zu arbeiten, ohne das quantitative Stärkeverhältnis in dieser Zusammenarbeit zu betonen oder gar zu mißbrauchen.

Man darf eine solche Zurückhaltung aber auch nicht als Schwäche mißdeuten. Und wenn ich von den Gefahren sprach, die eine Aufspaltung der Kräfte innerhalb der CDU mit sich bringen könnte, dann wird man nicht mehr mißverstehen, wenn ich mit größtem Ernst und Nachdruck darauf hinweise, daß diese Gefahren im Verhältnis zwischen den Parteien und Fraktionen der Koalition noch erheblich größer sind. Die Arbeit in der Fraktion ist nicht dazu bestimmt, die Individualität des einzelnen Abgeordneten zu ersticken. Die innere Freiheit des einzelnen in der Fraktion ist eine selbstverständliche und unbestrittene Voraussetzung dieser Zusammenarbeit. Wir wollen keine Uniformität der Meinungen und wir wollen kein Kollektiv, in dem jeder einzelne wie im Sumpf ersticken müßte. Und was wir bei uns nicht wollen, verlangen wir noch weniger von denen, die sich mit uns zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen haben. Wir dürfen aber wohl erwarten, daß dieser echte politische Kompromiß, der in einer Koalition sichtbar wird, von allen Beteiligten als solcher anerkannt und respektiert wird. Es würde unerträglich sein, wenn etwa der eine oder andere Koalitionspartner seine Mitarbeit an der gemeinsamen Aufgabe nur darin sehen wollte, an den Erfolgen der gemeinsamen Anstrengungen teilzuhaben, aber sich im übrigen in Opposition innerhalb der Koalition zurückziehen. (Beifall.)

Solche Äußerungen sind schon gefallen, und ich stehe nicht an, hier eindeutig zu erklären, daß sie uns aufs tiefste mißfallen. Man würde — auch das möchte ich offen aussprechen, ohne damit irgendwie polemisch zu wer-

den — unseren politischen Willen, aber auch unsere politische Vernunft erheblich unterschätzen, wenn man ernstlich glaubte, in der Gegenwart oder in der Zukunft etwa die Verantwortung für irgendwelche unpopulären Maßnahmen auf unsere Fraktion abwälzen zu können. Wer mit uns den süßen Tropfen genießen will, muß auch den bitteren schlucken. (Beifall.)

Ich habe eingangs schon angedeutet und möchte es wiederholen: Wie im vergangenen Jahr, so werden wir auch in Zukunft vor manche Frage gestellt werden, die zu beantworten dem einzelnen nicht leicht fallen wird. Wir stehen zur Zeit in einer leidenschaftlichen Diskussion um die Steuerreform. Fürchten Sie nicht, daß ich auf Einzelheiten dieser Frage hier eingehen wollte. Ich beschränke mich auf die Feststellung, daß wir Sinn und Zweck dieser Vorlage billigen und wir unserem Finanzminister Fritz Schäffer für seine Initiative dankbar sind, auch wenn wir uns vorbehalten, diese Vorlage in einer gesetzgeberischen Arbeit des Parlaments sorgfältig zu prüfen und wo es notwendig erscheint, umzugestalten. Aber gerade bei einer solchen Vorlage darf das Parlament nicht zum Tummelplatz egoistischer Interessen werden. (Beifall.)

Wir müssen uns bei unseren Entscheidungen darüber klar sein, daß die harte Wirklichkeit uns Grenzen setzt, die wir nicht überschreiten können. Innerhalb dieser Grenzen haben wir eine Bewegungsfreiheit, von der wir Gebrauch machen wollen und Gebrauch machen müssen. Aber dieser Spielraum ist nicht groß genug, um alle Wünsche zu erfüllen. Die Folgen des politischen Wahnsinns, die uns den 8. Mai 1945 beschert haben, lasten auf uns allen, und keiner hat das Recht, sich diesen Konsequenzen zu entziehen. Notwendig ist es nur, diese schwere Last gerecht zu verteilen, insbesondere nach dem Grundsatz, daß starke Schultern mehr zu tragen vermögen als schwache. Neben vielen Einzelproblemen, die ich nicht behandeln möchte — ich denke beispielsweise an die steuerliche Behandlung der mitarbeitenden Ehefrau und ähnliche Fragen —, haben wir auch die besondere Aufgabe, an die Schaffung eines leistungsfähigen Kapitalmarktes zu denken. Gerade im Bereich der sozialen Marktwirtschaft ist eine gesunde Kapitalbildung von besonderer Bedeutung. Nur eine Wirtschaft, die über ausreichendes Kapital verfügt, wird dafür sorgen können und kann dazu angehalten werden, konjunkturelle und strukturelle Krisen nicht auf den sozial Schwächeren, also auf den Arbeitnehmer, abzuwälzen.

Ebenso ist die Schaffung des Kapitalmarktes unerlässlich, wenn wir weiterhin das Wohnungsbauprogramm erfüllen wollen. Ich spreche hier vom Wohnungsbauprogramm. Im Gegensatz zu gewissen Meldungen möchte ich feststellen, daß zwischen unserer Fraktion und dem Wohnungsbauminister prinzipielle Gegensätze erfreulicherweise nicht bestehen. Die Vorlage der Fraktion, die wir eingereicht haben, entspricht aber dem einmütigen Wunsch der Partei, die uns in Hamburg einen entsprechenden Auftrag erteilt hat. Die Forderung, daß nunmehr familiengerechte Wohnungen bevorzugt werden sollen und ebenso die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung des Wohnungseigentums ist für unsere wirtschaftliche und soziale Zielsetzung unabdingbar. (Beifall.) Ich möchte hier ein gutes Wort zitieren, das gestern mein Freund Lücke in den Sozialausschüssen gebraucht hat. Er zitierte Albert Schweitzer und sagte, daß dieser kluge Mann einmal geäußert habe: Zuerst bauen die Menschen Häuser, und dann bauen die Häuser die Menschen. — Diese überzeugende Formulierung enthält meiner Meinung nach unser Programm, aber auch seine innere Rechtfertigung.

Und wenn wir über eine Steuerreform sprechen — es ist immerhin die dritte seit Beginn unserer Arbeit im Jahre 1949 —, dann müssen wir immer daran denken, daß es bis zur Stunde noch Hunderttausende von Menschen gibt, die im Schatten leben. Industrie, Handel und Gewerbe haben ebenso wie Arbeitnehmerschaft und Beamtentum an dem wirtschaftlichen

Erfolg der letzten Jahre teilgenommen. Wir sind glücklich darüber, daß dort, wo vor fünf Jahren noch Ruinen standen, neue Häuser und moderne Betriebe stehen. Wir sind stolz darauf, daß der Reallohn des Arbeitnehmers nicht nur den Anschluß an das Preisniveau erreicht, sondern es überschritten hat. Wir konnten die Bezüge der Beamten in einem Maße erhöhen, das noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre, und damit auch einen Ausgleich schaffen für die unermüdlige Arbeit von vielen, ohne die der Aufbau nicht möglich gewesen wäre. Die Landwirtschaft hat sicherlich noch ernste Sorgen. Aber der Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion und die Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse geben uns die Gewißheit, daß wir auch hier auf dem richtigen Wege sind, und vielleicht wird es möglich sein, in absehbarer Zeit die Preisschere zu schließen, die gerade auf diesem Sektor noch zu unbestreitbaren Unzuträglichkeiten führt.

Aber ich wiederhole, daß es noch hunderttausende Menschen gibt, die im Schatten leben und die an dieser Entwicklung nicht einen echten Anteil haben. Ich denke dabei, nur um ein Beispiel zu nennen, an denjenigen Teil der Heimatvertriebenen, der aus Gründen des Alters oder vielleicht auch der Gesundheit nicht die Möglichkeit hatte, sich in der neuen Heimat gleichberechtigt einzugliedern; es sind insbesondere hier die früheren selbständigen Existenzen, wie Landwirte, Handwerker und andere, die wir durch den Lastenausgleich zwar vor der unmittelbaren Not schützen konnten, aber deren Lebensstandard nicht dem allgemeinen Standard in Deutschland entspricht. Und ich denke ganz besonders an den Kreis der Altrentner. Wir haben sie in der Vergangenheit auch nicht vergessen, und die Leistungen der Bundesrepublik an die Sozialversicherung sind in den letzten Jahren um mehr als das fünffache gestiegen. Aber diese Menschen, denen auch ein wohlerworbenes Recht zustand, leben zum Teil noch in Armut und Elend, und wir sind politisch und sittlich verpflichtet, hier in allernächster Zeit einen Ausgleich zu schaffen. (Starker Beifall.) Wenn sich die Christlich-Demokratische Union dieser Verpflichtung entziehen wollte, würde sie gegen den Geist sündigen, der Mitglieder, Wähler und Abgeordnete zusammengeführt hat. (Beifall.) Wir wissen sehr wohl, daß wir für unsere Wünsche und Vorstellungen nicht auf allen Seiten des Bundestages Verständnis finden. Wir werden uns bemühen, dieses Verständnis zu wecken und unsere grundsätzlichen Forderungen, die Zusammenarbeit mit allen zu verwirklichen, die dazu bereit sind, durchzuführen. Wir können und werden uns allerdings nicht hindern lassen durch die Restbestände der einmal so großen politischen Formation, die sich zum dialektischen Marxismus bekannte und die die Klassenkampfpapare auf Panier geschrieben hatte. Wir stellen nicht ohne innere Befriedigung fest, daß die schon etwas versprengten Nachhutformationen bereits Anschluß suchen an die Verfechter der sozialen Marktwirtschaft und daß sie den freien Wettbewerb als neues Ergebnis der politischen Selbstbesinnung anpreisen. Wir haben auch nichts dagegen einzuwenden — dazu hat unser Freund Ehlers schon einiges gesagt —, wenn sich Traditionsunternehmen um das Banner eines längst verklungenen und wirklichkeitsfremden Manchester-Liberalismus sammeln. Wir haben Achtung vor der Pflege einer solchen Tradition, aber im Raume der Gegenwartspolitik können wir ihr nur noch die Erinnerung widmen, die historischen, längst vergangenen, Ereignisse zukommt. (Beifall.)

Man macht uns, wenn wir solches sagen und danach handeln, gerne den Vorwurf der Intoleranz, wenn wir nämlich Ideologien ablehnen, die nun einmal der Vergangenheit angehören und die wir nicht wiederbeleben wollen, weil wir an die Zukunft denken. Es ist nicht meine Aufgabe — unser Freund Ehlers hat es in meisterhafter Weise vorweggenommen —, mich mit dem mißverstandenen Freiheitsbegriff auseinanderzusetzen, den andere verkünden und bei uns angeblich vermissen; die Freiheit, nämlich die Fähigkeit freier Selbstbestimmung des Willens, ist für uns die

Voraussetzung eines jeglichen Handelns. Die Achtung vor der Würde des Menschen verpflichtet zur Achtung vor seiner persönlichen Freiheit. In diesem Sinne unterscheidet uns nichts von dem früheren personalistischen Liberalismus, aber alles von dem individualistischen Liberalismus, den wir ablehnen, weil wir die Neuordnung vom Christentum her gestalten wollen. Diese Feststellung hat nichts mit Intoleranz zu tun. Man wird bei uns immer einen echten Enthusiasmus zur Toleranz finden, wenn man zu unterscheiden weiß zwischen der Toleranz im Gebaren und der Toleranz in der Gesinnung. Toleranz in der Gesinnung mündet letzten Endes in einem Bekenntnis zur Wertneutralität. Wir würden uns selbst aufgeben und die sittlichen Grundlagen unseres Handelns verleugnen, wenn wir ein solches Bekenntnis jemals ablegen.

Nur wenn wir diese Aufgaben — ich habe nur einzelne angesprochen — auch in Zukunft mit dem Geist der sozialen Verantwortung anpacken und lösen, werden wir auch die Voraussetzungen dafür aufrechterhalten, daß das deutsche Volk weiterhin gegen die Ideologie der östlichen Welt immun bleibt. Und nur wenn wir sie erfolgreich lösen, bewahren wir uns das Recht, immer wieder stürmisch und drängend die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu fordern. Der Tag, an dem alle Deutschen einmal zur



Dr. Adenauer im Gespräch mit Dr. von Brentano und Minister Kaiser

Wahlurne gehen werden, um gemeinsam in Freiheit den Grundstein für das neue eine Deutschland zu legen, wird uns vor neue, schwere Aufgaben stellen. Es genügt nicht, heute die Wiedervereinigung zu fordern, wenn nicht jeder, der nach ihr verlangt, bereit ist, dann auch neue, zusätzliche Opfer zu bringen, um das Chaos zu beseitigen, das die bolschewistische Fremdherrschaft in der sowjetisch besetzten Zone geschaffen hat und uns hinterlassen wird. Wir wissen nicht, wann dieser Tag kommen wird. Wir wissen nur, daß die Berliner Konferenz ohne Ergebnis blieb und die Hoffnung von Millionen Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs auf das bitterste enttäuscht hat. Aber wir wissen, daß der Tag kommen wird, wenn 70 Mill. Menschen ihn unablässig herbeisehnen und nicht müde werden, die ganze freie Welt daran zu erinnern, daß auch die Freiheit unteilbar ist, und daß die freien Nationen, gleichgültig wo sie leben, sich selbst aufgeben in dem Augenblick, in dem sie nicht mehr für die Freiheit des Unterdrückten eintreten. (Beifall.)

Wir wissen aber auch, und das war vielleicht das wertvollste Ergebnis und der sichtbare Erfolg der so enttäuschenden Berliner Konferenz, daß wir den Tag der Wiedervereinigung nur dann erleben werden, wenn wir uns die Unterstützung aller freien Völker der Welt erhalten. Ich spreche es auch hier mit allem Nachdruck aus und wünschte, daß man es auch jenseits unserer Grenzen hört, im Westen wie im Osten: Es gibt nach unser aller Überzeugung nur den Weg der friedlichen Verständigung dieses Ziel zu erreichen. Jede gewaltsame Lösung lehnen wir ab, weil sie das deutsche Volk und alle Völker im weiten Umkreis in neues Unglück stürzen würde. Aber wenn wir uns feierlich und endgültig zur Gewaltlosigkeit bekennen, dann sollte niemand dieses Bekenntnis als den Ausdruck der Selbstaufgabe mißverstehen. Um unseres Volkes und seiner Zukunft willen bekennen wir uns zu einer unauflöslichen Verbundenheit mit den freien Völkern der Welt. Über unsere Freiheit mit uns zu diskutieren, wäre zwecklos; sie ist für uns kein Handelsobjekt, und sie ist auch kein Preis für irgendwelche sogenannten gesamtdeutschen Lösungen. (Beifall.)

Und darum gibt es auch für uns kein Entweder—Oder und keine Unentschlossenheit, wenn wir gefragt werden, auf welche Seite der Welt wir gehören. Das ist alles weniger als eine Kampfansage und alles eher als der Ausdruck der Unverträglichkeit. Wir sind uns bewußt, daß die geographische Lage unseres Vaterlandes und die unselige politische Vergangenheit uns an einer Stelle der Welt unmittelbar in das Spannungsfeld hineingestellt haben, aus dem es im Augenblick keinen Ausweg zu geben scheint. Aber darum wissen wir auch, daß der Tag kommen wird, an dem die Frage der Koexistenz zwischen politischen Organisationsformen gestellt und beantwortet werden wird, die nichts gemeinsam haben als eben die äußere Form. Ich spreche das aus, weil man zuweilen, sogar im Bundestag, von dem berechtigten oder von dem angeblichen Sicherheitsbedürfnis unserer östlichen Nachbarn spricht, das ich nach seiner politischen und moralischen Berechtigung nicht untersuchen möchte. Wir sind keine Gefahr für den Weltfrieden, und wir wollen es zu keiner Zeit und aus keinem Anlaß werden. Es ist aber eine bössartige Unterstellung, wenn man uns den Willen zur Selbstbehauptung als aggressive Tendenzen unterstellt.

Gerade unsere Bereitschaft, an der europäischen Zusammenarbeit teilzunehmen, sollte eine solche Ausdeutung unmöglich machen. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die europäischen Staaten einfach zu klein geworden sind, um in der gegenseitigen Isolierung zu verharren. Und wir wissen insbesondere — ich darf hier einen Satz zitieren, den Sie, Herr Bundeskanzler, einmal gebraucht haben —, daß eine selbstgewählte Isolierung uns Deutsche zur politischen Vereinsamung verurteilen würde. Deutschland hat darum auf jede Frage mit einem bedingungslosen Ja geantwortet, die gestellt wurde, um uns der europäischen Zusammenarbeit näherzubringen. Es gab für die Bundesrepublik kein Zögern, als man uns einlud, dem Europarat beizutreten. Gerade die letzte Tagung des Europarats, von der ich zurückkomme, scheint mir überzeugend bewiesen zu haben, daß diese Institution an Kraft und Bedeutung gewonnen hat in einem Augenblick, in dem die Politik der europäischen Integration sicherlich eine echte Krise durchmachen muß. Die Einmütigkeit, mit der sich die Vertreter aller europäischen Nationen in Straßburg erneut zur gemeinsamen Arbeit bekannt haben, war gerade in diesem Augenblick eindrucksvoll und mußte zuversichtlich stimmen. Dabei waren es durchaus nicht nur die Sprecher der engeren europäischen Gemeinschaft. Auch maßgebliche englische Politiker, wie der Unterstaatssekretär Nutting und der englische Labourführer Morrison haben sich mit derselben Eindringlichkeit und mit derselben Überzeugungskraft zur Gemeinsamkeit in der europäischen Arbeit bekannt, wie der Schwede Wistrand, der Däne Jacobson und die Sprecher aus den anderen Staaten, die Teilnehmer im Europarat sind.

Die 1. Etappe auf dem Wege zur europäischen Einigung wurde mit der Montan-Union erreicht. Für Kohle und Stahl ist der gemeinsame Markt eröffnet worden. Die Gemeinsame Versammlung der Montan-Union hat den Bericht der Hohen Behörde, der ersten europäischen Regierung, entgegengenommen und nach eingehender Diskussion gebilligt. Für uns alle war es eindrucksvoll und überzeugend zu spüren, daß die Montan-Union, die noch vor zwei Jahren leidenschaftlich bekämpft und als utopische Vorstellung abgetan wurde, inzwischen zu einer Realität geworden ist, die man gar nicht mehr wegdenken kann. Das erste übernationale Parlament, diese gemeinsame Versammlung, hat sich bewährt. Zum ersten Male wurden in dieser Versammlung Fraktionen sichtbar, ein Vorgang, der besondere Beachtung verdient. Die politische Willensbildung vollzog sich nicht mehr in nationalstaatlichen Delegationen, sondern in überstaatlichen Gruppen, und es wurde erkennbar, daß die Kraft der faktischen Entwicklung die Grenzen gesprengt hat. (Beifall.)

Daß im übrigen der Bericht der Hohen Behörde die einmütige Zustimmung der Versammlung fand, daß nicht ein einziger Abgeordneter gegen diesen Bericht stimmte oder auch nur durch Stimmenthaltung seine Distanzierung von der Institution und dem Ergebnis der Arbeit zum Ausdruck brachte, verdient besondere Erwähnung, da wir uns erinnern, daß uns noch vor vier Wochen im Deutschen Bundestag leidenschaftlich vorgetragen wurde, daß die Montan-Union eine Fehlkonstruktion sei, die eine Fehlentwicklung genommen habe und die man bekämpfen müsse. Dieselben Leute, die uns damals dies im Bundestag sagten, haben den Bericht der Hohen Behörde dann angenommen. (Hört! Hört!)

Der zweite Schritt muß folgen: die Ratifizierung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die inzwischen — das ist eine andere Entwicklung, als wir sie in Hamburg vorfanden — in vier Ländern, und zwar jeweils mit erdrückender Mehrheit vollzogen wurde. Ich glaube, daß ich den Sinn der Verteidigungsgemeinschaft nach dem, was ich oben sagte, kaum noch erläutern brauche: Wenn freie Menschen sich entschließen, die Erhaltung ihrer freiheitlichen Ordnung gemeinsam zu sichern, dann kann darin nur der Böswillige eine schlechte Absicht vermuten. Der Tag, an dem die letzte Ratifikationsurkunde hinterlegt wurde, wird, davon bin ich überzeugt, in Wahrheit die Geburtsstunde des neuen Europas sein und eine neue Phase enger Zusammenarbeit aller freien Völker einleiten. Ich bin davon um so mehr überzeugt, als die Außenminister der beteiligten Länder am 4. Mai beschlossen haben, alsbald nach der Ratifizierung der Verträge direkte Wahlen für ein europäisches Parlament auszuschreiben, das eine echte, demokratische Kontrolle sowohl gegenüber der Hohen Behörde der Montan-Union sowie gegenüber dem Kommissariat der Verteidigungsgemeinschaft ausüben soll. Diese Wahlen werden die Verwirklichung der 3. Etappe einleiten, an der ich selbst als Vorsitzender des Verfassungsausschusses unter so verheißungsvollen Vorzeichen mitarbeiten durfte. Die Bereitschaft der Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika zur engen Mitarbeit mit dieser europäischen Gemeinschaft dürfte auch den letzten Zweifler davon überzeugen, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Auch an der Verwirklichung dieser Aufgabe werden die Fraktionen und der Bundestag noch mitarbeiten müssen. Es gilt, noch manchen Stein aus dem Wege zu räumen, und ich nehme an, daß mein Freund Gerstenmaier darüber einiges zu sagen haben wird. Bei allen unseren Entscheidungen müssen wir uns darüber klar sein, daß eine neue Ära des politischen Lebens begonnen hat, und daß wir nicht mehr in den überkommenen Kategorien denken dürfen, die ich in ihrem zeitbedingten Wert nicht unterschätzen, aber in ihrer zeitlosen Bedeutung nicht anerkennen möchte. Es ist für jeden

einzelnen von uns selbstverständlich geworden, daß wir uns als Glied einer Nation, zu der wir uns mit Stolz bekennen, in die gemeinsame Ordnung einfügen haben, nicht als duldendes Objekt, sondern als handelndes und mitbestimmendes Subjekt. Diese Aufgabe ist nun den Nationen gestellt, die auf einer höheren Ebene das vollenden müssen, was in den vergangenen Jahrhunderten im nationalen Bereich sich vollzogen hat.

Ich bin überzeugt, daß die Fraktion wie in den vergangenen Jahren unbeirrt an diesem Ziel festhalten wird, das mit so bewunderungswürdiger Beharrlichkeit von unserem Parteivorsitzenden Bundeskanzler Konrad Adenauer immer wieder aufgezeigt worden ist. Wenn wir in diesem Sinne weiter arbeiten, dann werden wir im deutschen Bereich die Grundlagen für eine dauerhafte, in sich selbst gefügte und tragfähige Ordnung schaffen. Diese Ordnung wird als Zelle Bestandteil einer großen gemeinsamen Ordnung sein, an der wir teilhaben werden mit unseren Vorzügen und unseren Fehlern, mit unserem Fleiß und unserer Beständigkeit, mit unserem Bekenntnis zum deutschen Volk und Vaterland als einem integralen Bestandteil eines geeinigten Europas in einer freien Welt. Damit werden wir die Voraussetzungen schaffen, um die Lebenswerte in ihrem Bestand zu sichern, zu denen wir uns in der Christlich-Demokratischen Union bekennen: christliche Kultur und christliche Sitte als Grundlage einer jeden staatlichen Ordnung und Demokratie als Voraussetzung für das freie Schalten und die ungehemmte Entwicklung des einzelnen in seinem Volk und mit seinem Volk in der größeren Gemeinschaft.

Die Fraktion wird die Aufgaben, die vor ihr liegen, nur dann erfüllen können — ich wiederhole, was ich Ihnen auch in Hamburg sagte —, wenn hinter einer starken Fraktion auch eine starke Partei steht. Unterstützen Sie uns in unserer Arbeit; denn wir sind von Ihnen beauftragt. Tadeln Sie uns, wenn wir es falsch machen. Tadeln Sie uns aber nicht, wenn wir es falsch machen, weil Sie uns die Unterstützung versagen, auf die wir angewiesen sind.

Ich habe die Hoffnung und den Wunsch, daß auch aus diesem Parteitag mehr noch als aus den vorangegangenen eine engere Zusammenarbeit wird zwischen der Christlich-Demokratischen Union als Partei und ihrer Fraktion im Bundestag, und ich darf Ihnen sagen, die Fraktion wird jeder Zeit zu einer solchen Zusammenarbeit gerne bereit sein. (Starker Beifall.)

P R Ä S I D E N T J O H N N E N

dankt Dr. von Brentano und erteilt das Wort zur

Aussprache

dem Bundeskanzler bzw. dem Abgeordneten

D R . A D E N A U E R

Unser Vorsitzender, Herr Johnen, ist etwas launig, aber wir verstehen ihn sehr gut, ich spreche auch nicht als Abgeordneter, sondern ich spreche als Delegierter zum Parteitag. (Heiterkeit und starker Beifall.)

Als Delegierter zum Parteitag möchte ich einige Worte dem hinzufügen, was Kollege von Brentano gesagt hat. Die Herren unter Ihnen, die nicht Mitglied der Bundestagsfraktion sind, machen sich nur sehr schwer einen Begriff davon, wie außerordentlich schwierig es ist, eine Fraktion von 250 Leuten zusammenzufassen und mit ihnen zu einer einheitlichen Willensbildung zu kommen. Wir können den Herren, die die Fraktion leiten und

führen, insbesondere dem Vorsitzenden der Bundestragsfraktion, Herrn von Brentano, unseren herzlichen Dank dafür aussprechen, daß in den sieben Monaten, die seit dem Zusammentreten der Fraktion verstrichen sind, sich vieles zusammengefügt und zusammengefunden hat. (Beifall.)

Eins liegt mir besonders am Herzen. Ich weiß nicht, ob ich das richtig sehe. Es ist weniger eine Angelegenheit der Fraktion, sondern eine Angelegenheit der einzelnen Mitglieder der Fraktion. Das ist, die nähere Verbindung mit den Wahlkreisen zu halten. (Beifall.) Aber, meine verehrten Freunde, da müssen Sie nun fordern! Die Abgeordneten sind in den beiden ersten Jahren der Wahlperiode etwas hartnäckig, (Heiterkeit) aber das ist ein Leiden, das sich bessert, je näher man auf die neue Wahl zugeht! (Erneute Heiterkeit und Beifall.)

Solange nun die neue Wahl noch etwas entfernt ist, müssen Sie Ihre Stimme sehr laut erheben und müssen Sie regelmäßig von den Bundestagsabgeordneten Rechenschaft verlangen und einen Bericht über das, was geschehen ist.

Was Herr Kollege von Brentano über Straßburg berichtet hat, daß sich dort ein Zusammenwachsen wieder fühlbar mache in der Beratenden Versammlung, das kann ich nur bestätigen, auch von den Sitzungen des Ministerrates. Wenn auf den Sitzungen des Ministerrates z. B. von dem britischen Delegationsführer gesagt wird, wir sind hier doch in einer Familie, dann stellen Sie sich doch vor, welch neuer Ton das ist gegenüber früheren Zeiten. (Beifall.)

Noch ein weiteres kommt hinzu. Die Politik in der Praxis wird vielfach weder von den Abgeordneten noch von den Ministern, gleich welchen Landes, gemacht, sondern sie wird gemacht von der Ministerialbürokratie. Das ist nun mal so im Leben, das wissen Sie auch. Ich halte es für einen großen Vorzug, daß durch die Einsetzung von Sachverständigenausschüssen — wenigstens beim Ministerrat — die Ministerialbürokratie der 14 Länder, die zum Europarat gehören, zusammenkommt, sich kennenlernt und praktische Dinge miteinander erörtert. Das ist eine Entwicklung, die, wie ich glaube, in früheren Jahrzehnten völlig unmöglich gewesen ist.

Der Europarat, über den so viel gesprochen wird, hat nach meiner Auffassung der Dinge, auch wenn er manchmal nicht gelobt worden ist in der Öffentlichkeit, doch sich große Verdienste erworben. Wir sollten dafür dankbar sein. Auf diesem Gebiete hat sich ein besonderes Verdienst erworben unser Freund von Brentano als Vorsitzender der *ad hoc*-Kommission. (Beifall.) Die Arbeit, die er geleistet hat, ist nicht umsonst gewesen. Es wird das eine oder andere sicher abgeändert werden, aber daß er mit einer solchen Energie die Arbeit vorwärtsgetrieben hat, das ist und bleibt sein großes Verdienst um die Sache Europas. (Beifall.)

P R Ä S I D E N T J O H N E N

Wir können dem Herrn Bundeskanzler, d. h. diesmal dem rheinischen Delegierten Dr. Adenauer, sehr dankbar sein, daß er die Worte des Dankes für Herrn von Brentano gefunden hat.

Sie dürfen von mir annehmen, daß ich von dem Spiel der Fraktionen etwas kenne. Wer eine so große Fraktion zu leiten hat, wie Herr Dr. von Brentano das Glück hat, der weiß auch, wie schwierig es ist, immer zu so positiven Ergebnissen zu kommen, wie die CDU-Partei das will. Es gehört schon viel Kraft und noch mehr Geduld dazu, mit einer so großen Fraktion und nebenher auch noch mit der Bundesregierung fertig zu werden. (Heiterkeit.)

Ich glaube, wir schließen uns dem Urteil des Herrn Bundeskanzlers Dr. Adenauer gerne an, indem wir dem Herrn Dr. von Brentano — das darf ich wohl in Ihrem Auftrag tun — ein herzliches Wort des Dankes sagen. (Starker Beifall.)

Aber ich möchte mich jetzt auch wieder mit dem Herrn Bundeskanzler versöhnen und ihm danken, daß er heute den ganzen Tag bei uns verbracht hat. (Starker Beifall.) Ich glaube, er hat damit seinem eigenen Vorstand ein gutes Beispiel gegeben. (Beifall.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Bundeskanzler Dr. Adenauer: Zum Schluß der Sitzung möchte ich ums Wort bitten!)

Dann muß ich es jetzt tun, Herr Bundeskanzler, denn ich wollte zum Schluß kommen. Das Wort hat der Herr

BUNDESKANZLER DR. ADENAUER

Meine lieben Parteifreunde! Unser Vorsitzender Herr Johnen hat heute Namenstag. (Starker Beifall.) Ich hoffe, Sie werden alle damit einverstanden sein, daß wir ihm von Herzen an diesem Tage Glück wünschen. (Erneut starker Beifall.)

PRÄSIDENT JOHNEN

Es ist jetzt einer der wenigen Momente, wo ich nicht wage, dem Herrn Bundeskanzler zu widersprechen. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Dann darf ich zu meinem und zu Ihrem Glück den heutigen Tag schließen, denn ich möchte meinen Namenstag beginnen. Ich möchte die Mahnung und die Bitte an Sie richten, morgen um 9 Uhr pünktlich zur zweiten Plenarsitzung zu erscheinen. Wenn ich etwas ketzerisch sein darf, dann würde ich den stimmberechtigten Delegierten raten, pünktlich hier zu sein. Ich wünsche Ihnen heute abend in Köln einen recht frohen rheinischen Abend.

Ende: 19 Uhr.

Zweiter Tag: Sonnabend, 29. Mai 1954

2. Plenarsitzung

PRÄSIDENT JOHNNEN

eröffnet die Sitzung um 9.10 Uhr:

Darf ich mit einem herzlichen Willkommensgruß die heutige Plenarsitzung eröffnen. Der erste Gruß gilt unserem Bundeskanzler Dr. Adenauer. (Beifall.)

Ich habe weiterhin die Ehre, noch zwei ausländische Gäste bei uns begrüßen zu können, und zwar den Abgeordneten der Nationalversammlung und Vertreter der MRP, Herrn Henry Meck (Beifall), und als Vertreter der Antirevolutionären Partei Hollands Herrn Generalsekretär Gosker. (Beifall.)

Die ausländischen Gäste werden im Laufe der Plenarsitzung des heutigen Nachmittags zu Wort kommen. Ich darf ferner begrüßen den Referenten des heutigen Vormittags, den Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Gerstenmaier. (Beifall.)

Ich erteile das Wort zu seinem Referat Herrn

DR. GERSTENMAIER

Die politische Weltlage und Deutschland

Am 1. Dezember 1943 wurde in Teheran eine amtliche Verlautbarung der Kriegsgegner Deutschlands veröffentlicht. In ihr heißt es: „Das allgemeine Einvernehmen, das wir hier erreichten, garantiert, daß der Sieg unser sein wird. Hinsichtlich des Friedens sind wir ferner sicher, daß unsere Eintracht ihn zu einem dauernden machen wird. Wir sehen mit Vertrauen dem Tag entgegen, an dem alle Völker in der Welt unberührt von Tyrannei nach ihren verschiedenartigen Wünschen und ihrem eigenen Gewissen ein freies Leben leben können. Wir kamen hierher voll Hoffnung und Entschlossenheit. Wir gehen fort von hier als Freunde in der Tat, im Geist und in den Zielen.“ Gezeichnet: Roosevelt, Stalin, Churchill.

Am 8. Mai 1945 nachmittags 15 Uhr unterzeichneten in Berlin-Karlshorst der Generaladmiral von Friedeburg, der Generalfeldmarschall Keitel und der Generaloberst Stumpff eine Urkunde, deren Absatz 1 wie folgt lautet: „Im Auftrag des OKW übergeben die Unterzeichneten bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Oberbefehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.“

Am 26. Juni 1945 wird in San Franzisko die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet. In ihr bekennen sich die Regierungen von 51 Staaten feierlich dazu, ihre „Bemühungen für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu vereinen“ und damit eine von Ost und West gemeinsam getragene Nachkriegsordnung zu schaffen, wie sie eineinhalb Jahre zuvor in Teheran im Grundsatz verkündet wurde.

Diese Ordnung ist nicht nur unvollendet. Nein, diese Ordnung ist zerbrochen. Ihr Leitbild ist verblaßt. Ihre ideologische Voraussetzung, der Gedanke von der „one world“ der einen, einheitlichen Welt, ist am Zerinnen. Als 1944 das Buch des ehemaligen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Wendell Willkie erschien, da glaubten viele, daß nach Vernichtung des deutschen und des italienischen Totalitarismus diesem Gedanken der „one world“, der politisch, wirtschaftlich und geistig zusammenwirkenden Welt die Zukunft gehören werde. Diese Vorstellung war ein typisches Produkt amerikanischer Großzügigkeit und phantasievoller Vereinfachung. Hunderttausende, ja Millionen nahmen ihn auf und vertraten ihn in vielen Organisationen.

England und Rußland waren dieser Ideologie gegenüber weit zurückhaltender. Im März 1945 erschien in Shanghai ein Artikel in der Zeitschrift „Twentieth Century“, in dem ein Deutscher darauf aufmerksam machte, daß sich auch die Russen dieser Ideologie bedienen würden, aber nur, um damit im Sinne einer „Weltvolksfront“ die nichtkommunistische Welt zu unterwandern. Der Mann behielt recht.

Aber es bedurfte nicht mehr umzudeutender Ereignisse, um die Regierungen und allmählich auch die Millionenscharen derer, die von der einen Welt träumten, die Wirklichkeit sehen zu lehren. Ein amerikanischer Journalist, den die Langeweile plagte, hatte in jenen ersten Nachkriegsjahren einmal ausgerufen: „The devil is dead and what a loss!“ — Der Teufel ist tot, was nun? — Moskau gab die Antwort. Die gewaltsame Gleichschaltung Polens, der baltischen Provinzen, des Balkans und schließlich der Tschechoslowakei durch Moskau machten die seit Teheran nicht mehr bemerkten oder bewußt ignorierten Gegensätze offenkundig. Der Angriff auf Griechenland im Frühjahr 1947 hatte den Präsidenten der USA auf den Plan gerufen. Die Fronten begannen sich offen zu klären. Die Unterwerfung der Tschechoslowakei mit dem Ende von Masaryk jun. im Frühjahr 1948 nahm auch den Verbohrten die letzte Illusion. Die Satellisierung der Befreiten war vollzogen. Der Traum von der „einen Welt“ war aus. Die Vernichtung des Totalitarismus und die Verwirklichung der „one world“ — das waren die feierlich verkündeten Kriegsziele der Gegner Deutschlands. Beides ist gescheitert. Zwar ist der Totalitarismus im Zeichen des Hakenkreuzes und des Liktorenbündels vernichtet. Dafür steht aber der im Zeichen von Hammer und Sichel expansiv gewordene Totalitarismus im Herzen Europas, und er beginnt auch die Herzkammern Asiens zu umgreifen.

Im Sommer 1947 war in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ ein Artikel eines Mr. X erschienen. Sein Kerngedanke war: „Schlimm genug, was alles verloren, aber keinen Schritt mehr!“ Die Politik des Containment, des In-Schach-Haltens des Gegners, war damit proklamiert. Der Mann, der das tat, war der Chef des Planungsstabes im Auswärtigen Amt der Vereinigten Staaten von Nordamerika und hieß George Kennan. Aus den Alliierten waren Gegner geworden. Kennan empfahl zwar, auf die gewaltsame Befreiung der Satelliten zu verzichten, den Widerstand gegen weitere Übergriffe Moskaus aber mit aller Konsequenz zu organisieren. Amerikas neue Politik hatte sich bald zu bewähren. 1947 griff Moskau nach Griechenland. Es wurde gerettet. Amerika gewährte nachhaltige materielle und politische Unterstützung. 1948 griff Moskau nach Berlin. Amerika baute mit seinen englischen und französischen Verbündeten die Luftbrücke. Schließlich begann der Kampf in Korea. Präsident Truman griff zu den Waffen.

Die bedeutsamste Folge dieser Entwicklung für Deutschland war der Verfall des Kontrollrats. Damit fiel die letzte, das Reichsgebiet leidlich übergreifende Klammer. Aber damit begann auch, zunächst zögernd, dann immer bewußter, jene tiefe Wandlung des Verhältnisses der westlichen Alliierten zu Deutschland. Der Besiegte wendet sich zum Bundesgenossen. Im

Zeichen dieser sich zaudernd ankündigenden Wandlung vollendet sich 1949 die Organisation des Provisoriums Bundesrepublik Deutschland. Die Bereitschaft des Westens zur Verständigung mit Deutschland verbindet sich von da an mit dem staatsmännischen Takt und der Vertrauen schaffenden Klarheit und Festigkeit der von Konrad Adenauer bestimmten deutschen Politik. Die Vereinigten Staaten von Amerika beweisen im folgenden ihre enorme Fähigkeit zur politischen Konsequenz, Großbritannien seine europäische Loyalität, Frankreich den Willen zur Solidarität, Deutschlands Bundeskanzler aber seine geschichtliche Berufung, dem geschändeten Namen Deutschlands wieder Rang und Vertrauen in der Welt zu schaffen. (Beifall.)

Das Deutschlandkommuniqué der New Yorker Außenminister-Konferenz vom 19. 9. 1950 dokumentiert zum ersten Male die für immer mit dem Namen Adenauer verknüpfte neue, grundlegend gewandelte Stellung Deutschlands in der weltpolitischen Lage. Die westlichen Besatzungsmächte werden Schutzmächte. Die Bundesrepublik und Westberlin erhalten eine Garantie ihrer Sicherheit. Unter dieser vom Bundeskanzler sorgsam gehüteten Sicherheitsgarantie und mit der materiellen Unterstützung der Vereinigten Staaten beginnt sich die Arbeitskraft des deutschen Volkes elementar zu entfalten. Und in oft bitteren parlamentarischen und innenpolitischen Auseinandersetzungen vollzieht sich jene gewissensmäßige und politische Klärung im deutschen Volk, die sich in der Ratifizierung des Bonner und des EVG-Vertrages mit einer klaren Zweidrittelmehrheit praktisch vollendet. Freilich: Der russische Gegenschlag gegen die alliierte Politik des Containment war nicht mehr zu übersehen. In Asien verwandelt sich die ost-westliche Berührungsfläche zum Schlachtfeld. In Deutschland vertieft sich die Zonengrenze zu einer Schlucht, die den Weltgegensatz auch dem Einfachsten und Friedlichsten vor Augen stellt.

Das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands wird um so schwieriger und brennender, je mehr sich die Spaltung der Welt vollendet.

Mit dem Nordatlantikkpakt haben die westlichen Alliierten am 4. April 1949 eine Defensivgemeinschaft geschaffen, die als Ersatz bzw. Hilfskonstruktion für den gelähmten Weltsicherheitsrat unerlässlich geworden war. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist, vom Ganzen der atlantischen Defensivgemeinschaft aus betrachtet, nur eine spezifisch europäisch-kontinentale Organisationsform der zukünftigen Beteiligung von zunächst sechs europäischen Staaten an der atlantischen Gemeinschaft. Von diesen sechs Staaten aus gesehen ist die EVG jedoch noch entscheidend mehr als eine in sich homogene Gemeinschaftsform dieser sechs Beteiligten am atlantischen Defensivbündnis.

Wir wenden uns damit den aktuellen Kernfragen der deutschen, europäischen und atlantischen Politik zu.

Die deutsche Politik, die deutsche Außenpolitik muß sich darüber im klaren sein, daß sie sich zwar jeden Augenblick der Gesundheit und Sicherung des ganzen deutschen Volkes — also auch und vor allem der Befreiung der 18 Millionen Deutschen schuldet (Beifall); aber die deutsche Politik muß sich ebenso darüber klar sein, was sich Deutschland heute nicht nur sich selbst schuldet, sondern auch der Freiheit, ihrer Bewahrung und Behauptung in der Gemeinschaft der freien Welt. Das Verhältnis Deutschlands zur freien Welt ist deshalb nicht nur eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit, sondern zuvor und darüber hinaus eine nationale Gewissens- und Charakterfrage im Sinne einer grundsätzlich-sittlichen Entscheidung des deutschen Volkes. Diese Entscheidung ist gefallen. Und wir gedenken ihren Sinn und Gehalt unverfälscht und rein auch weiterhin zur Richtschnur der deutschen Politik zu machen.

Die Entscheidung des deutschen Volkes vom 6. 9. 1953 für die Politik des Bundeskanzlers enthält nicht nur ein Ja zu der politischen Zielstellung und Methode, die wir mit dem Bundeskanzler seit Jahr und Tag verfolgt haben. Diese Entscheidung ist auch nicht nur ein Dank und Vertrauensbeweis für eine große geschichtliche Leistung. Nein, diese Entscheidung enthält die Zustimmung zu einer klaren Rangordnung von Werten, die für die Politik der CDU/CSU von schlechterdings fundamentaler Bedeutung ist.

Man erlaube mir hier eine Zwischenbemerkung. Die CDU hat es niemals für richtig oder erlaubt gehalten, vor der Härte vieler ihr abverlangter Entscheidungen in das Zwielicht fragwürdiger Gefühle oder in „nationale“ Ressentiments zu flüchten. Die CDU hat es nie für richtig oder erlaubt gehalten, gegen unpopuläre aber notwendige Maßnahmen das nationale Gefühl anzurufen. Und die CDU hat es auch nicht für richtig oder erlaubt gehalten, vor weittragenden Entscheidungen in die Bereiche der Metaphysik auszuweichen. Aber die CDU ist auch weit entfernt davon, die deutsche Politik als eine Sache für Opportunisten oder grundsatzlose politische Techniker zu halten. (Beifall.) Sie hat deshalb auch bei weitem nicht jene ungemessene Hochschätzung für die hergebrachte Diplomatie, wie sie neuerdings im Bereich eines unserer Koalitionspartner angepriesen wird. (Beifall.) Die Diplomatie ist uns nicht mehr als eine Hilfsfunktion der Politik. Ein Eigenwert kommt ihr nicht zu. Ihren Sinn, Rang und Gehalt empfängt sie nicht einmal dort, wo sie gekonnt wird, aus sich selber, sondern allein von der Sache, der zu dienen sie bestimmt ist. (Beifall.) Diese Sache aber bedarf allezeit nicht nur der nüchternen Zweckmäßigkeitsüberlegung, sondern auch der Standfestigkeit, wie sie nur eine klare gewissensmäßige Orientierung zu geben vermag.

Man hat im Ausland — vielleicht mehr noch als in Deutschland — die Instinktsicherheit der Politik Konrad Adenauers gerühmt. **Wichtiger noch ist die gewissenhafte Verantwortung, ist die sittliche Grundorientierung dieser Politik. Sie lebt und atmet in der folgenden oft umkämpften und immer wieder bekräftigten Rangordnung der Werte:**

1. Freiheit, 2. Friede, 3. Einheit. (Beifall.)

Es ist klar, daß mit einer solchen Rangordnung auch eindeutige politische Positionen bezogen werden. Die Frage der Wiedervereinigung verliert dabei z. B. nichts, aber auch gar nichts, von ihrem verpflichtenden Gewicht. Aber eine an dieser Rangordnung orientierte deutsche Politik wird sich niemals auf die Experimente und verworrenen Abenteuer einlassen, die uns die Gesamtdeutsche Volkspartei z. B. mit ihren geistlichen und ungeistlichen Trabanten aufzwingen wollte. (Beifall.)

Eine an dieser Rangordnung orientierte deutsche Politik wird es sich aber auch ebensowenig gefallen lassen, von einer zugegeben auf Friedenssicherung, vielleicht aber doch auch ein wenig auf Geschäft gerichteten Diplomatie oder privaten Initiative verbogen zu werden. Und schließlich wird sich eine so orientierte Politik weder imponieren noch verführen lassen durch die polemische Proklamation anderer undurchdachter Rangfolgen. Es ist z. B. ganz sinnlos, immer wieder gegen unsere politische Zielsetzung im Namen der Wiedervereinigung Deutschlands aufzutreten. Ohne Freiheit oder bei einem unvorstellbar hohen Risiko für Deutschlands Freiheit gibt es eben keine Wiedervereinigung! Was heißt da 1. oder 2. Ziel? Dieses Überrunden-Wollen mit Propaganda-Parolen ist weder dem Ernst der uns in der Wiedervereinigung gestellten Aufgabe noch der Wirklichkeit angemessen!

Daß der Friede und seine Bewahrung vor der Erlangung der Einheit steht, das hat sich — wenn nicht aus sittlicher Einsicht, so doch aus Furcht — all-

gemein durchgesetzt. Für den Charakter der deutschen Politik aber ist und bleibt es von Bedeutung, daß sie nicht nur im Gedanken an Atom- und Wasserstoffbomben, sondern schon aus freier Einsicht dem Krieg und jedem kriegsähnlichen Mittel absagt. Selbst um der Einheit Deutschlands willen darf kein Krieg geführt werden! (Beifall.) Und auch in der Grenzfrage, ob im Namen der Freiheit die Waffen eingesetzt werden dürfen, unterscheiden wir mit der gesamten freien Welt auf das genaueste Angriff und Verteidigung. Es war falsch, ja diffamierend, der unterschiedenen Verteidigung der Freiheit durch die USA seit der Truman-Doktrin im März 1947 Kreuzzugsabsichten zu unterstellen. Es ist wahr, die Behauptung der Freiheit steht vor dem Frieden. Aber es besteht in den freien Völkern eine klare Übereinstimmung darüber, daß dieser Satz nicht den Angriffskrieg, sondern allein die Verteidigung deckt. Sie freilich ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine unabsehbare Pflicht. Diese Überzeugung auch des deutschen Volkes hat ihren Ausdruck im Abschluß und in der Ratifizierung des EVG-Vertrages durch den Deutschen Bundestag gefunden.

Verzeihen Sie, wenn ich mit dieser Überlegung grundsätzlicher Art abzulenken schien von der politischen Betrachtung unserer gegenwärtigen Situation. Ich glaube indessen, daß in der rechtsstaatlichen Demokratie unserer Zeit allen Widerständen und allem anderen Anschein zum Trotz fundamentale sittliche Entscheidungen von größter, von richtungsweisender Bedeutung sind. Ich glaube z. B., daß das politische Verhältnis, das heute zwischen Ost und West angestrebt wird, und das man mit dem Begriff der Koexistenz umschreibt, keineswegs nur einer militärischen Kalkulation entstammt, sondern im Westen jedenfalls von einer geistigen Grundorientierung getragen wird, wie ich sie mit der hier dargelegten Rangordnung dreier Werte zu umschreiben versuchte. Koexistenz von kommunistischer Diktatur und westlicher Demokratie heißt Gewähr bei Fuß einander Aug' in Auge gegenüberstehen.

Daß dieses keine bequeme Position ist, ist klar. Daß es aber bei der abgründigen Verschiedenheit der beiden Welthälften, so wie die Dinge stehen, noch immer die vertretbarste, ja die einstweilen einzig vertretbare Position ist, meine ich, ergibt sich aus dem, was wir erlebt haben. Denn wenn man die eigene Haut und Freiheit schützen und den Frieden erhalten will, dann bleibt bei der ja nun ausreichend demonstrierten Wesensart des sowjet-russischen Kommunismus nichts anderes übrig. (Beifall!)

Leider bleiben auch dabei außerordentliche Risiken bestehen. Was dann, wenn Moskau mit seinen europäischen und asiatischen Satelliten nur so lange eine Politik der Koexistenz betreibt, bis es sein ganzes riesiges Gebiet ausreichend organisiert und militarisiert hat, um mit Aussicht auf Erfolg seine rote „eine Welt“ zu schaffen? Wer Koexistenz sagt, der muß darum in jedem Fall auch entschlossen sein, die Überlegenheit der freien Welt über den totalitären Osten zu behaupten. Wird das unterlassen, dann sind nicht nur unsere 18 Millionen deutsche Brüder und Schwestern in der Sowjetzone und die geknechteten Satelliten-Völker abgeschrieben, sondern wir alle laufen in das Verderben.

Guy Mollet, der französische Sozialistenführer, hat wahrscheinlich recht gehabt, als er vor einigen Tagen in Straßburg sagte, daß die Berliner Konferenz an der Unentschiedenheit und Uneinigkeit des Westens und an der fehlenden EVG gescheitert sei. (Beifall.) Gewiß ist jedenfalls, daß die Uneinigkeit des Westens eine ungewöhnliche Verführung für Moskau und eine hohe Gefahr für die vorgelagerten Stellungen der freien Welt bedeutet. Unentschiedenheit und Tatenlosigkeit sind dabei ebenso gefährlich, wie jener Dilletantismus, der Deutschland eine aktive Vermittlung zwischen Ost und West, die Funktion der allen und niemand gehörenden Brücke zuschreiben möchte. Wer im Anblick der furchtbaren Realität

der globalen Spaltung und ihren wesenhaften Ursachen uns heute noch die Politik der kleinen Mittelchen und dazuhin im Alleingang aufreden will, der ist für uns keine Hilfe, sondern eine zusätzliche Gefahr.

Die Politik der Koexistenz ist von vornherein erledigt, wenn sie ihr Rezept im diplomatischen Finassieren und in der nationalen Sonder-tour mit Moskau sucht. Koexistenz heißt ganz im Gegenteil Dammbildung und gemeinsame Armierung dieses Dammes. Dem, der die Freiheit liebt — gleichgültig, ob er diesseits oder jenseits des Dammes lebt —, ist ohne einen solchen Damm nicht geholfen. Es ist nicht wahr, daß eine solche Dammbildung die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich mache. Sie verhindert nur die Einheit um den Preis der Freiheit — und vielleicht auch des Friedens. Ein solcher Damm schafft auch nicht zwei Weltgeschichten, sondern er ermöglicht erst — indem er Krieg und Gewalt verhindert — Entwicklungen und neue Situationen, auf die zu hoffen keineswegs Illusion ist. Der banale Rationalismus, der von hier bis zu der Wand sieht, ist keineswegs ein wirklichkeitsgemäßes Verhältnis zur Geschichte.

So entschieden wir also das Dilettieren und jedes vertrauengefährdende Herumexperimentieren im Gelände zwischen Ost und West ablehnen, so entschieden sollten wir jedoch auch weiterhin das Unsere dazu tun, daß gewisse internationale Klammern, so bescheiden sie auch sein mögen, nicht gelöst, sondern gestärkt werden. Das gilt insbesondere für die Vereinten Nationen und ihre Fachorganisationen. Die Frage der diplomatischen Beziehungen Deutschlands zu Rußland ist in einer ganz schiefen Erörterung so verzerrt worden, daß dem Gedanken selbst damit nicht der mindeste Dienst erwiesen wurde. Deutschland wird, in welcher Form es auch immer an der Gemeinschaft der freien Welt teilnimmt, sich seiner besonderen Lage im Herzen Europas hoffentlich immer bewußt bleiben. Es wird darum auch immer erneut alle Mittel prüfen, die ihm die Initiative zur Wiedervereinigung Deutschlands und die volle Unterstützung der westlichen Gemeinschaft sichern. Wichtiger als die Frage des Wie und Wann direkter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist es, daß der Westen Verhältnisse schafft, die magnetisch auf die Bevölkerung des Ostens wirken. Die CDU hat es mit Recht immer abgelehnt, das Kardinalthema unserer Außenpolitik, die Integration Europas, nur von Rußland her, das heißt, im Blick auf die Gefahr aus dem Osten zu betreiben. Es ist zwar richtig und es wird sich erweisen, daß die Politik der Koexistenz von Ost und West nicht erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn der Westen auf seinem Status quo beharrt. Das gilt nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern mindestens im europäischen Kontinent auch in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Ohne Rücksicht auf Rußland begründet sich die Notwendigkeit und Zeitgemäßheit der europäischen Föderation, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa streng und unabweisbar aus sich selber, aus der inneren und äußeren Lage, aus der technischen, wirtschaftlichen und geistig-seelischen Verfassung der europäischen Völker.

Es mag sein, daß sich die militärische Seite der seit einigen Jahren vor uns stehenden Aufgabe auch in anderen Organisationsformen als denen einer EVG nach bekanntem Muster lösen ließe. Aber wir denken gar nicht daran, uns ohne größte Not auf solche anderen Formen einzulassen. Wir denken nicht daran, weil wir

1. gar nichts im Sinne haben mit einer deutschen Nationalarmee. Zwar teilen wir die Sorgen und Ängste einiger unserer Nachbarn nicht, die sie der nationalen Armee eines demokratischen Deutschland entgegenbringen. Aber wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß uns an der EVG die grundsätzliche politische Seite mindestens ebenso interessiert wie ihre praktisch-militärische. Wenn die EVG zustande kommt, ist der Durchbruch durch die Zitadelle des souveränen Nationalstaates

gelingen. Wenn sie scheitert und — ganz unwahrscheinlich übrigens — eine deutsche Nationalarmee kommen würde, brauchte der sogenannte deutsche Militarismus nicht wiederzukehren. Aber es könnte und würde wiederkehren das alte Spiel von politischen und Militärallianzen, von Macht- und Prestigepolitik, von kleinem Glück und katastrophalem Unglück. (Beifall.) Kurzum, es könnte wiederkehren die überfällig gewordene Politik und Methode des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Sie hat zwei Weltkriege nicht verhindert. Sollen wir deshalb zu ihr zurückkehren? Es ist ein beklagenswerter Irrtum, wenn in der Nervenprobe, der uns Frankreich seit Monaten unterwirft, Urteile zustande kommen, wie dieses, daß es bei der Verteidigung Europas schließlich nicht auf die Methode ankomme. Wir glauben vielmehr, daß von der richtigen Methode hier der ganze Erfolg abhängt. (Beifall.)

2. Wir lehnen demnach ab — und sollten das auch weiter mit größter Bestimmtheit tun — die Ausklammerung der Verteidigung aus dem Integrationsproblem. Es geht uns dabei nicht nur um die gesicherte Gleichberechtigung des deutschen Verteidigungskontingentes in rechtlicher, waffenmäßiger und materieller Hinsicht, sondern es geht uns darum, der Europäischen Politischen Gemeinschaft jenes innere und äußere Gewicht zu geben, ohne das aus der Einigung Europas nun einmal nichts werden kann.

3. Der Gedanke der sogenannten Nationalarmee kennzeichnet die verzweifelte Vorstellung der SPD von einer Alternative zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und zur europäischen Integration. So sehr wir es begrüßen, daß sich die SPD zur Anerkennung eines deutschen Verteidigungsbeitrages durchgerungen hat, so wenig können wir die Forderungen nach einer Alternativlösung anerkennen. Die SPD selbst hat nach zwei vergeblichen Anläufen zu einem eigenen konstruktiven Vorschlag und nach sehr ausgebreiteten Hoffnungen und Erwartungen auf die Viererkonferenz von Berlin die Flügel sinken lassen. Sie suggeriert seitdem dem deutschen Volk, daß es unsere Pflicht sei, Alternativen auszuhecken und der Welt anzubieten.

Indessen ist es am allerwenigsten unsere Aufgabe, die Welt mit solchen Alternativideen noch mehr zu verwirren. Unsere bewußte Alternativlosigkeit ist keine Sackgasse. Wir sind nach wie vor mit gutem Grund des Glaubens, daß der von uns ratifizierte EVG-Vertrag in Kraft treten wird. (Beifall.)

Sollte dies aber nicht geschehen, dann sind wir zwar der Meinung, daß das Licht über Europas Völkern verblassen wird, aber wir werden darum weder Selbstmord begehen noch in Tatenlosigkeit versinken; denn wir sind weder Fanatiker noch Fatalisten, sondern Realisten. Kommt die EVG ohne unser Verschulden nicht zustande, dann wird auch kaum eine deutsche Nationalarmee aufgestellt werden können; denn es ist nicht einzusehen, warum die Gegner einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ausgerechnet gegen eine Nationalarmee des souveränen Deutschland kein Veto einlegen sollten. (Beifall.)

Viel näher liegt es, daß sich die Mächte, unter deren Sicherheitsgarantie wir leben, im Zeichen der hochgerüsteten Koexistenz dann eben um den Ersatz der fehlenden deutschen Divisionen in ihren eigenen nationalen Reserven umtun müssen — oder aber, daß die USA mit ihrer Idee der peripheren Verteidigung bitteren Ernst machen, was allerdings nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und den übrigen europäischen Kontinent höchst fatale Folgen haben könnte. Deutschland würde in diesem Fall alle Aussicht haben, zusammen mit seinem unmittelbaren westlichen Nachbarn ein potentiell Operationsgelände ohne tatsächliche Mitbestimmung zu werden. Sind das Alternativen? Für uns ganz gewiß nicht! (Beifall.)

Wenn man in einer solchen deutschen Überprüfung der weltpolitischen Lage zurückkehrt in die eigenen Bezirke und zu dem geschichtlichen Augenblick, dann sammelt sich die Aufmerksamkeit heute nicht so sehr um das Verhältnis Deutschland zu Rußland oder zu den USA, sondern um das Verhältnis Deutschland/Frankreich. Im Vordergrund ist dieses Verhältnis bezeichnet durch die Frage Frankreichs an sich selbst, ob es der Wiederbewaffnung der Deutschen und einem Kompromiß in der Saarfrage zustimmen kann. Im Hintergrund aber liegen die viel tiefergreifenden Fragen, ob Frankreich ohne Verlust seiner Tradition sich zu einer dauernden politisch-militärischen Verbindung mit Deutschland im Rahmen einer europäischen Föderation verstehen kann. Man muß die Hemmungen verstehen, die diesem Entschluß Frankreichs entgegenstehen. Sie hängen sich ähnlich und doch anders wie bei uns an Gefühle und Vorstellungen, die mehr angedeutet als bezeichnet sind mit Begriffen wie Souveränität und Hegemonie —, Begriffe, die von Rechts wegen in die Rumpelkammer der Politik des 19. Jahrhunderts und gar nicht mehr zu uns gehören! (Beifall.)

Die einzige Methode, mit diesen Gespenstern fertig zu werden, ist die konsequente europäische Föderation. Je mehr supranationale Kompetenzen, desto weniger Hegemonie-Angste. Die schließliche Entscheidung Frankreichs in diesen Fragen der effektiven europäischen Föderation wird für Deutschland und für die ganze freie Welt von großer, möglicherweise von entscheidender Bedeutung sein. Unter diesem Aspekt muß die Saarfrage gesehen werden.

Die deutsche Rechtsauffassung über das Verhältnis Deutschlands zur Saar ist völlig eindeutig, ebenso unser Urteil über die Qualität der zur Zeit bestehenden inneren Ordnung des Saargebietes mit dem Lizenzzwang der Parteien. (Beifall.)

Dennoch sind die entscheidenden Fragen um die Saar damit heute nicht abschließend bezeichnet. Das Kernproblem, um das es geht, ist vielmehr, ob eine darüber hinausliegende sogenannte europäische Lösung der Saarfrage möglich und vertretbar ist. Bei allem Respekt vor den ersten Bedenken, die sich dabei zu Wort gemeldet haben, und bei hoher Würdigung der Reichstreue von Männern und Frauen an der Saar glaube ich doch, daß jene europäische, wahrhaft europäische Lösung aus zwingenden politischen Gründen von uns vertreten werden muß. (Abg. Diel: Hört, hört! — Beifall.) — Von uns vertreten werden muß! (Beifall.)

Solange wir erwarten, und wir tun das, daß die Franzosen sich über ihre nationale Tradition hinaus mit uns in einem vereinten Europa verbinden, solange dürfen auch wir nicht aufhören, auf das Ziel zu sehen und zu handeln. (Beifall.) Es ist nicht der mindeste Zweifel darüber möglich, daß der Bundeskanzler deshalb ein sittliches Recht und nicht nur einen zwingenden politischen Grund hat, von der CDU/CSU die Billigung seiner Politik auch in dieser Sache — die uns weiß Gott schwer wird — zu fordern. (Beifall.)

Ich bin am Schluß. Lassen Sie mich zusammenfassen und folgendes sagen:

1. Der Status quo ist nicht nur in Deutschland und Korea die größte Macht und eine hohe Gefahr. Der Westen muß von seinem Status quo, Europa also von seiner nationalstaatlichen Souveränitätsordnung mit ihren Fiktionen herunter! (Beifall.) Wenn der Westen nicht zu einem festen dauerhaften Zusammenwirken, wenn er von seinem Status quo nicht herunterkommt, dann fallen die letzten Chancen, den Osten von seinem Status quo herunterzubringen. (Beifall.)

2. Der Verlauf der Berliner Konferenz und — es sieht ganz so aus — auch der Genfer Konferenz hat den Grundgedanken der Politik Konrad Adenauers voll bestätigt (Beifall), den Grundgedanken nämlich, daß die Rettung Deutschlands und Europas —

Frankreich eingeschlossen — nicht von außen nach innen, sondern nur von innen nach außen möglich ist. Das heißt, der Druck aus dem Osten ist nicht zu bezwingen durch die Verlagerung der nationalen Kraft auf die Verteidigung wichtiger, aber weit entfernter Außenpositionen — z. B. Indochina, aber auch deutscher Osten — sondern nur durch die Festigung eines unauflösbar gemachten europäisch-atlantischen Kerns. Nur ein so gefestigter Kern wird in der Lage sein, weit draußen liegende Grenzpositionen zu halten, unangreifbar zu machen, ja sogar zurückzugewinnen.

3. Deutschland ist und bleibt bis auf weiteres ein neuralgisches Feld der Weltgeschichte und der Weltpolitik. Der Herr der Geschichte hat uns nach tiefem Sturz wieder auf die Füße gestellt. Er hat uns einen neuen Weg gezeigt und die Richtung gewiesen: Deutschland im vereinten Europa. Die Politik der europäischen Integration und die Politik des nationalen Revisionismus schließen sich aus. In einem geläuterten und gewandelten Nationalbewußtsein sind wir entschlossen an die Schwelle einer neuen großen Epoche getreten. Sie hat sich uns als Bestes in dem Inferno des zweiten Weltkrieges aufgetan. Wir gedenken, ihr auch gegen tausend Widerstände treu zu bleiben. In seinem siebten Brief hat Plato einstens dem Kreis seiner Freunde zugerufen, daß es nicht möglich sei, Politik zu machen, d. h. daß es nicht möglich sei, die öffentlichen Dinge zum Segen eines Volkes zu meistern ohne treu verbrüderte Gefährten.

Wir stehen hier als ein großer Kreis von Gefährten; über alle Verschiedenheiten der Stämme, der Stände und der Konfessionen hinweg treu verbrüdet. Laßt uns dabei bleiben (Beifall), denn nur dann werden wir dem Rufe gerecht werden, im Anblick großer Gefahren mit Tapferkeit und Demut der Freiheit, dem Frieden und der Einheit Deutschlands im geeinten Europa zu dienen. (Anhaltender, starker Beifall)

PRÄSIDENT JOHNNEN

Ich danke Herrn Dr. Gerstenmaier für seine ausgezeichneten Ausführungen. Ich habe gestern die Freude gehabt, unsere Freunde von der CSU herzlichst begrüßen zu können. Inzwischen ist Herr Bundesminister Strauß eingetroffen. Ich möchte ihm einen herzlichen Willkommensgruß entbieten. (Beifall.)

Gestatten Sie mir, noch eine kurze geschäftliche Mitteilung zu machen. Sie waren gestern so liebenswürdig, in das Präsidium des Parteitages Frau Praetorius zu wählen, die leider verhindert ist, hier zu erscheinen. Darf ich Ihnen vorschlagen, daß an Stelle von Frau Praetorius Frau Brauksiepe treten soll? — Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. (Beifall.)

Ich eröffne nunmehr die

Aussprache.

Als erster hat das Wort der Delegierte

PFARRER SEPPRECHT

Wir haben gestern mit Erschütterung gehört, daß an dem Platz, wo wir uns jetzt versammelt haben, seinerzeit die Sammelstelle für die Konzentrationslagerhäftlinge war, auch für unseren Konrad Adenauer. Ich

habe gehört, daß vorher hier bereits andere Menschen versammelt waren zu demselben Schicksal, jüdische Mitbürger, die von hier aus ihren schweren Weg antreten mußten, der schließlich endete in Theresienstadt und in Auschwitz. Ich denke an Edith Stein, die in dieser Stadt aufgewachsen ist zu einer Frau von wissenschaftlichem Format, deren Endweg auch hier auf diesem Messegelände anfang. Ich glaube, man soll das auch sagen.

Ich möchte bei der Gelegenheit sagen, daß sich daraus eine Verpflichtung ergibt, der — Gott sei gedankt — die Bundesregierung mit ihren Mitteln gerecht geworden ist, aber eine Verpflichtung, die über das, was eine Bundesregierung tun kann, hinausgreift.

Ich bin oftmals im Westen gewesen in diesen letzten Tagen und habe dort gemerkt, nicht in der Presse, wohl aber in privaten Diskussionen und in Diskussionen mancher Veranstaltungen, daß hämische und kritische Worte laut werden über das, was die Bundesregierung als Wiedergutmachungsgeste gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern getan hat.

Ich habe mit Schrecken gemerkt, daß tatsächlich eine Jugend und Kinderwelt aufwächst, die einfach aus falscher Scham nichts mehr erfährt von diesen Dingen. Vielleicht gehörten wir nicht zu der kleinen Schar, die es seinerzeit wagte, unter persönlichem Einsatz, mit persönlichem Risiko den Verfolgten damals zu helfen. Es hat solche gegeben. Wenn wir zu denen gehörten, die es damals verurteilten, aber nichts taten, dann bitte: heute Wiedergutmachung im persönlichen Bereich, dem entgegnetreten, der diffamieren will dieses Werk der Wiedergutmachung, dem entgegnetreten, der die neue Generation in Unwissenheit über alle diese Dinge aufwachsen lassen will.

Das führt mich unmittelbar zu dem, was ich eigentlich hier sagen wollte, nämlich dieselbe Angelegenheit spielt sich jetzt in unserem Mitteldeutschland wieder ab. Auch da ist es, wie es damals in den Zeiten der Judenbedrängnis war, eine ganz kleine Schar hier im Westen, welche aktiv schuld ist an dieser Situation, die tatsächlich mitbürgt dafür, daß diese grausame Wirklichkeit jeden Tag auf uns lastet. Aber es ist eine nicht wesentlich größere Schar, welche mit persönlichem Einsatz und mit persönlichem Verantwortungsgefühl das Ihre tut, um diese Entwicklung aufzuhalten. Und es ist — Gott sei es geklagt — eine breite Schar, die dazwischentritt, die mit ihrem theoretischen Bekenntnis zwar dafür ist, daß eine Einheit geschaffen werde, und die keine offizielle Gelegenheit vorübergehen läßt, um dieses theoretische Bekenntnis abzulegen. Aber wie sieht es in der persönlichen Entscheidung des Lebens aus mit der konkreten Arbeit, daß es auch gehe!

Ich mache Ihnen einen schlichten Vorschlag an solche Männer und Frauen, welche die, weil sie Delegierte des obersten Gremiums der wichtigsten Partei unseres siebenfach zerrissenen Deutschland sind, angeht. Wie wäre es, wenn wir uns jetzt eine Karte kaufen wollten, welche das siebenfach zerrissene Deutschland zeigt. Vor drei Jahren war es mir in Bonn noch nicht möglich, eine solche Karte zu kaufen. Einer der sieben Teile ist eure Bundesrepublik. Eure sage ich nur deswegen, damit dadurch klargemacht wird, daß ein großer Teil Deutschlands nicht dabei ist. Diese Karte soll man im Zimmer zu Hause aufhängen und abends vor die Karte treten und sich fragen: was habe ich heute getan, daß dieser Zustand überwunden werde? Was habe ich heute unterlassen in meinem privaten Leben und in meinem Amtsleben, daß dieser Zustand überwunden werde? (Beifall.)

Das ist kein utopischer Vorschlag. Ich mache ihn nicht den breiten Massen, ich mache ihn den Männern und Frauen, welche dank freiwilliger Entscheidung dazu ihre Hauptaufgabe politischer Tätigkeit erkoren haben. Wenn man das so tut, dann bin ich sicher, daß die groteske Unkenntnis

der wirklichen Situation in unserem zerquälten Mitteldeutschland wenigstens aus den Kreisen weichen wird, die dafür da sind, sie in erster Linie zu beseitigen zu helfen. Der gute Wille allein tut es nicht. Es wird sich jeder am Abend fragen: wie kannst du dich informieren, was kannst du mit deinem persönlichen materiellen Besitz, mit deiner Geisteskraft und deiner Zeit tun, daß es vorwärts gedrängt werde? Ich möchte nicht, daß vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren wieder einer sagt — wie ich es vorhin von unseren jüdischen Mitbürgern erwähnt habe —, die breite Masse der Deutschen hat nicht Anteil gehabt an dem Unrecht, das dort geschehen ist, aber sie hat auch nicht Anteil gehabt an der persönlichen Abwehrbereitschaft.

Wenn wir das aber tun, dann ist überhaupt erst die Voraussetzung dafür geschaffen, daß aus dem Programm — das uns unser Freund Gerstenmaier gegeben hat, und dem ich als politischer Mensch zustimme, soweit es diese Dinge angeht, die jetzt von mir angesprochen sind, eine Realität wird. (Beifall.)

DR. FRIEDRICHSDORF, M.D.D.

Die von unserem Freund Dr. Gerstenmaier aufgestellte Rangordnung und Reihenfolge — Freiheit, Friede, Einheit — ist von ihm nicht ohne Absicht so scharf unterstrichen und ausgeführt worden. Da wir, die wir von der anderen Seite der Elbe kommen, mit dieser Rangordnung und Reihenfolge nicht einverstanden sein können, müssen wir einige Worte hinzufügen.

Ich halte die Formulierung „Einheit in Freiheit“ für besser und glücklicher. Ich möchte nicht die Einheit als allererstes voranstellen und die anderen demgegenüber zurücktreten lassen. Insofern hat Gerstenmaier ganz recht, aber der deutsche Freiheitsdichter sagt nicht ganz ohne Grund, daß auch der Freiheit der Glanz weicht, wenn wir das Vaterland nicht in Ordnung haben.

Wenn wir durch den Saal kommen, sehen wir die Fahnen der deutschen Länder, aber wir sehen nicht diejenigen von Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg, Schlesien, Pommern und Ostpreußen. (Beifall.) Wenn das ein ärgerliches Gefühl sein mag, so denke ich an die sonst so prachtvollen Einführungs- und Begrüßungsworte des Kölner Oberbürgermeisters von gestern, die mir in einem Punkte doch Nachdenken nahegelegt haben, nämlich als er den entscheidenden Anteil von Köln bei der Gründung der CDU schilderte und dann mit einer leisen Bemerkung erwähnte: Es soll noch in einer anderen Stadt, wenn auch nur einige Stunden vorher, bereits eine andere Gründung stattgefunden haben.

Es handelt sich um die Stadt Berlin, die deutsche Hauptstadt. (Beifall.)

Das zu erwähnen, ist nicht eine Angelegenheit einer kleinlichen Eifersucht, sondern es handelt sich um einen tiefen geschichtlichen Sinn. Mir liegt völlig fern, etwa nun die CDU als preußische Erfindung zu kennzeichnen. Es sind Leute wie Hermes und Jakob Kaiser dabeigewesen und haben uns wohl gegen diesen Verdacht abgeschirmt, aber es ist auch für uns wichtig, meine lieben Freunde, daß die Christlich-Demokratische Union gerade auf der anderen Seite der Elbe gute und getreue Freunde hat und daß auch die CDU die beherrschende Partei Deutschlands auf die Dauer keine Existenzberechtigung hat, wenn sie sich nicht als die Vertreterin aller dieser deutschen Landesteile fühlt. (Beifall.)

Wer von uns Ost- und Mitteldeutschen kommt nicht gern an den Rhein und läßt nicht gern die laue Luft der Weinberge auf sich einwirken, oder wer fährt nicht gern nach Bayern und freut sich über den Sturm, der über die Alpengipfel weht? Aber nicht ganz ohne Ernst sei gesagt, daß die herbe

Luft, die über die Kiefernwälder und Kartoffeläcker zwischen Elbe und Weichsel zu wehen pflegt, für das deutsche Klima entscheidend notwendig ist (Beifall), und daß Deutschland nicht vollständig ist — nicht nur das deutsche Klima — und daß alle schönen Dinge von Freiheit und Einheit uns wenig nutzen, wenn wir nicht dieses Gesamtdeutschland wiederhergestellt haben. (Beifall.)

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir auch ein Wort zur Saar. Es gibt wenig Leute in Deutschland, Herr Bundeskanzler, und bestimmt in diesem Saal, die nicht freudig und willig Ihrer Politik der Befriedung des deutsch-französischen Verhältnisses folgen; aber ich fürchte, es gibt auch nur wenige, die diese Befriedung dadurch herbeiführen wollen — es jedenfalls nicht gern tun —, daß wir einen Teil aus dem lebendigen Körper unseres Landes herausnehmen lassen. (Beifall.)

Im Zusammenhang gerade auch für das, was ich vorhin sagte: Wir fürchten, daß eine Vorwegnahme dieses Opfers auf die Wiedervereinigungspolitik einen nicht ganz erwünschten Einfluß haben könnte. Wer erinnert an die Auseinandersetzung, die wir in den ersten Jahren nach 1945 in Berlin geführt haben, der weiß, mit welcher Aufmerksamkeit man gerade auch im Osten auf diese Saarlösung wartet und wie glücklich man sein wird, hier einen Präzedenzfall dafür zu haben, daß die Deutschen ein entscheidendes territoriales Opfer nach einer anderen Seite bringen.

Im übrigen würde ich überhaupt in der Außenpolitik nicht gern um eines augenblicklichen oder zumindest vorübergehenden Vorteils willen — nämlich die Beruhigung der französischen Öffentlichkeit — ein Opfer bringen, das Dauerwirkung hat, das also nicht so leicht revidiert werden kann, das sich vielmehr im weiteren Verlauf der Dinge als ein Gegenstand dauernder Spannungen und Reibungen an unserer Westgrenze erweisen kann. Zumindest sind das Dinge, die wohl erwogen werden müssen! Zumindest sollte man auch diese Frage unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigungspolitik rechtzeitig berücksichtigen.

Herr Gerstenmaier hat — ich weiß nicht, ob er es ganz so gemeint hat — gesagt, das Ergebnis der Konferenz sei eine Bestätigung der Politik der Bundesregierung gewesen. Ich muß sagen, das wäre ein etwas schmerzliches Ergebnis der Bundespolitik gewesen, daß auf dieser Berliner Konferenz ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit — —

(Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das hat er doch gar nicht gesagt! — Unruhe und Widerspruch im Saal.)

— Herr Bundeskanzler, vielleicht habe ich ihn nicht ganz verstanden. Ich sagte ja auch, vielleicht ist es nicht so gemeint gewesen. Ich freue mich, daß der Herr Bundeskanzler das selbst berichtigt. Ich würde schon meinen, daß mit dieser Berliner Konferenz nicht irgendein Schlußstrich gezogen sein dürfte. Wir hätten von unserem außenpolitischen Sprecher gern einiges darüber gehört, wie wir nun über diesen toten Punkt der Berliner Konferenz künftig hinwegzukommen in der Lage sein sollen.

Denn, meine Freunde, ich schließe damit: Die Einheit ist sicherlich nicht das einzige deutsche Ziel. Ich stimme unserem Freund Gerstenmaier voll zu, daß wir die Einheit nicht erkaufen dürfen auch für das allergeringste Opfer an unserer Freiheit. Aber wir wünschen, daß diese Einheit nicht erst an dritter Stelle rangiert. Wir wünschen, daß die deutsche Einheit in Freiheit und mit friedlichen Mitteln verwirklicht wird. (Beifall.)

PRÄSIDENT JOHNNEN

In diesem Augenblick, wo die außenpolitische Debatte unseres Parteitages stattfindet, sind die Augen des In- und Auslandes auf uns gerichtet. (Lebhafter Beifall.) Darf ich Sie deshalb bitten, darauf zu achten, daß jeder, der spricht, im In- und Ausland gehört wird, und daß jeder falsche Zungenschlag der Politik des Kanzlers und damit der CDU vielleicht ungeheuren Schaden zufügen könnte.

Als nächster Redner hat das Wort

KURT GEORG KIESINGER, M.D.B.

Wenn man Grundsätze anerkennt, dann muß man auch den Willen haben, diese Grundsätze in der aktuellen Politik zu realisieren. (Beifall.)

Ich will mich nicht in einen Streit über die Rangfolge einlassen; darüber kann man sprechen. Das, was Gerstenmaier vorgetragen hat, lief ja auf nichts anderes hinaus als auf die Feststellung — und er hat es in seinen Ausführungen reichlich klargemacht —, daß Freiheit und Friede eins und unteilbar seien und daß nur über Freiheit und Friede die deutsche Einheit verwirklicht werden könne. (Beifall.)

Es ist für jeden von uns ein tiefer Schmerz, heute in diese tragische Situation des deutschen Volkes hineingestellt zu sein, in eine Situation, die uns erkennen läßt, daß wir die Forderungen, die soeben Herr Dr. Friedensburg gestellt hat, nämlich aufzuzeigen, wie wir über diesen toten Punkt hinwegkommen könnten, im Augenblick gar nicht anders erfüllen können, als daß wir auf dem vorläufig beschrittenen Weg weitergehen und hoffen, daß der Herrgott das übrige dazu tut. (Beifall.)

Lassen Sie mich ein sehr ernstes Wort sagen. Ich habe gestern auf der Herfahrt vom Parteitag der MRP in Frankreich nach Köln eine belgische Zeitung gelesen und mir beim Überschlagen über die Nachrichten, die ich darin fand, wieder einmal gesagt: in welcher heillose Uneinigkeit ist diese sogenannte freie Welt heute immer noch verstrickt! Ein paar Beispiele davon:

„Genf: Der Gegensatz zwischen der Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien. —“ Die Ankündigung in derselben Zeitung, daß die beiden Führer der englischen Arbeiterpartei, Bevan und Attlee, auf eine chinesische Einladung eine Reise nach Rotchina antreten würden.

„Straßburg: Bei allen grundsätzlichen Debatten immer noch keine wirkliche Einigkeit darüber, was nun endgültig mit diesem Europa geschehen soll“, — obwohl — Gott sei Dank — eine Mehrheit den europäischen Weg beschritten hat. Aber was klang in dieser Sitzung in Straßburg nicht alles an europäischer Uneinigkeit auf? Das Triestproblem wurde angesprochen. Der griechische Vertreter brachte das Problem Zypern vor. Das Saarproblem war ein Hauptgegenstand der Verhandlungen dort. Auch das schwierige nordirische Problem klang wieder auf. Es wurde gefragt, wie wird sich Jugoslawien in dieses neue Europa eingliedern; die einen dafür, die anderen dagegen. — Spanien und Portugal, werden sie Teilnehmer an der Verteidigung der freien Welt und eines freien Europas sein; — die einen dafür, die anderen dagegen!

Das ist nur eine kleine Aufzählung all der Probleme, die uns schwächen, die uns die nötige Kraft, die wir brauchen, rauben, dazu Eifersüchteleien, Ängstlichkeiten, Unsicherheiten unter den europäischen Staaten. Schon

wieder hört man bei Reisen im Ausland, etwa von englischen Geschäftsleuten, die Furcht vor der wieder neu heraufkommenden deutschen Konkurrenz. Wir haben alle Hände voll zu tun, um ihnen zu erzählen, daß es wahrhaftig so schlimm mit dieser deutschen Konkurrenz nicht ist. Ich nehme an, daß Herr Abs darüber noch einiges sagen wird.

Wer von uns weiß, was in diesem gewaltigen Block von der Elbe bis an das Chinesische Meer vor sich geht zwischen Sowjetrußland und China? Wir vergessen über unseren Sorgen, die wir haben, allzuleicht, daß wir immer noch in unmittelbarer Todesgefahr stehen. (Beifall.)

Ich habe es mir in den letzten Monaten wirklich sauer werden lassen bei Reisen in England, Frankreich und in den Vereinigten Staaten, bei Gesprächen mit hohen Staatsmännern und mit einfachen Leuten. Was wir draußen in diesen letzten Jahren erworben haben, das wertvollste Ergebnis unserer Außenpolitik, der Außenpolitik Dr. Konrad Adenauers, ist der ungeheure Kredit, den man diesem Volk erstaunlicherweise wieder schenkt, der Glaube an seine Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Gradlinigkeit in der Außenpolitik. (Starker Beifall.)

Was immer in der kommenden Entwicklung geschehen mag, ich hoffe, daß unsere Konzeptionen verwirklicht werden. Dieses Kapital sollten wir nicht verschwenden, dieses Kapital können wir uns erhalten, ja, wir können es mehren. Ich habe das alles nun gesagt, um in dieser ersten Stunde wieder daran zu erinnern, daß Politik machen heißt: sich entscheiden! Es ist immer so, daß schmerzliche Probleme neu dargeboten werden können. Wir können uns tausendmal über das Saarproblem beklagen, tausendmal darüber, daß es uns im Augenblick nicht möglich ist, einen schnellen Weg der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten aufzuzeigen — das nützt alles nichts. Wir müssen handeln! Und dieses Handeln kann nur heißen: alles, was in unserer Kraft liegt, zu tun und um Gottes willen dieses immer noch zerrissene, zerspaltene und uneinige Europa so rasch wie möglich zusammenzufügen. (Beifall.)

Es ist oft genug gesagt worden, daß an jede Generation das Schicksal, die Vorsehung, der Herrgott, eine Herausforderung richtet, die diese Generation beantworten müsse. Ein Politiker — und es gibt diese Typen von Politikern — kann es sich leicht machen, indem er etwas die Achseln zuckt und sagt, da sind soviel Schwierigkeiten, das zu lösen, geht über Menschenkraft. Wir haben solche Politiker in der Geschichte unseres neuen Deutschland — mindestens seit dem Abgang Bismarcks von der Verantwortung — allzu häufig gehabt.

Wir haben das Glück gehabt in den letzten Jahren — ich sage es nicht gern, weil es als eine Schmeichelei aufgefaßt werden könnte, aber ich muß es in dieser Stunde sagen — einen Mann zu haben, der diesen großartigen Mut zur Verwirklichung politischer Ideen hat. (Sehr starker Beifall.)

Glaubt jemand ernsthaft, Konrad Adenauer dächte nicht mit Schmerz an die 18 Millionen im Osten? Glaubt jemand ernsthaft, Konrad Adenauer dächte nicht mit Schmerz an das deutsche Land an der Saar? Aber Konrad Adenauer denkt bei alledem und darüber hinaus an die große Wahrheit unserer Zeit, daß wir, wenn wir nicht bereit sind, diesen Weg zu gehen und Opfer zu bringen, selbst wenn sie wehe tun, dann das Opfer unseres Lebens bringen müssen! (Anhaltender, sehr starker Beifall.)

Bei der Fällung einer wichtigen Entscheidung muß man vor allem Nüchternheit und Klarheit bewahren. Ich folge unserem verehrten Freund Kiesinger absolut, wenn er von der Achtung der Grundsätze spricht; ich folge ihm auch weiter, wenn er davon spricht, daß Politik im Treffen von Entscheidungen bestehe. Nur muß man sich darüber klar sein, wohin die Entscheidung geht und welche Konsequenzen sie haben kann.

Herr Dr. Gerstenmaier hat in seiner Schlußansprache, die mich dazu gezwungen hat, hier das Wort zu nehmen, eine Unterstützung der Partei für unseren hochverehrten Herrn Bundeskanzler gefordert. Herr Bundeskanzler, Sie wissen es genau, daß Sie im gesamten Bundesgebiet keine treueren Freunde haben als in Rheinland-Pfalz. (Widerspruch und Oho-Rufe.)

Selbst auf die Gefahr Ihres Widerspruches wiederhole ich es, wenn der Herr Bundeskanzler bei wichtigen Entscheidungen im Bundesrat darum gekämpft hat und sich hat überlegen müssen, welche der Länder werden meine Vorlagen unterstützen? — Herr Bundeskanzler, ich rufe Sie zum Zeugen an —, dann haben Sie nicht fragen müssen: finde ich die Unterstützung von Rheinland-Pfalz!

Wenn wir gleichwohl in diesem historischen Augenblick der Meinung sind, daß wir den Ausdruck unserer Sorge hier vortragen müssen, dann glaube ich im Sinne der Stellungnahme von Rheinland-Pfalz den Anspruch erheben zu dürfen, daß dieser Ausdruck der Sorge nun wirklich geboten ist aus dem Gefühl einer tiefen Verantwortlichkeit. Ich will damit niemandem anderes dieses Gefühl bestreiten, aber wenn dieses Gefühl in Rheinland-Pfalz besonders lebendig ist, dann lassen Sie mich Ihnen erläutern, warum.

Wir fühlen uns in Rheinland-Pfalz zunächst einmal auf das engste verbunden mit dem Saargebiet, das, wie Sie wissen, aus Teilen von Rheinland-Pfalz, nämlich den Regierungsbezirken Trier und der Pfalz, gebildet ist.

Wenn wir das sagen, dann bitte ich Sie, die Überzeugung voranzustellen, daß wir nicht etwa aus landesegoistischen Gründen den Standpunkt vertreten, daß die Existenz dieses Landes gesichert sei, wenn Rheinland-Pfalz hinzutrete. Ganz gleichgültig, wie in einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung fallen wird, ob das Saargebiet den Gebieten, denen es früher angehört hat, wieder angeschlossen oder ob das Saargebiet ein eigenes Bundesland bilden wird, also vollkommen unabhängig von dieser Frage, steht das Interesse der Menschen in Rheinland-Pfalz.

Wir haben durch unsere Brüder an der Saar, mit denen wir einen starken persönlichen Kontakt haben, immer wieder Gelegenheit, die Sorgen und die Forderungen unserer Freunde an der Saar zu hören. Wir fühlen uns verpflichtet, sie weiterzugeben.

Wir erkennen aber ein zweites, nämlich eine Art von Schicksalsverbundenheit, die besonders in den letzten Jahren in Erscheinung getreten ist; denn die Fragen, Forderungen und Ansinnen, welche an die führenden Männer an der Saar gestellt wurden, sind auch an uns gerichtet worden, und zwar in Trier, in Koblenz und in der Pfalz. Und wenn wir nicht stärkeren Herzens gewesen wären als die führenden Männer an der Saar, dann würden Sie heute nicht von dem Problem der Saar sprechen, sondern dann würden Sie sprechen von dem Problem des linksrheinischen Gebietes. (Schwacher Beifall.)

Daß dem nicht so ist — gestatten Sie mir, lieber Freund Kiesinger, daß ich Ihnen das sage —, dürfen Sie dem Umstand verdanken, daß wir uns in

den Bezirken Koblenz, Trier und Pfalz nicht haben beeindruckt lassen durch einen Status quo und nicht durch augenblickliche Machtverhältnisse, sondern wir haben festgehalten am Grundsatz. Wir können uns aber nach all den Erlebnissen vorstellen, welche Schwierigkeiten an der Saar in besonderem Umfange bestanden haben. Wir haben deshalb auch Verständnis dafür, daß man nicht mit den heute herrschenden Männern an der Saar denkt, sondern mit dem Volke der Saar.

Lassen Sie mich im gleichen Zusammenhang noch einen Rückblick werfen in die Vergangenheit, der uns ein wenig zu denken geben sollte. Wenn wir heute von der Not der Zeit und von den Gefahren, die uns umdräuen, sprechen, dann war das in einer früheren Zeit eines ähnlichen Kampfes nicht notwendig, sondern dieser damalige Kampf vollzog sich in einer Düsternis und unter der Einwirkung von Machtfaktoren, bei denen man schlechterdings nicht zu debattieren brauchte. Wenn jemals in unserem westdeutschen Vaterlande die Bevölkerung und ihre Vaterlandstreue auf die Probe gestellt wurden, dann war es in der Zeit des Ruhrkampfes. Damals gab es auch einen Status quo, und zwar einen solchen von überzeugenderer Gestaltung, als man heute davon sprechen kann.

Es ist verständlich, daß in der damaligen Zeit viele, die normalerweise niemals in ihrer Haltung wankten, zweifelhaft wurden und sich die Frage vorlegten, hat es noch einen Zweck, können wir uns gegenüber diesen furchtbaren Gewalten noch behaupten? Es gab damals manchen, der der Meinung war, man muß wählen zwischen zwei Übeln — eine Parole, die man auch heute vielfach wieder hört —, man muß sich mit den Verhältnissen, die nun einmal sind, in irgendeiner Art abfinden, man muß retten, was noch zu retten ist. Ich brauche Ihnen die Einzelheiten der damaligen Zeit nicht mehr vorzutragen, aber es gab neben denen, die schwach wurden, auch andere, die sich von dem Grundsatz nicht abbringen ließen und bis zuletzt in Treue daran festhielten: in dem Zusammenhalten mit den übrigen Brüdern im Reich kann es für uns nichts anderes geben, komme, was kommen wolle, als die Ablehnung.

Gott sei gedankt, es ist damals trotz der Düsternis des Augenblicks, trotz der drohenden Gefahren und trotz eines nun einmal gegebenen Zustandes gelungen, die Rheinlande und Westfalen unverändert beim Reich zu halten. Daran müssen wir denken.

Was will ich nun sagen nach alledem? (Heiterkeit.) Es gibt bei uns in Rheinland-Pfalz keinen Zweifel darüber, verehrtester Herr Bundeskanzler, daß wir, wie wir es gewohnt waren, Ihre Politik mit allen Kräften stützen. Es gibt keinen Zweifel bei uns, obwohl man über Einzelheiten streiten könnte, daß wir Europa wollen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß wir die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wollen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß wir auch die Versöhnung und die Befreundung mit Frankreich wollen.

Nur über eines gibt es Zweifel. Das ist die Frage, ob wir so weit gehen können, wie es die französische Zeitung „Le Monde“ geschrieben hat, als sie ausführte: Bonn will die EVG um jeden Preis. Darum ist unsere Stellung so stark. Ich will damit dem verehrten Herrn Bundeskanzler nicht etwa einen Vorwurf machen; das liegt mir absolut fern. Ich will auch die Meinung in Frankreich nicht als maßgeblich ansehen, aber es gibt immerhin einen Punkt, wo wir uns darüber klar sein müssen, ob wir diesen Punkt überschreiten dürfen oder nicht.

Damit lassen Sie mich eine dritte Parallele ziehen, das ist die Parallele zwischen der Entscheidung über die Saar und die Entscheidung, die einmal kommt, über den deutschen Osten. Die Entscheidung über die Saar wird eine Vorentscheidung über den deutschen Osten sein. Täuschen wir uns darüber nicht. (Vereinzelter Beifall.) Wenn wir

daher eine Entscheidung in Sachen Saar treffen, dann müssen wir uns über die Konsequenzen voll bewußt sein, welche eine solche Entscheidung für den deutschen Osten haben kann und haben muß. (Vereinzelter Beifall.)

Wer von Ihnen glaubt ernsthaft daran, daß wir gegenüber dem verhältnismäßig schwachen Frankreich eine Konzession machen, die wir bei den späteren Verhandlungen über den Osten verleugnen? Derjenige, der das täte, wäre ein hoffnungsloser Illusionist. Wenn wir im Grundsatz im Westen nicht fest bleiben, dann ist der Grundsatz praktisch aufgegeben im Osten. Darum habe ich, wie Sie alle, für die Saar, verehrtester Herr Bundeskanzler, den brennenden Wunsch, daß es Ihnen gelingen möge, bei den Verhandlungen mit Frankreich wirklich zu einem abschließenden Ergebnis und wirklich zu einer echten Freundschaft zu kommen.

Nur ein einziges: die Vereinbarung, von deren Inhalt ich nichts weiß, gleichgültig wie man sie formuliert, darf eines niemals zur Folge haben, nämlich, es darf unsere Parole „Einheit in Freiheit“, unter der wir den glorreichen Sieg am 6. September erfochten haben, niemals im Zweifel gezogen werden. Es darf deshalb niemals dazu kommen, gleichviel wie man es formulieren mag, daß die Parole „Einheit in Freiheit“ durch irgendwelche Vereinbarungen nach dem Westen durchlöchert oder gar zerstört wird. (Beifall.)

P R Ä S I D E N T J O H N E N

Es spricht nun Herr Lemmer, Berlin. Ich darf mitteilen, daß noch fünf Wortmeldungen vorliegen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden, wenn wir damit die Rednerliste schließen.

E R N S T L E M M E R M. d. B. (Berlin)

Ich bin unserem Freund Diel für eines dankbar, daß er mit dem Blick auf die Saarentscheidung von den Problemen des deutschen Ostens gesprochen hat. Ich erkenne seine gute und getreuliche Gesinnung an, seiner politischen Schlußfolgerung kann ich mich nicht anschließen. (Starker Beifall.)

Lassen Sie mich das ganz leidenschaftslos und mit ganzem Ernst auseinandersetzen. Als wir noch in militärischen Kategorien dachten, war es der Alldruck des deutschen Generalstabes mit dem Blick auf einen möglichen Krieg, einen Zweifrontenkrieg führen zu müssen. Ich habe den Eindruck, daß man auch einen diplomatischen Zweifrontenkrieg fürchten muß mit dem Blick auf die viel brennenderen Probleme hinsichtlich der Sicherheit wie der Einheit des deutschen Ostens. Ich glaube, daß es eine Voraussetzung aktiver friedlicher Wiedervereinigungspolitik ist, den schmal gewordenen westlichen Raum in Europa zu konsolidieren und weltpolitisch zu einem Eigen-gewicht zurückzuführen. (Beifall.)

Gewiß — ich bin überzeugt, daß es niemanden in diesem Saale gibt, der anderer Meinung ist —, Entscheidungen in der Saarfrage können solange keine geschichtliche Gültigkeit haben, solange nicht eine gesamtdeutsche Legitimation gegeben ist. Eine Saarentscheidung kann gesamtdeutsche Entwicklungen an sich nicht präjudizieren. Daher glaube ich auch die Besorgnis zerstreuen zu dürfen, als ob Regelungen in der Saarfrage Präjudizierungen für die Lösung nationaler Fragen im Osten sein könnten. (Beifall.)

Diese gesamtdeutsche Legitimation wird eines Tages davon abhängen, in welchem Umfange Europa inzwischen Wirklichkeit geworden ist. (Beifall.) Das liegt nicht nur an uns, sondern auch an den andern. Die andern täten gut daran — das war ja ein Gedanke des Gerstenmaierschen Referates —, sich die Veränderungen des Weltbildes vor Augen zu führen, um zu begreifen, daß dieses europäische Randgebiet verloren ist, wenn es sich nicht zu höherer Ordnung in wahrer Konzentration der Kräfte zusammenzufinden vermag. (Beifall.)

Ich halte diesen Hinweis für erforderlich, damit wir nicht der verständlichen Versuchung erliegen, Politik der Gefühle zu machen. Wenn so oft der Herr Bundeskanzler hier genannt worden ist, mehr als es beinahe für die Demokratie bekömmlich ist (Heiterkeit), so möchte ich die eine Bemerkung doch anknüpfen, daß er es ist, der seine Gefühle unter die Kontrolle seiner politischen Vernunft zu stellen vermag. (Starker Beifall.) Das scheint mir im wesentlichen das Geheimnis der Erfolge seiner Politik zu sein. (Erneuter Beifall.)

Wenn ich von den anderen sprach, so lassen Sie mich von einem unterschiedlichen Gesichtspunkt auch da noch eine Bemerkung machen. Im Gerstenmaierschen Referat befand sich in Übereinstimmung mit wiederholten Äußerungen des Kanzlers die sehr vorsichtig nuancierte Formulierung, daß wir Deutsche, im Herzen Europas als Teil einer europäischen Föderation und in ihr unwiderruflich verwurzelt, uns unserer besonderen Aspekte hinsichtlich der Politik nach dem Osten bewußt sein müßten. Es wäre gut, wenn die anderen auch damit begämen, das Mißtrauen gegen jeden Blick, den ein deutscher Staatsmann oder Politiker auf die schwerwiegenden Probleme des Ostens wendet, aufzugeben.

Wir haben keinen Bündnis- und Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion. Darum soll man nicht immer mißtrauen, wenn wir aus der Politik der europäischen Einigung wissen, daß dieses Europa weder bei Helmstedt noch am Brandenburger Tor aufhört und daß wir, wenn wir den Krieg ehrlich ablehnen als ein Mittel zur Veränderung politischer Gegebenheiten, dann allerdings diplomatische Aufmerksamkeit auch für die Probleme außerhalb des westeuropäischen Bereichs im Interesse Europas, im Interesse des Friedens wohl besitzen dürfen. (Beifall.)

Es hat nicht viel Sinn, in der Diskussion über alles sprechen zu wollen. Ich möchte nur einen aktuellen Hinweis geben. Wir haben gestern in den Blättern gelesen, daß in der ostzonalen Republik — deren Bevölkerung ein Teil von uns ist — die Bevölkerung aufgerufen werden soll, um zu einer bedeutsamen Entscheidung Stellung zu nehmen, ob sie die EVG oder den Friedensvertrag wünsche. Das ist die Formel, mit der, da die vier Jahre um sind — und auch der Sowjetist hält auf demokratische Ordnung —, eine Volkskammer gewählt werden soll nach dem Muster, wie gehabt, als die „Reichstage“ einer verfloßenen Periode in einer totalitären Abstimmung unter irgendwelchen Formeln gewählt wurden, wobei die Fragen so suggestiv gestellt waren, daß es kaum möglich war, zu widersprechen. Es fehlt nur die Formel: Wünschst du jeden Sonntag ein Huhn im Topf? — um die Wahl eines totalitären Parlaments zu ermöglichen. Die Formel „EVG oder Friedensvertrag“ ist danach.

Ich darf wiederholen, was ich im Bundestag sagte, weil es wichtig ist, daß die westdeutsche Bevölkerung genau sieht, was hier vor sich geht: Es wird eine Alternative gestellt, die keine ist. Sie wird gestellt zum Zweck der politischen Täuschung. Wir haben darum den Vorschlag zu machen, wenn schon drüben eine Volksabstimmung veranstaltet werden soll — und ich würde die Bundesregierung bitten, zuzustimmen, daß sie sich in diesem Fall beteiligt mit unserer Bevölkerung —, daß die Frage in einer echten Volksabstimmung gestellt werden soll: Wünschst du,

Deutscher, die Staats- und Gesellschaftsordnung des Sowjetismus oder wünschst du die Lebensart und Lebensweise des Westens? (Beifall.)

P R Ä S I D E N T J O H N E N

Wir sind verantwortlich für den Zeitplan. Ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben. Ich habe die Bitte an die nachfolgenden Redner, sich möglichst kurz zu fassen. Es spricht jetzt Dr. Gall.

Der nächste Redner ist Bundesminister Dr. Tillmanns, wenn er nicht verzichtet. (Heiterkeit.)

D R. G A L L (N o r d w ü r t t e m b e r g)

Die Diskussion hat mich veranlaßt, als einer derjenigen zu Ihnen zu sprechen, die nach dem deutschen Vaterland nicht nur vom Westen, von Frankreich und von England aus, gesehen haben, sondern aus vier Jahren Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion. Wenn man Europa aus diesem Blickwinkel gesehen hat, so erscheint es einem etwas fragwürdig, den Osten und den Westen so ohne weiteres auf einer Ebene miteinander zu vergleichen.

In den Begriffen Einheit und Freiheit und Freiheit, Friede und Einheit scheinen mir in Wirklichkeit keine Gegensätze zu liegen, sondern die zweite Formulierung scheint mir nur der außenpolitisch-diplomatisch reale Standpunkt der ersten allgemeinen Grundwahrheit zu sein. Vergessen Sie nicht, daß die Sowjetunion mit ihrer Taktik, wie sie heute dort herrscht, schon mit dem Nationalsozialismus gearbeitet hat. Wenn Sie die Schriften Lenins und Stalins studieren, so wissen Sie, daß mit der „Befreiung“ Finnlands und Polens schon im Zarenreich angefangen wurde, die heute mit der sogenannten Befreiung Chinas und Indochinas aufhört. Vergessen Sie auch nicht, daß der tschechoslowakische Staatspräsident Benesch als einer der ersten Staatsmänner des Westens den Freundschaftspakt mit Stalin geschlossen hat, daß er wesentlich dazu beigetragen hat, daß Roosevelt den Gang nach Jalta gemacht hat und daß die Tschechoslowakei eines der ersten Länder gewesen ist, die nachher den Dank in Form einer rücksichtslosen Gleichschaltung in den Verband des Kommunismus davongetragen hat.

Darum möchte ich Sie bitten, nicht von einem Präzedenzfall, der an der Saar geschaffen würde, zu reden. Für die Sowjetunion gibt es keine Präzedenzfälle, dort gibt es nur eine einzige Idee. Wir haben alles zu tun, damit diese Idee in der Welt nicht zum Siege kommt gegen die Idee der Freiheit und der Persönlichkeit.

P R Ä S I D E N T K I E S I N G E R

Das Wort hat Herr Bundesminister Dr. Tillmanns.

(Dr. Tillmanns: Ich verzichte!)

Dann hat das Wort der Herr Bundeskanzler.

Sie werden mich verstehen, wenn ich versuche, mich möglichst kurz zu fassen. Ich tue das nicht nur wegen der vorgerückten Zeit, ich tue es auch deshalb, weil man sich in den Tagen und Wochen, in denen Entscheidungen getroffen werden müssen im Westen, davor hüten soll, Überflüssiges zu sprechen. (Beifall.)

Ich greife ein Wort auf, das, wenn ich mich recht entsinne, Herr Kollege Lemmer gesagt hat. Ich unterschreibe das restlos. Man muß Politik machen mit warmem Herzen, aber mit kühlem Kopf. (Beifall.)

Wenn die deutsche Politik in der Vergangenheit fehlgeleitet worden ist und wenn auch gute Elemente unseres Volkes dieser Fehlleitung gefolgt sind mit all dem unsäglichen Elend, das über uns und die Welt gekommen ist, dann deswegen, weil man Gefühlspolitik gemacht hat und keine Verstandspolitik. (Lebhafter Beifall.) Wenn man so zu Boden getreten ist, wie wir es waren, dann kommt man nicht in die Höhe mit warmen patriotischen Gefühlen, sondern man kommt in die Höhe, wenn man, getragen von wahrer Vaterlandsliebe, dem deutschen Volke dient in nüchternen und klarer Erkenntnis der Gegebenheiten. (Beifall.)

Einer der Herren Vorredner — ich glaube, es war Herr Kiesinger — hat das Wort gesprochen, das ich wegen meiner Stellung nicht gesprochen haben würde, damit es draußen nicht falsch oder als übertrieben ausgelegt wird, nämlich, daß wir in ständiger Todesgefahr schweben. Und das sollte sich das deutsche Volk und sollten sich auch einige der Herren, die hier eben geredet haben, einmal klarmachen. (Beifall.) Hören Sie doch einmal von Männern, die auf der Genfer Konferenz gewesen sind, welches entsetzliches Schauspiel sich dort abspielt. Dann wird einem doch wohl klarwerden, daß der freie Westen aus das Äußerste gefährdet ist und mit ihm das gesamte deutsche Volk einschließlich der Saarländer. (Beifall.)

Ich bedauere, daß Herr Friedensburg der Rede des Herrn Gerstenmaier so schlecht gefolgt ist. Die Rede des Herrn Gerstenmaier, die ich vorher nicht kannte, habe ich Wort für Wort verstanden. Herr Friedensburg ist ein sehr begabter Mann; das wissen wir alle. Ich wünsche nur, er wäre der Rede mit der Aufmerksamkeit gefolgt, die sie verlangt hat. Dann würde er nicht von diesem Platz aus zu einer solchen Entstellung der Rede des Kollegen Gerstenmaier gekommen sein.

Ich danke Herrn Lemmer aufrichtig, daß gerade er gesagt hat, daß eine Regelung der Saarfrage nie und nimmer ein Präzedenzfall sein wird und sein kann für die spätere Regelung des deutschen Ostens. (Beifall.)

Ist denn den Herren, die diese Behauptung von dem Platze aus hier ausgesprochen haben, völlig aus dem Gedächtnis geschwunden, daß wir immer und immer wieder, auch im Bundestag, gesagt haben, eine Regelung der Saarfrage ist nur möglich bis zum Friedensvertrag, weil wir einen Präzedenzfall für den Osten nicht wollen! (Lebhafter Beifall.) Ist den Herren denn unbekannt geblieben, daß Frankreich, die Vereinigten Staaten und Großbritannien vollstes Verständnis dafür gezeigt haben? Ist den Herren unbekannt geblieben, daß im Deutschlandvertrag steht, daß gemeinsames Ziel der Politik der Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreichs und Deutschlands die Wiedervereinigung Deutschlands ist? (Beifall.)

Herr Diel, der ein sehr heißes Herz hat — und ich respektiere das —, hat gesprochen von dem Schicksal der Menschen an der Saar. Ich stelle die Frage an Herrn Diel: Will er den Menschen an der Saar dieses

Schicksal, das sie jetzt haben, Jahr für Jahr weiter aufgelegt wissen oder will er nicht bis zum Friedensvertrag den Menschen an der Saar doch die Freiheit geben, auf die sie als Deutsche und Europäer Anspruch haben?

Ich finde ausgezeichnet die Ausführungen des Herrn Kollegen Lemmer über den Zweifrontenkrieg. Haben wir noch immer nicht die Nase voll davon, nach alle dem, was über uns gekommen ist? Es gibt auch — darin hat Herr Lemmer vollkommen recht — einen diplomatischen Zweifrontenkrieg. Auch von einem diplomatischen Zweifrontenkrieg müssen wir die Nase voll haben. (Beifall.)

Ich habe an anderer Stelle schon gesagt: das einzige, aber große Kapital des deutschen Volkes im Ausland ist, daß ihm wieder Glauben geschenkt wird, trotz allem, was vorangegangen ist. (Lebhafter Beifall.) Dieses Kapital dürfen wir nicht verwirschaften um unserer selbst willen, um der Wiedervereinigung willen und auch um unserer Brüder an der Saar willen.

Die Worte, die ich jetzt sagen möchte, sollen über den Raum dieses Saales hinausgehen. Gerade aus dem Grund, den ich eben angeführt habe, finde ich es unverantwortlich, wenn Deutsche mit Karlshorst die Fühlung aufnehmen! (Langanhaltender, sehr starker Beifall.)

Zum Schluß noch ein Wort! Selbstverständlich werden wir in dem Augenblick, in dem die rechtlichen Möglichkeiten dazu gegeben sind und man auch von der anderen Seite zustimmt, diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland aufnehmen. Das ist eine bare Selbstverständlichkeit und ist wirklich kein neues Evangelium; es ist auch nicht der Weisheit letzter Schluß! (Heiterkeit.) Aber wenn wir das tun, dann auf dem normalen diplomatischen Wege und nicht durch Reisen von Parlamentariern! (Sehr starker Beifall.)

Als ich mit den drei Hohen Kommissaren über den Deutschlandvertrag verhandelt habe, in dem wir das Recht wiederbekommen sollen, diplomatische Beziehungen ohne Genehmigung aufzunehmen, habe ich den drei Herren gesagt: Wenn der Deutschlandvertrag ratifiziert ist, werden wir diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland aufnehmen. Also, das ist jetzt schon zwei Jahre her, daß ich das gesagt habe. Und die Entdeckungen, die jetzt plötzlich darüber gemacht werden, sind keine Entdeckungen mehr. (Starker Beifall.)

Damit Sie sehen, wie man solche Dinge nehmen muß, einfach, wie sie sind, folgendes: Mir antwortete damals der Vorsitzende der drei Hohen Kommissare — das war Sir Ivone Kirkpatrick —: „Ich würde mich freuen, wenn die Gelegenheit dazu bald eintritt.“ Das ist die einzige vernünftige Antwort, wenn man ruhig und sachlich und vernünftig Politik macht. (Beifall.)

PRÄSIDENT KIESINGER

Die Aussprache über das außenpolitische Referat unseres Freundes Dr. Gerstenmaier ist damit abgeschlossen. Ich darf mir wohl die Feststellung erlauben, daß sie erneut geworden ist zu einer überwältigenden Kundgebung der Zustimmung und der Treue zu der Politik, die Dr. Konrad Adenauer nun schon seit Jahren zum Wohle unseres Volkes und Europas geleistet hat. (Anhaltender, starker Beifall.)

Bevor ich das Wort dem zweiten Referenten des heutigen Vormittags weitergebe, habe ich noch die große Freude, weitere Gäste aus dem Ausland bei uns begrüßen zu können. Ich begrüße mit Herzlichkeit die Mitglie-

der der Christlich-Sozialen Partei Belgiens, die uns die Ehre ihres Besuches schenken. (Beifall.) Es sind die Herren de Spot und Rik Vermeire.

Mit großer Freude begrüße ich weiter die Vertreterin der Democrazia Cristiana Italiens, Frau Dr. Lina Morino. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe noch Grüße zu bestellen für den Parteitag von Herrn Dr. Pünder, dem Kölner, den wir in unserer Mitte vermißt haben. Er schickt uns Grüße aus Straßburg, wo er als Delegationsführer hat bleiben müssen.

Ich erteile das Wort nunmehr dem Herrn Bundesminister Lübke für sein Referat

Die deutsche Landwirtschaft in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit

BUNDESMINISTER DR. LÜBKE

Die deutsche Landwirtschaft ist wie die gesamte deutsche Wirtschaft nach dem Kriege in mancherlei Hinsicht unter völlig neue Lebens- und Produktionsbedingungen gestellt worden. Die Tatsachenkomplexe, die der Krieg in Deutschland neu geschaffen hat, sind neben der furchtbaren Zerreißung Deutschlands der Verlust an Nahrungsraum, der Zustrom der Heimatvertriebenen, der allgemeine Kapitalmangel, der immer weiter sich verschärfende Gegensatz zwischen der Welt des freien Westens und dem Ostblock, dazu als Folge, die Konsolidierung großer Wirtschaftsräume und die Bemühungen um eine europäische Integration.

Als soziales Problem tritt in der Welt wie auch in den einzelnen Völkern die Forderung der Teilnahme am wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg hinzu.

Es ist eine sehr gründliche Umänderung seit den Tagen der Vorkriegszeit, seit den Tagen vor 1933 und auch — für die Älteren noch erkenntlich — seit der Zeit vor 1914 vor sich gegangen. Wenn die deutsche Wirtschafts-, Außen- oder Agrarpolitik nicht einfach zu restaurativen Methoden zurückkehrt, dann ergibt sich das aus den völlig veränderten Lebens- und Produktionsgrundlagen in der Welt.

Der verminderte Nahrungsraum hat eine rationellere Bewirtschaftung notwendig gemacht. Die Ernährung Deutschlands ist schwieriger geworden. Der Zustrom von Heimatvertriebenen macht dieses Problem nicht einfacher; denn es muß dafür gesorgt werden, daß die Heimatvertriebenen in eine produktive Arbeit und eine gute Existenz kommen, damit sie ihre Heimat hier im Westen wieder aufbauen können. Infolge der gebietsmäßigen Abtrennung Ostdeutschlands von Westdeutschland kann das Leben in Westdeutschland nur dann sinnvoll und erfolgreich gestaltet werden, wenn wir uns in vollem Umfange auf eine hochindustrialisierte Wirtschaft und auf eine starke Exportförderung einstellen; denn anders können wir unser Volk nicht ernähren. Daß daneben die Leistungskraft der Landwirtschaft und ihre Wettbewerbskraft gesteigert werden müssen, ergibt sich ebenfalls aus der Gesamtlage, weil neben den bestehenden großen Wirtschaftsräumen im Osten nun auch starke, Europa umfassende wirtschaftliche und politische Gebilde entstehen, in denen die deutsche Landwirtschaft eines Tages auf einem gemeinsamen Markt voll wettbewerbsfähig sein muß gegenüber allen übrigen Ländern in Europa.

Selbst wenn dieser gemeinsame europäische Markt in der nächsten Zeit nicht käme, so daß man also die Einstellung der Agrarpolitik nach dieser Richtung noch nicht brauchte — was ich persönlich für einen Fehler halte —, so zeigt sich aber doch, daß die deutsche Landwirtschaft auf Grund ihrer enormen Leistungen nach dem Kriege in vielen Sparten, bei Milch, Milchprodukten, Fleisch, Zucker usw. zu einem steigenden Überquellen der deutschen Produktion fortschreitet. Dieses Überquellen berührt sich mit dem Überquellen der gleichen Produkte in den benachbarten europäischen Ländern. Es ist deshalb nicht möglich, uns etwa nur mit handelspolitischen Sicherungen zu begnügen; auch reichen die Marktordnungsgesetze, die wir uns geschaffen haben, allein nicht aus, der Landwirtschaft ein auskömmliches Leben und Wirtschaften zu gestatten. Wir werden uns darüber hinaus rechtzeitig an völlig neue Methoden gewöhnen müssen, damit wir nicht so verantwortungslos handeln, die deutschen Bauernfamilien, insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe, die — ohne eigene Schuld — vielfach noch nicht die notwendige Wettbewerbsfähigkeit besitzen, bei einem gemeinsamen europäischen Markt in eine Situation zu bringen, die vielleicht schweren Schaden anrichten könnte.

Wenn ich vorhin davon sprach, daß bei vielen Völkern und für gewisse Volksteile der Wille zur Teilnahme am allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg ein ernstes Problem darstellt, so haben wir das Problem der Ostvertriebenen und ihre Eingliederung. Wir haben ferner in der Landwirtschaft fast eine Million von kleinen Betrieben, die auf zersplittertem Grundbesitz in vorsintflutlichen Gebäuden auf Produktionsgrundlagen wirtschaften, die völlig unmodern sind. Sie können sich aus eigener Kraft nicht aus dieser Situation emporwirtschaften. Ihnen muß daher geholfen werden, denn sonst ist die soziale Lage dieser Familien unerträglich. (Beifall.)

Mancher, der sich unter Landwirtschaft einen mittleren oder großen, arrondierten und mit modernen Mitteln und Gebäuden wirtschaftenden Betrieb vorstellt, wird sich vielleicht fragen, wozu besteht die Notwendigkeit, hier zu helfen. Wenn wir in Deutschland nur größere, arrondierte und mechanisierte Betriebe hätten, dann könnten wir zweifellos sehr rasch zur Wettbewerbsfähigkeit fortschreiten. Aber diese nahezu eine Million Betriebe, von denen ich gesprochen habe, sind in einer solchen wirtschaftlichen Schwäche, daß sie aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, diese Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Die Bereinigung der deutschen Agrarstruktur in dem Sinne, daß wir den zersplitterten, in unmodernen und unwirtschaftlichen Verhältnissen arbeitenden Kleinbetrieben helfen wollen, um zu einem leistungsfähigen Betrieb zu werden, umfaßt die volle Gesundung der Betriebsstruktur.

Wenn Sie sich ein Bild davon machen, unter welchen Verhältnissen die Bäuerin oder die bäuerlichen Familienmitglieder sehr häufig ihre Arbeit täglich leisten, dann werden Sie mir zugeben, daß es vergleichbare Belastungen innerhalb der Industrie in Deutschland nicht gibt. (Beifall.)

Das Schlimme ist, daß diese Gruppe von Menschen weder die wirtschaftliche Kraft noch vielfach die Übersicht, die Allgemeinbildung und teilweise auch die Fachbildung besitzt, um sich aus diesem Zustand allein emporzurufen. Wenn ich dabei von der Allgemeinbildung spreche, dann meine ich nicht damit eine Herabsetzung dieser Menschengruppe. Seit 250 Jahren etwa sind wir in Deutschland stolz darauf, daß wir unsere Schulbildung dem Staat in die Hand gegeben haben, aber der Stand der Ausbildung auf dem Lande ist vielfach zurückgeblieben.

Es erwachsen hier so enorm große Aufgaben, daß es schon richtig ist, von einer allgemeinen Neuschaffung der Struktur unserer Landwirtschaft zu sprechen. Wenn das Anliegen der Bundesregierung

darin besteht, die Leistungskraft der deutschen Landwirtschaft so zu heben, daß sie in einem gemeinsamen Europa oder in einem erwachsenden übernationalen Konkurrenzkampf wettbewerbsfähig ist, dann glaube ich, dürfen wir nicht zuletzt an diese Gruppe denken.

Nun stimmt man zwar den geplanten Maßnahmen zu, aber man macht der Bundesregierung und insbesondere mir den Vorwurf, ich dächte nur an die langfristigen Maßnahmen, die mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren in Anspruch nehmen, nicht aber an kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Gesamtlage innerhalb der Landwirtschaft. Das ist ein sehr beliebtes Schlagwort; es ist eine Saga, die nicht von gerade wohlwollenden Freunden in die Welt gesetzt worden ist. Leider Gottes gibt es auch in der CDU manche Kreise, die diese Redensarten einfach nachbeten. Ich glaube, daß es gerade für unsere Freunde in der CDU sehr leicht möglich gewesen wäre, durch Rückfragen bei mir oder bei anderen Stellen — etwa im Ernährungsausschuß — festzustellen, was wirklich geschehen ist.

Ich werde Ihnen nunmehr eine kleine Speisekarte darüber vorlegen, was an Sofortmaßnahmen in dem halben Jahr ihrer Tätigkeit von der neuen Bundesregierung geleistet worden ist. Es ist nach den sehr vielen Liberalisierungsmaßnahmen, die eine gewaltige Unruhe in die Landwirtschaft gebracht haben, zunächst einmal ein Liberalisierungsstopp für Agrarprodukte eingetreten. Manche werden sagen, das werde vielleicht Schaden auf anderen Gebieten hervorrufen. Wir sind in der Liberalisierung auf gewerblichem und agrarischem Gebiete den übrigen europäischen Staaten so weit voraus, daß durch eine weitere Liberalisierung für uns kein günstigeres Exportklima erreicht werden kann.

Diesen Grundsatz hat der Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard selber auf der Konferenz des Europäischen Wirtschaftsrates in Paris vertreten, bei der die Bundesregierung vertreten war. Nach einer langen Aussprache sind wir uns darüber einig geworden, daß man die Leistungskraft der deutschen Landwirtschaft, die im Augenblick wirklich gesteigert werden muß, im Hinblick auf die vor uns liegende Entwicklung nicht dadurch steigern kann, daß man ihr die Absatzmöglichkeiten im eigenen Lande und auch im Auslande weiter verschlechtert.

Ich habe noch eine ganze Reihe von Maßnahmen aufzuzählen, z. B. den Gleitzoll für Malz, weil die Braugerste, das Industriegetreide usw. in Deutschland nicht unterzubringen waren und infolgedessen ruinöse Preise brachten. Den Ländern ist ferner die Möglichkeit gegeben, für Qualitäts-trinkmilch einen Mehrpreis von 2 Pfennig zu nehmen. Weiter sind Ausfuhrförderungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Produkte vorgesehen und durchgeführt worden. Während wir früher die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte wehrlos entgegennahmen und uns nicht damit helfen konnten, die Waren aus Deutschland nach irgendeiner Seite wieder los zu werden, haben wir jetzt die Möglichkeit, in einer ganzen Reihe von Sparten die Waren, die wir aus dem Ausland hereinnehmen, mit Erfolg an andere Nationen wieder zu verkaufen.

Wir waren z. B. im deutsch-dänischen Handelsvertrag gezwungen, 225 000 Stück Rindvieh zu übernehmen, was in Niedersachsen und in vielen anderen Bezirken Deutschlands zu einer gewaltigen Unruhe geführt hat. Man sah das Sinken der Rindviehpreise schon voraus, und die Unkenrufe stellten sich sehr bald mit großer Massivität ein. Das Ergebnis der ganzen Sache ist folgendes: Die Rindviehpreise sind nicht gefallen, sondern ganz leicht angehoben, aber nicht so, daß es den Verbraucher sehr stark zu beeindrucken braucht; denn die Rindviehpreise waren sehr niedrig im Verhältnis zu den Schweinepreisen. Die Landwirtschaft hat aber seit

Anfang dieses Jahres jedenfalls in allen Sparten eine kleine Anhebung der Preise erlebt, ohne daß auf dem Wege über künstliche Anhebungsmaßnahmen etwa dem Verbraucher starker Abbruch getan wurde. Dazu kamen noch die Stabilisierungsmaßnahmen der Einfuhr- und Vorratsstellen, die Stützungsmaßnahmen für das Magermilchpulver, die Unterstützung der Tbc-Bekämpfung durch die öffentliche Hand und eine Reihe von Maßnahmen für die Milchwirtschaft im Allgäu.

Da ich nun die Milchwirtschaft anschneide, möchte ich diese Dinge grundsätzlich besprechen. Die handelspolitischen Verwicklungen, die infolge mangelnder Einfuhr agrarischer Erzeugnisse nach Deutschland entstehen, und zwar bei einem ständig steigenden Export deutscher Waren, beruhen im wesentlichen darauf, daß nicht genügend Milch und Milchprodukte von den Nachbarstaaten übernommen werden können. Da wir in Milch und Milchprodukten in den letzten drei Jahren eine ansteigende Produktion von zwanzig Prozent gehabt haben, ist es immer schwieriger, die Produktion in Deutschland unterzubringen. Wir sind bei Butter im vorigen Jahr zu einer Mehrproduktion von 30 000 t und im ersten Quartal dieses Jahres zu einer solchen von 14 000 t gegenüber dem Vorjahr gekommen. Sie müssen sich vorstellen, daß wir bei einem völligen Laufenlassen der Dinge bei Butter völlig ruinöse Preise haben würden. Wenn wir aber zu dieser großen Produktionssteigerung nun noch einen Import von Schweden, Dänemark, Holland und von den USA — auf den von diesen Ländern gedrängt wird — hätten, dann hätten wir einen Preis gerade auf diesem wichtigen Gebiet, der nicht mehr zu verantworten wäre.

Das einzige Mittel, das es dagegen gibt und von ausschlaggebender Natur ist, das ist die Steigerung des Trinkmilchverbrauches in Deutschland. In dieser Hinsicht ist folgendes geschehen: Die Industrie ist seit Jahren in steigendem Maße darauf hingewiesen worden, dafür zu sorgen, daß die Arbeitnehmer — die unselbständig Tätigen haben eine Zahl von über 16 Millionen erreicht — nach Möglichkeit an jedem Tag an ihrem Arbeitsplatz einen halben Liter Milch trinken sollen. Dadurch bekämen wir in Deutschland eine Minderproduktion von 60 000 t Butter, wodurch die handelspolitischen Verhältnisse gegenüber Dänemark, Schweden, Holland usw. wesentlich erleichtert würden, unsere Exportindustrie neuen Auftrieb bekäme und die Landwirtschaft bei ihrer Preisgestaltung in keiner Weise Schaden erlitt.

Die Industrie ist auf diese Dinge eingegangen. So hat seit etwa zwei Jahren der Bergbau in Nordrhein-Westfalen dieses Verfahren für einige Zechen eingeführt. Die Trinkmilch ist bei den Bergarbeitern vor Ort oder über Tage so beliebt, daß heute fast das Doppelte an Milch als im ersten Jahr der Versuche im Bergbau getrunken wird. Die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf hat nun auf meine Veranlassung an sämtliche Industrie- und Handelskammern Deutschlands diese Erfahrung kundgegeben. Wir sind mit dem Industrie- und Handelstag darüber einig, daß nunmehr bei den Industrie- und Handelskammern auf Kosten der Landwirtschaft Geschäftsstellen eingerichtet werden, die ihrerseits bei jedem Betrieb und bei jedem Verwaltungsgebäude anklopfen, um nunmehr in voller Breite den Angriff in dieser Richtung zu starten. (Beifall.)

Die Industrie fragt häufig, wie sie uns unterstützen könne. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß mein Programm nicht in erster Linie in Preissteigerungen besteht, sondern in der Unkostensenkung, in der Absatzverbesserung und in der Qualitätssteigerung. Ich habe unseren Bauern gesagt, ich werde mich in dieser Hinsicht zunächst bei den Landmaschinen, beim Stickstoff und bei den sonstigen Handelsdüngerarten bemühen. Ich mußte zunächst bei der starken Mitarbeit, die das Wirtschaftsministerium erkennen ließ, annehmen, daß dort ein sehr guter Ansatzpunkt gegeben sei. Aber die Ergebnisse sind betrüblich

klein. Es sind einzelne Fabriken — ich möchte sie hier nicht mit Namen nennen — dazu übergegangen, Preissenkungen zwischen 5 und 10 v. H. zu starten. In den letzten Tagen sind von gewissen Firmen in der Landmaschinenindustrie wieder Preissenkungen von 8,5 v. H. vorgenommen worden. Ich glaube, es wird im ganzen wohl in Kürze auf diesem Gebiete etwas geschehen, aber es ist die Einsicht für die Notwendigkeit dieser Unkostensenkung in der Industrie offenbar in dem Maße, wie es notwendig wäre, noch nicht vorhanden.

Obwohl das Wirtschaftsministerium in dieser Richtung mitarbeitet, um die Überzahl an Typen, gerade bei Treckern und auch bei anderen Landmaschinenarten zu beseitigen, glaube ich, daß es noch einige Zeit dauern wird, bis wir alles das erreicht haben, was notwendig ist, um der Landwirtschaft eine entsprechende Unkostensenkung zu vermitteln. Wenn Sie sich aber klarmachen, daß die Landwirtschaft jedes Jahr eine Milliarde Mark für neue Maschinen ausgibt, dann mögen Sie glauben, daß die Landwirtschaft durch die Senkung der Produktionsmittelpreise jährlich Hunderte von Millionen einsparen und so zu einer besseren Rentabilität kommen würde, die man auf der anderen Seite durch Preisanhebungen kaum haben kann. Heute ist soviel für die Landwirtschaft klar — der Kampf hat schon zu voller Einsicht in dieser Richtung geführt —, daß die Rentabilität in der Landwirtschaft eher durch Unkostensenkung als durch Preisanhebung hergestellt wird. (Beifall.)

Bei dem Hineinwachsen in größere Räume, größere Märkte, in eine stärkere Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist das eine Binsenwahrheit, aber die Landwirtschaft, besonders die unter besonders schlechten Verhältnissen lebende, will eine Rente sehen, nicht Versprechungen! Deshalb möchte ich Sie alle, die bei diesen Dingen mitarbeiten, darauf hinweisen: Bei der Vermehrung von Qualitätserzeugnissen in der Landwirtschaft, bei der Abnahme dieser Qualitätserzeugnisse zu ausreichenden Preisen und vor allen Dingen bei der Steigerung des Trinkmilchverbrauchs in sämtlichen Betrieben und möglichst auch in den Schulen muß der Hebel angesetzt werden! (Beifall.)

Ich darf von den Sofortmaßnahmen noch einige weitere erwähnen, so meine erfolgreichen Bemühungen, gerade die nicht buchführenden Landwirte in den vollen Genuß der Steuerreform zu bringen, was ursprünglich nicht beabsichtigt war, und weiter für alle Maßnahmen, die bisher als umsatzsteuerschädlich galten, die 4% Umsatzsteuer zu sparen, z. B. das Sortieren von Obst in I., II. und III. Klasse. Bisher hatte sich der Herr Finanzminister mit Erfolg gegen die ständigen Anstürme auf diesem Gebiet gewehrt, aber er hat nunmehr zugesagt, diese Umsatzsteuer für derartige Maßnahmen wie Sortieren, Trocknen, Reinigen, Verpacken usw. fallen zu lassen.

Wenn z. B. Obst und Gemüse aus Italien oder Holland unserem eigenen Obst und Gemüse eine so starke Konkurrenz macht, dann ist das mit darauf zurückzuführen, daß dort eine staatliche und genossenschaftliche Durchsicht und Sortierung im Inland und an der Grenze stattfindet. Wenn diese Aussortierung auch in Deutschland stattfinden kann, dann kann der Großhandel ganze Güterzüge in Deutschland von derselben Qualität kaufen, wie er sie vom Ausland bekommt. (Beifall.)

Das Getreidepreisgesetz ist noch nicht durch sämtliche Organe hindurchgelaufen; es muß noch im Bundestag verabschiedet werden.

Von den Mitteln, die der Finanzminister für Maßnahmen auf dem Gebiete der Absatztechnik, der Besitzfestigung, der Aussiedlung, der Umlegung und der Betriebsvergrößerung zur Verfügung gestellt hat, sind 400 Millionen zinsverbilligt. Wenn ich dazu das übrige Geld vom Bund und von den Ländern hinzurechne, das ebenfalls für diese Maßnahmen zur Verfügung

steht, dann kommen wir auf eine Höhe von 900 Millionen DM bei den Krediten und Zuschüssen.

Wenn wir uns diese Sofortmaßnahmen einmal vor Augen führen, dann darf man sagen, es ist soviel geschehen, daß wir uns hinsichtlich der Tätigkeit in diesem halben Jahr nicht zu schämen brauchen.

In diesem Rahmen darf ich kurz auf die Entwürfe der Paritätsgesetze, die nun dem Bundestag vorliegen, eingehen. Sie wissen, daß die Paritätsgesetze ein sehr umstrittenes Kapitel sind. Bei den Ideen, die auf diesem Gebiete zunächst gang und gäbe waren, glaubte man, daß mit der Verabschiedung des Paritätsgesetzes automatisch eine Preisaufstockung erfolgen werde, die dann natürlich eine Lohnerhöhung, wiederum eine Preisaufstockung und nochmals eine Lohnerhöhung zur Folge haben würden. Aber dieser befürchtete Automatismus, auf den heute gerade vom Wirtschaftsminister und seinen Freunden hingewiesen wird, ist in der Vorlage, die die CDU verabschiedet hat, jedenfalls nicht vorhanden. Die Vorlage der CDU sieht lediglich vor, mit allen Mitteln der Wirtschafts-, Steuer-, Finanz-, Kredit- und Handelspolitik dafür zu sorgen, daß alle die Ausgaben, die in einem landwirtschaftlichen Betrieb bei rationeller Wirtschaft und durchschnittlichen Produktionsbedingungen entstehen, durch die Einnahmen gedeckt werden müssen; bei rationeller Wirtschaft und durchschnittlichen Produktionsbedingungen — ich sage das noch einmal. Die Bundesregierung oder der Agrarminister, der es nicht fertigbrächte; diese Bedingung zu erfüllen, könnte Entlastung nur durch höhere Gewalt haben — oder aber man müßte sich sagen lassen, daß bei der Agrarpolitik etwas nicht in Ordnung sei.

Es ist aber trotzdem für den Agrarminister eine Erleichterung, wenn dieses Gesetz besteht, weil er dadurch gezwungen ist, die Verhältnisse draußen in den landwirtschaftlichen Betrieben zu studieren und der Bundesregierung die entsprechenden Unterlagen über die Lage der Landwirtschaft vorzulegen, woraus hervorgeht, ob es notwendig ist, in dieser oder jener Beziehung einzugreifen, um die Rentabilität der Landwirtschaft herzustellen.

Wenn man auch heute dem Herrn Bundeskanzler von mancher Seite — auch von mancher anscheinend befreundeten Seite — vorwirft, er habe hinsichtlich der Zusagen in bezug auf die Parität sein Wort nicht gehalten — ich weiß nicht, ob er einmal eine solche Zusage überhaupt gegeben hat —, so hat jedenfalls die CDU ihrerseits ein Paritätsgesetz im Bundestag vorgelegt, das sich gegenüber anderen, die dort ebenfalls vorliegen, durchaus sehen lassen kann, weil es nämlich zu verwirklichen ist, während die anderen schon in der Tendenz eine Richtung haben, die man gar nicht verwirklichen kann.

Sie sehen aus den wenigen Angaben, die ich Ihnen aus meiner Arbeit im vergangenen halben Jahr mache, daß für die Landwirtschaft sowohl bei der Mehrheit des Bundestages als auch im Bundesrat und in der Bundesregierung ein sehr gutes Klima besteht. (Beifall.) Ich kann mich jedenfalls über mangelnde Unterstützung im Bundeskabinett bei allen Maßnahmen, die ich vorgetragen habe, in keiner Weise beklagen. (Beifall.) Ich kann sogar sagen, es war früher anscheinend Gesetz, daß der Wirtschaftsminister in den Verdacht kam, grundsätzlich agrarfeindlich zu sein. Wir haben jetzt vor 4000 Bauern in Ulm ein Treffen gehabt, bei dem der Bundeswirtschaftsminister und ich gemeinsam unsere Taten und Sünden bekannt haben. Diese Versammlung vor 4000 Bauern im Bezirk von Ulm endete in einer völligen Harmonie. (Beifall.)

Jeder, der nicht völlig einseitig ist, ist ansprechbar für die Verbesserung der schwierigen Verhältnisse in der Landwirtschaft. Sie sind sehr schwer zu übersehen und nicht mit den Maßen zu

messen wie die normalen wirtschaftlichen Verhältnisse in Handel und Industrie. Wir haben in der Landwirtschaft und in der Ernährungswirtschaft nicht die vollkommene Konkurrenz; das ist auch von der Wissenschaft anerkannt worden. Wir haben deshalb auf dem Gebiete der inneren Marktordnung, der Handelspolitik usw. für die Landwirtschaft noch Vorbehalte, die uns aber nur solange helfen können, solange nicht der gemeinsame europäische Markt kommt und die internationale Konkurrenz nicht zu stark wird, um das nun im Inneren zu Schützende niederzureißen.

Ich komme nun zu den Maßnahmen der sogenannten Agrarstrukturverbesserung. Ich sagte Ihnen vorhin, in welchen Verhältnissen die Menschen in den Betrieben leben, die vielleicht bei einer Fläche von 7, 8 oder 9 ha 50 bis 80 Teilstücke bewirtschaften. Ich sehe jetzt Ihre erstaunten Gesichter! Ein 90-Morgen-Betrieb in Bayern — also 22,5 ha —, der nicht als Ausnahme gelten kann, hat 287 Teilstücke, die rund um die ganze Feldmark liegen, so daß der Bauer mindestens zwei Drittel seiner Zeit bei Bestellungs- und Erntearbeiten sinnlos und unproduktiv unterwegs ist. Wenn ich bei diesen Leuten von Rationalisierung des Betriebes oder der Feldarbeit spreche, dann drehen sie sich einfach um und gehen. Ich würde das an ihrer Stelle auch tun; denn wer diese Verhältnisse kennt, der kann gar nicht von Rationalisierung sprechen, ebensowenig von Mechanisierung. Ich kann die Feldarbeit nicht vereinfachen oder verbilligen, wenn die Feldstücke und sondern so viel Splittern rund um die Gemeindemark liegen. (Abg. Diel: Sehr gut!)

Dänemark, das durch die Naturalteilung ebenfalls solche Verhältnisse hatte, ist seit etwa 250 Jahren damit fertig. Und wir Deutschen, wir bemühen uns damit noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Es wird noch mindestens zehn Jahre dauern, bis dieses schreckliche Exempel gelöst sein wird. Wenn es nur die Zersplitterung allein wäre, aber sehen Sie sich die eng zusammengedrängten Dörfer in Franken, in Baden, in Teilen von Württemberg, im Rheinland, in der Eifel, in Hessen an, dann werden Sie feststellen, daß diese Höfe nicht zu modernisieren sind. Sie müssen neu gebaut werden! Erfreulicherweise geht nun das Bauernvolk allmählich mit. Früher wollte es aus diesen Verhältnissen nicht einmal heraus. Sie können sich vorstellen, wie gering bei den Bauern die Phantasie entwickelt war; denn sie waren nicht imstande, sich vorzustellen, daß sie auf arrondierten Flächen mit modernen Gehöften besser dran wären.

In unserem Lande Nordrhein-Westfalen — ich sage noch immer, in unserem Lande, weil ich dort sechs Jahre lang in der gleichen Aufgabe tätig war — um das kleine Städtchen Brilon, das früher Festung war, sind 55 Bauern angesiedelt, deren Vorfahren vor ungefähr 300 Jahren etwa im Dreißigjährigen Krieg von den Meilern rund um Brilon hinter die Mauern gezogen sind, weil ihnen draußen die Höfe abgebrannt oder ständig beraubt wurden. Auch da ist noch ein Teil der betroffenen Bevölkerung dagegen, weil diese Leute sich aus den gewohnten Verhältnissen nicht hinausdenken können. Es war ursprünglich zweifelhaft, ob die Sache überhaupt durchgeführt werden könne.

Aber überall sprießt neues, blühendes Leben aus den Ruinen. In den Dörfern wird für die Alten, die dort sitzen, Platz geschaffen. Draußen werden die modernen Höfe auf arrondierte Betriebe gesetzt. Dann wird fröhlich und lustig geschafft. Das hat folgende Ergebnisse: Im Durchschnitt steigt der Rohertrag um 25 v. H. Das ist eine Erfahrung nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz. Es sind in einer Reihe von Gemeinden nach der Zusammenlegung, die vielleicht keinen oder höchstens einen bis drei Trecker hatten, diese gestiegen auf 13, 14 und 15. Sie sehen also, daß die Mechanisierung und damit die Erleichterung der Feld- und Hofarbeit zunimmt. Damit ist ein Kapitel angeschnitten, an das Sie wahrscheinlich in den kommenden Jahren noch oft erinnert werden. Da wird der Finanzminister noch sehr starke Opfer bringen müssen.

Die Auseinandersetzung über die Frage der Finanzierung war nicht ganz einfach. Für die Zusammenlegung stand im Bundeshaushalt in den früheren Jahren eine ganze Million zur Verfügung! Das war für die hohen Kosten weiter nichts als ein Erinnerungsposten. Es ist nun lediglich gelungen, 50 Millionen einzusetzen. Aber auch das ist gegenüber dieser Aufgabe zu wenig. Wenn die Industrie fragt, wo sie helfen könne, dann können die Industrie und alle mit ihr Arbeitenden, ebenfalls der Handel und die freien Berufe sich denken, daß, solange dieser Schmerzenspunkt in der deutschen Landwirtschaft nicht beseitigt ist, eine enorme Belastung auch im Einkommen der übrigen Volkskreise bestehen wird.

Wenn der Rothertrag für 6,5 Millionen ha, die noch zusammenzulegen sind, um 25 v. H. steigt, dann bedeutet das einen Neugewinn an neuem Lande von etwa 1,5 Millionen ha. Stellen Sie sich eine solche Melioration einmal vor, die es in Deutschland auf anderen Gebieten nicht gibt. Wir haben in der Bundesrepublik eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 14 Millionen ha. Davon sind 6,5 Millionen ha — also fast die Hälfte — noch zusammenzulegen und bei einem großen Teil der betreffenden Betriebe die Gebäude zu modernisieren. Wenn die Zusammenlegung beendet ist, dann haben wir 1,5 Millionen ha neugewonnen. Dann werden Kleinbetriebe, die sonst nicht lebensfähig sind, lebensfähig werden oder sie werden, wenn sie nach der Zusammenlegung noch zu wenig Land haben sollten, aufgestockt werden können.

In sehr vielen Fällen ist das bereits geschehen. In den 55 genannten Briloner Fällen steht Land von der Kirche und der Gemeinde in ausreichendem Maße zur Verfügung, um jeden Hof, der durchschnittlich 30 Morgen besitzt, um 20 Morgen aufzustocken. Derartige Beispiele könnte ich Ihnen viele anführen.

Nun ist aber die Verbesserung der Agrarstruktur eine Angelegenheit, die das ganze deutsche Volk angeht. Wir können hier unmöglich allein die landwirtschaftlichen Interessen sehen.

Die Neugewinnung von 1,5 Millionen ha bringt einen höheren Umsatz in Handel und Gewerbe. Es entstehen dann viele Neueinrichtungen mit Maschinen usw. Dadurch gibt es viele Reparaturen. Weiter entstehen viele Handwerker- und Handelsstellen. Es ist nicht schwer, die Zusammenhänge zu erkennen, wenn man sich darüber klar ist, daß die Landwirtschaft selbst mit den übrigen Volksteilen sehr eng verbunden ist; denn die Landwirtschaft bietet die Voraussetzung für das Wirtschaften können aller übrigen Teile.

Aber die Landwirtschaft ist auch ein Teil der deutschen Wirtschaft und muß als solche Rücksicht nehmen auf die Problemkreise, die ihr und anderen in gleicher Weise unangenehm sind. Ich habe da in erster Linie den Problemkreis Handelspolitik zu erwähnen. Auf den Gebieten der Milchwirtschaft und bei Obst und Gemüse wird eine unentwegte Kritik an den Maßnahmen der Bundesregierung geübt. Ich darf Ihnen einmal sagen, wie solche Verhandlungen zu verlaufen pflegen. Die Schweden erschienen mit der Forderung, soundso viel zigtausend Tonnen Fleisch und Butter und Getreide nach Deutschland einzuführen. Als wir keine Tonne Butter hereinnehmen, hat die schwedische Regierung Restriktionsmaßnahmen gegenüber der deutschen Automobileinfuhr vollzogen, was für die deutsche Automobilausfuhr sehr hart war. Die entstandenen Einnahmeausfälle bei der deutschen Automobilindustrie hat natürlich irgend jemand bezahlen müssen, auch der Landwirt beim Verkauf seiner Waren. Wir haben inzwischen die Dinge in Ordnung gebracht, aber nicht über den Weg von Butter —, sondern über den Weg von Weizenkäufen in Schweden, die früher nicht üblich waren, heute aber anscheinend auch gehen.

Wenn wir nun für 18,5 Milliarden exportieren und etwa eine Million Menschen in der Exportindustrie beschäftigen, dann würde durch schweren Schaden in der Exportwirtschaft naturgemäß die Landwirtschaft durch die fehlende Kaufkraft bei einer Million Menschen und ihren Familien hart betroffen. Auf der anderen Seite würde auch die deutsche Wirtschaft hart betroffen, wenn die 8 bis 9 Milliarden, für die die Landwirtschaft jährlich kauft, auf einmal beachtlich eingeschränkt werden müßten. Darüber hinaus können wir die mehr als 7 Millionen Menschen in der Landwirtschaft unter keinen Umständen in eine wirtschaftliche Verfassung bringen, bei der lediglich auf Grund der Forderungen der Exportindustrie die Existenzbedingungen auf der landwirtschaftlichen Seite nicht mehr gegeben sind. (Beifall.)

Diese beiden Dinge stoßen sich manchmal hart im Raum, aber die Verhandlungen des Bundeskabinetts sind nicht so, daß sich diese harten Tatsachen in der Bundesregierung etwa niederschlagen. Die Lebensbedürfnisse der Landwirtschaft sind bei den Mitgliedern der Bundesregierung genauestens bekannt. Wo sie nicht bekannt sind, werden sie von dem zuständigen Agrarminister selbstverständlich auseinandergesetzt. Der Wille zu helfen, ist in jedem Falle gegeben. Wo man helfen und sich verständigen will, findet man auch einen Weg.

Ich komme jetzt auf das schwierige Kapitel von Obst und Gemüse, wo uns Holland, Frankreich und Italien durch einen enormen Exportdruck zusetzen, weil diese Länder in Europa für zwei Milliarden D-Mark mehr von uns kaufen als wir von ihnen. Sie können sich denken, daß dieser Druck erheblich ist. Hier ist folgende Übereinkunft getroffen: Die Vertreter der Berufsstände, z. B. des Obst- und Gemüsebaues, gehen mit zu den Handelsvertragsverhandlungen und vereinbaren mit den Exporteuren und mit den Bauern von der anderen Seite einen Preis, der bei der Einfuhr von Obst und Gemüse nach Deutschland innegehalten werden soll. Es ist der sogenannte Minimumpreis. Wird dieser Minimumpreis unterschritten, dann hört der Import ausländischer Ware automatisch auf, so daß ein bestimmter Preis, bei dessen Festsetzung die deutschen Bauern gefragt werden, festgehalten werden kann. Das funktioniert nicht überall reibungslos, aber ich kann z. B. von den Holländern sagen, daß sie wirklich korrekt nach diesen Abmachungen verfahren haben. Im großen Umfange hat sich auch in Italien die Sache gebessert, allerdings noch nicht so, wie es sein müßte.

Wenn der Obst- und Gemüsesektor allen übrigen Sektoren gegenüber nach wie vor im Nachteil ist, dann werden Sie verstehen, daß er besonders ein Marktordnungsgesetz für Obst und Gemüse wünscht. Das Marktordnungsgesetz, das jetzt vorliegt, geht zweifellos mit seinen Forderungen zu weit. Den meisten von Ihnen wird es nicht bekannt sein; immerhin wird es Möglichkeiten schaffen, den inneren Markt für Obst und Gemüse in Deutschland besser zu ordnen als bisher und damit den Schaden der Einfuhr nicht so ansteigen lassen, wie das bisher geschehen ist.

Lassen Sie mich noch einige Punkte anschneiden, die als Einzelheiten aus dem Ganzen herausragen. Da ist in erster Linie die Wohnungsnot auf dem Lande zu nennen. Ein erheblicher Prozentsatz der Landarbeiterwohnungen ist durch Arbeitskräfte besetzt, die in der Industrie arbeiten. Die Leute haben zuerst beim Bauern geschafft, aber dann gesehen, daß sie in der Industrie mit leichter Arbeit mehr verdienen können. Sie sind nun in der Wohnung geblieben, aber sie arbeiten in der Industrie. Das sind Zustände auf dem Lande, die auf die Dauer nicht tragbar sind.

Mit dem jetzigen Stand der Gesetzgebung bin auch ich völlig unzufrieden. Hier müßten von der CDU Anträge an das Bundeskabinett und den Wohnungsbauminister gestellt werden. Ich habe die Anregung gegeben, daß

derjenige, der als Industrieller daran interessiert ist, Arbeitskräfte aus landwirtschaftlichen Werkwohnungen für sich zu gewinnen, mithelfen muß, daß diese Kräfte eine andere Wohnung — auch über industrielle Kostenbeteiligung — bekommen. (Beifall.)

Desgleichen kann man auf dem Gebiet der Flüchtlingseingliederung sehr viel leisten, wenn man dafür sorgt, daß auf den Höfen eine kleine Altenteilwohnung gebaut wird. Der Wohnungsbauminister hat mir diese Zusage bereits gegeben, und ich hoffe, daß die Angelegenheit schon praktiziert wird. Darüber hinaus sollte der Staat dafür sorgen, die Lagerkosten dadurch zu vermindern, daß Flüchtlingspächter, die sonst die Pachtpreise nicht aufbringen können, mit Hilfe von Zuschüssen Betriebe übernehmen. Auf diese Weise kann die Besetzung der neuen Stellen mit frischen Kräften aus den Ostvertriebenen gefördert und ein höherer Ertrag herausgewirtschaftet werden. Den alten Leuten aber soll eine Bleibe und ein ausreichendes Taschengeld gegeben werden.

Ich sprach vorhin von der Verbesserung der Situation der nichtbuchführenden Landwirte. Wenn die Steuerreform Tatsache wird, dann haben die nichtbuchführenden Landwirte keinen Grund mehr zur Klage. Heute ist die Situation bei den buchführenden Landwirten und den Schätzungslandwirten so, daß ihnen die Überschüsse weggesteuert werden, so daß ihnen für den Kauf von Maschinen usw. zur Rationalisierung und Mechanisierung nichts übrig bleibt. Mancher mag sagen: wenn die Landwirte das verdienen, dann mag es weggesteuert werden, es geht ja der Industrie und dem Handel und auch den freien Berufen genau so! Es liegt da eine gewisse Ähnlichkeit vor, aber ich kann Ihnen sagen, bei der Landwirtschaft stehen wir in einer geschichtlichen Stunde. Wenn wir in diesen Jahren, wo wir noch Zeit dafür haben, versäumen, unsere Landwirtschaft mit modernen Gebäuden auszustatten, mit leistungsfähigen Landmaschinen usw., um durch eine Rationalisierung die Arbeitskräfte auf das geringste Maß herunterzudrücken, dann begehen wir einen nie wieder gutzumachenden Fehler. (Beifall.)

Das läßt sich in diesem Fall auf dem Gebiete der Steuer in Ordnung bringen. Wir haben ja die Steuerreform noch im Bundestage zu behandeln. Ich möchte hoffen, daß unsere Abgeordneten sich bei der Aussprache daran erinnern werden. Im übrigen ist sich die Landwirtschaft darüber klar, daß ihre dauernde Chance darin liegt, daß die ständige Zunahme des Volkseinkommens durch die gewerbliche Wirtschaft, durch die Bewegung der Massenkaufkraft nach oben richtig gestaltet wird. Damit ist die Landwirtschaft in den Rahmen des übrigen Volkes mit hineingewachsen und hineinverwurzelt.

Wenn wir diese Chancen ausnutzen, werden alle Gegensätze, über die man heute zum Teil nur noch theoretisch redet, zwischen Stadt und Land verschwinden. Die Chancen eines geschlossenen wirtschaftlichen und politischen Aufstieges Deutschlands liegen in einer inneren Einigkeit, die die notwendige Stetigkeit der Bundespolitik verbürgt. Diese innere Einigkeit beruht auf dem Willen zum Ausgleich und zum Verständnis der Berufsstände untereinander. Nur miteinander, nicht gegeneinander, ist die Lösung der uns bedrängenden Fragen möglich. Da die CDU schon aus ihrer geistigen Haltung heraus diesen Ausgleich zwischen den großen Gruppen der Werktätigen suchen muß, wird gerade sie berufen sein, im Rahmen einer stetigen Gesamtpolitik auch eine Agrarpolitik zu gewährleisten, die nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Gesamtwirtschaft dienen wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache eröffnet

DR. KARL MÜLLER, M.d.B.

Das Referat unseres Landwirtschaftsministers Lübke wird bei jedem, der sich ernst mit den Agrar- und Wirtschaftsproblemen befaßt, einen tiefen Eindruck hinterlassen haben. Herr Minister Lübke ist jetzt seit etwa acht Monaten im Amt. Es gibt immer noch Leute, auch in unseren Kreisen, die der Auffassung sind, daß schon vor neun Monaten alle Agrarprobleme hätten gelöst sein müssen. Man hat vergessen, daß man nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gestaltung der Wirtschaft Geduld haben muß und daß Wartenkönnen die größte Tugend ist.

Gerade die Landwirte, die solchen Gedankengängen nachgehen, sollten sich daran erinnern, daß sie immer ein Jahr warten müssen von der Saat bis zur Ernte, bis sie das Ergebnis haben. Ich glaube, aus den Ausführungen ist eins hervorgegangen, daß unser Landwirtschaftsminister eine beispiellose Initiative in diesen acht Monaten entwickelt hat, wie wir sie bis dahin in der Bundesrepublik noch nicht gekannt haben. (Beifall.) Die Herren Minister Schäffer und Erhard haben das schon zu merken bekommen. Dabei stelle ich mit Befriedigung fest, genau wie der Herr Minister auch, daß das Zusammenarbeiten mit ihm in diesen Fragen gar nicht so schwierig ist. Wenn man sie nur vernünftig anpackt und nicht mit dem Holzknüppel, dann geht es. Vor allem darf festgestellt werden, daß Herr Minister Lübke seine Agrarpolitik bewußt und zielklar einordnet in die gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes und seiner Regierung. (Beifall.)

Das ist das Entscheidende, wenn man zum Erfolg kommen will. Aber ich habe nicht die Aufgabe, hier über einzelne Agrarprobleme zu sprechen, sondern eine andere Seite, die für die kommenden Wahlkämpfe wichtig ist, zu beleuchten. Draußen geht ein stiller Kampf, der hier und da an die Öffentlichkeit dringt, gegen den Minister Lübke. Wer im Lande viel herumkommt, kann das nicht in Versammlungen hören, sondern in Gesprächen mit den Leuten draußen. Einmal wird dieser Kampf gegen ihn entfesselt von Steigbügelhaltern des politischen Zigeuners aus dem Böhmerwald, auf der anderen Seite muß beklagt werden, daß auch aus Koalitionskreisen diese Dinge gemacht werden. Aber wenn man an die kommende Wahl denkt, dann glaube ich, daß auch diese Kreise wieder vernünftig werden, wenn sie bei den Wahlen die gebührenden Prügel bekommen haben. An uns und an der Landwirtschaft liegt es, hier wieder die politische Vernunft zur Geltung zu bringen.

Da sind es zwei Dinge, die herausgestellt werden müssen, einmal — der Herr Minister Lübke wird mir das nicht übel nehmen — sein politisches Vorleben. Wer Herrn Lübke kennt, weiß, daß er ein Mann mit einem eigenen Willen, mit großer Initiative und Energie ist. Solche Leute, das weiß ich von mir selber auch, können im politischen Leben hier und da unbequem werden. Aber das ist kein Charakterfehler, und die Gegner, die das behaupten, die haben übersehen, daß er nicht zu denen gehört, die auf dem Standpunkt vor 20 und 30 Jahren stehen bleiben, sondern zu denen, die sich der Entwicklung im wirtschaftlichen und politischen Leben anpassen und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen. Diejenigen, die mit dieser Mär hausieren gehen, die haben sich noch niemals darüber Gedanken gemacht, daß nur die Narren im Irrtum, in der Unzuverlässigkeit und in der Negation verharren.

Das zweite — Herr Minister Lübke hat es schon widerlegt — wird tatsächlich von Politikern, die ernst genommen werden wollen, draußen in der Flüsterpropaganda verbreitet, daß er nämlich das Kleinbauerntum aufkaufen und ausliefern wolle an den größeren Grundbesitz. Vor allem spielen in Hessen diese Gedanken. Schon am 29. November vorigen Jahres hat Herr

Minister Lübke im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Bundestages nach dem Protokoll erklärt:

„Im Rahmen der Flurbereinigung muß eine Aufstockung der Kleinbetriebe durch Pacht oder Kauf möglich sein. Es kann dadurch vermieden werden, daß z. B. die sogenannten Arbeiterbauern ihr Land vielfach nicht oder schlecht bewirtschaften.“

Heute hat er diesen Gedanken ganz klar und deutlich herausgearbeitet. Er hat damit bewiesen, daß er ein tiefes soziales Bewußtsein hat und daß er versucht, es in die Tat umzusetzen. Er unterscheidet sich da wohltuend von sogenannten Bauernführern aus eigener Machtvollkommenheit, von denen einer jetzt sehr starke Worte redet, wo er nur kann, der sich aber einmal darüber beklagt hat, daß ein Briefträger 200 Mark verdiene, während er für sich selbst das Neunzigfache an Einkommen gesichert hat. Mit solcher „sozialen“ Auffassung kann man auch dem Bauerntum nicht helfen. (Beifall.)

Diese Saat ist auch hier und da in unseren Kreisen nicht unter die Dornen gefallen, sondern auf fruchtbares Ackerland und breitet sich da aus, zwar nicht in großen Halmen, aber am Boden wuchernd wie die Vogelmiere. Warum sage ich das? Ich sage das im Hinblick auf die kommenden Wahlen, damit Sie wissen, wo Sie anzusetzen haben und was Sie unserem Bauerntum zu sagen haben. Ich sage es, nachdem ich eine 46jährige Arbeit in der Agrarpolitik hinter mir habe, nicht um etwas zu werden. Der Herr Minister Lübke kann mir nichts geben als nur eins: freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Und diese freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit hat er nicht nur von seinen Freunden aus der Landwirtschaft, sondern von der gesamten Bundestagsfraktion.

Zweitens sage ich es, um die Wahrheit festzustellen, damit jeder einmal draußen denen, die die Unwahrheit sagen und verleunden, entgegentreten kann. Und drittens: er hat im Kabinett eines der schwersten Ministerien. Er ist mit Arbeit zugedeckt, und jeder Tag bringt ihm neue Probleme. Diese Arbeit ihm leicht zu machen, ist unsere Pflicht. Leicht gemacht wird sie, wenn wir und das Bauerntum ihm volles Vertrauen schenken.

Über eines mag sich das Bauerntum klar sein: Es ist einmal zum größten Teil Rattenfängern nachgelaufen. Es ist der Moment gekommen, wo es uneingeschränktes Vertrauen haben muß zu dem Mann, der heute die Geschicke der deutschen Landwirtschaft in der Bundesregierung leitet. Nur so kann sich das Bauerntum in der Gegenwart und in der Zukunft seine Stellung sichern und erhalten. (Beifall.)

DEUTSCHER BÄUERNDEUTAG, NO. d. B., Ravensburg

Wenn ich einige Worte sage, so möchte ich dies nicht tun in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Deutschen Bundestag, sondern als einfacher Bauer. Wenn wir hinauskommen auf das Land und draußen herumhören bei den Bauern, so müssen wir trotz der Tätigkeit unseres ausgezeichneten Landwirtschaftsministers und unserer hervorragenden Bundesregierung immer wieder feststellen, daß sehr viele sagen, es ist alles schön und gut, aber wenn ich meine Verhältnisse mit denen vergleiche, die andere Stände haben, so bin ich doch der Auffassung, daß ich hintangesetzt bin. Ich muß mehr arbeiten, habe ein kleineres Einkommen, muß meinen Leibriemen enger schnallen, kann mir den Lebensstandard nicht wie andere leisten.

Wir müssen dann den Leuten sagen: Habt Geduld, Vertrauen und Hoffnung, auch diese Dinge werden eines Tages geändert und überwunden wer-

den. Das ist nicht jedesmal sehr leicht, aber ich darf zur Ehre der Masse der Bauern sagen, daß sie Verständnis hat, daß sie Vernunft und Einsehen hat und daß sie weiß, daß diese Dinge nach dem totalen Zusammenbruch nicht von heute auf morgen geändert werden können.

Für einen Abgeordneten, der vornehmlich die Bauern zu vertreten hat, ist es nicht sehr leicht, auch im Bundestag nicht immer, den anderen zu sagen, hier fehlt es noch, da ist noch etwas zu verbessern, und es ist ein beschämendes und unangenehmes Gefühl, nun etwa betteln gehen zu müssen. Es hat sich leider bei vielen so herumgesprochen, als wenn die Landwirtschaft eben der klassische, der ewige Unzufriedene wäre und nie genug bekäme. Es ist aber mitnichten so, sondern wenn die Landwirtschaft klagt, so tut sie es mit Recht, und was sie will, ist durchaus Rechts und nicht übertrieben.

Wenn ich mir die Dinge ansehe — und Herr Lübke ist darauf eingegangen —, daß wir uns vorbereiten müssen für eine Integration in Europa auch auf wirtschaftlichem Gebiete, dann müssen wir sagen, daß es auch bei uns noch einiges zusätzlich zu tun gibt. Denn wir sehen nämlich, wie eben andere Länder auf der Welt bisher für ihre Landwirtschaft nun wirklich schon mehr getan haben als diese Bundesrepublik. Die Verhältnisse sind dort andere, und die haben es leichter getan. Das soll also keine Anklage gegen die Bundesrepublik sein, aber wir haben wirklich dafür zu sorgen, daß das, was aufzuholen ist, auch baldigst und bestens aufgeholt wird.

Man sagt so leicht und so gern, der Landwirt sei nicht bereit, sich der sozialen Marktwirtschaft zu unterwerfen. Dem ist beileibe nicht so. Wenn sie die gleichen Produktionsbedingungen hätte wie in der gewerblichen Wirtschaft — aber es würde zu weit führen, diese Dinge in allen Einzelheiten aufzuzeigen. Die meisten von Ihnen wissen, daß die Landwirtschaft an den Standort und an das Wetter gebunden ist. Denken Sie an gestern und heute. Gestern Sonne und 30 Grad Wärme, und heute haben wir 15 Grad und Regen. Der Bauer aber muß in dieser Zeit sein Heu machen und dergleichen. Der Bauer kann seinen Betrieb nicht ausdehnen. Der Boden ist nicht vermehrbar. Die Güte des Bodens ist gegeben durch das Klima. Das ist unabänderlich. Und weil die Dinge so sind und die Unbeweglichkeit noch dazu kommt, und weiter, daß er nur einen kleinen Umschlag hat, meistens nur einmal im Jahr — wenn wir von bestimmten Gemüsebauern absehen, die mehrere Ernten haben —, so sehen wir, daß der Bauer vor allen Dingen eine Stabilität, eine Kontinuität braucht.

Wir können feststellen, daß diese Bundesregierung in der Vergangenheit schon einiges getan hat, das sich sehen lassen kann. Leider beurteilt man die Dinge immer nur nach dem, was noch zu geschehen hat. Ich will auf weitere Dinge nicht näher eingehen. Der Herr Minister hat sich hier öffentlich zu dem Paritätsgesetz bekannt, und ich glaube, daß auch Herr Minister Erhard sich dazu bekennen wird, wenn er einmal das Gesetz gelesen hat. Diese Parität ist keine Sonderforderung der Landwirtschaft, sondern sie ist nur eine Wiederherstellung dessen, worauf die Landwirtschaft wirklich Anspruch hat.

Ich habe mich außerordentlich darüber gefreut, als Herr Bundestagspräsident Dr. Ehlers gestern in seiner Rede davon gesprochen hat bei der Betrachtung des Mittelstandes, daß es nicht allein darauf ankomme, die Dinge finanziell und wirtschaftlich zu sehen, sondern daß man auch sein Augenmerk darauf richten müsse, welchen Wert ein Berufsstand im Rahmen des Ganzen habe. Es sind ethische und soziologische Werte im Mittelstand und vor allem in der Landwirtschaft, die geachtet werden müssen, und wehe dem, der diese Dinge nicht beachtet!

Ich sehe drüben Herrn Wuermeling, den Familienminister. Ich glaube, man hat ihn doch nicht zum Minister für die Familie gemacht, um ihm nur einen

Posten zu geben, sondern, Herr Bundeskanzler, Sie haben sich die Dinge etwas mehr überlegt. Sie dachten wohl an die Familie, als Sie das Familienministerium gegründet haben. Ich glaube, daß Sie dabei auch an die bauerliche Familie gedacht haben. Sie haben auch an die Kontinuität, Stabilität und Sicherheit Ihres Staates gedacht, und dabei haben Sie sich doch erinnert, daß die bauerliche, gesunde Familie nicht der schlechteste Bestandteil eines Staates ist. (Beifall.)

Weil dem so ist — und das Kopfnicken von Konrad Adenauer bestätigt mich in meiner Auffassung —, glaube ich, daß die gesamte Politik ausgerichtet sein muß auf diese Dinge. In einer Zeit, wo man krampfhaft neue Existenzen schaffen will und auch großen Erfolg damit hat, daß man das Arbeitertum herausführt aus dem Proletariat, wäre es das Verfehlteste, was man machen könnte, wenn man Bestehendes zerstören würde. Ich habe deswegen die Hoffnung, daß auch diese Dinge gelingen werden. Die Frage der Landwirtschaft ist keine wirtschaftliche, sondern eine soziale Frage. Wohin soll der Bauer sich wenden, wenn er die Hoffnung haben kann, daß diese Dinge geändert werden? Vielleicht zu den Liberalen? Ich glaube doch wohl kaum! Was hat er denn dort zu erhoffen? Was werden die ihm geben können? Natürlich gibt es auch dort einige, die anders denken, aber gerade weil diese Leute so heterogen sind, werden wir wohl nicht alles von dieser Seite erwarten können.

Oder glaubt man etwa, daß der Landwirt seine Heimat im Sozialismus haben könnte? Ich glaube, wenn irgend jemand der Bauernschaft Sicherheit trotz allem, was drum und dran ist, geben kann, dann kann es doch nur eine Partei sein, die das Christentum und echte Demokratie auf ihre Fahne geschrieben hat, die fortschrittlich genug ist, das Überlebte auszuschneiden, die aber konservativ genug ist, einzusehen, welchen Wert die Landwirtschaft in einem Staate hat. (Beifall.)

Bei der ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag, seinen Abgeordneten und der Bundesregierung und vor allen Dingen dem Bundesminister — wenn auch manchmal Meinungsverschiedenheiten da sind —, glaube ich doch, daß die Bauern die Hoffnung haben dürfen, daß ihre politische Heimat in der CDU ist und nirgendwo anders. (Beifall.)

PRÄSIDENT LÜBKE

Es liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Zunächst hat das Wort

ROBERT TESCHNER, Landesverband Oder-Neiße

Mir scheint, daß zu diesem Thema ein Wort gesprochen werden muß von den vertriebenen Bauern des Ostens. Ich möchte hier ein Wort wiederholen, das der Herr Bundesminister Lübke sagte, nämlich: wir stehen in einer Schicksalsstunde. — Wir stehen in dieser Schicksalsstunde. Wir stehen deshalb darin, weil unser Bauerntum zerbricht. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, aber eines möchte ich sagen, zerbricht das Bauerntum des Ostens, dann gibt es keinen Weg zurück nach dem Osten.

Denn mögen politische Verhältnisse geschaffen werden noch und noch, ist der Bauer des Ostens nicht mehr Bauer geblieben, ist er hier gestorben, dann gehen die Wege nach dem Osten nicht zurück. Wir denken uns den

Weg nach dem Osten nicht etwa so, daß dort eine neue Verteilung stattfinden soll, sondern vielmehr so, daß dort Raum für uns und für andere ist, die zum Teil auch dort hineingetrieben worden sind.

In einem Europa, das gebaut wird und diese Räume umfassen muß, wird der Platz sein auch für uns von drüben zusammen mit anderen Menschen, die sich einfügen wollen in das werdende Europa. Europa kann es sich nicht leisten, Menschen fernzuhalten von Europa, sondern Europa muß alles daransetzen, Menschen und Völker hereinzuziehen.

Wenn Sie von Europa sprechen mit dem Blick nach Westen, dann haben Sie es verhältnismäßig leicht. Es sind zwar Schwierigkeiten heute aufgezeigt worden, aber die sind zu überwinden. Wenn wir aber den Raum der Donau, der Weichsel und der Oder sehen, dann wissen wir, daß da etwas anderes auf uns lastet. Da muß man sein Herz fest in die Hand nehmen, weil soviel Dämonen frei werden, die unseren Verstand binden wollen.

Und doch möchte ich meinen, es muß geschaffen werden, ein Europa über diese Grenzen hinaus. Ich sehe den Osten immer dreifach. Ich sehe die Militärmacht des Ostens und weiß, daß man gegenüber dieser Macht nur aus einer gewissen Stärke heraus verhandeln kann. So stehen wir geschlossen hinter der EVG, und wir lehnen den Versuch Pflaunders restlos ab. (Beifall.) Diese Versuche sind ja ohne alle gemacht worden. Wer in der Sowjetzone in der Politik gestanden hat, weiß das. Ich sehe den Herrn Bundesminister Jakob Kaiser, den Brückenbauer. Da ist doch Gott weiß alles getan worden in der Zeit, was man irgendwie tun konnte. Ich kann noch einen Schritt weitergehen, bis zu Dertinger, der hinter Schloß und Riegel sitzt. Die Wege sind nicht gangbar, bevor nicht der Westen stark genug ist.

Ich sehe den Osten als eine Geisteshaltung, wenn man den Kommunismus überhaupt Geist nennen kann, den man besser Antigeist nennen müßte. Ich weiß, daß man da nicht mit Kanonen aufziehen kann, da muß eine Geisteshaltung entgegengestellt werden. Und da beschleicht uns Menschen des Ostens — auch die, die Tag für Tag von der Sowjetzone herüberkommen — manchmal Sorge, wenn wir den Materialismus — Gott sei es geklagt — hier und da im Westen finden. Man kann einem Materialismus des Ostens nicht einen Materialismus des Westens entgegensetzen. Hier will man doch Politik machen aus einem anderen Standpunkt heraus.

Dann sehe ich den Osten als die Völker des Ostens, die unter einer brutalen Macht stehen, genau so, wie wir hier auch einmal gestanden haben. Aus meiner Zeit im polnisch besetzten Ostpreußen und in der Sowjetzone weiß ich, wie leidenschaftlich diese Völker nach dem Westen schauen und auf eine Erlösung hoffen. Ich möchte meinen, der Tag kommt. Aber mich hat auch Sorge beschlichen, als ich Berlin erlebte und jetzt Genf sehe. Mir scheint, der Geist ist es, der uns fehlt hier im Westen, der europäische Geist. An dem haben wir zu arbeiten, auch wenn alles noch nicht gleich so schnell geht, als Bauer weiß ich, daß zwischen Saat und Ernte eine gewisse Zeit liegen muß. Ich weiß, wenn das junge Leben an das Licht treten soll, daß es seine Zeit dazu braucht. Ich würde den Bauern töricht schelten, der nicht abwarten kann, bis das junge Korn in das Leben tritt, und der etwa eine Frühgeburt haben will.

Ich meine, wenn der Geist noch nicht da ist, müssen wir warten. Ich fürchte, daß ein Europa, das Stückwerk ist, vor allem in seinem Geiste, keine Dauer und keine Beständigkeit haben wird. Daher meine Bitte an alle, die hier sind, an dem Geiste zu arbeiten, daß uns ein Europa wird, das nicht nur begrenzt wird von der Elbe, sondern das weit darüber hinausgeht nach all den Völkern, die die Freiheit ersehnen wie wir. (Beifall.)

Als letzter Diskussionsredner hat das Wort

M I N I S T E R O S K A R F A R N Y M. d. L., W ü r t t e m b e r g

Nach der Dramatik einer außenpolitischen Unterhaltung ist das Interesse und die Teilnahme an einer agrarpolitischen Aussprache erklärlicherweise etwas gesunken. Wir bedauern das um so mehr, als in dem ausgezeichneten Referat des Herrn Bundeslandwirtschaftsministers für alle Berufsstände mit ziemlicher Klarheit und Deutlichkeit herauszuhören war, daß es sich bei einer modernen Agrarpolitik nicht um eine Sonderbündelei oder um ein abgeschachteltes Berufsinteresse und Berufsthema handelt, sondern daß man die moderne Agrarpolitik, namentlich in einem Staat von der Struktur Westdeutschlands, nur in der gesamtwirtschaftlichen Schau betrachten kann.

Es sei mir gestattet, nur einige Gedanken auszudrücken, die mir beim Anhören dieses Referates gekommen sind. Ich habe der Mahnung des Herrn Bundeskanzlers aus dem Vorreferat entsprochen und sehr aufmerksam zugehört. Wir hören bei jedem Referat, wenn man graue Haare in der Agrarpolitik bekommen hat, eine immer wiederkehrende Parole zur Erzeugungssteigerung, zur Intensivierung, zur Rationalisierung, zur Mechanisierung usw. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß wir diese Parole seit einer Generation und darüber hinaus hören. Es klingt uns noch die Parole der berühmten Erzeugungsschlacht in den Ohren. Wir haben diese Erzeugungsschlacht nachträglich bezahlt und erfahren müssen, daß sie ganz anderen Konzeptionen entsprang, die mehr dem strategischen und taktischen Gebiet nahelagen und zum Kriege geführt haben.

Aber es besteht auch die Gefahr, daß es zu einer Kollision wirtschaftlicher Forderungen führen kann, wenn man in einem Staat lebt, der eben nur noch 14 vH bäuerlichen Bevölkerungsanteil hat. Exportförderung, eigene Erzeugung und ihre Steigerung stehen in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zueinander. Wenn man den Bauern die Parole gibt, die Erzeugung noch zu steigern, und der Staat ein solches wirtschaftspolitisches Ziel ansteuert, dann unterschreibt er damit einen gewissen moralischen Wechsel für die Zukunft, und zwar für den Moment, wo die gesteigerte Erzeugung auf den Markt kommt. Er muß dann natürlich auch dafür das Delkredere übernehmen, daß die von ihm geforderte und protegierte erhöhte Erzeugung auch auf dem Markte unterkommen kann.

Wir haben aus dem Referat gehört, daß man also immer im Gespräch bleiben muß und daß es keine Agrarpolitik im westdeutschen Raum gibt, über die sich nicht der Bundeslandwirtschaftsminister unausgesetzt mit den anderen Ressortministern von der Wirtschaft, von der Arbeit und den Finanzen im Gespräch befindet. Ich möchte deshalb diese Parole zur Agrarsteigerung etwas schärfer präzisiert haben, daß wir nämlich diese Steigerung als eine echte Steigerung ansehen, eine echte Ertragssteigerung, daß bereits organisatorische Maßnahmen auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet — also nicht eine Expansion, sondern eine Intensivierung — folgen sollen.

Ich bin der Meinung, daß es sich wohl nicht mehr lohnen wird, Sauerböden, Moorböden, Böden, die im Konkurrenzkampf schon wegen ihrer geologischen Unterlage aufhören zu bestehen, auch noch in die deutsche Erzeugung hineinzuführen. Ich bin im Gegenteil der ketzerischen Meinung, daß wir Gottes Natur und Schöpfung schon mehr als genügend

strapaziert haben: Unser Wasserhaushalt und unsere Wasserwirtschaft be- weisen das mehr als zur Genüge. Wir haben schon einiges in Unordnung gebracht und brauchen die Unordnung nicht noch mehr zu erhöhen.

Die Entwicklung der Technik wird daher auch nicht der Weis- heit letzter Schluß sein. Wir sind ja so großartig weit gekommen in der Entwicklung dieser Technik, daß man schon bald von einer Wehrlosigkeit vor der Technik reden muß. Wir möchten haben, daß die Lebensräume zwischen Agrarwirtschaft und Industriewirtschaft plan- mäßig auf weite Sicht abgesteckt werden, daß die Demarkationslinien der wirtschaftlichen Tätigkeit im westeuropäischen Raum schon unter den Aspekten einer kommenden größeren Marktwirtschaft gesehen werden. Wir wünschen, daß dieses Klima um den Bauern etwas besser werden möchte. Ich glaube, ich sage nichts Unbekanntes, wenn ich erwähne, daß der Bauer an sich im großen und ganzen keine freundliche Presse hat. Er hat bei der Masse unseres Volkes, das land- und bauernfremd geworden ist, kein be- sonders gutes Klima. Es sind auch sehr viele falsche, überalterte, anti- quierte Vorstellungen vom Bauern, seiner Arbeit und seiner Lebensweise und seinem Lebensrhythmus vorhanden. Wir müssen heraus aus einigen unheilvollen Ressentiments der Vergangenheit!

Wir müssen einmal heraus aus den Ressentiments — diese Bitte richte ich an unsere Freunde in der Verbraucherschaft — aus der Zwangswirtschaft und der Hungersnot. Wir müssen heraus aus den Ressentiments einer Zeit, wo man den Bauern und seinen Volksanteil unter der Ideologie von Blut und Boden gesehen hat. Auch diese Ideologie ist zu unserem eigenen Schaden lange Jahre strapaziert worden. Wir müssen aber auch heraus aus dem Aberglauben, als ob es sich bei dem bäuerlichen Volke um einen in- feriores Teil unseres Volkes handele. Es gibt noch zuviele alte und dumme Meinungen über den Bauern. Die Legende, daß ein Bauer erst zivilisiert sei, wenn er sich eine Badewanne kaufe, und erst Kultur besitze, wenn er sie auch benutze, muß doch einmal verschwinden! (Beifall.)

Wir wissen, daß die Ansprüche an Kopf und Geist eines modernen Bauern nicht weniger anspruchsvoll sind als die bei jedem anderen Berufsstand. Der Bauer ist gar nicht der Egoist und der von Inter- essen besessene Sonderbündler, als den man ihn gerne anprangern möchte. Der Bauer ist viel, viel mehr als jeder andere auf die größere Gemein- schaft im Volk angewiesen, und er weiß auch, daß er viel mehr Abhängig- keiten unterworfen ist als jeder andere Berufsstand.

Wir möchten wünschen, daß die CDU keine reine Verbraucherpartei werden möge. Wir sagen unseren Bauern jeden Tag, sorgt dafür durch eure Treue zu dieser Union christlicher Demokraten, daß sie sich um euch kümmert und ein Interesse an euch hat. Der Bauer steht unter anderen Lebensgesetzen. Das ist schon wiederholt angeklungen. Er weiß, daß die letzte Hilfe für ihn nicht von der Politik und vom Politiker kommt, sondern daß seine Arbeit mehr als die aller anderen Berufe, die Arbeit, die er täglich unter dem freien Himmel des Herrgottes verrichtet, mehr von höherer Gewalt abhängig ist als die seiner Mitbürger. Und in diesen Abhängigkeiten und in den Wünschen, die er an die Union stellt, bitten wir um die Unterstützung aller Freunde, die sich zu dieser Gemeinschaft zählen. (Beifall.)

PRÄSIDENT KIESINGER

Wir hören noch einen Schlußvortrag zu dieser Diskussion von

BUNDESTAGSPRÄSIDENT

DR. HERMANN KOHLER

Daß ich noch einige Worte sage, hat nicht den Grund, daß ich nun ausgerechnet heute auch noch reden möchte, aber ich glaube, es ist nicht ganz unwichtig, deutlich zu machen, daß eine solche Diskussion im Rahmen der Christlich-Demokratischen Union nicht nur eine Diskussion der Fachvertreter ist, daß wir also jeweils immer nur zu den bauerlichen Fragen die Bauern und zu den sozialen Fragen die Arbeitnehmer usw. reden lassen, sondern daß wir uns auch unserer Gesamtverantwortung bewußt sind.

Ich glaube, eines müssen wir hier wirklich herausheben, daß nämlich die Nüchternheit, Zielbewußtheit und Klarheit dessen, was unser Freund Lübke vorgetragen hat und tut, sehr Erhebliches dazu beitragen muß, die Gefahr einer Radikalisierung in bestimmten Teilen des bauerlichen Bereichs zu begrenzen. Vom norddeutschen Raum her muß man sagen, daß solche Gefahren vorhanden sind und daß es Leute gibt, die in unverantwortlicher Weise Öl ins Feuer gießen. Wir wissen ja, in welchen Bereichen das geschieht und welche Leute das tun.

Ich darf das hier aussprechen, weil ich als Abgeordneter eines ganz überwiegend bauerlichen Wahlkreises mich mit den Anliegen der Bauern aufs engste verbunden weiß, aber auch weiß, welche Gefahren da bestehen. Darum haben wir die Verantwortung dafür, diese Anliegen so ernst wie möglich zu nehmen.

Ich bin sehr glücklich darüber, daß Herr Lübke das Wort von der Qualitätssteigerung hier hereingeworfen hat; denn wenn wir etwas von marktwirtschaftlichen Prinzipien in den agrarischen Bereich übernehmen können, dann ist es der Gedanke der Steigerung der Qualität und damit der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen das nicht nur theoretisch in der Luft stehen lassen. Wenn ich in Oldenburg mir einen halben Liter Milch kaufe aus garantiert tbc-freien Beständen und kaufe mir in Bonn einen halben Liter Milch, dann fürchte ich, daß ein ganz beachtlicher Unterschied dabei sichtbar wird, der nicht nötig zu sein brauchte.

Das zweite, was mir als jemand, der nun auch mit diesen Dingen Berührung hat, nicht einleuchtet, ist, daß der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher so außerordentlich schwierig und kostenerhöhend ist. (Beifall.) Ich verstehe als armer, blutiger Laie einfach nicht, daß der Bauer für das Ei 13 Pfennig kriegt und dasselbe Ei 300 km weiter und drei Tage später 28 Pfennig kosten muß. Das verstehe ich einfach nicht! (Beifall.) Ich bin der Meinung, daß das nicht nur eine Frage an den Herrn Ernährungsminister, den Herrn Wirtschaftsminister oder den Herrn Verkehrsminister ist, sondern auch eine Frage an landwirtschaftliche Organisationen und Genossenschaften, ob sie nicht Erwägungen darüber anstellen müßten, daß dieser Weg — wie in Dänemark — verbilligt und verkürzt wird. Dort ist es offenbar möglich. (Beifall.)

Etwas hat mich auf die Barrikaden getrieben, nämlich das, was unser Freund Farny eben sagte: wir sollten keine Mühe daran verwenden, Mooregebiete in die Erzeugung hineinzuziehen. Nun, meine Damen und Herren, das ist sicher ein günstiger Grundsatz, wenn man aus dem Allgäu stammt, aber

wenn man an der Nordsee zu Hause ist und man im Wasser ertrinkt, wenn man Bodenmoor und Marschland hat, auf dem eben nur Gras wächst, das nur die Kühe fressen und die Deutschen trotz aller Veränderung der Ernährung zum unmittelbaren Grasfressen noch nicht übergegangen sind, (Heiterkeit) dann bleibt gar nichts anderes übrig, als daß wir für diese Gebiete alles tun, um zu helfen: Für die einzigen dort möglichen Produkte — denn die Bauern können nicht in die Schweine ausweichen, um es einmal so auszudrücken — nämlich für das Rindvieh müssen sie angemessene Preise bekommen. Wenn es nötig ist — und ich bestreite das nicht —, in bestimmtem Maße dänisches Rindvieh hereinzunehmen, dann bleibt eben nichts anderes übrig — Sie haben es ja getan, verehrter Herr Bundesernährungsminister —, als dieses Rindvieh quer durch Europa zu treiben, um es wieder los zu werden, damit es die Preise nicht belastet.

Es war mir übrigens sehr interessant, daß man mir als erstes in Kopenhagen sagte, es sei unerhört, *welch schlechten Handelsvertrag* man dort hätte mit uns abschließen müssen, weil wir so wenig Rindfleisch abnähmen. Ich habe gesagt: jetzt werde ich seit Wochen von meinen Bauern verprügelt, weil wir soviel Rindfleisch abnehmen! — Offenbar haben diese Dinge ihre zwei verschiedenen Seiten.

Damit eben nicht nur der Süden, die segensreichen Grünland- und Weidengebiete des Allgäus und einige andere süd- und westdeutsche Gebiete hier zu Worte kommen, glaube ich, etwas dazu sagen zu müssen, daß eine Agrarpolitik — und das ist auch völlig die Meinung unseres Herrn Ernährungsministers — keine schematische Politik sein muß, die so tun kann, als ob Bauer gleich Bauer und Hektar gleich Hektar sei, sondern daß man die spezielle Situation des einzelnen Landes, die Nöte, Schwierigkeiten und Begrenztheiten sehen muß.

Darum bitte ich im Interesse dieser norddeutschen Gebiete, die der Ernährungsausschuß kürzlich sehr intensiv kennengelernt hat, *dringend* darum, Verständnis dafür zu haben, daß man hier eben Maßnahmen treffen muß, die der echten Förderung und Erhaltung dieser Gebiete gelten; denn mit der Erklärung, man dürfe Mooregebiete nicht der Erzeugung zuführen, ist es nicht getan. Auf diesem Gebiet sitzen Bauern, die zum Teil heute noch unter Lebensumständen vegetieren wie im vorigen Jahrhundert. Das sind auch Menschen, und wir haben gerade von uns aus keine Veranlassung, die Radikalisierung dieser Menschen durch andere zuzulassen, oder anderen die Chance zu geben, zu sagen, sie seien mehr als die Christlich-Demokratische Union dafür, daß hier für diese Gebiete etwas geschehe. Ich habe gesprochen! (Starker Beifall.)

PRÄSIDENT KIESINGER

Damit haben wir unsere Vormittagsarbeit beendet. Ich danke dem Herrn Referenten des heutigen Vormittages, Herrn Bundesminister Lübke, noch einmal sehr herzlich für seinen Vortrag, allen Diskussionsrednern und nicht zuletzt auch allen, die mit großer Aufmerksamkeit und Geduld diesen Vormittag hier verbracht haben. Darf ich Sie daran erinnern, daß die Plenarsitzung um 15 Uhr beginnt. Ich bitte Sie, pünktlich zu erscheinen.

Ende: 13.05 Uhr.

B. Plenarsitzung

Die Sitzung wird um 15.10 Uhr durch den Präsidenten

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER

PROF. DR. ERHARD

eröffnet:

Ich habe die Freude, noch an ausländischen Gästen hier zu begrüßen Herrn Giodani von der Democrazia Christiana, Italien (Beifall), Herrn Dr. van Doorn und Herrn Dr. Albering von der Katholischen Volkspartei, Holland. (Beifall.)

Ich heiße sie herzlich willkommen und hoffe, daß Sie sich in unserer Mitte wohlfühlen werden.

Bevor ich dem Redner der Sitzung das Wort gebe, möchte ich einigen ausländischen Herren noch das Wort zur Begrüßung erteilen. Für die NEI spricht

DR. SCHUYT

Ich habe die Ehre, im Namen des Generalsekretariats der NEI, der Nouvelles Équipes Internationales, der Internationalen Union der christlichen Demokraten, Ihren Parteitag zu begrüßen. Das ist mir nicht bloß eine Ehre, sondern auch eine Freude. Durch dieses feierliche Zusammensein wird die Verbindung ihrer Partei mit den anderen Parteien Europas wieder gefestigt. Mehr denn je ist in der heutigen Zeit die Zusammenarbeit auf europäischem Gebiet eine wesentliche Bedingung für gute nationale Politik. Das gilt für alle Parteien, aber insbesondere für die christlichen Parteien Europas.

Dieser Gedanke ist mir in den letzten Tagen besonders klar geworden. Während meiner Arbeit beim Europarat in Straßburg habe ich deutlich feststellen können, welch große Fortschritte im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit gemacht worden sind. Ich kann Ihnen das mit einem kleinen unbedeutenden Beispiel anführen. Die Atmosphäre im Europarat hat sich geändert. Statt der großen lyrischen Reden und europäischen Liebeserklärungen von früher fängt man an, sich zu zanken. Die Streitpunkte sind die Insel Cypern, Triest oder Schleswig-Holstein, um von gewissen Themen ganz zu schweigen.

Es klingt paradox, und doch ist diese neue Situation ein wesentlicher Fortschritt. Offenbar fühlen sich die europäischen Nationen im Europahaus daheim. Man darf daraus folgenden Schluß ziehen, daß die 15 Nationen Europas sich einig geworden sind über die Bauart ihres Hauses. Jetzt beginnt die Diskussion über die Einrichtung dieses Hauses. Damit beginnt eine neue entscheidende Periode in dem europäischen Familienleben. Jetzt handelt es sich um die Bestimmung der Atmosphäre in diesem großen Rahmen. Wer Atmosphäre sagt, meint Lebenshaltung und Weltanschauung. Damit ist deutlich gesagt, wie groß die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen christlich inspirierten Parteien ist.

Es wird viel gesprochen über wirtschaftliche und militärische Integration. Das ist selbstverständlich. Aber es wird zu wenig über die geistige Integration geredet. Was man darunter verstehen soll, möchte ich hier mit einem kleinen Beispiel sagen. Wenn zwei junge Menschen verlobt sind, sprechen sie nicht nur über die materielle Einrichtung ihres Hauses, sie schaffen sich vielmehr durch ein intensives Sichkennenlernen aus zwei isolierten Welten eine neue gemeinschaftliche Welt. Jeder weiß, daß diese

neue gemeinsame Welt von Freude und Schmerz begleitet ist. Die geistige Integration ist ein schöpferischer Prozeß. Sie ist ein mühsames, aber notwendiges gegenseitiges Sichkennenlernen der Nationen. Die geistige Integration schafft die europäische Seele. Die Verantwortlichkeit für die Gestaltung und die Bildung der europäischen Seele obliegt an erster Stelle uns Christen. Unser gemeinsames Haus darf nicht nur aus Kohle und Stahl bestehen. (Beifall.) Wenn unsere heutige Zivilisation materialistisch ist, müssen wir auch uns selbst Vorwürfe machen. Schon einmal in der Geschichte waren wir als Christen abwesend. Wenn wir jetzt Gründe haben, uns zu freuen, dann deswegen, weil alle christlichen Parteien Europas ohne Ausnahme sich zum Europagedanken bekennen. (Beifall.)

Wir können damit vertrauensvoll in die Zukunft blicken; denn durch unsere enge Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Union christlicher Demokraten, die zu vertreten ich die Ehre habe, sind die Vorbedingungen gegeben, daß unser Europa oder das Europa unserer Kinder nicht ein moderner technischer Superstaat sein wird, sondern vielmehr ein lebensfähiges Haus, das auf den Pfeilern des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit gegründet ist. (Beifall.)

PRÄSIDENT PROF. DR. ERHARD

dankt Dr. Schuyt für die freundlichen und richtungweisenden Ausführungen und erteilt das Wort

HERRN MECK, Frankreich

(Mouvement Republicain Populaire).

Ich darf mich wohl in deutscher Sprache an Sie wenden; denn Ihr Freund Kiesinger hat auch in französischer Sprache auf dem Kongreß in Lille gesprochen und sich seiner Aufgabe dort gut entledigt. (Beifall.)

Ich brauche daher keine zeitraubende Übersetzung, die unter diesen Umständen überflüssig ist. Ich muß zunächst die eigentlichen Chefs des MRP entschuldigen, die zur Zeit zurückgehalten sind durch den Nationalkongreß der Christlich-Sozialen und Demokratischen Volkspartei Frankreichs, der bis nächsten Sonntag in Lille stattfindet. Das Zusammentreffen der beiden Tagungen hat unsere Chefs verhindert, hier zu erscheinen. Präsident Teitgen hat mich vorgestern beauftragt, Ihnen die herzlichsten Grüße der Bruderpartei Frankreichs zu übermitteln. (Lebhafter Beifall.)

Wir hatten schon vor 30 Jahren eine internationale Verbindung. Der damalige Parti Democrat Populaire, der bei weitem nicht so stark war wie der heutige Mouvement Republicain Populaire, hatte mit den christlich-demokratischen Parteien anderer Länder eine internationale Organisation gebildet. Wir hatten auch in Paris den Besuch des Kanzlers Brüning. Es ist zu bedauern, daß jene Initiative nicht von Erfolg gekrönt war; sie gab Anlaß zum Zusammentreffen unserer Freunde, namentlich unseres früheren Präsidenten mit dem Kanzler Brüning. Wir haben diese Verbindung stets gepflegt. Dann haben vor allen Dingen die christlichen Demokraten Frankreichs vor 30 Jahren jenen Mann unterstützt, Aristide Briand, le pèlerin de la paix, der als Pilger des Friedens bereits damals mit aller Entschiedenheit, mit aller Leidenschaft, mit seiner ganzen, entzündenden Beredsamkeit für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa eingetreten ist. (Lebhafter Beifall.) Mit ihm wurde damals der Parti Democrat Populaire in schärfster Weise von der nationalistischen Seite her bekämpft. Nachdem jetzt seit beinahe 10 Jahren zwei Mitglieder des MRP das Steuer der Außenpolitik Frankreichs zu lenken haben, können wir mit Befriedigung feststellen, daß der MRP der geschichtlichen Tradition der christlichen Demokraten Frankreichs treu geblieben ist. Wir haben in der Assemblée

nationale zur Zeit sechs gleich starke Parteien, die Kommunisten, die Sozialisten, die Linksbürgerlichen, den MRP, die Rechtsbürgerlichen und die ehemaligen Gaullisten. Von diesen sechs großen Parteisäulen ist der MRP die einzige Partei, die geschlossen und entschieden und mit Liebe arbeitet, wie sie nur kann, um Europa zu schaffen, nicht allein in Worten, sondern auch mit der Tat. (Beifall.)

Der Initiative von George Bidault verdanken wir den Europarat, der Initiative Schumans den Eisen- und Stahlpakt. Und auch für die gemeinsame Verteidigung der Menschenwürde und der Freiheit gegen das schrecklichste Regime, das die Welt jemals gekannt hat, wird der MRP mit aller Leidenschaft eintreten, damit nicht allein die moralischen, sondern auch die materiellen und militärischen Kräfte der Völker des Abendlandes vereint werden. (Beifall.)

Haben Sie Verständnis für gewisse Hemmungen, die in anderen Parteigruppen und bei anderen politischen Persönlichkeiten Frankreichs zu finden sind. Heute morgen in der Diskussion zum ersten Referat hat ein Geistlicher Ausführungen gemacht, die ungefähr in der Linie dessen liegen, was ich Ihnen zu diesem Kapital sagen könnte. Ich brauche aber kein langes Referat zu halten, um es Ihnen zu erklären; Sie wissen es ohnehin schon, daß der MRP in seiner ganzen Geschlossenheit sich nicht von Gefühlsmotiven leiten läßt, so edel sie auch seien, sondern von der realistischen Auffassung der Dinge und vor allem von der Überzeugung, daß Begriffe wie militärische Stärke oder Überlegenheit in dem Sinne, die diese Worte 1870, 1914 oder noch 1943 hatten, heute im Zeitalter der Kriegstechnik, der Atombombe und noch schlimmerer Utensilien überwunden und veraltet sind.

Der MRP wird, wie bisher, alles tun, was in seinen Kräften steht, um eine baldige Entscheidung in dieser Frage zu erwirken. Der Liller Kongreß hat das erneut bestätigt. Dieser Kongreß stand auch im Zeichen der Festigung der Position der Christlichen Volkspartei Frankreichs. Vor drei Jahren wollten de Gaulle und der Kommunist Duclos zur gleichen Zeit dem MRP die Totenglocke läuten. Seine vollständige Wahlniederlage wurde prophezeit. Der MRP ist heute eine der sechs großen Parteien Frankreichs, und die Ersatzwahlen der letzten drei Jahre waren schöne Erfolge für die Christliche Volkspartei. Das beweist, daß die Zeiten definitiv überwunden sind, in denen vor 50 und 60 Jahren die christlichen Demokraten Frankreichs in aussichtslosem Kampf gegen die Extremisten von rechts und von links in idealer Weise wirkten, sich aber bei den Wahlen nicht durchsetzen konnten.

1944 wurde der große Wahlsieg des MRP vom Sozialistenführer Léon Blum als ein Wunder betrachtet. Dieses Wunder ist das Resultat jahrzehntelanger harter Kleinarbeit der christlichen Demokraten Frankreichs, unserer Jugendorganisationen, aber auch der christlichen Arbeiterorganisationen. Zusammen mit den belgischen Gewerkschaften haben auch die christlichen Gewerkschaften Frankreichs heute eine Stärke erreicht, die wir uns vor 30 Jahren nicht hätten träumen lassen. Sie haben darüber hinaus in die überseeischen Besitzungen Afrikas und Asiens das Banner der christlichen Arbeiterbewegung getragen, die auch unbedingt notwendig ist in ihrem Mitwirken bei der Schaffung Europas.

Europa darf nicht allein das Resultat der Arbeit der Diplomaten, sondern auch der sozialen Volksbewegungen aller europäischen Länder sein. (Starker Beifall.)

Gewiß, das Bild hat auch seine Schattenseiten. Wir haben gewisse extremistische Zuckungen zu überwinden, von denen man wahrscheinlich auch bei Ihnen — z. B. über gewisse Verirrungen sogenannter Arbeiterpriester — zur Genüge in der Presse berichtet und geschrieen hat.

Ich komme zurück von zwei Kongressen, jenem der Christlichen Gewerkschaften vor 14 Tagen und jenem der Christlichen Volkspartei in Lille, mit der felsenfesten Überzeugung, daß die vernünftigen Elemente die Zügel fest in der Hand haben und daß die extremistischen Minoritäten zu einflußloser Minderheit verurteilt sind. Wenn eine Krise bestanden hat — und diese Krise wurde übertrieben durch gewisse Pariser Boulevardblätter und sogar durch Artikel von Mitgliedern der Academie Française —, so ist sie überwunden, weil die Massen unserer Bauern und Arbeiter, unseres Mittelstandes und auch der intellektuellen geschlossenen zur Volkspartei stehen und mit uns kämpfen wollen für soziale Gerechtigkeit, gesunde Demokratie und den Frieden in der Welt.

Es ist für uns ein Stolz, zu sehen, wie in allen Ländern heute christliche Demokraten für den Frieden und für die Sammlung der moralischen und materiellen Kräfte der europäischen Völker tätig sind. Es ist ein Stolz für uns festzustellen, daß namentlich Schuman und Adenauer in der ganzen Welt hochgeachtet sind. Wir wollen aber kein Monopol in dieser Beziehung, wir wünschen sehnlichst, daß auch die Vertreter der sozialistischen Arbeitermassen aller europäischen Staaten in positiver Aufbauarbeit dabei mitwirken. (Beifall.)

Ich habe bereits vor fünf Jahren in Basel bei den europäischen Zusammenkünften den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie gesagt, unter sozialistischer Friedensarbeit habe ich mir als junger Mensch vor 40 Jahren etwas anderes vorgestellt als die ewige Neinsagerie, die faktisch betrieben wurde. (Starker Beifall.) Sie sollten mitwirken am Aufbau der europäischen Verteidigung des Abendlandes zum Schutze der Menschenwürde und der Freiheit gegenüber der Gefahr einer Sklaverei, wie sie noch niemals in der Weltgeschichte war; denn Nero, den wir alle kennen von Kindheit her als den Abschaum der Menschheit, das ist ein Waisenknaube gegenüber dem Schandwerk eines Stalin! (Lebhafter Beifall.)

Ich hatte Gelegenheit, vor Jahresfrist in größeren Versammlungen in Offenburg und Homburg zu sagen: Habt Vertrauen! Ich habe die feste Zuversicht in das gesunde politische Begriffsvermögen des deutschen Volkes, daß es nach so harten Prüfungen sich nicht dazu entschließen wird, zu der negativen Kritik ja zu sagen. — Ich habe weiter erklärt, daß ich die felsenfeste Überzeugung hätte, daß die positive Aufbauarbeit die Billigung der deutschen Wähler finden werde.

Der Erfolg, den wir davon getragen haben, hat meine optimistischen Erwartungen noch übertroffen. Wir haben uns alle darüber redlich gefreut. Aber wir wollen keinen Siegestriumph und keine Fanfarenstöße von uns geben, sondern wir wünschen, daß die englischen Travailleurs, die Vertreter der starken sozialdemokratischen Parteien der nördlichen Staaten, die Vertreter der sozialistischen Arbeiterbewegungen aller europäischen Staaten mit uns Hand ans Werk legen, damit ein Europa geschaffen wird, das Allgemeingut für jeden sein soll. Wir wollen damit nur dem Frieden dienen.

Weil ich als Vertreter des MRP, der französischen Christlich-Sozialen Partei, spreche, möchte ich meine Ausführungen schließen, indem ich ein Wort wiederhole, das vor hundert Jahren ein elsässischer Dichter Stöber geprägt hat:

Hermanns Kraft und Rolands Mut
sollten nie sich befenden!

Ich glaube, daß letzten Endes in den Massen des deutschen wie des französischen Volkes immer und immer wieder diese Sehnsucht, dieser Heißhunger nach Verständigung dieser zwei großen Nationen zum Ausdruck kommt und auch in der Zukunft zum Ausdruck kommen wird. Wir wollen

an die Arbeit gehen, um miteinander zu schaffen und zu wirken, damit wir Europa die Einigung und der Welt den Frieden geben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

P R Ä S I D E N T P R O F . D R . E R H A R D

Herr Meck! Ich danke Ihnen für dieses freie und schöne Bekenntnis zu den gemeinverpflichtenden Aufgaben unserer beiden Länder und Völker. Wir haben gespürt, wie sehr Sie der Versammlung aus dem Herzen gesprochen und in diese Herzen eine Hoffnung gesetzt haben. Die gleiche Sehnsucht, die Sie erfüllt, erfüllt auch das deutsche Volk. (Lebhafter Beifall.)

Ich setze Ihr Einverständnis voraus, daß wir unseren weiteren Gästen in einer späteren Stunde dieses Nachmittags das Wort erteilen.

Damit kommen wir zur Tagesordnung. Es wird sprechen über:

Die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt

P R Ä S I D E N T D R . J . A B S

Dieses Thema, die veränderte wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik in der Welt, ist ein weites Thema, das mir hier gestellt ist. Dabei möchte ich insbesondere darauf eingehen, was sich dem kritischen Blick eines Deutschen zeigt, wenn er einmal versucht, die wirtschaftliche Lage seines Heimatlandes von außen her zu betrachten.

Worin hat sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands in der Welt gegenüber früheren Jahrzehnten geändert, und zwar geändert — einmal abgesehen von dem, was sich für jedermann sichtbar aus der politischen Entwicklung ergibt? Es zeigt sich ein tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Wandel. Die Lage vor dem ersten Weltkrieg war seltsam zwiespältig; zwar gab es eine weltweite Wirtschaft, eine einheitliche Währungsordnung, eine weitgehende Freiheit im Außenhandel und viel Freizügigkeit der Menschen. Dies alles war mehr verwirklicht, als jemals zuvor und jemals nachher. Andererseits sehen wir damals eine Blütezeit des Nationalismus. Das Fundament einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde hierdurch mehr und mehr untergraben. Ebendeshalb können wir die wirtschaftliche und politische Gesinnung jener Zeit nicht mehr zum Vorbild nehmen, dies auch deshalb nicht, weil die uns heute so bewegende soziale Frage, sprich die vollberechtigte Eingliederung der Schwachen in die Gesellschaft, nicht in der ihr gebührenden Tragweite erkannt war, bei uns nicht, aber auch nicht bei den anderen, so rühmenswert auch die Leistungen auf Teilgebieten, wie bei uns in der Sozialversicherung, waren.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wird Ihnen allen noch gegenwärtig sein als eine Epoche des Ringens mit gefährlichen Kräften. Verhängnisvoll war das Wirken jener, die der Parole des Klassenkampfes folgten oder die die Nation vergötterten und eine Autarkie anstrebten, oder die es in anderer Weise an der menschlichen Solidarität fehlen ließen. Wir alle wissen, wie sehr gerade Deutschland unter alledem zu leiden hatte. Heute, nach Jahren der schweren Prüfungen hat sich vieles geklärt. So sehen wir auch, daß jede Art des Strebens nach wirtschaftlicher oder politischer Autarkie zum offenbaren Unsinn geworden ist. Das Aufeinanderangewiesensein der Völker und ihrer Wirtschaft ist

den weitaus meisten bewußt geworden. Für die Bundesrepublik gilt das nicht etwa nur, weil die Ostgebiete und Mitteldeutschland von ihr getrennt sind, ihre Ernährungsbasis schmaler und ihr Industriepotential ergänzungsbedürftiger geworden ist; hinzu kommt, daß es auf der Erde politisch und militärisch zur Bildung zweier Zentren gekommen ist, von denen eine große, gleichsam magnetische Kraft ausgeht; es trifft ferner zu wegen der Ausweitung der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten, welche die Schaffung weiträumiger Märkte gebieterisch verlangten. Schließlich zwingt das lebhafteste Verlangen in aller Welt nach einem besseren Ausgleich zwischen den wirtschaftlich Starken und den wirtschaftlich Schwachen gerade auch die wirtschaftlich fortgeschrittenen Völker dazu, sich weltoffen zu verhalten, die nationalen Grenzen nicht als eine gottgewollte Schranke anzusehen, sondern als etwas, dessen Bedeutung es zu verringern gilt.

Sie alle wissen, mit welcher Hingabe und Konsequenz die Bundesregierung seit ihrem Bestehen bemüht gewesen ist, die Konsequenzen aus der neuen Lage zu ziehen, nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie wurde in der Welt zu einem der Hauptführer einer sozial verpflichtenden Marktwirtschaft und damit auch einer weitgehenden wirtschaftlichen Verflechtung mit der übrigen Welt. Ich bewundere die Konsequenz und den Mut, mit der besonders Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard dieser Ansicht stets entsprochen hat, angefangen von seinem Drängen nach fortschreitender Liberalisierung bis hin zu seiner Aktivität im Interesse der Wiederherstellung der Konvertierbarkeit, sprich einer einheitlichen internationalen Währungsordnung. Deutschland hat in einer freien Welt vieles zu gewinnen, in einer gebundenen, „cloisonnierten“ vieles zu verlieren! Dies richtig erkannt zu haben und zielbewußt gegen viele Ungläubige als die deutsche Wirtschaftspolitik verfolgt zu haben, ist das geschichtliche Verdienst Erhards. (Beifall.)

Sehr begünstigt wurde die fortschreitende wirtschaftliche Eingliederung der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft durch die weise und überlegte Zurückhaltung, welche sich der Staat im Verhalten zum Individuum auferlegt hat, ohne daß er deshalb doch die ersten, ihm zufallenden Aufgaben auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet vernachlässigt hätte. Zwar gibt es Ausnahmen, es zeigt sich diese Weisheit noch nicht überall, z. B. nicht im Verhalten des Staates in Dingen des Kapitalmarktes. Im ganzen ist aber doch bereits viel erreicht, um den Staat aus seiner oftmals so über alles vernünftige Maß hinausgehobenen Stellung gegenüber dem Individuum zu entfernen, um darzutun, daß eben nicht der Staat oder ein anderes Kollektiv, sondern der einzelne Mensch und dessen Freiheit wichtigstes Anliegen aller Politik sind.

Nunmehr gilt es auch noch, die finanzielle Aktivität des Staates abzubauen, und zwar vor allem dort, wo sie nicht im Wesen staatlichen Wirkens liegt. Wir alle haben Anlaß, den Bundesfinanzminister Schäffer zu rühmen wegen der Umsicht und Festigkeit, mit der er in den zurückliegenden Jahren die Stabilität der öffentlichen Finanzen gewährleistet hat. Möge es ihm nun auch noch gelingen, das Volumen der öffentlichen Ausgaben zu normalisieren und damit eine Voraussetzung für weitere Steuersenkungen zu schaffen. Diese weiteren Steuersenkungen aber sind zur materiellen Rettung der breiten Mittelschichten unerlässlich.

Lassen Sie mich hier auch eines Beitrages der Bundesrepublik auf dem Gebiet des sozialen Fortschritts gedenken. Ich meine die Regelung der Mitbestimmung. Auf Grund der bisher mit ihr gemachten Erfahrungen möchte ich in ihr einen echten Erfolg sehen. Sie wird sich, so glaube ich, auch in Zukunft bewähren, sofern sich nur die Sozialpartner wie bisher um eine loyale Zusammenarbeit bemühen und jeder bereit ist, dem anderen zu geben, was ihm gebührt.

Unsere Regelung der Mitbestimmung ist vielleicht mehr noch als im Inland vom Ausland her, und zwar besonders von Beobachtern in den angelsächsischen Ländern, verkannt worden. Es ist dies meines Erachtens weitgehend eine Folge der Tatsache, daß namentlich im anglo-amerikanischen Recht mancherlei Funktionen beim Aufsichtsrat liegen, die bei uns vom Vorstand besorgt werden. Ich glaube nicht, daß die deutsche Regelung vom Standpunkt eines an den betrieblichen Verhältnissen in der Bundesrepublik interessierten Ausländers irgendwie beunruhigend ist. Auch die Bereitschaft von Parlament und Regierung zur Regulierung der Auslandsschulden war ein Beitrag zur Stärkung des internationalen Vertrauens; zur Rückführung Deutschlands in die Gemeinschaft freier Völker. Die andauernde Kräftigung der deutschen Währung in den letzten Jahren, die Stabilerhaltung ihrer Kaufkraft im Innern — ein besonderes Verdienst der deutschen Wirtschafts-, Haushalts- und der Notenbankpolitik — ermöglichte inzwischen sogar einen Schuldendienst, der über die zunächst eingegangenen Verpflichtungen noch hinausgeht.

Mit Recht erfüllt uns Deutsche mit Genugtuung, daß die Produktion und der allgemeine Lebensstandard seit der Währungsreform gestiegen sind, der Außenhandel sich erheblich ausgeweitet hat, die Währung eine der festesten in Europa geworden ist, ein immerhin großer Teil der Heimatvertriebenen wieder eine Existenz hat finden können und im Wohnungsbau Beträchtliches erreicht ist. Kein Geheimnis ist nun aber, daß das in der Bundesrepublik Geleistete im Ausland vielfach mit gemischten Gefühlen aufgenommen wird. Nicht wenige gibt es, die eine wirtschaftliche Erstarkung unseres Landes fürchten, sei es, weil sie unsere Konkurrenten sind oder aus politischen oder sonstigen Gründen. Gestatten Sie mir hierzu einige Worte. Um deutlich zu machen, in welcher Art sich die ausländische Kritik gelegentlich äußert, möchte ich Ihnen einige Sätze aus einem kürzlich erschienenen Bericht einer verbreiteten englischen Zeitung, der auch in der deutschen Presse zitiert worden ist, vorlesen:

„Wieder einmal ist die deutsche Nation nach einem Lebensraum auf dem Marsch. Aber diesmal sucht eine industrielle Armee ihren Lebensraum auf den Exportmärkten der Welt. Es ist eine Armee, die in ihrer Intensität nicht weniger schreckerfüllend ist als die Militärmaschine Hitlers, die Europa überrannte, und Großbritannien ist ihr Hauptziel; denn es ist Englands Anteil auf den Exportmärkten, wo die großen deutschen Siege errungen werden können. Schon ist Westdeutschlands Anteil an den Großmaschinenexporten der Welt auf den Vorkriegsstand zurück — auf Englands Kosten; denn unsere Nachkriegserrungenschaften sind uns von den eifrigen Deutschen abgejagt worden . . . Westdeutschland erhebt sich wieder aus den Ruinen, um den Handel Großbritanniens und des Empire zu bedrohen.“

Was sollen wir nun zu einer Kritik sagen, die in dieser oder auch in einer mehr konzilianten Form laut wird? Sollen wir deshalb weniger arbeiten und produzieren? Sollen wir unsere wirtschaftlichen Ziele niedriger festsetzen? Oder was können wir tun, um nicht infolge unserer wirtschaftlichen Aktivität als ein störendes Mitglied der Völkergemeinschaft angesehen zu werden?

Mir scheint, wir haben einigen Anlaß zur Selbstkritik. Ist es nicht eine Schwäche von uns Deutschen, im Unglück unsicher zu sein, zur zersetzenden Kritik an uns selbst und an aller Welt zu neigen, aber, wenn es aufwärts geht, das Maß zu verlieren? Wie oft ist in den letzten Jahren von dem Wunder des deutschen Aufbaues gesprochen worden — ein Wort, gegen das sich aber schon manche, an der Spitze der Bundespräsident, auch der Bundeskanzler, der Wirtschaftsminister und viele Mitglieder der Regierung gewandt haben —, wieviele Deutsche gibt es, die immer noch meinen,

sie, die Deutschen, seien zu besonders großen Dingen befugt, und das Ausland sei gern bereit, von uns zu lernen, in uns Vorbilder zu sehen?

Diejenigen, die meinen, daß wir so ganz besonders tüchtig sind, mögen doch auch bedenken, daß es zahlreiche Länder gibt, die einen höheren Lebensstandard haben als wir, und zwar nicht nur in der Gesamtheit, sondern auch je Beschäftigten in der Industrie. So liegt der Wert der statistisch errechneten wirtschaftlichen Leistung pro Kopf der Industriebevölkerung Englands, Belgiens, der Niederlande und der Schweiz zum Teil erheblich über der unsrigen, obwohl die Arbeitszeit dort oftmals niedriger ist. Dies gewiß auch deshalb, weil sich die Wirtschaft jener Länder in den letzten Jahrzehnten kontinuierlicher hat entwickeln können, und zuweilen auch, weil überseeische Gebiete zur Verfügung stehen, um die einheimische Wirtschaft zu ergänzen. Ich will hier nicht darauf eingehen, inwieweit ein Hang zur Maßlosigkeit die Kontinuität in unserem Lande gelegentlich gestört hat, nicht nur der Maßlosigkeit der Machthaber des 1000jährigen Reiches.

Wie auch die Dinge im einzelnen liegen, die Nachbarländer sind nicht in solchem Maße von Natur aus oder durch eine glücklichere Geschichte begünstigt, daß dies allein ihre derzeitige relativ höhere Produktivität erklären könnte, sondern auch deshalb, weil die Menschen eben auch in anderen Ländern tüchtig sind. Ich sage das nicht, um den Wert der eigenen Leistung zu schmälern, sondern um der Leistung der anderen die ihr gebührende Achtung zu zollen, um die These zu begründen, daß wir damit zufrieden sein sollten, uns für gleich tüchtig zu halten wie die anderen, also ohne einen Komplex von Überlegenheit oder von Minderwertigkeit.

Gelingt uns dies, dann begreifen wir auch, daß es nicht einmal auf wirtschaftlichem Gebiet, geschweige denn auf politischem oder auf geistigem Gebiet irgendein Land auf der Erde gibt, das bereit wäre, einseitig von uns zu lernen, wie man es besser macht, oder sogar unsere Lebensweise zu kopieren. Ich sage einseitig, denn viele sind gewiß bereit, sich auch von uns etwas sagen zu lassen, sofern das geschieht mit der im Umgang unter Menschen und Völkern angebrachten Bescheidenheit, mit Verständnis für Ideale, Lebensgewohnheiten, Interessen und Wünsche der anderen. Welch ein Fortschritt wäre es, wenn es im Zuge eines Abbaues der nationalen Grenzen zu einem noch weit ausgedehnteren Austausch von Bewohnern, besonders von Jugendlichen der verschiedenen Länder käme, von Menschen aller Schichten, nicht zuletzt auch von Arbeitern, nicht allein in kurzen Urlaubsreisen, sondern auf längere Zeit hin.

Bei allem Anlaß zur Selbstkritik wird aber auch nicht übersehen werden können, daß manche an uns von außen her auf wirtschaftlichem Gebiet geübte Kritik ungerechtfertigt ist. Unsere oft so stolzen Äußerungen über die eigenen Leistungen haben doch keinem aufmerksamen Beobachter verbergen können, daß die Bäume hierzulande noch lange nicht in den Himmel gewachsen sind; sondern daß wir unverändert schwer mit der Überwindung der Folgen des verlorenen Krieges, darunter der wirtschaftlichen Konsequenzen, die sich aus der Zerreißung Deutschlands und des reduzierten Güteraustausches mit den Ländern des Ostens ergeben, zu leiden haben. Dies veranschaulichen besonders, so scheint mir, die Zahlen über die Situation im Außenhandel. Wie kann berechtigt sein, sich über das inzwischen im Außenhandel der Bundesrepublik Erreichte zu erregen, wo der Ausfuhranteil Westdeutschlands an der Weltausfuhr mit 5,9 v. H. noch unter demjenigen Westdeutschlands im Jahre 1936 liegt? Damals belief er sich auf 7,5 v. H. Inzwischen ist bekanntlich die Bevölkerung der Bundesrepublik und ihre Abhängigkeit vom Außenhandel weit stärker gestiegen, als es für die meisten anderen Länder zutrifft. Pro Kopf der Bevölkerung war nach Feststellung der Bank deutscher Länder das Aus-

fuhrvolumen im Jahre 1953 bei uns nur um 17 v. H. höher als im Jahre 1938, während es entsprechend in Großbritannien um 48 v. H., in Frankreich um 70 v. H. und in den Vereinigten Staaten von Amerika sogar um 96 v. H. zugenommen hat. Der Anteil unserer Chemie-Produktion an der Chemie-Weltproduktion ging zurück von 21,9 v. H. im Jahre 1938 auf 5,4 v. H. im Jahre 1953. Der Anteil Deutschlands an der Welt-Elektro-Ausfuhr belief sich vor dem zweiten Weltkrieg auf rd. 25 v. H., derjenige der Bundesrepublik macht gegenwärtig rd. 12 v. H. aus. Wenn diese Zahlen jemanden beunruhigen können, dann doch wohl nur uns selbst. Auch die Steigerung der Lebenshaltung war bei uns in den letzten Jahren nicht größer, sondern teilweise sogar geringer als in den Ländern wie Belgien, Großbritannien, Italien und Frankreich.

Mögen diese Tatsachen auch dazu beitragen, jene Kräfte zu stärken, die sich im Ausland, besonders auch in den Vereinigten Staaten, für eine Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens einsetzen. Deutschlands Wirtschaft will niemand bedrohen, und sie kann auch niemanden bedrohen, jetzt nicht und auch nicht in Zukunft. Welch ein Gewinn wäre eine solche Rückgabe auch für die Anerkennung des Gedankens der individuellen Freiheit und des persönlichen Eigentums; Werte, für deren Hochachtung und Verwirklichung gerade die angelsächsischen Länder in ihrer Geschichte so viel getan haben.

Gestatten Sie mir nun einige Bemerkungen zu der Frage, wie es zu einer weiteren Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet kommen kann mit dem Ziel der Schaffung weltweiter Märkte, und darüber hinaus der Vermehrung an Solidarität und Gerechtigkeit unter den Menschen und Völkern der Erde.

Ich möchte mich zu diesem Thema ein wenig von meiner, natürlich begrenzten persönlichen Erfahrung her äußern, die ich u. a. als Mitglied einiger internationaler Vereinigungen gewonnen habe. Charakteristisch scheint mir der Eindruck zu sein, welchen der Verlauf der Westminster-Konferenz zu London, die Anfang dieses Jahres stattfand, auf mich und wohl auch auf andere gemacht hat. Auf dieser Konferenz, die sich mit aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen befaßte und auf welcher über 200 Delegierte der freien Völker Europas, der Länder des britischen Commonwealth und auch einige politische Flüchtlinge aus dem Osten teilnahmen, zeigte sich, wie außerordentlich verschieden im einzelnen die Auffassungen der zahlreichen politischen und ideologischen Richtungen sind, wenn es um eine Stellungnahme zu Detailfragen geht. Es ergab sich aber zugleich eine weitreichende Übereinstimmung in dem Grundsatz, daß eine weitergehende Einigung und Zusammenarbeit geboten ist. Gleichheit und Verschiedenartigkeit der Auffassungen gingen quer durch die einzelnen Nationen und auch die sozialen Schichten hindurch. Das scheint mir nur gut so zu sein. Der Nationalismus alter und gefährlicher Prägung, er erwies sich gewiß nicht als tot — es wäre bedenklich, das glauben zu wollen —, aber doch als stark geschwächt und sehr in die Verteidigung gedrängt. Es gab nicht einen, der sich etwa gegen das Ziel einer gemeinsamen Währungsordnung, gegen Freiheit im Güterverkehr, Freizügigkeit der Menschen, wirksame Koordinierung der nationalen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auszusprechen wagte; und, was wohl das Wichtigste ist, der Gedanke, daß alle Menschen in Freiheit und Würde zu leben verdienen, er übte eine zündende Wirkung aus, er verhinderte, daß es zu Selbstzufriedenheit in der Beurteilung des bisher Erreichten mit all seinen Unvollkommenheiten kam.

Mir scheint, wir sind in gewissem Sinne an einem neuen Abschnitt der Entwicklung angekommen. Vieles ist schon zur Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erreicht worden. Anderes, wie auch die

Wiederherstellung einer internationalen Währungsordnung, ist in gutem Fortschreiten begriffen. Ein nicht unbeträchtlicher Rest dessen, was in internationaler Zusammenarbeit geregelt werden sollte, verharret aber noch ziemlich fest in nationaler Absonderung und unterliegt weitgehend separaten Gesetzen, so z. B. die Entwicklung der Steuersysteme und überhaupt der Gestaltung der öffentlichen Budgets, fernerhin vieles im Bereich der Gesetzgebung auf sozialem Gebiet und auf dem Gebiet einer auch in bewegten Zeiten wirksamen Koordinierung der allgemeinen Wirtschafts-, Währungs-, Finanz- und Sozialpolitik. So ist mir z. B. gar nicht wohl in dem Gedanken daran, wie sich die einzelnen nationalen Regierungen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verhalten werden, wenn es einmal — was wir nicht wünschen wollen, woran wir aber auch natürlich denken müssen — zu depressiven Erscheinungen kommen sollte. Obwohl ich weiß, wie aktiv die Bundesregierung auch in all diesen Dingen ist, wie sehr deutsche — und keineswegs nur deutsche — Parlamentarier bemüht sind, den Europarat weiterhin zu aktivieren, bin ich doch besorgt, daß das Eintreten für eine engere Zusammenarbeit dort, wo diese bisher noch nicht recht gelöst ist, vorerst noch zu sehr Sache allein der Idealisten ist, während sich die — ich darf sie einmal nennen — Techniker der Zusammenarbeit aus verständlichem Respekt vor den politischen und psychologischen Imponderabilien dieses Unterfangens noch stark zurückhalten.

Angesichts der inneren Verbundenheit aller wirtschafts-, finanz- und auch sozialpolitischen Dinge müssen wir aber an eine weitergehende Koordinierung heran, in voller Würdigung allerdings der Tatsache, daß es viel Rücksicht zu nehmen gilt auf die nationalen Besonderheiten der Länder, also auf die Wahrung des föderalen Prinzips. Seien wir dabei frei von Dogmatismus. In manchen Fällen kann sich ein Zusammenschluß der Sechs bewähren wie im Falle der Montanunion, zu deren Freunden ich mich persönlich zählen möchte, trotz einiger Kritik an einzelnen ihrer Absichten und Methoden. In anderen Fällen wäre ein Schritt vorwärts nur durch einen Zusammenschluß auf breiterer Basis zu erreichen. So schiene mir auf dem Gebiet der Währungen und auch des Finanzwesens eine enge Zusammenarbeit, die nicht auch Großbritannien und möglichst auch die USA umfaßt, keineswegs erstrebenswert, und zwar nicht einmal als Vorstufe. In wieder anderen Fällen wäre sogar schon mit einer Vertiefung zweiseitiger Zusammenarbeit viel erreicht als Schritt für einen weitergehenden Ausgleich, so etwa auf dem Gebiet der Steuergesetze und in vielem wohl auch der sozialen Gesetzgebung.

Man spricht oft von dem Ziel einer wirtschaftlichen Vereinigung des freien Europas. Dies mag auch auf manchen Gebieten als ein Zwischenziel erstrebenswert sein. Hüten wir uns aber davor, eine wirtschaftliche Einheit Europas schaffen zu wollen, ohne stets der außerordentlich engen Verbundenheit einzelner Länder Europas — nicht nur Großbritanniens — mit anderen Teilen der Erde eingedenk zu sein. Diese Verbundenheit, sie zwingt auf manchen Gebieten dazu — ich erwähnte schon die Währungspolitik, zu nennen wäre unter anderem aber wohl auch die Zoll- und überhaupt die Außenhandelspolitik — sogleich auch eine wirksame Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, den Commonwealth-Ländern und anderen überseeischen Ländern anzustreben. So möchte ich auch der kürzlich vom Europäischen Wirtschaftsrat, der OEEC also, ausgesprochenen Mahnung beipflichten, daß die Entwicklung der überseeischen Gebiete der europäischen Länder nicht eine regionale Aufgabe sein kann, die sich unter Ausschluß der Dollarzone bewältigen läßt.

Es scheint mir nun selbstverständlich, im Rahmen des gestellten Themas auch Westberlins und der sowjetisch besetzten Zone zu gedenken; Westberlins, das de facto zur Bundesrepublik gehört, der sowjetischen Zone, die, obwohl für uns nicht Ausland, doch mehr von uns

getrennt ist als Länder in fernen Erdteilen. Für unser wirtschaftliches Verhalten zu Westberlin sollten wir uns, so scheint mir, besonders eines vor Augen halten, nämlich, daß es gilt, die Stadt nicht nur wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten, sondern auch allen ihren Bewohnern, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, Gelegenheit zu sinnvoller Arbeit zu verschaffen. (Beifall.) Im Bemühen um Verwirklichung dieses Zieles sind erstaunliche Fortschritte gemacht, doch ist die Zahl der Arbeitslosen immer noch groß.

Die wirtschaftliche Belastung der Bundesrepublik, die sich infolge der Politik einer Stärkung der Produktivität der Westberliner Wirtschaft und damit einer Vermehrung der dortigen Arbeitsplätze ergibt, ist dabei nicht so groß, wie es statistisch zu sein scheint und wie es auch oft behauptet wird. In der Summe, die über die Hilfeleistung an Berlin Aufschluß gibt, sind ja auch die sehr erheblichen Beträge für den Unterhalt der vielen Pensionäre, Renten- und Fürsorgeempfänger, der nicht mehr voll arbeitsfähigen Arbeitslosen enthalten, welche in jedem Fall der Bundesrepublik zur Last fallen würden, einerlei, ob diese Menschen nun in Westberlin, in einem westdeutschen Flüchtlingslager oder sonstwo im Westen wohnen würden.

Gegenüber der sowjetischen Zone fällt es mir sehr schwer, hier etwas in Kürze zu sagen, von dem ich hoffen kann, daß es den Belangen der Bewohner Mitteldeutschlands gerecht wird. Eine Tragik ist es, daß sich die Wirtschaft Mitteldeutschlands gewiß rasch wieder auf eine hohe Leistungsstufe bringen und den dortigen Bewohnern ein gleich hohes Maß von Bewegungsfreiheit im sozialen und wirtschaftlichen Leben geben ließe, wie wir es jetzt in Westdeutschland als selbstverständlich ansehen, wenn nur Ausbeutung, politischer und wirtschaftlicher Zwang dort ein Ende hätten und wenn die Wirtschaft Westdeutschlands Hilfestellung beim Wiederaufbau leisten könnte.

Unser Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteldeutschland, an den dortigen Nöten und den im Zeitpunkt einer Wiedervereinigung zu lösenden Problemen sollte nun nicht erst, so scheint mir, dann rege sein, wenn die Wiedervereinigung tatsächlich oder vermeintlich nahe oder unmittelbar bevorsteht. Unsere Beschäftigung mit den Dingen wird lebendig sein müssen, ganz unabhängig davon, wie hell oder wie finster jeweils der politische Horizont im Osten ist. In der gedanklichen Vorarbeit an den bei einer Wiedervereinigung zu lösenden Problemen ist auch nicht etwa eine fluchwürdige Planung zu sehen; denn wie vieles gibt es, das sorgfältiger, vorausschauender Klärung bedarf, auch wenn die Gesetze des Marktes zur schönsten Entfaltung kämen. Im übrigen verspreche ich mir von der unverdrossenen Beschäftigung mit den wirtschaftlichen Vorgängen und Problemen Mitteldeutschlands eine ermutigende Wirkung auf die Bevölkerung jenseits und diesseits des Eisernen Vorhanges. Es scheint mir hierin ein Beitrag zu bestehen, um wenigstens in einem engen geistigen Kontakt miteinander zu bleiben. (Beifall.)

Die Möglichkeiten der Bundesrepublik für die Mitwirkung an einer besseren und stabileren wirtschaftlichen Ordnung in der Welt werden — so glaube ich abschließend sagen zu sollen — wachsen, wenn uns die Souveränität zurückgegeben wird. Das Fehlen der Souveränität ist uns in den letzten Jahren nach Überwindung vieler Widerwärtigkeiten kaum noch fühlbar und bewußt dank des hohen persönlichen Ansehens, das sich der Herr Bundeskanzler in der westlichen Welt erworben hat und dank des seiner Politik entgegengebrachten Vertrauens. (Beifall.)

Möge uns die nahe Zukunft die Krönung dieser Politik bringen und uns auch ausdrücklich wieder zu Herren im eigenen Hause machen. Die Grundsätze unserer Regierung und unser entsprechendes Verhalten wird — so bin ich überzeugt — das Vertrauen der freien Welt rechtfertigen und festigen. (Starker Beifall.)

PRÄSIDENT DR. ERHARD

Herr Präsident Abs! Ich danke Ihnen herzlich für diese sehr interessanten Ausführungen, die ich in diesem Augenblick nicht zu würdigen brauche, da ich mir noch erlauben werde, selbst das Wort zu nehmen. Als nächsten Redner darf ich zur Aussprache bitten Herrn

VIZEPRÄSIDENT

DER MONTANUNION FRANZ ETZEL

In einem weiten Spaziergang durch die wirtschaftspolitische Lage der Bundesrepublik hat uns Herr Präsident Abs heute die veränderte wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik in der Welt dargelegt. Es war eine stolze Schau, die uns ein Mann, der nicht aus der engeren Parteiarbeit kommt, auf dem Fünften Parteitag gegeben hat, eine Schau, die uns mit Dank und Genugtuung erfüllt über den Weg, den wir wirtschaftspolitisch in den letzten sechs Jahren gegangen sind.

Wenn wir auch wissen, daß es deutsche Arbeiter und deutsche Unternehmer waren, die diese Erfolge schufen, so wissen wir doch auch, daß es während dieser ganzen Zeit Aufgabe der Politik war, dieser Entwicklung den Weg zu weisen, die Schranken und Barrieren, die einer vernünftigen Entwicklung am Anfang des Weges gebaut waren, zu beseitigen und damit diesem großen Wachsen deutscher wirtschaftlicher Entwicklung den Boden zu bereiten, den eine starke Pflanze nun einmal braucht, um gedeihen zu können.

Ich wage zu behaupten: ohne die deutsche Wirtschaftspolitik gäbe es den so oft besungenen deutschen wirtschaftlichen Aufstieg nicht. Und auch das muß gesagt werden: ohne die Erfolge der Wirtschaftspolitik wäre unsere ganze politische Entwicklung nicht möglich gewesen. Ich möchte nicht mißverstanden werden. Sicherlich ist diese Wirtschaftspolitik nur ein Fundament, und wir haben mehrere. Sicherlich wären unsere ganzen Erfolge ohne die großartige Arbeit unseres Bundeskanzlers nicht möglich, aber das Ganze wäre eben ohne die wirtschaftlichen Erfolge auch nicht möglich gewesen.

Das Fundament, das ich meine, ist folgendes: Ausweitung der industriellen Produktion um das Dreifache, Hebung des Masseneinkommens und des Reallohnes der industriellen Arbeiter fast um das Doppelte, eine Verfünffachung des deutschen Außenhandels in der Einfuhr und in der Ausfuhr. Es war die gewaltige Steigerung der deutschen Wirtschaftskräfte, die ein so wesentlicher Faktor für die Hebung des Welthandels und der Weltwirtschaft geworden sind. Hier liegt der Urgrund für diese veränderte wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik in der Welt.

Ich bin Herrn Präsident Abs sehr dankbar, daß er in seinem Referat klar herausgestellt hat, daß die Verfolgung dieser Wirtschaftspolitik das geschichtliche Verdienst Erhards ist. Diese Erklärung ist mir aus seinem Mund ganz besonders wertvoll. Ich darf sagen, wir sind sehr stolz darauf, daß dieser Erhard unser Mann ist. (Beifall.) Aber ich glaube, wir schulden aus dieser Erkenntnis heraus, die uns Herr Abs hier bestätigt hat, noch eine Erklärung, die nicht Herr Abs aussprechen konnte, sondern die vielmehr allein aus der Partei, aus der CDU, selbst heraus gegeben werden muß, die nur dort gegeben werden kann und zu der ich mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses verpflichtet fühle. Wir sagen ein Ja zu dieser Feststellung des geschichtlichen Verdienstes, aber für uns ist Herr Erhard darüber hinaus lebendige Gegenwart und verheißungsvolle Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Das heißt — und das darf ich wohl ohne Übertreibung sagen — alle zusammen wollen wir den Weg der Ausweitung der Produktivität der

deutschen Wirtschaft in Freiheit weitergehen nach den Gesetzen, nach denen wir angetreten sind, wir alle, und mitten unter uns Herr Erhard,

Herr Abs hat nun in seinem Referat gleich am Anfang eine weitere Feststellung getroffen, auf die ich noch etwas eingehen möchte. Er hat hervorgehoben, daß es vor dem ersten Weltkrieg eine weltweite Wirtschaft, eine einheitliche Währungsordnung, eine weitgehende Freiheit im Außenhandel und viel Freizügigkeit bei den Menschen bereits gegeben hat, und zwar mehr als jemals zuvor und mehr als jemals nachher. Er hat weiter hervorgehoben, daß wir andererseits uns damals in einer Blütezeit des Nationalismus befunden haben und daß es dieser Nationalismus gewesen ist, der das Fundament einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach und nach und mehr und mehr genommen hat.

Dieser Hinweis wurde noch ergänzt durch die Feststellung, daß zwischen den beiden Weltkriegen aus dem gleichen nationalistischen Geiste heraus die Weltwirtschaft sich schließlich in einer hoffnungslosen Autarkie verstrickt hat. Ich stimme Herrn Abs hier zu und meine, hier liegt das Bedeutsame in folgendem: Die Weite der Wirtschaft und ihre Freiheit waren in jener Zeit nicht nur begleitet von den Nationalismen, sondern auch von der Interventionsmöglichkeit der voll souverän gebliebenen Einzelwirtschaften. 1914 und 1929/30 zogen die Nationalstaaten, gestützt auf diese nationalen Interventionsmöglichkeiten ihrer vollen Souveränität, die Konsequenzen und bauten jene verhängnisvolle wirtschaftliche und politische Autarkie auf, die dann solch verheerende Folgen hatte, die uns in eine Enge geführt haben, von der sich Europa und die Welt immer noch nicht haben befreien können. Es ist, wenn ich das Bild hier wiederholen darf, nun aber das geschichtliche Verdienst unseres Bundeskanzlers, in seiner Integrationspolitik einen so wichtigen Beitrag zur Beseitigung dieses nationalstaatlichen Interventionsrechtes geleistet zu haben.

Denn was ist der Unterschied zwischen den Jahren nach dem ersten Weltkrieg und denen nach dem zweiten Weltkrieg? Nach dem ersten Weltkrieg war das politische Leben Deutschlands weitgehend bestimmt von der Restaurationspolitik. Es ist das Große an der Entwicklung nach 1945 — an der unser Bundeskanzler einen so großen Anteil hat —, daß wir damals Verzicht geleistet haben auf die Wiederholung einer solchen Restaurationspolitik und hingestrebt haben auf einen Zusammenschluß der westlichen Welt, die in Freiheit leben will.

Dieser so erstrebte Zusammenschluß ist dabei mehr als nur ein internationaler Zusammenschluß. Es ist der Wille, dort, wo es möglich und notwendig ist, in einem förderativen Aufbau auf eine supranationale Ebene die Entscheidungsbefugnisse — sprich Souveränität — herauf zu heben für alle Fragen, die vernünftigerweise und zweckmäßigerweise gemeinsam von den Völkern entschieden werden müssen.

Ich bitte, hier den Unterschied zwischen internationaler Lösung und supranationaler Lösung zu beachten. Die internationalen Lösungen sind immer an langatmige Verhandlungen und an das Prinzip der Einstimmigkeit gebunden, ein Prinzip, an dem ganze politische Entwicklungen bereits erstickt und an dem selbst Staaten zugrunde gegangen sind.

Die supranationale Lösung — auch die Reichsgründung im Jahre 1871 war ja eine solche supranationale Lösung — ermöglicht für ihren Bereich Entscheidungen, wie sie von Regierungen getroffen werden, mit Mehrheitsabstimmungen und sie beseitigt das Interventionsrecht nationalstaatlicher Selbständigkeit. Die Bedeutung dieses Vorganges wird uns Deutschen leicht klar, wenn wir sie vergleichen mit der Reichsgründung 1871. Seit dieser Zeit gibt es in Deutschland kein nationalstaatliches Interventionsrecht von deutschen Ländern auf den Gebieten, die der Reichszuständigkeit übertragen wurden. Das gilt insbesondere für die Wirtschaft.

Wir können uns heute ein autarkisches Gegeneinander zwischen Bayern und Preußen, oder heute Nordrhein-Westfalen, einfach nicht mehr vorstellen. Wir wissen dennoch, daß über die Institution des Bundesrates die berechtigten Belange der Länder zum Zuge kommen können. Daß diese Entwicklung zur Supranationalität in Europa auf einem wichtigen Teilgebiet in Gang kommen konnte, ist Adenauers Verdienst, und zwar in einem sehr hohen Maße neben dem Verdienst anderer hervorragender Staatsmänner. Wenn wir hier schon die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt besprechen, dann scheint es mir notwendig zu sein, auf diesen Tatbestand hinzuweisen.

Lassen Sie mich hier auch ein Wort über das sagen, was meine eigene Arbeit ausmacht. Die deutschen Grundstoffindustrien Kohle, Eisen und Stahl waren nach dem Zusammenbruch in besonderem Maße das Ziel der Politik der Alliierten. Ich nenne nur zwei Begriffe: Demontage und Entflechtung. Wie sieht es heute hier aus? In den Grundstoffindustrien Kohle und Stahl ist nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich die völlige Gleichberechtigung Deutschlands mit den übrigen fünf Vertragspartnern der Montanunion wiederhergestellt. Was bedeutet das? Es gibt keine Produktionsbeschränkungen mehr! Im Jahre 1948, auch noch 1949, als die Bundesregierung ihre Politik begann, waren wir bei Stahl auf eine Menge von 5,9 Millionen Tonnen in der Produktion beschränkt. Heute produzieren wir fast wieder 16 Millionen Tonnen Stahl, d. h. 10 Millionen Tonnen mehr. Ich sage manchmal Leuten, die von Opfern sprechen, die wir hier bringen: die wenigen Opfer, die gebracht wurden, sind ein Geringes gegenüber dem, was man damals zu bringen bereit gewesen wäre, wenn man uns eine Quote von 10 Millionen Tonnen Mehrerzeugung angeboten hätte.

Die Demontagen sind lange vergessen. Heute haben wir wieder die Möglichkeit, in den Grundstoffindustrien frei zu investieren. Neuinvestitionen sind praktisch nicht mehr beschränkt. Die Entflechtung, die uns damals soviel Kummer bereitet hat, ist praktisch, soweit die Firmen aus dem Gesetz 27 entlassen werden, heute rechtlich beseitigt. Wir haben in der Frage der Re-Entflechtung denselben rechtlichen Tatbestand, den die anderen Länder unserer Partnerschaft besitzen.

Die Stellung der Deutschen Bundesrepublik auf diesem wichtigen Gebiet der Wirtschaft ist also, noch bevor ein Friedensvertrag geschlossen wurde, die Stellung der Gleichberechtigung mit unseren Nachbarn und mit unseren früheren Gegnern. Es ist aber noch mehr geschehen. Es gibt hier für einen Teilmarkt eine gemeinsame Souveränität unter einer gemeinsamen Hohen Behörde. Hier gibt es also bereits kein nationales Interventionsrecht mehr, sondern ebenso wie in der föderativen Bundesrepublik Deutschland über den Ministerrat eine Koordinierung der nationalen Wirtschaftsinteressen mit den supranationalen Interessen.

Wichtig ist aber, daß wir hier in einer völligen Gleichberechtigung leben. Wir sind in der Hohen Behörde 9 Mitglieder; wir arbeiten kollegial, und selbst der Präsident ist primus inter pares. Ich kann Ihnen hier versichern, daß die alte Befürchtung, die Deutschen würden in dieser Hohen Behörde überfahren, absolut falsch ist. Es ist noch nicht ein einziges Mal zugeetroffen, daß wir Deutschen überstimmt worden wären, ebenso wie wir uns aber auch bemühen, nicht durch ein Zusammenstimmen der Großen die berechtigten Interessen der Kleinen zu vernachlässigen.

Es scheint mir doch auch etwas zu sein, auf das man auf einem Parteitag einmal hinweisen muß, daß nämlich auf diesem Gebiet in einem Hause in Luxemburg am Platz de Metz etwa 500 Menschen, Italiener, Franzosen, Luxemburger, Belgier, Holländer, Deutsche gemeinsam arbeiten an einem Werk, sich fühlend als Europäer, die praktisch lediglich nur durch die Sprachunterschiede immer wieder daran erinnert werden, daß sie aus verschiedenen Nationalstaaten kommen. Ich glaube, daß ist etwas sehr Bedeutsames.

Wir kommen gerade aus Straßburg. Dort hatten wir eine Begegnung mit dem Parlament dieser Montanunion. Hier habe ich eine sehr bemerkenswerte Entwicklung festgestellt. Dieses Parlament ist ja noch am Beginn; es hat wenig parlamentarische Rechte, aber die Hohe Behörde hat dem Drängen des Parlaments, hier eine echte parlamentarische Kontrolle ausüben zu dürfen, nicht etwa nur nachgegeben, nein, wir haben dieses Drängen unterstützt, wir haben nicht zugelassen eine Vermischung von Legislative und Exekutive, aber wir haben uns bereit erklärt, hier so zu tun, als ob das Parlament in den Grundsätzen der Politik bereits die Rechte hätte, die ihm einmal zukommen müssen.

Ich glaube, hier wächst also neben der Problematik, für einen gemeinsamen Markt zu sorgen, etwas Zusätzliches; hier wächst das Zusammenarbeiten der Institutionen, hier wächst das Spiel der Institutionen zueinander und miteinander in Vorbereitung auf ein gemeinsames Europa. Das scheint mir ebenso wichtig zu sein wie die Tatsache, daß die Regierungen bereits ein Abkommen untereinander getroffen haben, nach der Ratifikation der EVG dieses Parlament direkt wählen zu lassen, so daß wir die Hoffnung haben, in absehbarer Zeit an einem Tag in diesen sechs Ländern ein gemeinsames Parlament wählen zu können. (Beifall.)

Es war überhaupt in Straßburg bemerkenswert und außerordentlich interessant zu sehen, daß hier schon nicht mehr um die Macht großer Ideen diskutiert und gerungen wurde, sondern daß wir darüber hinaus bereits diskutierten um die vielleicht noch größere und noch weitere Macht realer Tatsachen, die wir gemeinsam im Rahmen dieser sechs Länder zu entscheiden versuchten. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Tatbestand der veränderten wirtschaftspolitischen Stellung Deutschlands in der Welt.

Wenn soeben mit Recht gesagt wurde, dieses neue Europa darf nicht nur ein Europa von Kohle, Eisen und Stahl sein — ich bin ganz dieser Meinung —, so glaube ich doch sagen zu müssen und sagen zu dürfen: wir sollen sehr froh und glücklich sein, daß wir diesen Teil eines werdenden Europas überhaupt schon einmal haben!

Weil ich nun einmal beim Thema bin, gestatten Sie mir einen einzigen Hinweis. Der gemeinsame Markt war am Beginn dieses Jahres einer heftigen Kritik ausgesetzt, die schließlich zu einer Großen Anfrage der SPD im Bundestag führte. Wir haben es sehr dankbar empfunden, daß die Bundesregierung und besonders der Herr Bundeskanzler sich voll vor die Montanunion gestellt haben. Aber was passierte jetzt in Straßburg? Nach zehntägiger eingehender und sachlicher Diskussion, vorbereitet von einer eingehenden Arbeit der Ausschüsse, wurde einstimmig — und hier insoweit auch völlig ohne Vorbehalt — festgestellt, daß der gemeinsame Markt für Kohle und Stahl sich günstig entwickelt habe. Es war dabei befriedigend festzustellen, daß für diese Entschloßung auch die Herren gestimmt haben, die im Bundestag die Kritik für die SPD begründet haben. (Bewegung und Heiterkeit.) Man sollte nicht lachen, sondern nach dem alten christlichen Grundsatz, daß im Himmel mehr Freude über einen reuigen Sünder denn über tausend Gerechte ist, sich über diesen Tatbestand freuen. (Beifall.)

Ich stelle also fest: wir sind in der Montanunion an einer wichtigen Stelle der Wirtschaft der Bundesrepublik auf dem Wege, einen weiträumigen Markt in Europa herzustellen. Wir haben den ersten Schritt getan, faktisch die nationalen Interventionsrechte abzubauen und uns supranational dort zusammenzuschließen, wo das zweckmäßig ist. Wir Deutschen sind in voller Gleichberechtigung dabei und werden als gleichberechtigt anerkannt.

Es ist dabei auf einem Parteitag wohl erwähnenswert, daß diese Entwicklung zu einem sehr großen Teil aus der Arbeit unserer Partei

und aus der Arbeit des Vorsitzenden unserer Partei, aus der Arbeit des Chefs der deutschen Regierung kommt. Ich möchte aber, um auch hier keinen Irrtum aufkommen zu lassen, darauf hinweisen; daß diese Gemeinschaft keine Abschließung gegenüber den übrigen europäischen Ländern anstrebt. Die Montanunion ist weder der Mitgliedschaft noch ihrer Politik nach auf Autarkie abgestellt. Die Mitgliedschaft ist allen Völkern frei, ohne daß es einer Einladung bedarf beizutreten, und unsere Wirtschaftspolitik auf unserem Sektor dient als gemeinsame Politik der sechs Länder dem Austausch der Güter in einer freien Weltwirtschaft.

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle auf die Tatsache, daß wir in Luxemburg auf unserem Gebiet die Assoziation mit England vorbereiten, worauf Herr Abs auch hingewiesen hat, und daß uns die englische Regierung zu einem Besuch nach London eingeladen hat, mit ihr über die Grundlagen der Einleitung einer Assoziationspolitik zu diskutieren. Wir werden dieser Einladung Anfang Juni Folge leisten können.

Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Es ist nicht Aufgabe dieses Parteitages, die Einzelprobleme unserer wirtschaftspolitischen Arbeit zu behandeln, so wie wir es auf dem Hamburger Parteitag getan haben. Das bedeutet nicht, daß diese Probleme nicht existieren und daß wir sie nicht sehen. In der vergangenen Woche hatte der Wirtschaftspolitische Ausschuß in Bonn getagt, und gestern hat er eine Sitzung in Köln abgehalten. Wir haben uns auf beiden Sitzungen mit Einzelfragen beschäftigt und haben Diskussionen über Einzelfragen geführt, die nicht immer — das sage ich freimütig — eine Übereinstimmung unserer Auffassung mit den wirtschaftlichen Vorlagen der Bundesregierung und der Arbeit unserer Fraktion zeigten. Wir haben aber anerkennen müssen, daß die neue Bundestagsfraktion noch relativ jung in dieser Zusammensetzung ist und daß sie sich in vielerlei Beziehungen erst finden muß.

Wir haben weiter anerkennen müssen, daß die Vorlagen der Bundesregierung noch so neu sind, daß letzte Lösungen noch nicht gefunden werden konnten. Wir haben uns unterhalten über Fragen wie Steuer- und Finanzreform, Kapitalmarktfragen, Wettbewerbsfragen, Mittelstandsfragen, über die Neuordnung der Verkehrswirtschaft, über Mietpreis- und Wohnungsbaupolitik und über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Wir werden die Diskussion unmittelbar nach dem Parteitag wieder aufnehmen, um sie mit dem Parteivorstand, der Bundestagsfraktion und — wenn nötig — auch mit den zuständigen Ministerien weiter fortzuführen.

Ich sage freimütig, daß wir nicht in allen Fragen der Steuer- und Finanzreform einig sind, wenn wir auch anerkennen wollen, daß die Vorlage der Bundesregierung zur Steuerreform ein Fortschritt ist und es falsch wäre, sie nur zu kritisieren und in Bausch und Bogen abzulehnen. Wir sind sehr wenig einverstanden mit den Plänen, die auf verkehrswirtschaftlichem Gebiet vorgelegt worden sind. Wir meinen, daß auch hier noch vieles gesagt werden muß: Wir sind der Auffassung, daß die Fragen der Wettbewerbssicherung endlich einer Klärung zugeführt werden müssen. Ich habe den Glauben, daß auch hier die Wirtschaft und der Bundeswirtschaftsminister einen Weg finden werden, der es beiden möglich erscheinen läßt, ihn zu gehen, ohne daß die Partei dabei ihre grundsätzliche Linie aufzugeben hätte.

Zu den Fragen des Mittelstandes wäre viel zu sagen: Er hat seine besondere Bedeutung, und alle Wirtschaftskreise einschließlich der Arbeitnehmer haben Interesse an einem gesunden Mittelstand. Seine besondere Bedeutung zwingt uns, seine Wünsche besonders sorgfältig zu prüfen und im wahren Gesamtinteresse aller Stände für die Pflege seiner Belange etwas Besonderes zu tun. Hier möchte ich besonders erwähnen, daß der augenblickliche Verzicht auf den Umbau der Umsatzsteuer zu einer Einphasen-

steuer nicht eine Aufgabe der in Hamburg festgelegten Grundsätze bedeuten kann und wir erwarten, daß die dort gegebene Zielsetzung nicht aufgegeben wird.

Wenn ich zu all diesen angedeuteten Themen im einzelnen nichts sage, dann deswegen, weil das nicht in die Grundsatzdiskussion gehört, so wie sie Herr Präsident Abs in seinem Referat angeschlagen hat. Sie angedeutet zu haben, möge Ihnen und der Öffentlichkeit aber ein Beweis dafür sein, daß die Probleme in der Arbeit der Partei, in dem Spannungsverhältnis lebendig sind, das nun einmal eine Partei gegenüber der Legislative und Exekutive haben muß, um lebendig zu bleiben.

Wir müssen und werden als Partei der Wächter und das lebendige Element für unsere Ideale und für die immer wiederkehrende Besinnung auf unsere Grundsätze sein, weil wir nur so unserem deutschen Volke weiter die Dienste leisten können, die wir ihm bisher leisten durften.

(Lebhafter Beifall.)

PRÄSIDENT CILLEN :

Ich habe die Ehre — sicher zu Ihrer Freude — jetzt als nächsten Redner anzukündigen unseren

**BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER
PROFESSOR DR. ERHARD**

(Mit stürmischem Beifall begrüßt.)

Wenn es auch meine besondere Aufgabe gewesen ist, durch eine sinnvolle Wirtschaftspolitik den deutschen Wiederaufbau zu ermöglichen, so weiß ich mich doch von jeder Hybris, von Maßlosigkeit und Überheblichkeit frei. Ich weiß sehr wohl, wie wenig ich und wie viel das deutsche Volk in allen seinen Schichten zum Gelingen dieses Erfolges beigetragen hat. (Beifall.) Hier ergibt sich also eine erste und zwingende Übereinstimmung zwischen dem Vortrag von Herrn Präsidenten Abs und meiner eigenen Auffassung.

Aber man kann über die deutsche Wirtschaft nicht sprechen, man kann sie nicht verdeutlichen in ihren Werten, ohne nicht auch einmal Zahlen zu nennen, die eben dann vielleicht so etwas wie eine Fanfare klingen. Ich kann's nicht ändern; es ist so. Das ist die Reaktion. Ich glaube, wenn ein Volk in so ehrlicher Anstrengung und mit einer solchen Hingabe schließlich doch zum Erfolg gekommen ist, dann ist das keinesfalls etwas Schlechtes. Ich kann vor allen Dingen nicht einsehen, daß ein solcher Erfolg, in welchem Lande und von welchem Volk er auch erzielt wird, eine Gefahr, etwas feindlich Gespanntes, sein könnte, das von seiten der Partner, von seiten der übrigen Welt, besonders sorgfältige Beachtung oder gar Ablehnung verdienen könnte.

Ich glaube, daß nichts so sehr geeignet ist, uns den Frieden zu bewahren als die Mehrung des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit. Die Armut schafft keine echte Solidarität, oder — wie wir es am eigenen Leibe erlebt haben — nur eine sehr tragische. Dagegen möchte ich glauben, daß die Völker, die fortschreiten, die Länder, die gedeihen, erst reif werden für das Gefühl der Gemeinsamkeit und sich dann auch leichter und besser zusammenfinden können zu gemeinsamem Handeln. Deutschland war im Jahre 1948 so zusammengebrochen, daß es nach meiner festen Überzeugung

eine Gefahr für die Welt bedeutet hat. Es ist nicht zu verkennen, wie sehr wirtschaftlicher Fortschritt, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit so Wesentliches beigetragen haben, den kollektivistischen Geist zu ersticken und unserem Volke das Gefühl der Freiheit zu geben und es stark und immun zu machen gegen das Gift, das vom Osten her zu uns hereindringen wollte. Ich möchte meinen, das war etwas Gutes für die ganze Welt; denn damit hat Deutschland sich wie ein Wall schützend quer vor das freie Europa gelegt und damit in der Geschichte etwas von dem wiedergutmachen können, was an tragischer Schuld auf ihm lastete. (Beifall.)

Dieses starke Leistungsgefälle, das wir, wie Herr Präsident Abs sagte, durchaus noch nicht voll überwunden haben, hat uns eigentlich außerhalb der Weltwirtschaft gestellt und uns nicht erlaubt, uns frei einzugliedern in die übrige Welt. Ich glaube, alle Fortschritte, die wir in der Zwischenzeit auf internationalem Gebiet erzielt haben — so z. B. die Zusammenarbeit in der Europäischen Zahlungsunion, die engeren Formen gemeinsamen Handelns, wie sie in der Montanunion zum Ausdruck kommen, und hoffentlich bald in anderen Formen der europäischen Integration ihren Ausdruck finden — waren zuletzt auch nur deshalb möglich, weil wir allmählich wieder Anschluß an die übrige Welt gefunden haben; weil wir uns mit unserer Leistung wieder messen können, weil wir wieder die Kraft gefunden haben, uns im Wettbewerb zu behaupten. Ich weiß nicht — ich frage es noch einmal —, was daran gefährlich sein soll? Über meine Lippen wird nie ein Wort kommen, weil es nicht zu meiner wirtschaftlichen Welt paßt, daß etwa der wirtschaftliche Erfolg irgendeines Landes — sei es uns auch am nächsten gelegen, und seien es vielleicht gerade die Länder, denen wir am meisten draußen in der Welt begegnen — eine Gefahr für uns bedeuten könnte. Nein, diese Auffassung stammt meiner Ansicht nach aus einer Zeit, die wir zum Teil überwunden haben oder mindestens noch überwinden müssen. Es herrschte die Vorstellung, daß der Weltmarkt eine feste, starre Größe sei und als ob alle Länder, die sich dort betätigten, nur immer von der Absicht getragen sein müßten, den anderen zu unterdrücken und zu bekämpfen, und daß Erfolge für das eigene Land nur zu Lasten anderer Länder möglich sein könnten.

Der tiefere Sinn des Außenhandels hat sich doch wesentlich gewandelt. Es ist ja auch nichts mehr übriggeblieben von dem alten imperialistischen Denken, das die Welt als zwei Bereiche sah, in denen die reichen und fortschrittlichen Länder andere wirtschaftliche Bereiche dazu benützten, um ihren eigenen Reichtum zu mehren. Heute, geht durch die ganze Welt der Zug dahin, daß es fast eine Verpflichtung der fortschrittlichen Länder ist — ich erinnere nur an das amerikanische Vier-Punkte-Programm —, nicht nur an sich selbst zu denken, sondern daß durch ihr wirtschaftliches Handeln zugleich erreicht wird, den Reichtum aller Länder und aller Völker zu mehren; insbesondere diejenigen, die nach wesentlicher Zivilisationsvorstellung noch außerhalb eines Marktes stehen, mit in den Kreis der zivilisierten und kultivierten Völker einzubeziehen, sie zu Konsumenten werden zu lassen und mit der Hebung des Reichtums in allen Teilen der freien Welt dann die wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen, die uns allen gestellt ist. Denn Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Zweck der Wirtschaft ist es, daß zunächst jede Nation die unmittelbare Verantwortung hat, dem Volke zu einem besseren und freieren Leben zu verhelfen. Ich möchte glauben, das ist wahre Demokratie. (Beifall.)

Außerungen in einer fremden Presse, wie sie Herr Präsident Abs verlesen hat, werden wohl in nächster Zeit seltener werden. Sie werden ja auch aus der Berichterstattung in Deutschland erfahren haben, daß gerade der jüngste Besuch des britischen Schatzkanzlers zu einer weitgehenden

Übereinstimmung des Vorgehens, des Handelns, des Aufzeigens von Spielregeln im internationalen Wettbewerb geführt hat. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß insbesondere über den weiter anstehenden Schritt hin zur freien Konvertierbarkeit die Welt sich nicht weiter feindlich spannt, sondern sich zu friedlicher Zusammenarbeit in gleicher Zielsetzung zusammenfindet. Es wäre eigentlich eine Umkehrung des gesunden Menschenverstandes, wenn die These richtig wäre, daß die Arbeit und die Anstrengung eines Volkes, wenn sie zum Erfolg führe, dann zu einer Gefahr für andere werden würden; denn dann würde Vernunft Unsinn und Wohltat Plage werden. Welche Nutzenanwendung sollte dann aus einer solchen These gezogen werden? Sind das vielleicht die friedfertigsten Völker, die am wenigsten leisten und in der Armut gefangen bleiben? Das ist nicht wahrscheinlich.

Aus diesem Grunde sollten wir schon den Mut haben, unsere Wirtschaftspolitik, die dynamisch und expansiv vorwärtsdrängend ist, unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, weil wir noch so viel nachzuholen haben, und ich weiß, wie und wo unserem deutschen Volk noch der Schuh drückt und wieviel Not noch zu überwinden ist. Ich erinnere z. B. an die Diskussion in dieser Woche im Bundestag über die Zonengrenzgebiete. Wenn wir alles das berücksichtigen, dann müssen wir auch erkennen, daß es nur einen Weg gibt, um über diese Not, über diese Rückständigkeit und über das, was uns noch zu unserem Glück fehlt, hinwegzukommen: wenn wir auf Grund unserer wirtschaftlichen Anstrengungen, über den Erfolg und über die wirtschaftliche Expansion weiter fortschreiten können.

Nur über die wirtschaftliche Expansion — und Expansion hat nichts Aggressives an sich, sondern ist doch nur der Ausdruck des Strebens danach, bessere und freiere Lebensbedingungen zu schaffen — können wir unsere Probleme lösen. Wir konnten zu den Erfolgen in den letzten sechs Jahren nur dadurch gelangen, daß wir diese Politik zielstrebig verfolgt haben; denn nur über die Steigerung unseres Sozialprodukts, über die Erhöhung des Volkseinkommens — und das ist gleichbedeutend mit dem Schicksal von Millionen Menschen — war es möglich, zugleich auch die Mittel für den Staat zu gewinnen und trotz steigender Ausgaben unseren sozialen Verpflichtungen nachzukommen und dennoch den Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts und damit auch der stabilen Währung zu bewahren. Wir können einen wirtschaftlichen Erfolg — und das bedeutet zugleich auch immer den sozialen Effekt — in Deutschland nur erreichen, wenn wir in unserer wirtschaftlichen Kraft nicht erlahmen. Wir sind uns — ich erinnere an das eben Gesagte — dessen bewußt, daß die Welt dann keine Sorge zu haben braucht, daß wir sie stören. Denn die Welt ist, ökonomisch gesehen, fast unendlich zu denken.

So wie wir annehmen können, daß der Verbrauch eines Volkes auch keine feste Größe ist und alle Schätzungen dieser Art in der Vergangenheit uns heute fast wie ein Scherz anmuten, so ist es auch in der Welt. Wenn ich an Verbrauch denke, dann denke ich nicht nur an das Allerprimitive und Materielle, nicht nur an Beefsteaks und derartige Dinge, sondern es gibt auch einen Verbrauch, der uns von den Grundsätzen unserer Partei aus besonders wichtig sein muß: Wenn es uns z. B. gelingt, unserem deutschen Volk bessere Wohnungen zu verschaffen und diese Wohnungen heimisch einzurichten, so daß sich die Menschen darin wohlfühlen, dann wird sehr viel erreicht werden, um den Familiensinn zu wecken. (Beifall.) Aber auch das ist ein Weg, der nur über den wirtschaftlichen Fortschritt zu erreichen ist. In der Welt ist es ebenso. Die Märkte sind nicht begrenzt wie ein Kuchen, der aufgeteilt werden muß, sondern die Weltwirtschaft ist auch zu betrachten im funktionellen Sinne als die Ein-

richtung, die es durchaus ermöglicht, quantitativ und qualitativ zu einer Ausweitung und zu einer Verbesserung zu gelangen.

Ich habe gerade in diesen Tagen Besprechungen mit den argentinischen Ministern gehabt. Da wurde es ganz deutlich, daß es ein wesentliches Anliegen dieser Länder ist — aber es muß auch unser Anliegen sein —, dafür zu sorgen, daß jene 30 v. H. Konsumenten, die dort leben und erst den Markt befruchten können, produktiv in den Prozeß eingreifen. Wenn es uns gelingt, diese Zahl auf 40, 50 oder 60 v. H. zu steigern — wenn die Welt als eine solche Einheit begriffen wird —, dann ist es noch nicht abzusehen, zu welchen Erfolgen und zu welchen Ausweitungen wir kommen können, dann behindern wir uns nicht, sondern wir erfüllen eine gemeinsame Aufgabe gegenüber allen Menschen der Welt (Beifall); oder ich betrachte die Expansionspolitik von einer anderen Seite. Wir haben im Außenhandel die Situation, daß wir fast in allen Wirtschaftsräumen aktiv sind. Sie kennen unsere Position in der Europäischen Zahlungsunion und wissen, daß wir in diesem Raum fast alles ausgenutzt haben bis obenhin, d. h. wir müssen Kredite an alle Länder geben. Wir haben im Jahre 1953 in unserer Handelsbilanz einen Überschuß von $2\frac{1}{2}$ Milliarden DM erreicht. Es sieht fast so aus, als ob dieser Überschuß noch größer werden würde. Wenn wir einmal freikonvertierbare Währungen haben, mag es dann in der Folgezeit vielleicht dahin kommen — und das ist unbedingt notwendig —, daß auch der Kapitalverkehr wieder eingesetzt wird als ein Instrument zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen. Ich bin sehr dafür und fördere es, daß sich unsere Industrie — wie dies in anderen Ländern auch geschieht — draußen unternehmerisch betätigt und Investitionen bereitstellt.

Aber für die nächste Zeit wird es nur ein Mittel geben, um den Ausgleich unserer Handels- und Zahlungsbilanz zu besorgen: das ist der verstärkte Import. Nun hat es jedoch keinen Sinn, unserer Wirtschaft zu empfehlen: importiert mehr; denn sie würde genau das importieren, was sie braucht. Aber es gibt ein Mittel, um das zu erreichen — damit würden wir zugleich auch unserer Exportwirtschaft wieder Luft verschaffen —, nämlich mehr zu importieren. Aber mehr zu importieren heißt in Deutschland: mehr zu verbrauchen. Wir wollen diesen Verbrauch nicht einseitig und nicht nur im materiellsten Sinne sehen, sondern als eine soziale Aufgabe mit einem großen und segensreichen Effekt. Wenn Sie diese Politik so begreifen, dann werden Sie auch Verständnis dafür haben, daß ich alles tun muß, um jene Kräfte zu verhindern oder abzuschwächen, die dieser Dynamik nicht Raum geben wollen. Alles, was die Dynamik einengt, alles, was die Rentabilität und Anpassungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft schmälert, alles, was den Fortschritt lähmt, ist schädlich und gefährlich.

Daraus erwächst auch meine Einstellung zu der Wettbewerbsordnung mit dem Streben, den Wettbewerb zu sichern, ihn aufrechtzuerhalten und zu beleben (Beifall); denn nur eine solche Wirtschaft kann sich mit Fug und Recht den Beinamen soziale Marktwirtschaft gestatten. Das ist das grundsätzlich Neue unserer Wirtschaftspolitik, daß wir eben nicht mehr in Kategorien eines kapitalistischen Denkens befangen sind mit allen Instrumenten, die diese Ordnung noch an sich hatte, zur künstlichen Fixierung von Wettbewerbsbedingungen, sondern wir wollen den echten Leistungswettbewerb, weil allein der es erreicht, daß sich keine Renten und Pfründe bilden können, die nicht auf Leistung begründet sind, weil nur ein solcher Wettbewerb die Dynamik vorantreibt, weil immer Besseres geboten werden muß an Qualität und Preiswürdigkeit, um Gnade vor den Augen des Verbrauchers zu finden. Immer wieder sage ich, es gibt in meiner wirtschaftlichen Welt nur einen Maßstab und Richter: Das ist der Verbraucher und der Verbrauch. (Beifall.)

Aber ich möchte meinen, hier ist Licht und Schatten nicht so ungleich verteilt, wie es scheinen möchte. Eine solche Politik ist nicht brutal. Eine solche Politik dient auch der Unternehmerschaft. Denn nur in einer solchen wirtschaftlichen Verfassung gewinnt der Unternehmer die moralische Grundlage für seine Position. Nur in einer solchen Wirtschaft wird der Unternehmer auch auf dem Stand der Leistung bleiben, der ihm nicht nur im nationalen — und dort vielleicht abgeschirmten — Raum, sondern auch in der übrigen Welt die Wettbewerbsfähigkeit sichert. Deutschland — dessen müssen wir uns bewußt sein — kann seine Existenz nur aufrechterhalten und hat nur dann eine Zukunft, wenn es sich auf dem höchsten Stand der industriellen Leistung der fortschrittlichsten Länder bewegt; denn bei aller Anerkennung der Bedeutung der Landwirtschaft, des Handwerks und aller anderen Schichten sind wir ein betont industriell strukturiertes Land. Das beweist auch die Statistik. Wir, die wir zudem fast aller Rohstoffe ermangeln, mit Ausnahme von Kohle, Eisen und Stahl, bedürfen der innigsten Verbindungen zu dieser Welt, um unsere deutschen Arbeitsplätze mit Rohstoffen zu unterbauen und unseren deutschen Menschen eine gesicherte Arbeit zu geben. Wir haben zwar vorübergehend und sehr dankenswert die Marshallplanhilfe in Anspruch nehmen können, aber niemals wird uns die Welt auf die Dauer Geschenke darreichen. Wir müssen uns das, was wir zur Alimentierung unserer Arbeit brauchen — und das sind Rohstoffe aus allen Teilen der Welt — selbst durch unsere Leistungen verdienen. Wir werden sie uns nur verdienen können, wenn wir eben draußen in der Welt etwas darbieten, was Anklang findet und gekauft wird im freien, gleichen und ehrlichen Leistungswettbewerb aller Nationen untereinander. (Beifall.)

Ich möchte hier noch eine Anmerkung machen, und zwar schlägt das über auf die Vorstellung der Integration. Es scheint mir heute allenthalben eine gewisse Scheu vor dem Wettbewerb deshalb zu bestehen, weil man glaubt, die Bedingungen zum Wettbewerb seien zu ungleich. Allenthalben hört man, daß diese Spielregeln — dieses Modell, wie man meistens sagt — deshalb nicht verwirklicht werden könnten, weil die Belastungen zu unterschiedlich seien. Herr Präsident Abs hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Auseinanderweichen der Steuersysteme, vor allen Dingen aber die Steuerbelastung, eine Erschwerung mit sich bringen. Die Arbeitsbedingungen, die ganzen sozialen Belastungen, schaffen natürlich auch von Land zu Land Differenzierungen. Manche mögen vielleicht glauben, man müßte erst alle diese Bedingungen ausgleichen und auf ein gleiches Niveau bringen, ehe man den Wettbewerb eröffnen könnte. Jeder solche Versuch kann zwar in Grenzen zu einem gewissen Erfolg führen — und ich glaube sogar, wir haben eine gewisse Verpflichtung, uns in dieser Richtung hin zu bewegen —, aber es ist völlig illusionistisch, anzunehmen, daß man zwischen der konkurrierenden und in Wettbewerb stehenden Welt nun absolut gleiche Startbedingungen in bezug auf jeden Kostenfaktor herbeiführen könnte. Das wäre ein Dirigismus, nein, ein Dilettantismus, der unter allen Umständen unfruchtbar bleiben müßte; denn hier ist die Gunst und Ungunst doch eigentlich ziemlich gleich und gerecht verteilt. Ich möchte meinen, der liebe Gott hat seine Sache schon richtig gemacht, wenn er dem einen einen gewissen, einen natürlichen Vorsprung gegeben hat, während anderen Völker nun wieder andere Gaben und Gnaden zuteil geworden sind. Wie sich auch die Komponenten zusammensetzen, im Preis werden sie eine Integration erfahren, und nur der Preis unter Berücksichtigung der Qualität ist der Maßstab zur Beurteilung von Leistungen.

Damit komme ich auf das Problem der Integration schlecht hin. Seien wir uns darüber klar, daß wir die Integration nicht nur in einem mechanischen oder quantitativen Sinne begreifen dürfen, sonst wür-

den wir nämlich sehr schnell wieder zurückfallen in die Sünden und die Unzulänglichkeiten der Vergangenheit. Integration bedeutet Wettbewerb, bedeutet wirtschaftliche Zusammenarbeit auf einer funktionell höheren Ebene. Wenn man glaubt, man könnte diese Integration, wie sie uns vor-schwebt, etwa durch internationale Kartellabsprachen ersetzen, dann wäre das gerade das Gegenteil von dem, was wir anzustreben haben. Das Gesicht der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der freien Welt kann nicht die internationale Kartellabsprache sein. Das wäre eine Fratze der internationalen Zusammenarbeit und einer Integration. (Beifall.)

Die echte Integration — und das scheint mir die Hoffnung für die Zukunft zu sein — wird sicherstellen, daß wir nicht, wie etwa vor 1914, in den Methoden und Techniken ein ideales Instrument finden werden; denn damals mangelte es uns an der geistigen Ausrichtung, so daß wir uns aus dem nationalen Egoismus und Protektionismus nicht herausgefunden haben, sondern die echte Integration ist die Überwindung des nationalistischen Egoismus und hebt uns im Geistigen, im Sittlichen und im Seelischen auf eine höhere Ebene der Zusammenarbeit empor. Dahin müssen wir streben. Integration und Konvertierbarkeit sind nicht etwa gekoppelte Größen, wo das eine Streben das andere behindert, sondern sie ergänzen sich. Wenn wir z. B. bei den europäischen Integrationsformen von einem Leistungswettbewerb auf dem gemeinsamen Markt sprechen, dann meinen wir damit eine Form der Zusammenarbeit, die die Unzulänglichkeiten gerade im europäischen Raum aufsprengt.

Warum sind denn die europäischen Volkswirtschaften um soviel weniger ergiebig als etwa die amerikanische Volkswirtschaft? Nicht etwa, weil dort die Menschen so sehr viel fleißiger und sehr viel tüchtiger sind, sondern weil sich aus der Weite des wirtschaftlichen Raumes und Bereiches zugleich auch ein viel höheres Maß an Produktivität und Ausnützung der menschlichen und technischen Arbeitskraft entfalten läßt. Das müssen wir als europäisches Ziel zunächst einmal erreichen und uns hier neuer Formen, vor allen Dingen eines neuen Geistes bedienen. Wir müssen vor allem die Solidarität erkennen, die die europäischen Volkswirtschaften und die europäischen Völker hier zu erfüllen haben. Das ist eine Aufgabe und eine Verpflichtung. Ich war glücklich, zu hören, wie vorhin von dem Vertreter der französischen Christlich-Sozialen Partei mit einer solchen Begeisterung und Hingabe diese Gedanken ausgesprochen wurden, die auch wir alle im Herzen tragen. (Beifall.)

Zusammenfassend möchte ich etwas sagen, auf das es mir vor allen Dingen ankommt: Seien wir uns doch des Segens der Freiheit bewußt. Allenthalben beobachte ich mit großer Sorge und mit einer gewissen Verwunderung, daß dieses Prinzip der Freiheit und Freizügigkeit, das uns in den letzten sechs Jahren doch so offensichtlich aus der Verzweiflung, aus der Hoffnungslosigkeit, aus Armut und Not mehr und mehr herausgehoben und uns unser Schicksal zunehmend wieder selbst in die Hand gegeben hat, heute schon wieder allenthalben als etwas Gefährliches, als etwas empfunden wird, das man künstlich eindämmen müßte.

Es könnte nichts gefährlicher, nichts tragischer sein für unser deutsches Volk, als wenn wir wieder in diese Sünden zurückfallen wollten. Ich scheue mich nicht, es auszusprechen: manchmal habe ich den Eindruck, daß wir auf dem besten Wege sind, wieder ein zünftlerischer Ständestaat zu werden, daß alle Berufe und alle Gruppierungen zuerst einmal aus irgendeinem Einzelinteresse heraus — meistens wird dann von einer Ordnung gesprochen — sich irgendwie abkapseln wollen. Die Privilegien, die drin sitzen, sollen dafür sorgen, daß der Zugang für andere eben nicht ganz so leicht gemacht wird. (Beifall.) Eine Aufspaltung der Volkswirtschaft in einzelne Kästchen ist undenkbar. Ich möchte meinen, gerade eine Partei wie die Christlich-Demokratische Union,

die alle Schichten des Volkes zu ihren Wählern zählt, hat ein besonderes Maß an staatspolitischer Verantwortung. Sie muß erkennen, daß Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in ihrem ganzen sozialen und ökonomischen Bereich nur als eine Einheit betrachtet werden dürfen. Wir müssen über Interessenstandpunkte hinwegsehen. (Beifall.) Das bedeutet nicht, daß nicht dort, wo Sorge und Not oder Fürsorge berechtigt erscheinen, auch mit besonderen Maßnahmen eingegriffen wird.

Lassen Sie mich jetzt noch ein Wort zum Mittelstand sagen. Der Mittelstand muß uns besonders am Herzen liegen. Aber warum? Ich warne Sie, den Mittelstand materialistisch zu begreifen als eine Schicht von Menschen, denen es zwar etwas besser gehen soll als anderen und wieder etwas schlechter als den Nachfolgenden. Der Mittelstand ist nicht zu begreifen als Einkommenskategorie, gleichgültig, wo er ungefähr mit seinem Schwergewicht lagert. Das wäre eine vollkommen falsche Bewertung, und der Mittelstand würde sich in den Augen des ganzen Volkes selbst herabwürdigen, wenn er das für eine richtige Politik hielte. (Beifall.) Was den Mittelstand wertvoll erscheinen läßt für unser Volk, und was uns unsere Sorge ihm zuwenden läßt, das ist nicht das Einkommen, nicht die Verfügung über Güter und Reichtum, sondern wir erkennen in dem Mittelstand jene Schicht von Menschen, die, aus eigener Kraft und als Einzelpersonlichkeit sich täglich neu bewähren müssen und denen wir darum ein höheres Maß an persönlicher Würde und Verantwortung, aber auch an Verpflichtung gegenüber dem Volk zuerkennen. (Beifall.)

Seien wir uns also der Gemeinsamkeit unseres Schicksals im nationalen und im internationalen Raum bewußt, und sind wir das, dann bauen wir eine glücklichere, freie Welt. (Anhaltender starker Beifall.)

PRÄSIDENT CILLEN

dankt Bundesminister Prof. Dr. Erhard und erteilt nach Abschluß der Rednerliste mit drei Meldungen das Wort

ERIK BLUNDENFELD, Hamburg

Als kleiner bescheidener Delegierter, frei von der Zucht eines hohen Amtes, darf ich mit der gütigen Erlaubnis des Herrn Präsidenten einige Worte zu Ihnen sprechen. Ich erlaube mir weiter, eine vielleicht ketzerische Bemerkung zu machen und zu sagen, daß es mir als eine sehr glückliche Lösung erschien, auf einem Parteitag auch einmal jemand anders als den Bundeswirtschaftsminister das Referat halten zu lassen.

Ich darf mir diese Feststellung erlauben, weil die politischen Gegner in Hamburg mich nicht nur den Blockwart des Bundeskanzlers zu betiteln pflegen, sondern auch als den treuesten Paladin von Professor Erhard. Ich glaube sagen zu dürfen, daß die Ausführungen von Herrn Abs Leben in diesen Nachmittag unseres Parteitages gebracht haben. Ich hätte mir sogar etwas mehr Leben aus den Ausführungen des Herrn Abs erwünscht.

Es kann nicht Aufgabe eines Delegierten bei der Aussprache sein, Thesen aufzustellen oder Leitsätze zu entwickeln, dazu wäre ich auch nicht in der Lage, wohl aber ist es Zweck einer Aussprache, auf einige wesentliche Punkte hinzuweisen. Die weitere Anhebung unseres Lebensstandards scheint mir nur möglich zu sein über die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und den großen Markt. Wir haben zahlreiche konjunkturelle Reserven, die

darin liegen, die hochindustrialisierten Länder der westlichen Welt zu integrieren und die unentwickelten Gebiete mit erschließen zu helfen. Mit anderen Worten, die Front unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik liegt bei der Handelspolitik und bei der internationalen Finanzpolitik, sprich Währungspolitik. Es wird keinen Welthandel geben ohne die Konvertierbarkeit der Währungen, und ohne Wegfall der handelspolitischen Beschränkungen wird es keine Konvertierbarkeit geben. Unsere Handelspolitik muß als Wichtigstes erkennen, daß das Importvolumen gesteigert werden muß. Wir brauchen also für unsere Handelspolitik eine Steigerung des Imports, eine langfristige echte Finanzierung unseres Kapitalgüterexports und die Entwicklung eines eigenen Zieles für unsere Überseeengeschäfte mit Niederlassungen und Beratungsfirmen. Unsere Politik in dieser Richtung kann nur in internationalen Formen unter Einschluß des Dollarraumes und der Vereinigten Staaten erfolgen.

Was Herr Abs über die Zurückhaltung ausführte, hat meine volle Zustimmung. Für jeden, der mit dem Ausland mehr als einmal im Jahr in Verbindung kommt, ist es bekannt, daß die Lautstärke bei uns Deutschen etwas moduliert werden könnte, vor allem auch in wirtschaftlichen Dingen. Es ist viel besser und schöner, wenn einem vom Ausland gesagt wird, wie tüchtig man ist, als daß man es im Ausland immer wieder selber sagt. (Beifall.)

Ich möchte noch auf die Fragen des Handels mit dem asiatischen Raum hinweisen. Vor einiger Zeit schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“: „Charakteristisch für die Entwicklung der Nachkriegsjahre ist die starke mengenmäßige Steigerung des europäischen Exports nach Asien und dem Fernen Osten.“ Wir sollten uns auch einmal in unserem Ausschuß für Wirtschaftspolitik mit diesen Fragen beschäftigen, denn ich glaube, daß eine gute Handelspolitik eine außerordentlich wertvolle Operationsbasis für unsere Außenpolitik darstellen könnte.

Aus dem Referat von Herrn Minister Lübke möchte ich nur eins herausgreifen, das ist die Frage der Milchwirtschaft. Wenn Sie sich vorstellen, daß der Produktionswert der Milchwirtschaft gleich groß ist, wenn nicht größer als der Produktionswert des gesamten Bergbaues, dann haben Sie eine Vorstellung von der Größenordnung des Problems. Ich möchte einen praktischen Hinweis geben. Es scheint mir nötig zu sein, einen Vorschlag von Herrn Professor Erhard vom vorigen Jahr aufzugreifen, nämlich mit dem Wunsch der Steigerung des Milchverbrauchs zu koppeln die Steigerung des Kühlschranksverkaufs und der Kühlschrankproduktion in Deutschland, damit endlich einmal die Milch nicht immer verdirbt in den Haushalten, sondern damit sie auch getrunken werden kann.

STEINBRINK, Berlin

Gestatten Sie mir ein paar knappe Ausführungen zur Steuerreform und zum Steuerrecht. Haben Sie keine Angst, daß ich Ihnen einen neuen Steuerreformvorschlag zu den 198, die bereits vorliegen, machen werde. Im Gegenteil, ich möchte davor warnen, neue Vorschläge zu machen, die zwar vom Interessenstandpunkt richtig durchdacht, aber politisch nicht brauchbar sind.

Ich erinnere an die im Augenblick beiseite gelegten, aber noch nicht ver-
stimmten Vorschläge zur Einführung einer Betriebssteuer oder einer

Nettoumsatzsteuer. So bestechend auf den ersten Blick eine einheitliche Betriebssteuer aller Betriebe auch sein mag, so haften ihr doch erhebliche Mängel an. Am bedenklichsten erscheint die Gleichstellung der privaten Unternehmer mit den Kapitalgesellschaften. Es entspricht dem Prinzip der steuerlichen Gerechtigkeit, Kapitalgesellschaften wegen der durchschnittlich größeren Kapitalkraft und der Haftungsbeschränkung höher zu belasten als private Unternehmer, die mit ihrem ganzen Vermögen für den Erfolg oder Mißerfolg ihres Unternehmens einstehen.

Wenn eine Betriebssteuer zum Gesetz erhoben werden sollte, so können auch andere Wirtschaftszweige — Landwirtschaft, Handwerk und freie Berufe — ebenfalls eine entsprechende Möglichkeit der Kapitalbildung und Kapitalreservierung fordern. Nicht zuletzt könnten auch die Arbeitnehmer mit Recht die Frage aufwerfen, in welchem Maße ihnen eine Steuervergünstigung zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft einzuräumen sei. Sie sehen, daß hier einschneidende wirtschaftspolitische und auch sozialpolitische Fragen zur Entscheidung stehen.

Die gleichen politischen Probleme würden bei der Einführung der **Nettoumsatzsteuer** auftauchen. Sie ist im wesentlichen nichts anderes als eine Lohnumsatzsteuer, und hierin liegt ihr gefährlicher Charakter. Durch die Nettoumsatzsteuer werden gerade die arbeitsintensiven Unternehmer der Industrie und des Handwerks am meisten betroffen. Sie würden dann höhere Steuersätze zu bezahlen haben als im Augenblick. Es wird die Unzufriedenheit der Steuerpflichtigen, die sich heute über die kumulative Wirkung der Umsatzsteuer beklagen, an anderer Stelle wieder ausbrechen. Es werden schließlich bei diesem System mehr Unzufriedene als Zufriedene da sein. Der Ruf nach einer Umsatzsteuerreform wird dann wieder laut werden. Ganz unübersehbar und gefährvoll sind jedoch die Auswirkungen auf das Preisgefüge, die durch die Einführung einer Nettoumsatzsteuer entstünden.

Alle Steuerreformvorschläge, die bisher vorliegen, haben noch einen wesentlichen Mangel: sie stehen an Kompliziertheit den zur Zeit bestehenden Steuergesetzen wahrlich nicht nach. Die Frage der praktischen Durchführbarkeit der gemachten Steuervorschläge wird völlig übersehen oder zumindest bagatellisiert. Wer den organisatorischen und personellen Aufbau der Finanzverwaltung kennt, der weiß — —

Präsident Cillien (unterbrechend):

Ich bitte Sie, sich ganz kurz zu fassen. Sie sprechen zu einem speziellen Thema!

Steinbrink (fortfahrend):

— Ich bin gleich fertig, — daß die Finanzverwaltung bereits an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Eine Steuerreform, die zu einer Umbildung unseres Steuersystems führt, würde im gegenwärtigen Augenblick zum völligen Zusammenbruch unserer Finanzverwaltung führen.

Was wir brauchen, ist eine **Steuervereinfachung** einer bereits bewährten und eingespielten Gesetzgebung, von einer Senkung des allgemeinen Steuertarifs angefangen, an der alle Volksschichten teilhaben. Deshalb begrüße ich den Vorschlag des Bundesfinanzministers, der bei seiner Steuerreform von den Grundlagen der alten Gesetzgebung ausgegangen ist und in erster Linie eine Senkung und Steuervereinfachung verfolgt. Das ist der einzige und richtige Weg, der von dem nur aus der Notlage geborenen Steuervergünstigungssystem abführt zu den Grundsätzen der Steuergerechtigkeit und Gleichmäßigkeit hin. Es ist daher dringend erforderlich, daß die Steuerreform schnellstens verabschiedet wird. Dabei sollten wir auf Abänderungen weitestgehend verzichten. Tarifvergünstigung zugunsten

der kleineren und mittleren Einkommen sollte man wohlwollend in Erwägung ziehen, auch die Frage der Erhöhung der Umsatzsteuer für den Großhandel noch einmal überprüfen, aber ich kann mich bei den vielen Änderungs-vorschlägen nicht des Eindrucks erwehren, als ob die Antragsteller der Meinung sind, daß diese Steuersenkung die letzte wäre, und was jetzt nicht durchgebracht werden kann, werde niemals durchzubringen sein.

Seien wir also Optimisten, und glauben wir an eine Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft. Dann werden wir bald zu einer neuen Steuersenkung kommen, und dann können wir das nachholen, was jetzt versäumt worden ist. Deshalb muß die Lösung heute sein: Schluß der Debatte um die Steuerreform und Vertrauen zum Finanzminister; denn er verdient es in hohem Maße. (Beifall.)

Her mit der Steuersenkung! Jede weitere Verzögerung wäre nicht mehr zu verantworten! Diesen Appell richte ich besonders an den Bundestag und an den Bundesrat, daß am 1. Oktober die Steuerreform endlich einmal in Kraft tritt und nicht an Paragraphen herumgedeutelt wird!

Gestatten Sie mir noch als Berliner, dem Herrn Bundesfinanzminister den Dank auszusprechen für die Unterstützung, die er meiner Heimatstadt hat zuteil werden lassen. Uns wäre es am liebsten, wir brauchten keine Unterstützung, aber leider wird der Tag erst dann kommen, wenn wir wieder endgültig befreit sein werden und wenn unser Vaterland wieder in voller Einheit, Freiheit und im Frieden dasteht. (Beifall.)

PRÄSIDENT CELLIEN

Wir hören nun

Grußworte

von Vertretern, befreundeter Parteien in Italien, Belgien und Holland. Als erste wird zu uns sprechen Fräulein

DR. LINA MORENA, Italien

(Mit starkem Beifall begrüßt.)

Die Vertreter der Christlich-Demokratischen Partei Italiens, der Abgeordnete Giordani und ich, schätzen sich glücklich, die Grüße des Generalsekretärs der Democrazia Christiana, Alcide de Gasperi, und die Grüße der christlichen Demokraten Italiens überbringen zu können. (Beifall.)

Ich bringe die Grüße der italienischen Schwesterpartei einer Partei, die in Deutschland und ganz Europa einen großen Erfolg errungen hat. Dieser Erfolg wird mit Bewunderung von uns allen anerkannt. Wir als die Vertreter der Democrazia Christiana gratulieren der Christlich-Demokratischen Union zu diesem Erfolg und wünschen, daß die Zukunft weiteren Erfolg bringen wird zum Wohle Deutschlands und ganz Europas.

Die Geschichte der deutschen CDU geht konform mit der Geschichte der Democrazia Christiana Italiens und der ganz Europas. An der Spitze unserer christlichen Soziallehre stehen die Namen von Ketteler und Windthorst. (Beifall.)

Ende Juni wird die Democrazia Christiana in Neapel ihren Parteikongreß haben. Wir werden dort Bilanz ziehen über unsere Arbeit, die die Partei nach dem Zusammenbruch geleistet hat.

Es zeichnen sich einige Tendenzen ab, die einen links, die anderen rechts ausgerichtet, aber über allen steht der Wille zur Einigkeit, weil unsere Parteien nur stark sind in der Einheit. Dieser Wille nach Einheit

muß allem vorangehen und sich auf die internationale Politik übertragen, weil nur ein gemeinsames Europa stark sein wird und kein getrenntes. (Beifall.)

Ein uneiniges Europa wird von den Feinden der christlichen Zivilisation zerstört werden. Ihnen, die wie wir während des Krieges so viel gelitten und jetzt wieder so viel wiederaufgebaut haben, gilt für eine Zukunft des Friedens der Gerechtigkeit und der Freiheit der brüderliche Wunsch des demokratischen christlichen Italiens. (Starker Beifall.)

DE SPOT, Belgien

Ich übermittle Ihnen die Grüße der Schwesterpartei Ihres Nachbarlandes, der Christlichen Volkspartei, der größten Partei Belgiens. (Beifall.)

Wie die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist die belgische Volkspartei unmittelbar nach dem Kriege gegründet worden. Mit der CDU und den sonstigen christlichen Parteien Europas kämpft sie seit acht Jahren für unsere gemeinsamen Lebensideale, deren Verwirklichung die Zukunft unseres Abendlandes bestimmen muß.

Wir haben die Entwicklung der CDU im Laufe dieser Jahre mit leidenschaftlichem Interesse beobachtet und haben uns mit Begeisterung gefreut über ihren phantastischen politischen Erfolg und besonders über die Geburt des sozialen Rechtsstaates, welchen die Regierung Dr. Konrad Adenauers in so kurzer Zeit hier im Herzen Europas geschaffen hat.

Als kleines Land ist Belgien mehr vielleicht als andere sich dessen bewußt, daß unser Schicksal und die Aufrechterhaltung unserer Zivilisation von der Einigung Europas abhängig sind. Es ist für uns eine der wichtigsten Tatsachen der Geschichte dieses Jahrhunderts, daß die CDU, die größte Partei Deutschlands, sich mit soviel Entschlossenheit zum Integrationsgedanken bekannt und trotz aller Schwierigkeiten den EVG-Vertrag gebilligt hat.

Ebensowenig wie Sie freut es uns, daß die Zusammenarbeit der europäischen Völker zur Zeit sich so sehr auf militärische Angelegenheiten beziehen muß. Wie Ihnen fallen uns die Opfer, welche wir für unsere gemeinsame Verteidigung bringen müssen, sehr schwer. Aber wie Sie sind wir davon überzeugt, daß kein Preis zu hoch ist, um zu vermeiden, was uns schon zweimal in unserer jüngeren Geschichte überkommen ist, was wir aber zum dritten Male unbedingt vermeiden möchten.

Wir Belgier sind, wie Sie wissen, nüchterne Leute. Dieser Nüchternheit haben wir, so glauben wir, unser Dasein zu verdanken. Deshalb freuen wir uns über die Realpolitik trotz aller Schwierigkeiten, die Sie mit Rücksicht auf die gesamten Interessen der europäischen Gemeinschaft durchsetzen.

Im Namen meiner belgischen Freunde hoffe ich aus ganzem Herzen, daß die CDU gerade in diesen schwierigen Augenblicken Deutschland führen wird in eine neue und schönere Zukunft, eine Zukunft der Freiheit, des Friedens und der Einheit für Sie und für uns alle! (Beifall.)

DR. VAN DOORN, Holland

Im Namen der Katholischen Volkspartei Hollands möchte ich zuerst meinen herzlichen Dank aussprechen für die Gastfreundschaft der Christlich-Demokratischen Union, die es uns ermöglicht, die Verbundenheit unserer Parteien nicht nur in formeller Weise, sondern auch tatsächlich vorzuführen.

Was mich persönlich betrifft, so freue ich mich ganz besonders darüber, daß ich schon so kurz nach meiner Ernennung zum Vorsitzenden der Katholischen Volkspartei die Bekanntschaft mit der CDU und mit ihrer Leitung machen und für kurze Zeit in Ihrer Mitte verweilen darf. Ganz offen gesagt habe ich heute das Gefühl, als ob ich einen Schnellkursus „Wie leitet man eine politische Partei“ verfolge, und ich kann Ihnen versichern, daß ich in dieser Hinsicht lernbegierig bin. (Beifall.)

Man ist in Holland wohl ein bißchen eifersüchtig auf eine Leitung, wie Sie in der CDU sie aufzuweisen haben. Die Katholische Volkspartei ist regelmäßig auf Ihren Parteitag zu Gast gewesen, genau so, wie auch wir glücklich gewesen sind, regelmäßig Ihre Vertreter bei unseren Kongressen willkommen heißen zu können. Wir freuen uns über diese Entwicklung so sehr, weil sich aus dieser Verständigung die gegenseitige Einsicht zeigt, daß die christlichen Demokraten nur in Zusammenarbeit ihre Aufgaben erfüllen und ihre Probleme lösen können.

In Holland versuchen die Sozialisten schon seit Jahren dem Volke klarzumachen; daß die weltanschauliche Grundlage unserer evangelischen und katholischen Parteien keine Möglichkeit mehr darbietet für eine reale Politik und für eine politische Entscheidung. Uns dagegen wird mit jedem Tag klarer, daß im Gegenteil nur die lebensanschauliche Grundlage unserer christlichen Parteien zu einer Politik zu führen vermag, die wirklich dem Gemeinwohl nützt.

Wenn man sich jetzt über die Idee gesamteuropäischer Wahlen für ein europäisches Parlament einigen würde, so meine ich, daß das für uns um so mehr ein Grund ist, uns zusammenzufinden, damit auch auf der Ebene der europäischen Politik und des europäischen Gemeinwohls unsere weltanschauliche Grundlage uns den Weg zeigen soll. Sonst würden wir an dem christlichen Charakter Europas Verrat üben.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen einen weiteren guten Erfolg dieses Parteitages wünschen und außerdem Ihrem Parteivorsitzenden die Verwirklichung seiner Friedenspolitik, für die wir in Holland eine starke Bewunderung haben. (Beifall.)

PRÄSIDENT CILLIEN

Zum Schluß folgt ein Grußwort, wie jedes Jahr, nicht aus dem Ausland, sondern aus dem eigenen Vaterland, von der CSU. Es spricht Herr

BUNDESMINISTER FRANZ JOSEF STRAUSS

Damit kein Mißverständnis aufkommt, darf ich am Anfang meiner wenigen Sätze zum Ausdruck bringen, daß ich nicht als Angehöriger des befreundeten Auslandes, sondern als Mitglied des verbündeten Inlandes zu Ihnen spreche. (Beifall und Heiterkeit.)

Alle Jahre wieder habe ich die Ehre, Grüße und Wünsche der Christlich-Sozialen Union zum Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union überbringen zu dürfen. Ich übe also mit meinen bayerischen Freunden im Firmenschild der gemeinsamen Bundespolitik der CDU/CSU die Funktion des Bindestriches aus. (Heiterkeit.)

Ich darf mir nicht erlauben zu sagen, daß ich in Bayern etwa als Blockwart Dr. Adenauers betrachtet werde, wie Freund Blumenfeld es für sich in Anspruch genommen hat; wir Bayern wären auch gar nicht so bescheiden, uns mit einem Blockwart zufriedenzugeben, es müßte dann schon ein Gauleiter sein.

Als ich heute morgen von Bonn nach Köln fuhr, fiel mir draußen am Verteilerring ein Schild auf. Auf diesem Schild standen in weiß-gelber Farbe die Buchstaben CDU, darunter stand in bemerkenswerter Schlichtheit: Folgen Sie diesem Zeichen! (Heiterkeit.) Ich hielt es beinahe für ein gutes Wahlplakat, weil es einmal keine großen geistigen Forderungen stellte und andererseits doch zum Ziele führte (Heiterkeit), praktisch hier zur Messehalle, im übertragenen Sinne zu einer vernünftigen Politik, an der natürlich auch die CSU ihren unter Schutz und Schirm Konrad Adenauers erworbenen Anteil beansprucht, Konrad Adenauers, der auch als Parteiführer in den Grenzen meiner bayerischen Heimat beinahe genau so willkommen ist, wie als hochverehrter Bundeskanzler. (Beifall.)

Kollege Friedensburg hat heute morgen das Fehlen der mittel- und ost-deutschen Landesfahnen bedauert. Bei der Kontrolle der Dekoration wäre ich beinahe darauf gekommen, auch das Fehlen der bayerischen Landesfahne zu bedauern, weil sie sich im Fenster verklemmt hatte und kaum mehr sichtbar war. (Heiterkeit.) Ob es eine Frage des Klimas ist, kann ich nicht entscheiden, aber als echtes Zeichen der bayerisch-berliner Integration hat Freund Tillmanns heute mittag dafür gesorgt, daß die bayerische Flagge wieder flottgemacht worden ist und im Winde weht.

Es wäre überflüssig, nach und — wie ich annehme — vor ausgezeichneten Referaten und Diskussionsbeiträgen etwas über den Inhalt unserer gemeinsamen Politik zu sagen, von der heute so viel treffliche Worte hier gefallen sind. Herr Präsident Ehlers hat in seiner Rede gestern auch einiges über den Föderalismus oder — richtiger — über seinen Mißbrauch gesagt, was — er wird es kaum glauben — auch unsere Billigung findet. (Beifall.)

Wir haben in der CDU/CSU bestimmt keine einheitliche Vorstellung vom Föderalismus in Theorie und Praxis. Wir wollen von der CSU aus nicht, daß der Föderalismus als ein Rest antiquierter Vergangenheit unter Denkmalschutz oder — für Bayern gesehen — unter Naturschutz gestellt wird. Wir wollen daran mitarbeiten, daß er als funktionsfähiges Prinzip sich beweist. Wir sind und bleiben Föderalisten von der CSU, aber Föderalisten, die den Gleichstrich zwischen Föderalismus und Partikularismus sehr genau kennen.

Wir sind Föderalisten, für die das Wort und der Begriff Föderalismus die Zusammenfassung, nicht Trennung, von organisch zusammengehörenden Gliedern zu einem Gesamtorganismus darstellen. Wir wollen im Innern unseres deutschen Vaterlandes eine gesunde Verteilung von Verantwortung und Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern. Es darf aber keinen Zweifel darüber geben, daß der Bund in die Lage versetzt werden muß, die ihm zukommenden Aufgaben zu erfüllen. Wir sind allerdings auch der Meinung, daß der Glaube an die Wunderwirkung des zentralistischen Einheitsstaates sich in der deutschen Erfahrung als Aberglaube erwiesen hat. (Beifall.)

Es wäre für mich ein ganz besonders schöner Tag, wenn ich einmal als Vertreter der CSU, einer nicht expansiven bayerisch-nationalen Heimatpartei, an einem Parteitag der CDU anwesend sein könnte, an dem die Fahnen der Länder Ost- und Mitteldeutschlands nicht nur symbolisch unsere Wünsche, sondern als die Tatsache eines in Freiheit geeinten Deutschlands demonstrieren würden. (Beifall.)

Das Bündnis zwischen der CDU und der CSU hat sich bewährt in schwierigen Tagen, bewährt in der Sonne des Erfolges, der uns nicht über die Realitäten hinwegtäuschen kann, über die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben. Gegenüber unserer nicht gerade mit Weitblick bedachten Opposition haben wir aus gemeinsamer Verantwortung eines voraus: den Sinn für das Wesentliche und das Mögliche in unserer so verwirrungsreichen Zeit.

Wir hoffen, daß von diesem Parteitag der CDU auch für unsere CSU ein starker Impuls ausgeht, ein Impuls, der auch mit dem Märchen von der konfessionalistischen Antithese unserer Unionsparteien aufräumt. (Beifall.) Unsere Gegner sind nicht besorgt über klerikale oder konfessionelle Hege- moniebestrebungen, wie sie sagen, sie sind besorgt, daß das kühne historische Experiment der Union endgültig gelingen und damit ihren parteipolitischen Restaurationsbe- strebungen der Boden entzogen werden könnte. (Beifall.)

Wir sind erst auf halbem Wege. Wir werden eines Tages nicht nach unserem guten Willen beurteilt werden, sondern nach der Fähigkeit, unsere Ideen in die Tat umzusetzen. Wir fragen nicht danach, ob jemand katholisch oder evangelisch ist, sondern, ob er sich als Christ bekennt und mit uns für eine neue Gesellschaftsordnung und für ein neues Gesicht Europas mitzuarbeiten gewillt ist. (Beifall.)

Wir dürfen nicht auf die Einsicht unserer Gegner hoffen. Sie werden, wie Straßburg uns in der Montanunion gezeigt hat, nur durch Tatsachen überzeugt werden, weil die ewig Fortschrittlichen von gestern als Reaktionsäre von heute geistig unbeweglich geworden sind.

Wir gehen in die Periode der Landtagswahlen und sind uns ihrer Bedeutung für die Fortsetzung unserer Bundespolitik voll bewußt. Um unsere christlich-soziale Idee in Bayern auch im Mittelpunkt unserer Lan- despolitik halten zu können, werden die Abgeordneten der CSU selbst- verständlich auch nördlich der Mainbrücke für den Unionsgedanken als Redner auftreten gemäß unserer modernen Auffassung von kollektiver Sicherheit zwischen CDU und CSU. (Beifall und Heiterkeit.)

Wir sind als CSU — das darf ich zu Ihrer Beruhigung sagen, Herr Bun- deskanzler — keine Koalitionspartei, sonst wären Ihre Sorgen noch größer (Heiterkeit), obwohl Sie nach dem meisterhaft beherrschten Prinzip des divide et impera hier immer einen Ausweg gefunden haben. (Lebhaftes Heiterkeit.)

Wir sind eine echte Repräsentation des Unionsgedan- kens in der kraftvollen und farbigen, nur vom Historischen und Ge- wachsenen her zu verstehenden Ausprägung durch das bayerische Element.

Damit wollte ich meine Ausführungen mit den besten Wünschen für Ihren Parteitag abschließen, nicht ohne festzustellen, daß die CSU auch getreu hinter dem Parteiführer der CDU und hinter dem Bundeskanzler ihre Politik fortsetzen wird. Ich wollte damit auch abschließend gesagt haben, daß ich Ihren Namen, Herr Bundeskanzler, bei meinen Ausführungen nicht häufiger strapaziert habe, als es nach Meinung unseres Freundes Ernst Lemmer für die Demokratie bekömmlich ist. (Starker, anhaltender Beifall.)

P R Ä S I D E N T A L B E R S

Wir haben zu vorgerückter Stunde noch ein sehr wichtiges Thema zu behandeln: „Der Mensch in der sozialen Ordnung.“ Das Hauptziel unserer gesamten Politik in den letzten Jahren war, soziale Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Über das Thema wird Herr Professor Dr. Höffner sprechen, den ich herzlich begrüße.

Der Mensch in der sozialen Ordnung

P R O F . J . H Ö F F N E R

Es ist ein geradezu schreckhafter Gedanke, daß es irgendwo ein Wesen geben könnte, das genau so wäre wie ich selber. Dieses unwillkürliche

Erschrecken vor dem gespensterhaften Doppelgänger steigt aus einer tiefen Schicht unseres Wesens empor. Denn kein Geschöpf auf dieser Erde ist so sehr eine Welt für sich wie der Mensch. Als geistiges Wesen begreift und besitzt der Mensch sich selbst. Er ist Person, einmaliges, selbstmächtiges Individuum.

Aber nun das Paradoxe. Der Mensch findet die Erfüllung und Vollendung seines Wesens erst in der Berührung mit seinesgleichen. Immer wieder gründet er nicht nur die traute Zweisamkeit der Ehe — er baut Städte, bildet Verbände, errichtet Staaten. Der Mensch ist Individuum und Zoon politicon zugleich: Seinem Wesen nach auf das Du und die Gesellschaft hingeordnet. Damit tritt dem eigenständigen Individuum — gleichsam als Gegenpol — die Gesamtheit gegenüber: Organisation statt Innerlichkeit, Zusammenschluß statt Absonderung, Autorität statt Ungebundenheit. Das Verhältnis des Einzelmenschen zu den gesellschaftlichen Gebilden sowie das Verhältnis dieser Gebilde zueinander ist mit ungeheurer, die Weltgeschichte bewegender Spannung geladen. Empörungen gegen die überkommenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme, politische Revolutionen und die Schrecken der Kriege sind fast ständige Begleiter der Menschheit gewesen.

Diese Spannungen nach Möglichkeit auszugleichen und die Menschen sinnvoll in die soziale Ordnung einzugliedern, war von jeher das große Ziel des echten Politikers —, und es ist auch unser persönliches Anliegen. Die christlich-abendländische Lebensweisheit hat seit Jahrhunderten für die einzelnen Berufe Leitbilder aufgestellt, wie sie etwa in den Bauernspiegeln, Handwerkerspiegeln oder Kaufmannsspiegeln anschaulich gezeichnet sind. Auch dem christlichen Politiker wies man im sogenannten Fürstenspiegel ein solches Leitbild. Darin heißt es, der für das Gemeinwesen verantwortliche Politiker müsse die Gestalt der zu verwirklichenden sozialen Ordnung wie ein Künstler in seinem Geiste architektonisch-schöpferisch erschaut und gezeugt haben; erst dann könne er zur politischen Tat schreiten. Dabei müsse ihn eine doppelte Haltung beseelen:

Erstens die Ehrfurcht vor den unantastbaren, unwandelbaren, gottgesetzten Werten und Ordnungen, zweitens die Einsicht in die konkrete Befindlichkeit der geschichtlich wandelbaren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese beiden Züge im Leitbild des Politikers — Grundsatztreue und Wirklichkeitsnähe — sind gerade heute, so scheint es mir, wichtiger denn je. Ist doch das Bekenntnis zu unwandelbaren, gottgesetzten Werten und Ordnungen für viele ein Ärgernis. So wird z. B. die Wesensgestalt der Ehe und Familie, zu der wir uns als Christen bekennen, von manchen Kreisen soziologistisch relativiert und verflüchtigt. Kein Wunder, daß auch das Bild von Wesen und Ziel des Menschen relativistisch zerfließt. Der französische Existentialist und Modephilosoph Jean Paul Sartre behauptet sogar, es könne überhaupt kein gültiges Menschenbild, keine Menschennatur geben, weil es keinen Gott gebe, der diese Menschennatur hätte ersinnen und erschaffen können.

Mit diesen einleitenden sozialphilosophischen Erwägungen habe ich mir, so hoffe ich, den Zugang zu meinem Thema erschlossen: „Der Mensch in der sozialen Ordnung“. Ich werde mich dabei von den beiden eben genannten Grundhaltungen leiten lassen: einerseits Anerkennung der unantastbaren, gottgesetzten Werte und Ordnungen, andererseits wirklichkeitsnahe Berücksichtigung der konkreten, geschichtlichen, wandelbaren Verhältnisse.

Der erste unantastbare, gottgesetzte Wert auf dieser Erde ist der Mensch selber. Mit diesem unabdingbaren Anspruch tritt das Christentum seit zwei Jahrtausenden vor die Welt. „Et homo factus est“ — Gottes Sohn ist für uns Mensch geworden, verkündet das christliche Credo. Deshalb ist jeder Mensch, auch der armseeligste, nicht nur Ebenbild Gottes, des

Schöpfers, sondern ein durch Jesus Christus Erlöster und zur Gotteskindschaft Berufener, ein Bruder oder eine Schwester Christi. Von Thomas von Aquin stammt das stolze Wort: „Nur das geistige Wesen, der Mensch, ist seiner selbst willen im göttlichen Heils- und Weltplan gewollt, alles andere seinetwegen.“ Diese hohe und edle Auffassung von Wesen und Würde des Menschen hat, wie Wilhelm Röpke sagt, den „esprit pharaonique“ des antiken Staates zertrümmert und das Abendland davor bewahrt, eine „Halbinsel Asiens“ zu werden. Ohne dieses Menschenbild ist die christlich-abendländische Kultur undenkbar.

Alle irdischen Sozialgebilde finden mithin ihren letzten Sinn darin — abgesehen von der Ehre Gottes —, der Persönlichkeitsentfaltung des Menschen und seiner gottgewollten Vollendung zu dienen. Die Gesellschaft ist nicht Selbstzweck. Niemals darf der Mensch zum bloßen Objekt, zum bloßen Mittel staatlicher, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Prozesse erniedrigt werden. Dabei ist freilich zu beachten, daß der Mensch nicht bloß nebensächlich (wie es z. B. Nebensache ist, ob man blondes Haar und blaue Augen hat), sondern seinem Wesen nach sozial bestimmt ist. Zum Menschen gehört wesentlich das Leben in sozialen Ordnungen. Der absolut Einsame, das hat schon Aristoteles erkannt, wäre entweder ein Raubtier oder ein Gott. Nach christlichem Denken ist es deshalb falsch, bei der Gestaltung der sozialen Ordnungen entweder beim Individuum allein oder bei der Gesellschaft allein anzusetzen. Das Baugesetz des sozialen Lebens liegt vielmehr in der wechselseitigen Verbundenheit und Verantwortlichkeit des personalen und des sozialen Bereichs.

Ich brauche kaum zu betonen, daß die richtige Einordnung des Menschen in die soziale Ordnung mehr ist als die bloß wirtschaftliche Sicherung. Gewiß, die wirtschaftliche Sicherung ist überaus wichtig, besonders in unserem industriellen Zeitalter, wo weder die Einzelmenschen noch die Familien alle wirtschaftlichen Risiken aus eigener Kraft zu tragen vermögen. Die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung des Menschen, wie sie etwa im Rahmen der Sozialversicherung getroffen werden, sind deshalb durchaus notwendig. Aber weder ein hohes Einkommen noch eine ausreichende Rente vermögen für sich allein den Menschen wahrhaft glücklich zu machen. (Beifall.) Wir müssen den Menschen vielmehr in seiner Ganzheit, in seiner gesamten Lebens- und Sozialsituation sehen. Was man gemeinhin Glück zu nennen pflegt, besteht — abgesehen vom Frieden mit dem Herrgott — weithin darin, daß der Mensch in den sozialen Bereichen, in denen er lebt, sich wohlfühlt: daheim in der Familie, im Kreise der Mitarbeiter im Betrieb, im Büro, im Geschäft, in der Nachbarschaft usw.

Für die richtige Stellung des Menschen innerhalb der heutigen sozialen Ordnung sind — angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse — drei soziale Bereiche von besonderer Bedeutung: die Familie, die Wirtschaft, der Staat.

Es ist Mode geworden, über die Krise der Ehe und Familie Klage zu führen. Wer überhaupt in sinnvoller Weise von der Krise der Familie sprechen will, muß ein gültiges Leitbild der Familie anerkennen, an dem er die Krisenerscheinungen messen kann. Der Christ besitzt dieses Leitbild. Nach christlichem Denken ist die Familie die aus der Ehe sich entfaltende Lebensgemeinschaft der Eltern mit ihren Kindern. In völlig selbstverständlicher Weise gibt die Familie dem Kinde die Möglichkeiten des Existierens, des Wachsens, des Reifens; sie gewährt ihm, wie man gesagt hat, „Daseinskredit“. Diese bergende, schützende und pflegende Funktion der Familie ist vierfacher Art.

1. Familie ist gemeinsames Heim. Das Heim ist nicht nur eine Stätte, wo man schläft und ißt und gegen die Unbilden der Witterung geborgen ist; es erfüllt wesentliche Aufgaben in seelisch-geistig-sittlicher Hinsicht.

Heim bedeutet: Hier ist Platz für dich, hier wartet man auf dich, hier wirst du — aus den Sorgen der Welt kommend — dir selbst wiedergegeben, hier findest du Traulichkeit und Innigkeit.

2. Zur Familie gehört zweitens der gemeinsame Tisch. Man hat das gemeinsame Mahl „von Natur aus etwas Heiliges“ genannt. Miteinander am Familientisch essen ist mehr als beisammen sein und dabei auch essen. Der Tisch ist Ausdruck der Gemeinschaft der Familie: mit dem selbstverständlichen Teilen der Speisen, nach dem Grundsatz: Jedem, nicht nach seiner Leistung, sondern nach seinen Bedürfnissen; — mit der vertrauensvollen Mitteilbarkeit des Gesprächs.

3. Familie bedeutet drittens Gemeinsamkeit des Wirtschaftens und Sorgens füreinander. Das besagt nicht, daß Eltern und Kinder im familien-eigenen Produktionsbetrieb den Unterhalt erarbeiten müßten, wie es etwa in der bäuerlichen Familienwirtschaft noch weithin der Fall ist. Das moderne arbeitsteilige, hochindustrialisierte Wirtschaftsleben bringt es mit sich, daß die meisten Familien fast alles, was sie brauchen, einkaufen und daß der Vater, oft auch die Mutter und die erwachsenen Kinder, durch außerhäusliche Berufsarbeit ein Geldeinkommen zum Unterhalt der Familie gewinnen müssen. Was ehemals das Vermögen für die Existenzsicherung der Familie bedeutete, ist heute für die Millionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten das auf Grund der Berufstätigkeit gesicherte regelmäßige Lohn- oder Gehaltseinkommen. Aber auch eine solche wirtschaftliche Struktur schließt keineswegs das gemeinsame Wirtschaften innerhalb der Familie aus. Nur hat sich diese Gemeinsamkeit des Wirtschaftens in der Familie mehr und mehr auf den Bereich des Konsums verlagert. Hier liegt die große Bedeutung des Familienhaushaltes. Wenn die Frau und Mutter hier versagt, kommt trotz guten Einkommens des Mannes die sogenannte „sekundäre Armut“ über die Familie, d. h. jene Armut, die nicht im niedrigen Einkommen, sondern in der schlechten Haushaltung begründet ist.

Wichtiger noch als die gewiß bedeutsamen Funktionen der Familie im Bereich der leiblichen und materiellen Sorge und Vorsorge ist ihr Dienst an den geistigen, sittlichen und religiösen Werten. Damit habe ich den vierten Zug im Leitbild der Familie genannt:

4. Die Familie ist Bildungs- und Erziehungsgemeinschaft. Die beste Erziehung ist ein gesundes, harmonisches Familienleben: im treuen Zusammenstehen, im gemeinsamen Tragen von Sorge und Leid, in Liebe und Rücksichtnahme, in Frohsinn, Spiel und Scherz, in der Freude am Schönen, in Unterhaltung und Geselligkeit.

Gott sei Dank gibt es auch heute noch viele Ehen und Familien in Stadt und Land, die sich in bewußter Treue zu dem eben aufgezeichneten christlichen Leitbild bekennen. Wenn man z. B. darüber klagt, daß 1950 in der Bundesrepublik 74 000 Ehen geschieden worden sind, sollte man nicht verschweigen, daß auch heute noch 184 000 junge deutsche Familien fünf und mehr Kinder unter 14 Jahren haben. (Beifall.)

Aber andererseits kann nicht geleugnet werden, daß viele Familien dem Leitbild nicht mehr entsprechen. Es lassen sich drei Krisenerscheinungen unterscheiden: Funktionsschwund, Schrumpfung, Auflösung.

1. Von Funktionsschwund sprechen wir, wenn die Kernfunktionen der Familie geschwächt sind oder völlig fehlen. Einige Beispiele: In den Lagern fehlt den Familien fast jegliche Form des Heimes. In anderen Fällen ist die Tischgemeinschaft fast aufgelöst. Der Vater und auch die berufstätige Mutter essen in der Werksküche, das Kind im Kindergarten oder im Hort. Damit ist auch die Erziehungsfunktion fast lahmgelegt. In manchen Familien ist der letzte Rest der Kultgemeinschaft verschwunden, da nicht mehr gemeinsam gebetet wird und die christlichen Hochfeste im Familien-



Blick in die festlich geschmückte Messehalle

leben kaum noch in Erscheinung treten. Viele Familien kennen keine häusliche Geselligkeit mehr, da Eltern und Kinder den Schwerpunkt ihres Lebens nach außen verlegt haben.

Der in vielen Familien feststellbare Funktionsschwund hat diese Familien, wie die Erfahrung lehrt, innerlich labil gemacht. Es wird für Eltern und Kinder schwer, den von Funktionen entleerten Raum geistig, seelisch und praktisch auszufüllen. Zugleich ist die Frau versucht, den an Funktionen verarmten Raum der Familie auch ihrerseits zu verlassen, d. h. eine neue Funktion im außerhäuslichen Beruf zu suchen. Unter den 5,1 Millionen Frauen und Mädchen, die im Juni 1952 in der Bundesrepublik berufstätig waren, zählte man 872 000 verheiratete Frauen. Untersuchungen aus jüngster Zeit legen die Vermutungen nahe, „daß ein hoher Prozentsatz dieser Frauen nicht aus absoluter Notwendigkeit arbeitet“. Sie tun es vielmehr aus folgenden Gründen:

1. um die Aussteuer zu ergänzen,
2. um sich in den jährlichen Ferien mehr leisten zu können,
3. „ganz einfach, weil die Kameradschaft in Fabrik und Büro sie anzieht“ und sie der Langeweile daheim entfliehen wollen,
4. weil sie aus der Zeit vor der Heirat an den „Rhythmus selbstverdienten Geldes“ gewohnt sind,
5. weil jene Frauen, die nicht berufstätig sind, sondern Kinder großziehen, sich dadurch die Altersversorgung verderben.

Funktionsverlust der Familie und Berufsarbeit der verheirateten Frauen bedingen sich gleichsam gegenseitig: Weil die Familie funktionsarm ist, sucht die Frau einen außerhäuslichen Beruf, und weil die Frau außerhäuslich arbeitet, verarmt die Familie immer mehr an Funktionen. Es darf z. B. kein Kind kommen, eine der verhängnisvollsten Auswirkungen der Berufstätigkeit gerade der jungverheirateten Frau.

2. Damit habe ich die zweite Krisenerscheinung genannt: Kinderlosigkeit bedeutet Schrumpfung der Familie. In vielen Ehen fehlt das Kind völlig, so daß diese Ehen überhaupt nicht zu Familien werden; — eine kinderlose Familie ist ja ein Ungedanke. Rund 60 % der deutschen Haushalte haben keine Kinder unter 15 Jahren. Am 13. September 1950 waren 85,3 % aller Kinder unter 15 Jahren Erst- und Zweitkinder —, nur 14,7 % dritte und weitere Kinder.

3. Kein Wunder, daß Funktionsverlust und Schrumpfung Auflösungskrisen über die davon betroffenen Ehen und Familien gebracht haben —, und das ist die dritte, die bedenklichste Krisenerscheinung. Ich meine die innere Zerrüttung und die auch nach außen vollzogene Scheidung.

Ich brauche nicht des näheren auszuführen, welche Folgerungen der christliche Politiker aus den bisherigen Erwägungen für die Familienpolitik ziehen wird: im Ehe- und Familienrecht, im Wohnungsbau, in der Sozialversicherung usw. Die Familie ist sowohl biologisch wie moralisch die Zelle der Gesellschaft, biologisch, weil „der biologische Lebenswille eines Volkes an die Familie gebunden ist“ —, moralisch, weil sich der Mensch jene sozialen Tugenden, ohne die ein Gemeinschaftsleben nicht bestehen kann, in der Familie aneignet: Nächstenliebe, Gerechtigkeit, Hilfsbereitschaft, Güte, Verträglichkeit, Selbstbescheidung, Rücksichtnahme, Nachgiebigkeit, Aufrichtigkeit, Gehorchenkönnen, Befehlenkönnen usw.

Im übrigen besteht kein Anlaß zum Pessimismus. Wenn nicht alles trügt, beginnt in fast allen Ländern eine neue Wertung der Familie sich durchzusetzen, so daß der belgische Soziologe Jacques Leclercq kürzlich meinte, die Erneuerung der Familie werde „zu den beherrschenden Ereignissen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehören“. Man darf

diese Hoffnung hegen, wird jedoch die Augen vor den bedrohlichen Krisenerscheinungen nicht verschließen. Ohne gesunde Familien läßt sich eine soziale Ordnung nicht aufbauen.

Die Krise der Familie ist dem industriellen Zeitalter erst verhältnismäßig spät bewußt geworden. Ein ganzes Jahrhundert lang hielt eine andere Erkrankung der sozialen Ordnung die Gemüter in Bann: ich meine die klassenkämpferischen Spannungen im Bereich des Wirtschaftslebens.

Es ist ein alter, leidenschaftlicher Vorwurf, daß die industrielle Entwicklung — angestachelt vom kapitalistischen Geist — Millionen von Menschen zu Nulohnarbeitern ohne Hab und Gut, ohne Ar und Halm gemacht habe. Nicht der Mensch, sondern der Profit stehe im Mittelpunkt der Wirtschaft. Sieht man näher zu, so enthält dieser Vorwurf die doppelte Anklage, daß der Mensch weder im Mittelpunkt des Betriebes noch im Mittelpunkt der Gesamtwirtschaft stehe. Ohne Zweifel werden hier zwei Anliegen beim Namen genannt, die für die Subjektstellung des Menschen im Arbeits- und Wirtschaftsleben der Gegenwart von entscheidender Bedeutung sind.

Der Mensch im Mittelpunkt des Betriebes. Hier wird die Klage erhoben, daß der Arbeiter durch die Einschaltung in die technisch-mechanische Apparatur des Betriebes zum bloßen Objekt erniedrigt werde und daß außerdem die durch das Lohnverhältnis bedingte Ein- und Unterordnung des Arbeiters mit seiner Subjektstellung unvereinbar sei.

Die atembeklemmende Hast des technischen Fortschrittes hat in der Tat den arbeitenden Menschen tief beeinflußt. Der Arbeitsort ist ein anderer geworden. Während noch im 18. Jahrhundert die meisten Menschen ihre Berufsarbeit in den Familien — als Bauern, Handwerker, Kaufleute, Knechte und Mägde — verrichteten, erleben wir heute Tag für Tag eine Massenwanderung in die Betriebe, Büros und Verwaltungen. In der Bundesrepublik verlassen täglich etwa elf Millionen Männer und fünf Millionen Frauen und Mädchen ihre Heime, um als Arbeiter, Angestellte oder Beamte Dienst zu tun.

Auch die Arbeitsweise hat sich geändert. Das ganzheitlich-überschaubare Tun ist weithin von der Teilarbeit verdrängt worden. Die auf das äußerste rationalisierten Arbeitsvorgänge in den modernen Betrieben bedingen einerseits eine weitgehende Zerstückelung der menschlichen Arbeit in einzelne Handgriffe, andererseits die Zusammenfassung und Einordnung dieser Einzelhandlungen in das Betriebsganze.

Diese Entwicklung, so sagt man, habe den Arbeiter zu geistloser, eintöniger, nervenverzehrender, mechanischer Arbeit verdammt und das Arbeitsethos erstickt. Das Handwerk sei durch den Handgriff ersetzt worden, der die Sinne so sehr ermüde, daß sie am Abend nur noch auf grobe Reize reagierten.

Ohne Zweifel leiden heute in unseren Betrieben nicht wenige Arbeiter, besonders Frauen und Jugendliche, unter der Mechanisierung ihrer Tätigkeit. Der moderne Mensch wehrt sich nicht gegen Anstrengung und Leistung. Er gibt z. B. im Sport seine letzten Kräfte her. Was jedoch — wenigstens von vielen — schwer getragen wird, ist die Arbeitstechnik, die vielfach als Auslieferung des Menschen an die Notwendigkeit der Maschinen und Apparate, als Sinnverlust der Arbeit empfunden wird.

Rationalisierung und technischer Fortschritt sind ohne Zweifel im Interesse der Konkurrenzfähigkeit — und damit auch im Interesse der Arbeiter — erforderlich. Jedoch darf dabei nicht übersehen werden, daß die Betriebe, Büros und Verwaltungen Stätten sind, wo Menschen ihr Tagewerk verrichten. Der monotone Handgriff ist gewiß kein Ideal. Er wird freilich in

einem gewissen Ausmaß in der technisierten Wirtschaft immer notwendig bleiben, besonders in der Montage. Wenn jedoch nicht alles täuscht, hat inzwischen ein Umschwung eingesetzt, wie man ihn noch vor dreißig Jahren nicht voraussehen konnte. Marxens Prophezeiung, daß die „automatische Fabrik“ den Facharbeiter völlig beseitigen werde, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, die moderne Rationalisierung geht mehr und mehr dazu über, den einfachen Handgriff von den Maschinen und Apparaten selber vollführen zu lassen.

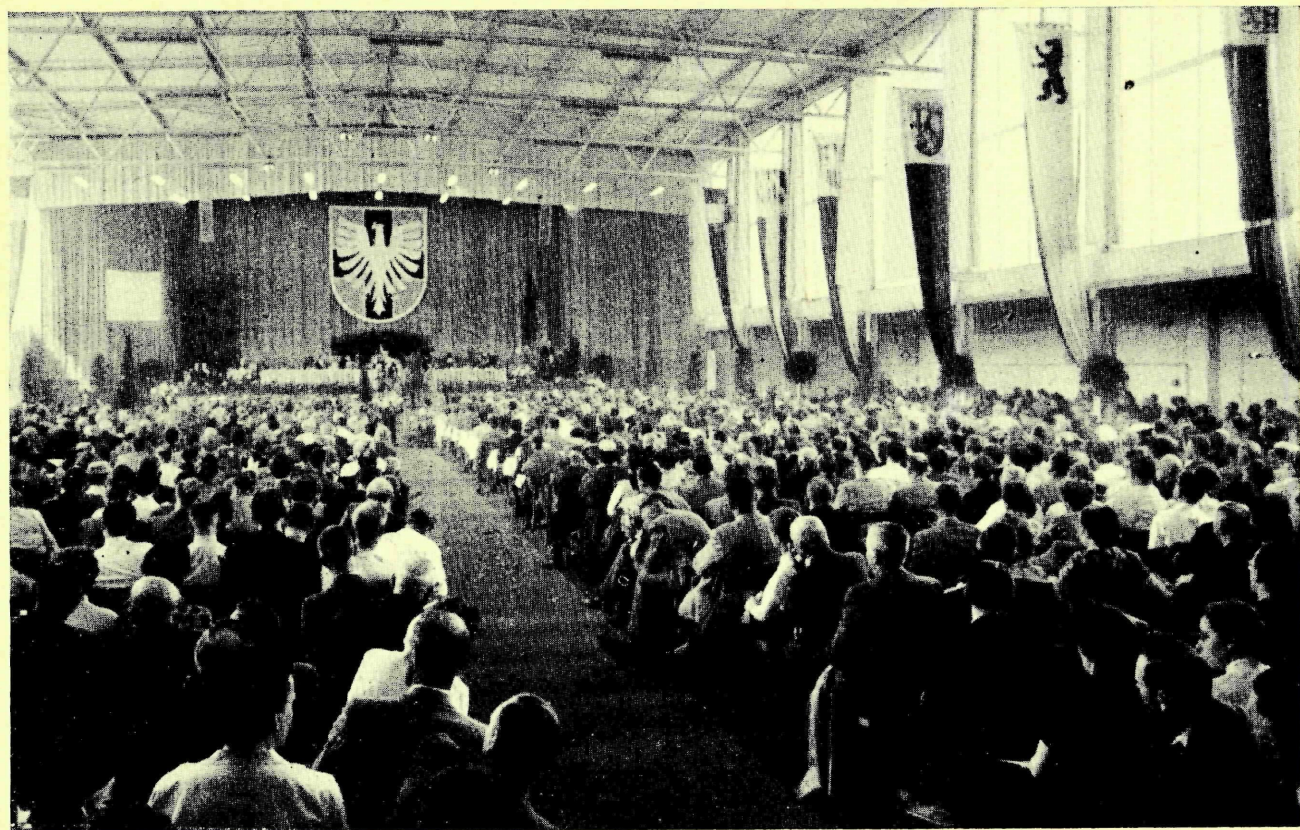
Auf die naheliegende Frage, ob im Gefolge dieser Entwicklung nicht eine Arbeitslosigkeit bedenklichen Ausmaßes zu befürchten sei, wird man entgegennehmen müssen, daß neue technische Errungenschaften und Rationalisierungsmethoden in der Tat zunächst Arbeitskräfte freizusetzen pflegen, auf die Dauer jedoch — wie die Erfahrung lehrt — überraschend viele neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Da Wirtschaft und Technik Dienst am Menschen sind, wird die Wirtschaftspolitik bestrebt sein müssen, den technischen Fortschritt — soweit möglich — nicht in stürmischen, krisenhaften Sprüngen sich austoben zu lassen, sondern ihn in ausgeglichener Entwicklung zu entfalten.

Im übrigen betonen gerade die neuesten Maßnahmen der Rationalisierung die Subjektstellung des Menschen. Die Arbeit wird beseelter, so daß man von ihrer „Requalifizierung“ spricht. Ausdruck dieser Entwicklung ist der steigende Bedarf an Facharbeitern. Wir brauchen Facharbeiter für die Herstellung der komplizierten, vollautomatischen Maschinen und Apparate, für die Einrichtung der Produktion, für den Vorrichtungsbau, für die Beaufsichtigung und Instandhaltung und nicht zuletzt für die Reparatur der Maschinen. Erwartet man zuviel, wenn man hofft, daß sich in unseren Facharbeitern ein neues Arbeits- und Berufsethos bildet und daß damit der neue Mittelstand des industriellen Zeitalters im Entstehen begriffen ist?

Das Wort vom neuen Mittelstand wird freilich von gewissen Kritikern mit Argwohn aufgenommen. Solange der Arbeiter der herrschaftlichen Struktur des Betriebes untergeordnet bleibe, sei der Weg zu einer mittelständischen Existenzform versperrt.

Ich entgegne, daß kein Betrieb ohne einheitliche technische und kaufmännische Leitung bestehen kann. Sich in freier Entscheidung ein- und unterordnen zu können, widerspricht nicht dem christlichen Menschenbild. Jedoch muß der Betrieb für alle Mitarbeiter zum Lebensraum werden. Der Betrieb ist gewiß nicht der einzige, auch nicht der wichtigste Lebensraum des Menschen. Andere Lebensräume sind inniger, z. B. die Familie. Aber der Betrieb ist immerhin die Stätte, wo viele Millionen ihre Berufsarbeit verrichten und die wachsten Stunden ihres Tages verbringen. Sie sollen es mit innerem Ja tun. Sie sollen sich im Betrieb geachtet, dazugehörig und mitverantwortlich fühlen.

Bekanntlich haben zunächst Erwägungen der Rentabilität und der Kostenersparnis dazu geführt, sich um den Menschen im Betrieb zu kümmern. Die Arbeitsphysiologie, die Arbeitspsychologie und die Betriebspsychologie wiesen nach, daß es sich lohne, im Betrieb auf die physische und psychische Eigenart des Menschen Rücksicht zu nehmen. Heute scheint sich jedoch eine Wende zu vollziehen, die man „wahrhaft kopernikanisch“ genannt hat. Wie man schon längst in den Laboratorien der Großunternehmen der Chemie von der begrenzten Zweckforschung zur zweckfreien Grundlagenforschung übergegangen ist, so beginnen auch manche Wirtschaftsführer, sich zum zweckfreien Dienst am Menschen im Betrieb zu bekennen, das heißt, in jedem Arbeiter von vornherein den Mitmenschen, den Nächsten zu sehen und alle Maßnahmen aus dieser lauterer Sicht zu treffen. Man hat dieses Neue — halb ironisch, halb ungläubig — die „O-Mensch-Periode“ genannt. Aber ich bin überzeugt, daß unsere westliche



Die Parteitagsdelegierten

Welt und unsere abendländisch-christliche Denk- und Lebensart nur Bestand haben werden, wenn uns dieser Durchbruch zum Menschen als dem Mittelpunkt in allen Bereichen der sozialen Ordnung gelingt, auch in der Gesamtwirtschaft unseres Volkes. (Beifall.)

Der Mensch im Mittelpunkt der Gesamtwirtschaft. Nach christlichem Denken ist der Wirtschaft ein immanentes Ziel eigen, das wir ihr Sachziel zu nennen pflegen. Es besteht weder — rein formalistisch — im bloßen Handeln nach dem ökonomischen Rationalprinzip, noch in der Technokratie, noch in der reinen Rentabilität, noch in der „größtmöglichen Reichtumsvermehrung“, sondern in der menschenwürdigen Versorgung aller mit Bedarfsgütern. So reichlich sollen diese Güter bemessen sein, „daß sie nicht nur zur lebensnotwendigen und sonstigen ehrbaren Bedarfsbefriedigung ausreichen, sondern den Menschen die Entfaltung eines veredelten Kulturlebens ermöglichen, das — im rechten Maß genossen — dem tugendlichen Leben nicht nur nicht abträglich, sondern im Gegenteil förderlich ist“ (Weltrundschreiben: Quadragesimo anno). Je mehr dieses Sachziel der Wirtschaft verwirklicht wird, desto fester und organischer sind alle Schichten unseres Volkes, auch die Arbeiter, in unsere christlich-abendländische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eingefügt. Das setzt freilich nicht nur die ausreichende Versorgung mit Konsumgütern, sondern darüber hinaus die möglichst breite Streuung des Privateigentums voraus. (Beifall.)

Um der Würde und Selbstverantwortung des Menschen willen, d. h. um den Menschen die Subjektstellung im Wirtschaftsprozess zu wahren, bekennt sich die christliche Soziallehre zum Privateigentum. Folgerichtig müssen wir die „grundsätzliche Forderung des Privateigentums, soweit möglich, für alle“ erheben. (Beifall.) Nur wenn möglichst jedermann — wenn auch in bescheidenem Ausmaß — Eigentümer ist, können jene personalen Werte sich ungestört entfalten, die wir der Privateigentumsordnung nachrühmen: Eigeninitiative, Selbstverantwortung, Vorsorge, Arbeitsfreude.

Zwei Aufgaben sind vordringlich:

Erstens: Stärkung der wirtschaftlich Selbständigen. Die Klein- und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie müssen erhalten, gefördert und vermehrt werden.

Zweitens: Da es unmöglich ist, alle Menschen wirtschaftlich selbständig zu machen, werden breite Schichten im Dienstverhältnis — als Lohn- und Gehaltsempfänger — ihren Lebensunterhalt finden müssen. Auch diesen Arbeitnehmern muß die Eigentumsbildung ermöglicht werden.

Ich möchte drei Ringe des bergenden Eigentums, die um den Menschen und seine Familie gelegt werden, unterscheiden. Das Eigentum unserer Arbeitnehmer beschränkt sich in den meisten Fällen wohl auf das, was sie zwischen ihren vier Wänden besitzen: Hausrat, Möbel und dgl. Zur Anschaffung dieser Güter, die gleichsam den innersten Ring bergenden Eigentums darstellen, weil der Mensch sie am anschaulichsten und unmittelbarsten als sein eigen erlebt, ist auch heute noch ein reger Sparwille festzustellen, und dieses Zwecksparen ist immerhin zu begrüßen gegenüber einer sofortigen Ausgabe des gesamten Einkommens in den unmittelbaren Konsum des Gut-Essens und -Trinkens. (Beifall.)

Aber darüber hinaus muß ein zweiter Ring bergenden Eigentums um den Menschen und seine Familie gelegt werden: das eigene Heim. Auf diese Weise stärken wir die Familie, die das stärkste Bollwerk gegen Verwassung und Kollektiv ist.

Schließlich müssen noch Wege gefunden werden, „daß die Arbeitnehmer durch ihre Spartätigkeit sich auch an der volkswirtschaftlichen Kapital-

bildung beteiligen können“, womit ein dritter Ring bergenden Eigentums den Menschen umgeben würde. (Beifall.)

Die vielfältigen Aufgaben, die ich von der Familie und von der Wirtschaft her aufzuzeigen versucht habe, werden ohne die tatkräftige Mithilfe des States nicht gemeistert werden können. Aber stehen wir hier nicht vor einem neuen Dilemma? Ist das Verhältnis des modernen Menschen zum Staat nicht ebenso gärend und verwirrt wie die Stellung zur Familie und Wirtschaft? Manche Soziologen erklären sogar, daß das verstärkte „Mit-uns“ gegenüber dem engeren, persönlicheren Lebensbereich der Familie zu einem auffallenden „Ohne-uns“ gegenüber den „Ansprüchen der Gesamtgesellschaft“ geführt habe. Von hier aus erkläre sich die heute allgemein festzustellende „Gleichgültigkeit gegenüber den Erfordernissen des sozialen Ganzen“, das „Desinteressement“ an den „Angelegenheiten der Öffentlichkeit“ und die „fortschreitende Entpolitisierung des deutschen Menschen“.

Ich halte dieses Urteil für übertrieben. Seit einiger Zeit beginnt insbesondere die junge Generation sich mehr und mehr für den Staat zu interessieren. Gebe Gott, daß sich die richtige Auffassung vom Staat Bahn bricht! (Beifall.)

Über Wesen und Aufgaben des Staates sind die widersprechendsten Theorien aufgestellt worden. Man hat den Staat als Inbegriff des Bösen geschmäht und gehaßt. Man hat ihn — in individualistischer Verengung — zum vertraglich angestellten Nachtwächter erniedrigt. In das entgegengesetzte Extrem fallen jene, die ihn abgöttisch verherrlichen oder zum totalen Fürsorger machen möchten.

Nach christlichem Verständnis ist die staatliche Gewalt weder Gott noch Dämon, sondern — nach dem Wort der Schrift — „Gottes Dienerin zu deinem Besten“. (Beifall.)

Aus eigener Kraft vermag der Mensch sich nicht „zur ganzen Fülle und zum ganzen Reichtum dessen, was Gott an Anlagen in ihn hineingelegt hat“; zu entfalten. Auch die Familie kann, weil sie nicht autark ist, keineswegs alle Lebensnotwendigkeiten meistern. Zahlreiche andere Vergemeinschaftungen sind nötig. Damit steht eine schier unübersehbare Zahl eng miteinander verbundener Einzelmenschen, Familien, Gemeinden, Betriebe, kultureller Einrichtungen usw. vor uns, deren vielfältige Beziehungen von Recht, Ordnung und Sicherheit durchwaltet sein müssen. Zur Erfüllung dieser Ordnungsaufgaben bedarf es eines höchsten irdischen Sozialgebildes, das — auf Recht und Macht gestützt — als oberste Verklammerung und als höchster Hüter des Gemeinwohls die Vollendung der irdischen Wohlfahrt in der bestmöglichen Weise gewährleisten soll. Dieses oberste Sozialgebilde, der Staat, soll also keineswegs selber alles — etwa die gesamte Fürsorge oder die gesamte Erziehung — in seine Hand nehmen — das wäre Kollektivismus —, sondern nach dem Prinzip der Subsidiarität die Voraussetzungen für eine gedeihliche Entfaltung der Einzelmenschen und der kleineren Lebenskreise schaffen. Dazu gehört vor allem der Schutz des Staates nach außen und der Aufbau und die Wahrung der Rechtsordnung und des Wohlstandes im Innern.

Darüber hinaus wird der Staat in der heutigen Zeit — von der Not gerufen — auch in jene Bereiche ergänzend eingreifen müssen, die an sich der Initiative der einzelnen, der Familien und sonstiger innerstaatlicher Gebilde vorbehalten sind. Hier ist das Prinzip der Subsidiarität besonders peinlich zu beachten. (Beifall.)

Wenn die christliche Soziallehre die Subsidiarität der Staatstätigkeit betont, so nicht nur deswegen, weil sie den Menschen und den kleineren Lebenskreisen die eigene Entfaltung sichern möchte, sondern auch im Inter-

esse des Staates selber, der nicht mit artfremden Aufgaben zugedeckt werden soll. Thomas von Aquin schreibt treffend: Wenn in einem Chor alle denselben Ton sängen, gebe es keine Symphonie und Harmonie der Stimmen; ähnlich verhalte es sich mit dem Staat, so daß eine übertriebene Vereinheitlichung und Gleichschaltung geradezu den Bestand des Staates bedrohe. (Beifall.)

Der nationalstaatliche Totalitätsanspruch, wie er in den letzten Jahrhunderten erhoben worden ist, entspricht nicht der christlichen Staatsauffassung. Weder die Einzelmenschen und die innerstaatlichen kleineren Lebenskreise noch auch die heute so bedeutsamen überstaatlichen, mehreren Völkern oder der ganzen Menschheit gemeinsamen Anliegen dürfen einer engen und überholten nationalstaatlichen Totalitäts-Ideologie geopfert werden. Andererseits bedeutet Subsidiarität keineswegs unwürdige Einengung, sondern im Gegenteil Anerkennung der hohen und unersetzbaren arteigenen Aufgaben des Staates, höchster Garant des staatlichen Gemeinwohles zu sein, was heute vor allem den Interessengruppen gegenüber betont werden muß.

All unser Mühen um die soziale Ordnung gilt letztlich dem Menschen. Trotz aller Vermassungerscheinungen ist heute in vielen Herzen die Sehnsucht und Bereitschaft aufgebrochen, wieder Mensch zu sein (Beifall), nicht Nummer im Kollektiv, sondern Subjekt der sozialen Ordnung. Hier vollziehen sich — wenn auch vorerst vielleicht noch unbewußt — weltanschauliche Entscheidungen, die das christliche Menschenbild neu aufleuchten lassen.

Ich schließe mit der Frage an Sie:

Ist das nicht die Stunde des christlichen Politikers?
(Langanhaltender starker Beifall.)

PRÄSIDENT ALBERS

Die Ausführungen von Herrn Professor Höffner waren eine Besinnung auf die Verpflichtungen, die die Grundlagen unserer Arbeit im politischen und gesellschaftlichen Bereich sein soll. Ich darf Herrn Professor Höffner in Ihrem Namen recht herzlich danken. (Lebhafter Beifall.) Wir kommen zur

Aussprache

BUNDESARBEITSMINISTER STORCH

Die Ausführungen von Herrn Professor Höffner haben uns einmal aus der Alltagsarbeit und aus dem Alltagsdenken herausgebracht. Er hat uns auf eine höhere Ebene geführt, und dennoch ist es notwendig, daß wir das, was er gesagt hat, nun auch zum Teil einmal in der Wirklichkeit sehen, wie sie uns heute umgibt.

Herr Professor Höffner hat mit Recht gesagt: das Kernproblem unseres ganzen Volkes ist die Familie und darüber hinaus das Zusammenleben im Staat und im Betrieb. Wenn ich einmal den Begriff Familie etwas weiter stecke, dann komme ich dazu, daß die Menschen, die heute gemeinschaftlich in unserem Wirtschaftsleben stehen, sich ebenso wie eine Familie gegenseitig stützen müssen. Sie müssen auch diejenigen in die Lage versetzen, ein menschenwürdiges Leben zu führen, die durch die Wechselfälle des Lebens daran gehindert sind, für sich selbst zu sorgen.

Wir in der Christlich-Demokratischen Union haben es uns zum Ziel gesetzt, in unserem Volksleben den sozialen Charakter soweit wie möglich sichtbar werden zu lassen. Vor kurzem hat man auf dem Parteitag einer anderen Partei gesagt, sie, diese andere Partei, wolle das soziale Gewissen der Bundesregierung sein. Ich glaube, wenn es irgend jemanden oder irgendeine Partei gibt, die für sich das Recht in Anspruch nehmen kann, sich als Wahrerin des sozialen Denkens herauszustellen, dann sind wir es. (Beifall.)

Wir haben niemals vergessen, daß eine wirklich soziale Handlung in einem Volke nur möglich ist, wenn dafür die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Ausführungen, die vorhin von Herrn Präsidenten Abs und vom Kollegen Erhard gemacht worden sind, haben uns gezeigt, daß wir in der verhältnismäßig kurzen Zeit von sechs Jahren unserem deutschen Volke eine wirtschaftspolitische Grundlage gegeben haben, von der aus man sozial handeln kann.

Soziales Handeln hat man auch in der Zeit vor der Währungsreform bei uns gepredigt. Jeder, der davon sprach, wußte, daß bei dem Sozialvolumen, das wir hatten, überhaupt keine soziale Handlung möglich war, weil wir alle hungerten. Das sind die Dinge, die wir heute nach draußen sehr klar zum Ausdruck bringen konnten. Wir wissen, daß wir heute eine ganze Bürde von sozialen Belastungen haben, die frühere Generationen unseres Volkes gar nicht kannten. Wer vor 1914 in unserem Volksleben stand und etwas von sozialer Verpflichtung hörte, hat immer an den Kreis von Menschen gedacht, die für die Wechselfälle des Lebens gesichert werden sollten.

Nach dem ersten Weltkrieg kam die zweite große soziale Belastung dazu. Das war die Fürsorge und die Verpflichtung gegenüber den Kriegsopfern und ihren Hinterbliebenen. Nach diesem Weltkrieg ist diese zweite Auflage zumindest auf das Dreifache gestiegen und darüber hinaus ist uns eine weitere soziale Belastung auferlegt worden, nämlich die der Versorgung der Menschen, die man aus ihrer Heimat vertrieben und hier bei uns ohne irgendwelche wirtschaftlichen Grundlagen eingegliedert hat.

Wenn man sich diese ungeheuren sozialen Aufgaben in unserem Volke einmal ansieht, dann muß man schon sagen: wenn man hier allen gerecht werden will, dann müssen diejenigen, die in Arbeit und in der Produktion stehen, auf einen sehr wesentlichen Teil ihres Einkommens verzichten!

Ich will Ihnen nur einige Zahlen nennen. Wir zahlen heute aus der Sozialversicherung nicht weniger als 6,7 Millionen Renten. Wir bezahlen darüber hinaus aus der Kriegsopferversorgung 4,2 Millionen. Wenn wir den großen Jahresdurchschnitt sehen, dann finden wir, daß wir 1,2 Million Menschen als Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung oder aus der Arbeitslosenfürsorge erhalten müssen. Dazu kommen dann die gut 2 Milliarden, die wir jährlich aus unserem Wirtschaftsleben herausnehmen müssen, um für die zu sorgen, denen man nach dem Kriege alles, auch die Heimat, genommen hat.

Nun werden Sie es sehr wohl verstehen, daß man nicht alle diese sozialen Verpflichtungen in der Vergangenheit restlos abdecken konnte. Darüber hinaus kommen ja andere Fragen auf uns zu; beispielsweise die Frage, in welcher Form wir der kinderreichen Familie wieder das Leben ermöglichen, ohne daß — wie Professor Höffner richtig sagte — die Mutter auch noch Arbeiterin sein muß. (Beifall.)

Gerade aus unserem Kreis ist deshalb der Wunsch laut geworden, daß wir durch ein einheitliches Gesetz den kinderreichen Familien aus dem Wirtschaftsertrag unseres Volkes eine besondere Zuwendung geben sollten. Hier sehen wir bei der Behandlung der Frage, daß der Egoismus einiger Gruppen es beinahe einfach unmöglich macht, diese gesetzmäßige Verpflichtung des Bundestages endgültig zum Abschluß zu bringen.

Heute sagen diejenigen Wirtschaftsgruppen bei uns in Deutschland, die nun einmal unter der besonders günstigen Situation stehen, weil sie ihre Arbeitnehmer zum größten Teil in den Großstädten und in den reinen Industriebezirken haben, wir wollen diese Leistungen, die der Staat für die kinderreichen Familien fordert, soweit unsere eigenen Arbeitnehmer in Frage kommen, gern erfüllen, aber darüber hinaus etwas an andere abzugeben, halten wir uns nicht verpflichtet. Im Bergbau hat man die Kinderzulagen in einer ähnlichen Form, wie sie in der Gesetzesvorlage der CDU enthalten ist, verwirklicht. Der Bergbau muß für die Aufbringung der Mittel 0,4 % der Lohnsumme aufwenden. Ähnlich liegt es bei der chemischen Industrie.

Man hat mir von diesen Industriegruppen so oft gesagt: Herr Minister, lassen Sie doch jede Gruppe für sich allein sorgen, so wie wir es getan haben. Wenn ich mir aber die Familien in der Landwirtschaft mit ihren verhältnismäßig großen Kinderzahlen ansehe, dann müßte in dieser Gruppe mindestens 2½ % der Lohnsumme, wenn nicht noch mehr, für diesen Zweck aufgebracht werden. Wir wollen uns doch darüber im klaren sein, daß das Kind von heute der Arbeitnehmer von morgen ist. Ich bin der Meinung, daß derjenige, der den Arbeitnehmer in der Zukunft braucht, auch etwas für sein Werden mittun soll. (Beifall.)

Ich habe darüber mit sehr angesehenen und sehr einflußreichen Vertretern aus der Wirtschaft gesprochen. Der Mann, den ich vielleicht am meisten auf dem Gebiet achte, weil er in Wirklichkeit ein soziales Wollen und Empfinden gezeigt hat, sagte mir: Herr Minister, seien Sie sich darüber klar, meine Verbände bekomme ich nicht dazu, aber machen Sie es einfach, und dann wird es durchgeführt! (Beifall.)

Hier haben wir als Christlich-Demokratische Union auch die Aufgabe, in unseren eigenen Reihen den Gruppenegoismus zu überwinden, (Beifall) der sagt, wir wollen auch berechtigt sein, aber nur die anderen sollen bezahlen. Ich bin der Meinung, daß wir in der nächsten Zeit dieses Gesetz mit allen uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln über die Bühne bringen müssen. (Starker Beifall.)

Darüber hinaus gibt es eine zweite Aufgabe, vor der wir stehen und die unbedingt vorberechtigt ist. Das ist die Versorgung unserer alten Rentner. (Beifall.) Das ist nämlich die Gruppe von Menschen, die in Wirklichkeit bei uns in Deutschland in der Nachkriegsentwicklung nicht zu ihrem Recht gekommen ist. Sicher haben wir, seitdem wir die Verantwortung im Frankfurter Wirtschaftsrat übernommen haben, die Durchschnittsrente in der Invalidenversicherung von 46,— auf 76,— DM gesteigert. Das ist prozentual gesehen eine ganz nette Leistung, aber in der nackten Zahl ist es einfach nicht ausreichend und entspricht noch nicht einmal dem, was die Internationale Arbeitsorganisation als Konvention angenommen hat, nämlich den Altrentnern, wenn sie ein Arbeitsleben hinter sich haben, zumindest 40 % ihres letzten Lohnes zu geben. Und hier handelt es sich noch nicht einmal um eine besondere Fürsorge, die wir geben sollen oder geben müssen, sondern es handelt sich einfach darum, daß wir dem Mann das Recht einräumen, daß er das, was er durch seine Beitragszahlungen in seinem Arbeitsleben sich erworben hat, in der heutigen Kaufkraft des Geldes erhält. Um etwas anderes handelt es sich hier gar nicht. (Beifall.)

Ich bin der Meinung, daß ein derartiges Gesetz ebenfalls möglichst bald verabschiedet werden muß! Man hat mir draußen, als ich diesen Gedanken aussprach, manchen Vorwurf gemacht und gesagt, das verträgt sich nicht mit den mathematischen und versicherungstechnischen Grundlagen einer Versicherung. — In unserer Sozialversicherung handelt es sich um eine Sozialversicherung und nicht um eine Versicherung, die rein geldmäßig gedeckt sein mag! (Beifall.) Ich werde im nächsten Monat im Bundeskabinett

einen derartigen Gesetzentwurf vorlegen. (Zuruf: Endlich!) Ich bin der Überzeugung, daß unsere alten Leute uns dankbar sein werden.

Es ist eben der Zwischenruf „endlich“ gemacht worden. Ich darf Ihnen ruhig sagen, dieser Gedanke und die Vorarbeit für ein derartiges Gesetz werden seit Monaten in meinem Ministerium behandelt, aber wenn ich heute herausgehe oder meine Leute zu den einzelnen Versicherungsträgern schicke, muß ich leider feststellen, daß dort überhaupt nicht mehr die Unterlagen vorhanden sind, die man für eine derartige Gesetzgebung braucht, so daß sich ungeheure Schwierigkeiten ergeben haben. Aber das darf uns alle nicht daran hindern, das zu tun, was wir für richtig befunden haben.



Am Vorstandstisch

Wir hatten vor kurzem im Bundestag eine sozialpolitische Aussprache. Die Opposition hätte gern gesehen, wenn ich dort meine Gedankengänge dargelegt hätte. Ich habe es nicht getan; denn die Frage, die an mich gestellt war, war eine ganz andere, aber Ihnen will ich es hier in aller Offenheit sagen:

Die Kaufkraft der Goldmark war eben drei- bis viermal so groß wie die Kaufkraft unserer heutigen Mark. Die Rechtsansprüche, die der Altrentner sich mit seinem Goldmarkbeitrag erworben hat, die wollen wir ihm wiedergeben. Darum handelt es sich! (Beifall.)

Die Opposition und auch eine der Regierungsparteien haben bei dieser Aussprache gesagt, das kann aber nur gemacht werden, wenn der Staat, d. h. der Steuerzahler, die dafür notwendigen Geldmittel zur Verfügung stellt. Mir schwebt immerhin ein Mehr, was ich diesen alten Leuten geben will, in einer Größenordnung von $\frac{3}{4}$ Milliarden Mark vor.

Durch unsere Arbeit ist es in den letzten sechs Jahren gelungen, den staatlichen Zuschuß und die Erstattungen, die wir vom Finanzminister für die Sozialversicherungsrententräger in Höhe von ungefähr 700 Millionen bekommen haben, auf 2,6 Milliarden Mark zu steigern. Darüber hinaus

haben wir die Beiträge für diese Rentenversicherungsträger in der Nachkriegszeit von 5,6 auf 10 % erhöht. Diese Beitragserhöhung erbringt uns heute einen Jahresbetrag von 2,1 Milliarden.

Wenn wir im vergangenen Jahr 1,2 Milliarden mehr an Kassenüberschüssen bei diesen Rentenversicherungsträgern erzielt haben, dann ist es nur eine Folge davon, daß wir den heute arbeitenden Menschen und ihren Arbeitgebern eine 80prozentige Erhöhung der Beiträge zugemutet haben. Und das hat der Gesetzgeber nicht deswegen getan, das haben auch unsere Versicherten und Arbeitgeber nicht gewollt, daß man damit nur Rücklagen für spätere Jahrzehnte aufstapelt, sondern daß man den armen Leuten heute hilft. Das ist der Wille! (Beifall.)

Wenn man mir sagt: hier muß die Kapitalrücklage in einem größeren Umfang gesichert sein, weil der Sozialversicherung durch die beiden Weltkriege Deckungskapitalien von 12 Milliarden verlorengegangen sind, dann sage ich Ihnen in aller Offenheit und jedem draußen im Volke: es ist nicht christlich gedacht, wenn heute der Sohn hergeht und sagt, ich spare für mein Alter, und er läßt seine alte Mutter verhungern. So etwas kann es aus einem christlichen Empfinden heraus einfach nicht geben. (Beifall.)

Ich habe Ihnen das, was auf uns lastet, und das, was vor uns steht, nur ganz kurz schildern können. Ich bin selbst der Überzeugung, daß in den 70 Jahren unserer sozialpolitischen Entwicklung durch die beiden Weltkriege eine gewisse Unordnung in unsere Sozialversicherung hineingekommen ist. Ich weiß, daß die danebenlaufenden sozialen Verpflichtungen — wobei ich den ganzen Wohlfahrtssektor noch nicht einmal erwähnt habe — uns derartige Überschneidungen bringen, daß wir mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, um das ganze soziale Gefüge auch für unsere heutige Zeit wieder in eine gesunde Ordnung zu bringen. Aber dazu braucht man Zeit.

Wenn ich Ihnen sage, daß allein die Schaffung der Reichsversicherungsordnung damals acht Jahre gedauert hat und daß die Vorbereitungen für unsere Angestelltenversicherung vier Jahre in Anspruch genommen haben, dann darf man heute nicht verlangen, daß man den ungeheuren Wirrwarr, der sich in unserem ganzen sozialen Sektor ergeben hat, nun in einigen Monaten in eine Ordnung bringen kann. Durch eine derartige neue Ordnung werden ja die Tatbestände und die Verpflichtungen nicht beseitigt. Ich möchte deshalb, daß wir, obwohl wir an der Reform der Sozialversicherung und an der Sozialreform mit allen Mitteln arbeiten, vorweg durch ein Gesetz für die Alten den größten Notstand im deutschen Volke beseitigen.

Ich bin der Überzeugung, daß meine Parteifreunde in der Fraktion mir restlos folgen werden, wenn diese Dinge an sie herankommen. Aber auch Sie, die Sie draußen im Volke unsere Grundgedanken weiterzutragen haben, Sie sollen es heute wissen, daß wir gewillt sind, unseren sozialen Verpflichtungen gerecht zu werden in einem Umfange, wie es eben unser Wirtschaftsleben und unsere ganzen Verhältnisse heute ermöglichen.

Es ist heute viel von Europa und von einem Zusammenschluß der abendländischen Länder gesprochen worden. Ich darf Ihnen sagen, daß auf dem Sektor, den ich zu verwalten habe, sehr gute Vorarbeit geleistet worden ist. Wir haben heute mit allen unseren Nachbarstaaten, soweit sie zur freien Welt gehören, sogenannte Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen, so daß der Franzose, wenn er bei uns, oder der Deutsche, wenn er in Frankreich arbeitet, niemals einen Verlust seiner Sozialrechte erleidet. Es ist ganz sonderbar, daß alle diese Gesetze im Parlament und darüber hinaus auch im Bundesrat ohne irgendeine Diskussion verabschiedet worden sind. Ich habe nicht einen einzigen Punkt gesehen, über

den man sich im Bundestag oder im Bundesrat in einer Aussprache beschäftigt hat. Darüber hinaus wissen wir aus dem Sektor Arbeit sehr gut, daß, wenn Europa werden soll, unsere jungen Menschen mehr sehen und lernen müssen als das, was sie in dem engen Umfang ihrer Heimat sehen und lernen können. Aus diesem Grunde haben wir mit einer Anzahl von Nachbarstaaten sogenannte Gastarbeiterabkommen getroffen, damit unsere jungen Menschen, die sich sprachlich oder beruflich fortbilden wollen im Ausland, dort mit denselben Rechten, wie sie der einheimische Arbeiter in dem betreffenden Lande hat, einen Arbeitsplatz suchen können. Auch die Arbeitsbehörde ist dort nicht in der Lage, diesen Leuten, soweit sie sich im Rahmen der vorgesehenen Zahl bewegen, irgendwelche Schwierigkeiten zu machen.

Ich bin also der Meinung, wir sollten auf diesem Weg des sozialen Erkennens und Handelns zu Europa hin weitermachen im Interesse des deutschen Volkes und der Menschen, die in Westeuropa heute eben den Beweis zu erbringen haben, daß sie noch genügend Lebensmut und Lebensfrische besitzen, um alle die Probleme zu lösen, die eben zur Rettung Westeuropas gelöst werden müssen. (Beifall.)

P R Ä S I D E N T A L B E R S

dankt Bundesarbeitsminister Storch für seine Ausführungen. Das Wort hat

B U N D E S T A G S A B G E O R D N E T E R A R N D T G E N

Sie werden mir gestatten, daß ich an ein Wort anknüpfe, das der Herr Bundeskanzler bei seiner Eröffnungsansprache hier ausgesprochen hat. Er sprach davon, daß leider die Bürokratie einen sehr erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Politik habe. Ich will nun nicht untersuchen, wieweit dieser Einfluß der Bürokratie in der Politik geht, aber eines möchte ich doch feststellen, daß nämlich die Dynamik und die Richtlinien, nach denen die Politik im Zusammenleben eines Volkes geführt wird, auch von Kräften geistiger Art, wie wir sie heute in den Ausführungen des Herrn Professors Höffner gehört haben, beeinflußt werden, die wir als die Christlich-Demokratische Union darstellen, und daß auch der heutige Parteitag eine solche dynamische Kraft ist. Weil ich das feststelle, habe ich den Mut, einige Dinge anzusprechen, die unbedingt heute angesprochen werden müssen.

In seiner Regierungserklärung hat der Herr Bundeskanzler in die Diskussion um die Sozialreform eingegriffen. Wenn man den Begriff Sozialreform hört, dann muß man feststellen, daß sich nicht jeder das gleiche unter Sozialreform vorstellt. Ich will Ihnen kein Kolleg halten über die Ziele der Sozialreform und was dazu notwendig ist, aber eines müssen wir feststellen, daß es bei der Verzahnung all der sozialen Einrichtungen ineinander sehr schwierig ist, nun die richtige Konstruktion für diese Sozialreform zu finden.

Schon seit dem Jahre 1945 bemühen sich Gesellschaften und Institute der Universitäten um den Weg und die Linie, wie nun das Verhältnis zwischen Person, Versicherung und Fürsorge in eine gesunde Ordnung gebracht werden soll, aber eine Konzeption ist auch von diesen Gesellschaften und Instituten bis heute nicht gefunden worden. Daher wird es auch in der heutigen Regierungsarbeit nicht möglich sein, so schnell, wie wir es gerne wünschten, die Reform durchzuführen. Ich nenne eine einzige Zahl: Der

Herr Bundesarbeitsminister hat von der Reichversicherungsordnung gesprochen, die im Jahre 1911 verabschiedet wurde, um die acht Jahre lang in der Gesetzgebungsarbeit gerungen worden ist.

Seit der Verabschiedung der Reichversicherungsordnung im Jahre 1911 sind um diese Reichversicherungsordnung 1114 Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Erlasse hinzugekommen. Aus dieser ungeheuren Zahl ist ersichtlich, wie schwierig es ist, sich allein in der Renten- und Sozialversicherung durchzufinden. Es muß — das ist das erste Anliegen, was uns bewegt — diese Sozialversicherung wieder so einfach gestaltet werden, daß auch der Laie sich in ihr auskennt. (Beifall.)

Es muß wieder möglich werden, wie zu der Zeit, wo ich die Volksschule besucht habe, daß auch der Schüler die Renten ausrechnen kann. Ich will nicht auf weitere Notwendigkeiten zur Sozialreform eingehen, aber eines möchte ich feststellen: Unsere alten Rentner können nicht warten, bis die Sozialreform Wirklichkeit geworden ist. Es ist daher notwendig, daß wir als Christlich-Demokratische Union auf dem heutigen Parteitag uns mit aller zu Gebote stehenden Energie hinter die Pläne des Herrn Bundesarbeitsministers stellen, damit die Erhöhung der Altrenten noch in diesem Jahr verwirklicht wird. (Beifall.)

Wenn ich das besonders unterstreiche, dann deswegen, weil gleich, nachdem die Pläne des Herrn Bundesarbeitsministers bekannt geworden sind, auch schon Anfeindungen gegen diese Pläne laut geworden sind, Anfeindungen aus der Wirtschaft. Wenn man sich eine Reihe von Zeitungsartikeln und Korrespondenzen — auch solche, die von Menschen geschrieben werden, die unserer Partei angehören — genau ansieht, dann findet man hierbei Artikel, die die Pläne des Herrn Bundesarbeitsministers madig machen wollen.

Weil dem so ist, erscheint es mir notwendig, daß sich dieser Parteitag heute stricke hinter die Pläne des Herrn Bundesarbeitsministers stellt, damit wir, gestützt auf dieses Wollen des heutigen Parteitages, im Bundestag die Dinge vorantreiben können. (Beifall.)

Wir haben im Sozialversicherungsanpassungsgesetz einen sogenannten Witwen-Termin, nach dem eine Witwe, deren Mann am 1. Juli 1949 $\frac{1}{4}$ vor 12 Uhr nachts gestorben ist, die Rente bekommt, während eine andere Witwe, deren Mann am 31. Mai $\frac{1}{4}$ vor 12 Uhr verstorben ist, diese Witwenrente nicht erhält. Das ist ein Zustand, der zu grotesken Verhältnissen führt. Ich kenne einen Fall, wo die Tochter die Witwenrente erhält, und die Mutter, die ebenfalls Witwe ist, diese Rente nicht bekommt. Es erscheint mir daher notwendig, daß auch im Sozialversicherungsanpassungsgesetz noch in diesem Jahre eine Änderung herbeigeführt wird, die diesen ungerechten Zustand beseitigt. (Beifall.) Auch zu diesem Wollen, von dem wir beseelt sind, erbitte ich die Zustimmung unserer Partei.

Am Christi-Himmelfahrtstage haben die Sozialausschüsse der christlichen Arbeitnehmerschaft des Bundesgebietes getagt. Die Sozialausschüsse haben sich mit diesen Fragen, die ich ansneiden konnte, beschäftigt, darüber hinaus aber auch mit den Fragen, die vom Grundsätzlichen her heute von Herrn Professor Höffner behandelt worden sind. Dabei sind wir, beseelt von der gleichen geistigen Vorstellung, wie sie der Herr Professor Höffner hier vorgetragen hat, in die konkreten Dinge hineingegangen, soweit es sich um die Familie, um den Menschen in den Betrieben und in der Wirtschaft handelt. Wir haben konkrete Dinge erarbeitet. Ein Teil dieser Erarbeitungen befinden sich schon in gesetzgeberischer Arbeit.

Darüber hinaus haben wir eine Reihe anderer Gedankengänge, auf die ich wegen der Kürze der Zeit, die mir noch zur Verfügung steht, nicht näher eingehen kann. Für sie erbitten wir die Zustimmung des Parteitages, damit

sie mit Ihrer Unterstützung bei der gesetzgeberischen Arbeit berücksichtigt werden können. Wenn wir mit diesem Willen des Parteitages an die uns bevorstehende Arbeit herangehen können, dann glaube ich, daß der Parteitag mit dafür gesorgt hat, daß in der Sozialpolitik und damit in der Inordnungbringung des Zusammenlebens innerhalb unseres Volkes ein weiterer Schritt erreicht werden wird. (Beifall.)

P R Ä S I D E N T A L B E R S

dankt auch Herrn Arndgen für seinen Diskussionsbeitrag: Ich glaube, wir können seine Anregungen aufnehmen, daß wir heute feststellen, die Vorschläge und auch die Absichten des Herrn Bundesarbeitsministers, insbesondere die Frage der Rentenerhöhung für unsere alten Kameraden, finden die Zustimmung des Parteitages.

(Bundeskanzler **Dr. Adenauer**: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung der Herr Bundeskanzler!

(Bundeskanzler **Dr. Adenauer**: Die Entschlüsse kommen morgen!)

P R Ä S I D E N T A L B E R S

Es wird selbstverständlich sein, daß wir das, was wir hier im einzelnen noch festzulegen haben, in den Entschlüssen am morgigen Tage dem Plenum vortragen.

Ich habe nun die Bitte an Sie jetzt noch zu richten, morgen der Sitzung um 11.15 Uhr beizuwohnen. Ich habe zu danken allen Rednern und Diskussionsrednern. Ich glaube am Schluß dieses Tages feststellen zu können, daß das, was wir uns im Jahre 1945 vorgenommen haben bei der Gründung der Partei, daß nämlich soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe eine neue Volksgemeinschaft beschirmen sollen, auch das Wollen des heutigen Tages bei allen Beratungen war.

Präsident Albers schließt die Sitzung 19.35 Uhr.

Dritter Tag: Sonntag, 30. Mai

4. Plenarsitzung

Die Sitzung wird um 11.15 Uhr eröffnet von

P R Ä S I D E N T L E N S I N G

Ich eröffne die Sitzung des letzten Tages dieses Parteitages. Mein besonderer Gruß gilt dem ersten Vorsitzenden der Partei, Herrn Bundeskanzler Dr. A d e n a u e r. (Beifall.)

Ich grüße weiter den Herrn Bundesfinanzminister S c h ä f f e r. (Starker Beifall.)

Einen weiteren besonderen Gruß entbiete ich dem Vertreter der Österreichischen Volkspartei, Herrn Nationalrat Dr. M a l e t t a. (Beifall.)

D R . M A L E T T A

Es ist vielleicht etwas Ungewöhnliches, erst am letzten Tage Grüße zu übermitteln, aber ich bitte um Entschuldigung, weil ich als Fraktionsführer der Partei im Parlament bis zum gestrigen Tage in Wien festgehalten war. Trotzdem sollen diese Grüße der Österreichischen Volkspartei an Sie nicht minder herzlich sein.

Ich hatte schon mehrmals Gelegenheit, an Ihren Parteitagen teilzunehmen, vor allem an dem imposanten Parteitag in Hamburg. Wir Österreicher haben immer mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, wie Sie mit Ausdauer, Zähigkeit und Klugheit an die Lösung Ihrer schwierigen Probleme herangegangen sind. Wir Österreicher haben allerdings auch unsere Sorgen und Probleme, die sich daraus ergeben, daß wir uns in einer ganz anders gearbeteten Situation befinden als Sie. Österreich ist der einzige Staat in der ganzen Welt, der gleichzeitig von den west-östlichen Besatzungsmächten besetzt ist. Daraus ergeben sich die Schwierigkeiten und die Aufgabe, das zu erhalten, wofür Sie eintreten und kämpfen müssen, nämlich für die Einheit des Staates. Trotzdem sind wir getragen von der festen Zuversicht und von dem Glauben, daß das gesamte österreichische Volk auch die Stunde der Freiheit erleben wird. Wir wollen, Mann für Mann und Frau für Frau, dafür eintreten, und sind überzeugt, daß auch für uns diese Stunde einmal kommen wird. (Beifall.)

Wir fühlen uns mit Ihnen verbunden im grundsätzlichen und gemeinsamen Bekenntnis zum Christentum, im Bekenntnis zur freien Persönlichkeit und sind der Überzeugung, daß wir unser Leben danach gestalten und unseren Kindern ein freies Vaterland geben können, wenn wir ein freies und einiges Europa schaffen werden.

Möge von diesem Ihrem Parteitag die Überzeugung in das deutsche Volk ausstrahlen, daß die CDU die wesentliche Brücke und Säule des Aufbaus in Westdeutschland ist. Das wünsche ich Ihnen im Namen der Österreichischen Volkspartei von ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.)

PRÄSIDENT LENSING

Ich danke Herrn Nationalrat Dr. Maletta dafür, daß er noch am letzten Tage zu uns gekommen ist, um uns die Grüße seiner Freunde zu überbringen. Wenn Sie, Herr Nationalrat, in Ihre Heimat zurückgekehrt sind, übermitteln Sie auch Ihren Freunden unseren herzlichen Dank und unsere besten Grüße. (Beifall.)

Das Wort hat nunmehr

MINISTERPRÄSIDENT K. ARNOLD

Die Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen

In wenigen Wochen wird die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zur Neuwahl der Volksvertretung aufgerufen. Es ist mir als Aufgabe gestellt, Ihnen über die Bedeutung dieses Landes und die Arbeit der Landesregierung einiges zu sagen.

Als der Herr Bundeskanzler uns kürzlich die Ehre seines Besuches erwies, nannte er Nordrhein-Westfalen den Eckpfeiler der Bundesrepublik. Darin liegt viel Ehre, aber zugleich noch mehr Bürde. Ich möchte versuchen, Ihnen darzulegen, wie das Land die Ehre, die es sich nicht angemaßt hat, auffaßt, und die Bürde, die ihm von der Natur der Dinge auferlegt wurde, zu tragen versucht hat.

Wir befinden uns hier in Köln in der größten Stadt Nordrhein-Westfalens. Diese altehrwürdige Metropole des Rheinlandes hat mehr als alle anderen Großstädte des Bundes unter den Folgen von Kriegszerstörungen und Nachkriegszeit gelitten. Die furchtbare Lage dieser Stadt entsprach nach Kriegsende etwa der unseres ganzen Landes. Der Grad der Verwüstungen in Nordrhein-Westfalen war größer als in irgendeinem anderen Gebiet der Bundesrepublik. Nicht viel mehr als ein Drittel des Wohnraumes dieses Landes ist von den verheerenden Kriegseinwirkungen verschont geblieben. Über 60 v. H. war schwer beschädigt und zum größten Teil total zerstört. Hatten wir durch direkte Kriegsvernichtung bereits über ein Drittel unseres industriellen Apparates vollständig verloren, so steigerte sich der Gesamtverlust durch nachfolgende Demontagen fast auf die Hälfte des früheren Bestandes. Fast 50 v. H. unserer wichtigsten Straßen waren vom Kriege zerstört. Nur 40 v. H. der für ein so dicht besiedeltes Land wie Nordrhein-Westfalen lebenswichtigen Brücken waren noch intakt, darunter nicht eine einzige der großen Rheinbrücken. Ersparen Sie es mir, Ihnen all die weiteren Zahlen des Elends zu nennen, das uns der Krieg hinterlassen und die Nachkriegszeit noch vermehrt hat. Wer damals unser Grenzland, die trostlose Lage unserer Landwirtschaft, den Zustand unserer Schulen, Forschungsinstitute und Universitäten, der öffentlichen Bauten des Staates und der Kommunen gesehen hat, wird diese Eindrücke so leicht nicht vergessen.

Ich glaube, unsere Partei kann es sich zur Ehre anrechnen, daß sie nicht einen Augenblick gezögert hat, die Verantwortung für den Wiederaufbau dieser einzigen Trümmerlandschaft zu übernehmen. (Beifall.)

Wichtige Vorbereitungen für den Wiederaufbau sind bereits unmittelbar nach Ende des Krieges getroffen worden. Das Hauptgewicht der eigentlichen Aufbauarbeit fiel jedoch in die Jahre nach der Währungsreform, vor allem in die letzten vier bis fünf Jahre.

Als die neue, in erster Linie von der CDU getragene Landesregierung 1950 ins Amt trat, bestand der Bund kaum ein Jahr. Nirgendwo ist die Schaffung des Bundes wohl so sehnsüchtig erwartet und gefördert worden wie in unserem Land. Die Landesregierung hatte als Treuhänder der wichtigsten Bodenschätze des deutschen Volkes in einem schweren Abwehrkampf gestanden. Die Bestrebungen, die Rohstoffquellen an der Ruhr dem deutschen Volk ganz oder teilweise zu entziehen, hatten zeitweise als große Gefahr vor uns gestanden. Hätten diese Gefahren sich durchgesetzt, wäre der Wiederaufbau unmöglich geworden. Teile unseres Grenzlandes waren von der Abtrennung bedroht. Auch in dieser Frage hatte die Landesregierung einen schweren Kampf zu führen gehabt, um wenigstens das Ausmaß dieser vorläufigen Abtrennungen zu beschränken.

Nach Gründung des Bundes standen wir nicht mehr allein. Die Tatsache, daß es sich die Bundesregierung als erstes zur Aufgabe setzte, unserem dringenden Wunsch entsprechend mit aller Kraft auf eine Beendigung der Demontagen zu drängen, hat unsere Bevölkerung dem Bund und der Bundesregierung nicht vergessen.

Die Landesregierung ist sich von vornherein darüber im klaren gewesen, was vom Lande hinsichtlich des Gesamtwiederaufbaus erwartet wurde und erwartet werden konnte. Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens mußte so schnell wie möglich wieder in Gang gebracht werden, um auch den Wiederaufbau in anderen Teilen Deutschlands zu ermöglichen. Wir haben darin den besten Beitrag gesehen, den wir dem Bund leisten können. Die Schaffenskraft unserer Wirtschaft in Stadt und Land war trotz der unerhörten Katastrophen nicht erloschen. Nach Wegräumen der von außen auferlegten künstlichen Beschränkungen und der Reste der Zwangswirtschaft im Innern ist diese Wirtschaft schnell wieder in Gang gekommen. Wer sich heute in Köln, das in dieser Beziehung beispielhaft gewesen ist, umgesehen hat, wird ein Bild vom ungebrochenen Schaffenswillen dieses Landes erhalten haben.

Große Zweige unserer Wirtschaft wären aber allein einfach nicht imstande gewesen, einen neuen Start zu beginnen. Hier hat das Land helfend einspringen müssen. Durch Remontagekredite, durch Übernahme von Bürgschaften, durch Schaffung von Existenzbedingungen für neue Wirtschaftszweige hat das Land sein möglichstes zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft beigetragen.

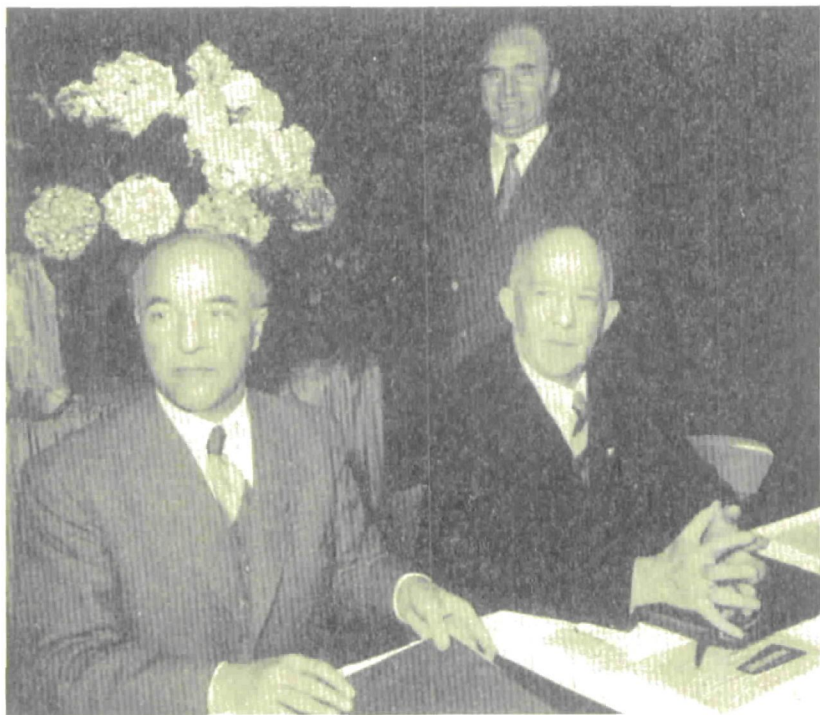
Aber Wirtschaften und Produzieren sind keine Vorgänge, die sich im luftleeren Raum abspielen. Wirtschaften und Produzieren geht nicht ohne den Menschen. Nirgendwo in der Bundesrepublik sind Produktion und soziales Klima so untrennbare Faktoren wie in Nordrhein-Westfalen. Die Bundesrepublik soll nach dem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein. Ich habe kürzlich gehört, in Kreisen von Staatsrechtlern zerbreche man sich den Kopf, ob es überhaupt möglich sei, Rechtsstaatlichkeit und Sozialbestimmung zu vereinbaren. Wenn dies nach theoretischen Erörterungen nicht möglich sein sollte, so taugt meiner Ansicht nach die ganze Wissenschaft und Gelehrsamkeit überhaupt nichts. (Beifall.) Die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates ist einfach unsere Existenzfrage schlechthin. Unser Lebenswille wird sich aber stärker erweisen als alle lebensverneinende Theorie.

Was bedeutet nun aber sozialer Rechtsstaat für die praktische Landespolitik? Die Landesregierung fühlt sich dem deutschen Volk, der Bundesrepublik und ganz Deutschland dafür verantwortlich, daß das Äußerste zur Wahrung des sozialen Friedens getan wird. (Starker Beifall.)

Lassen Sie mich zunächst von der nichtbetrieblichen Seite dieser Frage sprechen. Es war und ist auch heute noch unmöglich, den Wohnungsmarkt zu liberalisieren. Wenn nur ein Drittel des erforderlichen Wohn-

raumes zur Verfügung steht, so würde dessen völlige Freigabe nicht dem freien Wettbewerb, sondern der Errichtung eines Monopols dienen. Wir wissen, daß auch der Hausbesitzer, dessen Haus mehr durch Zufall im Bombenregen erhalten blieb, sich heute meist in einer schlimmen finanziellen Lage befindet. Ihm muß geholfen werden. Eine völlige Freigabe des Wohnraumes aber ist erst möglich, wenn damit keine Monopolstellung geschaffen wird, d. h. wenn genügend Wohnraum zur Verfügung steht. (Beifall.)

Das Sozialproblem nichtbetrieblicher Art Nr. 1 war für die Landesregierung daher von Anfang an der Wohnungsbau. Was in dieser Beziehung im Lande geschaffen wurde, wäre vor einigen Jahren noch nicht für möglich gehalten worden. Das erzielte Ergebnis im Wohnungsbau reicht trotzdem noch lange nicht aus, um gesunde Zustände zu schaffen, die ja



Ministerpräsident Arnold, Johannes Albers, M. d. B. (Vorsitzender des Kreisverbandes Köln Stadt der CDU). Im Hintergrund Minister a. D. Dr. G. Strickrodt

besonders auch für die Festigung der Familien von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Zahl von 675 000 Wohnungseinheiten, die mit Hilfe von öffentlichen Mitteln in Höhe von 4,5 Milliarden geschaffen wurden, läßt sich immerhin sehen. Weitere 500 Mill. DM sollen jährlich aus dem Steueraufkommen des Landes diesem Zweck zufließen, bis die Lücke der in Nordrhein-Westfalen noch fehlenden eine Million Wohnungen geschlossen ist.

Zur Sozialaufgabe des Landes gehört aber auch die Sorge für die Ausgebombten und Evakuierten, die Vertriebenen und die Flüchtlinge, von denen allein heute 2,5 Mill. bei uns in Nordrhein-Westfalen ansässig sind und zum größten Teil Arbeit, Brot und Unterkunft gefunden haben. Was in dieser Beziehung vom Lande geleistet wurde, kann sich jeder Kritik stellen. Um ein rechtes Urteil hierüber fällen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich vor allem hinsichtlich der Flüchtlinge und Vertriebenen um eine neue, zunächst unerwartete Aufgabe handelte, die dem am meisten kriegszerstörten Land zufiel. Viel zu wenig ist bekannt, daß heute 70 % aller deutschen Schwestern und Brüder, die vor dem Sowjetterror fliehen, bei uns im Lande Nordrhein-Westfalen Aufnahme finden. (Beifall.)

Die Menschen müssen aber nicht nur Wohn- und Arbeitsplätze finden, um ein sozial befriedigendes Leben zu führen. Sie müssen zu ihren Arbeitsplätzen gelangen können. Die weiten Wege von der Wohnung bis zur Arbeitsstelle dürfen ihre Kraft nicht schon verbraucht haben, bevor sie dort anlangen. Insofern ist der Wiederaufbau des Straßen- und Verkehrswesens auch eine soziale Aufgabe. Die vielen hundert Millionen, die hierfür aus Landesmitteln aufzuwenden waren, sind deshalb auch echten sozialen Anliegen zugute gekommen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch hoffen, daß mit der Elektrifizierung des Rhein- und Ruhrgebietes endlich begonnen werden kann. (Beifall.) Die Bevölkerung dieses Landes hat kein Verständnis mehr dafür, daß an Stelle des Gemeinwohls der häßliche Streit der Interessenten getreten ist. Es ist tief bedauerlich, daß man auch in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates wiederum zu keiner endgültigen Entscheidung gekommen ist. Wir erwarten vom Vorstand der Bundesbahn und ihrem Verwaltungsrat nach einer fast fünfjährigen Debatte endlich die Entscheidung, die für das Land Nordrhein-Westfalen längst getroffen sein mußte. (Starker Beifall.)

Die kulturellen Angelegenheiten gehören nach dem Grundgesetz zur ausschließlichen Zuständigkeit des Landes. Daß für den Erziehungs- und Kulturhaushalt in den letzten Jahren fast drei Milliarden ausgesetzt waren, beweist, daß die Landesregierung ihre Pflichten in dieser Hinsicht besonders ernst genommen hat. Aber betrachten wir die Leistungen auch unter dem Gesichtspunkt des sozialen Beitrages, den wir dem Bund dadurch erstatten. Im Vordergrund stand und steht bei uns die Sorge um die Volksschule, deren Wiederaufbau, Ausstattung und Führung fast die Hälfte dieser gewaltigen Summe zufließt. Wir haben aber darüber die übrigen Schulen, die Fachschulen, die Real- und höheren Schulen und schließlich unsere Hochschulen und Universitäten, nicht vernachlässigt. Wir sind uns bewußt, daß ohne diesen gesamten Erziehungsaufbau, ohne eine entscheidende Förderung der Forschungs- und Lehrtätigkeit bis zur höchsten Spitze der Wissenschaft dieses Industrieland niemals im Wettbewerb der Welt bestehen und daher auch niemals den hohen Anteil von 40 und mehr Prozent am Gesamtexport der Bundesrepublik erbringen könnte. (Beifall.) Wir haben die feste Hoffnung und Zuversicht, daß uns die Beseitigung der Schäden auf dem Erziehungs-, Unterrichts- und Forschungsgebiet in absehbarer Zeit gelingen wird, und wir glauben, daß dies auch eine soziale Tat erster Ordnung darstellt.

Soziale Sicherung könnte man schließlich die Jugendbetreuung nennen, der in der Weimarer Republik tragischerweise nicht genügend Beachtung geschenkt worden ist. Ich bin glücklich, sagen zu können, daß die Leistung des Landes in dieser Hinsicht als vorbildlich, insbesondere von unserer Jugend, anerkannt wird. (Beifall.)

Ich möchte Sie hier nicht mit weiteren langen Aufzählungen ermüden. Erlauben Sie mir aber noch, auf einige besondere Aufbauprobleme dieses

Landes hinzuweisen, deren Bedeutung nicht überall bekannt sein dürfte. Ich beziehe mich auf das Erfordernis, die Not des Grenzlandes zu beheben, auf die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft, die wie keine andere gelitten hat, und auf die großen Aufgaben, vor die uns insbesondere im Lande Nordrhein-Westfalen die Wasserwirtschaft, vor allem des Industriegebietes, stellt.

Ich hoffe, Sie werden aus diesen wenigen Angaben erkannt haben, daß es nicht von untergeordneter Bedeutung ist, ob und wie diese Aufgaben, die samt und sonders Voraussetzungen für den reibungslosen Ablauf des gesellschaftlichen Lebens eines hochindustrialisierten Landes darstellen, wahrgenommen werden. Wenn in all diesen Fragen nicht mit stetiger Hand nach bewährten Grundsätzen unter Vermeidung kostspieliger Experimente weitergearbeitet wird, so hat am Ende die ganze Bundesrepublik die Rechnung hierfür zu zahlen. Auf der anderen Seite wird sich das Land bei einem ungestörten Fortgang der Wiederaufbauarbeit weiter als eine Hauptquelle der Kraft für die Bundesrepublik erweisen.

Ich möchte das soeben behandelte Gebiet als den Teil indirekter Sozialpolitik der Landesregierung bezeichnen. Noch einmal möchte ich betonen, daß ich darin eine Voraussetzung für ein soziales Betriebsklima sehe, dessen Erhaltung und Festigung die ständige Sorge der Regierung des rheinisch-westfälischen Industrielandes sein muß.

Es ist nach dem Kriege meiner Ansicht nach ein sehr wichtiger und fruchtbarer Gedanke entwickelt worden, der gleichermaßen der Steigerung der Produktion und der Festigung des sozialen Gefüges dienstbar gemacht werden kann. Ich meine die Idee der sozialen Partnerschaft. Es handelt sich dabei um kein geschütztes Patent. Die Praktizierung sozialer Partnerschaft steht jedem Betrieb, Unternehmern wie Arbeitnehmern offen. Die Gebrauchsanweisung ist allerdings nicht so einfach, denn die Handhabung sozialer Partnerschaft verlangt nicht nur Verstand, sondern auch bestimmte Charaktereigenschaften. Es gibt Menschen, die einer Partnerschaft überhaupt nicht fähig sind. In ihrem Munde wird der Begriff zum leeren Schlagwort, und die Idee mag schließlich zerredet werden und gänzlich scheitern. Hier liegt eine ungeheure Problematik. Was vermag der Staat zur Förderung dieser Partnerschaft zu tun? Er ist nicht machtlos. Er kann seine guten Dienste zur Verfügung stellen. Das ist nicht wenig. Es ist noch nicht sehr lange her, da entwickelte sich in der Bundesrepublik eine Streikgefahr, die leicht zu einer Katastrophe hätte führen können. Diese Gefahr wurde dadurch beseitigt, daß die streitenden Parteien die guten Dienste unserer Regierung in Anspruch nahmen.

Ich glaube, es ist die Pflicht der Landesregierung, ihre Politik so zu führen, daß sie auch in Zukunft ihre guten Dienste anzubieten vermag. Ich bitte, dies im Auge zu behalten, wenn die Landespolitik von der einen oder anderen Seite in der einen oder anderen Frage als nicht radikal genug kritisiert wird. **Die CDU ist keine radikale Partei. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist keine radikale Regierung. Wir unterscheiden uns in allem von radikalen Bestrebungen, allerdings werden wir einen Radikalismus zu gebrauchen wissen: Gegenüber der Intoleranz, gegenüber illegalem Druck und Terror werden wir radikal zu handeln wissen.** (Starker Beifall.) In dieser Beziehung werden wir dem Beispiel der Weimarer Regierung nicht folgen, die in Verkennung der demokratischen Spielregeln selbst den Terror gegen den Staat hingenommen und toleriert hat. Radikal werden wir auch sein, wenn es gilt, die Kräfte, die zur Zusammenarbeit in den Betrieben und auf überbetrieblicher Ebene bereit sind, zu stützen und zu stärken.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einiges über die innere Politik der Landesregierung sagen. Ich habe kürzlich einen kuriosen Vorwurf gehört. Man hat das Gesetzgebungswerk Nordrhein-Westfalens in den letzten vier Jahren durchstudiert und dabei festgestellt, daß es in fast 90 v. H. der Fälle zu keinen Kampfabstimmungen zwischen Regierungsparteien und Opposition gekommen sei. Fast immer seien die Regierungsvorlagen mit großer Mehrheit schließlich angenommen worden. Ich weiß nicht, ob man von der Landesregierung erwartet hat, sie solle der Opposition verbieten, für Regierungsvorlagen zu stimmen. (Heiterkeit.) Nun, ich gestehe, dazu fehlte uns die Handhabe, aber auch der Wille. Außerdem wäre es eine Beschneidung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung, wollte man unseren politischen Gegnern den Weg zu besserer Einsicht versperren.

Vielleicht zielt aber der versteckte Vorwurf in andere Richtung. Es mag uns damit vorgehalten werden, wir seien in Form und Inhalt nicht entschieden genug aufgetreten. Wir hätten uns zu entgegenkommend verhalten. Einen Teil dieses Vorwurfs höre ich gerne. Die Landesregierung sieht es nicht als undemokratisch an, in der Form konziliant zu sein. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der Sache, wenn es sich nicht um Grundsätzliches handelt, in dem wir keine Konzessionen gemacht haben und machen werden. Die Landesregierung hält sich nicht für unfehlbar. Wenn im Laufe der parlamentarischen Behandlung von Regierungsvorlagen einleuchtende Anträge gestellt werden, so läßt sie gern mit sich reden. Wir haben nicht die Absicht gehabt, stets von der Regierungsmehrheit Gebrauch zu machen, um Anregungen aus anderen Lagern niederzustimmen. Das gleiche gilt auch hinsichtlich des Haushaltsplanes. Wir haben ihn sachlich aufgestellt, sachlich begründet, und man hat sich meist auch auf seiten der Opposition der Richtigkeit unserer Argumente nicht entziehen können. Wenn die Opposition den letzten Haushalt demonstrativ ablehnte, mit Ausnahme eines oppositionellen Abgeordneten, der dies nicht mitmachen wollte, so können wir, glaube ich, die sachliche Beurteilung dieser Demonstration getrost den Wählern überlassen.

Bei einigen Regierungsentwürfen ist es aber auch zu Kampfabstimmungen gekommen. Hier handelt es sich um Fragen, in denen wir auch in Zukunft nicht nachgeben werden. Ich erwähne nur ein Beispiel, das Schulgesetz, bei dem es darum ging, ob den Eltern das Recht zustehen sollte, die Art der Schule zu bestimmen, die die Kinder besuchen sollen. Bei der gesetzlichen Verankerung des Elternrechts sind wir von der einfachen Überzeugung ausgegangen, daß die Kinder nicht dem Staat, sondern den Eltern gehören. (Starker Beifall.)

Ich las dieser Tage, der frühere Bundesjustizminister und jetzige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der FDP, Herr Thomas Dehler, habe den Wahlkampf in Bonn mit einer triumphalen Feststellung begonnen: 65 % der unterschriftsberechtigten Eltern des Bonner Stadtviertels am Venusberg — so habe er ausgerufen — hätten sich für die Gemeinschaftsschule entschieden; das sei der Beginn des Wahlkampfes seitens der FDP. Ich streite mit niemanden so gern wie mit Herrn Thomas Dehler, weil dabei immer etwas zur Erheiterung herauskommt, weshalb man ihn auch persönlich und menschlich gern haben muß. Er scheint aber nicht bemerkt zu haben, daß er damit auf dem von seiner Partei so heftig bekämpften Bestimmungsrecht der Eltern fußt. Aber gut, ein jeder Fortschritt soll von uns begrüßt werden. (Beifall.) Wir haben den Eltern das Bestimmungsrecht gesichert, weil sie in ihrer überwältigenden Mehrheit der Ansicht sind, daß die religiöse Unterweisung der Kinder nicht gleichgültig sein kann. Die Eltern sind vielmehr der Auffassung, daß wir ohne Religion kein Staatsvolk werden können, von dem in diesen Tagen gesprochen wird.

Ich hoffe, daß die ganze Opposition dieses Thema im Wahlkampf recht eingehend behandeln wird, damit die Elternschaft sieht, wohin der Weg gehen würde, wenn einmal in Nordrhein-Westfalen keine christliche Mehrheit mehr vorhanden wäre. (Beifall.)

Ich glaube, daß das Land auch in Zukunft dann am besten zum Wohle des Bundes beizutragen vermag, wenn es für die besonderen sozialen Anliegen eintritt, wenn es für die Erhaltung des Arbeitsfriedens wirkt und darauf bedacht ist, daß in kultureller Hinsicht dieses Land seiner christlichen Tradition treu bleibt. Auf diese Weise können alle Kräfte am sinnvollsten gleichberechtigt und nach dem Maße ihres Könnens und ihrer inneren Bereitschaft für den Wiederaufbau nutzbar gemacht werden.



Dr. Adenauer im Gespräch mit Oberbürgermeister Dr. Ernst Schwering, Köln

Ich bekenne offen, daß mir der föderale Aufbau der Bundesrepublik die richtigere Staatsform für Deutschland zu sein scheint als der Einheitsstaat. Die Bundesregierung hat Sorgen genug, und ihr wäre gewiß nicht gedient, wenn diese Sorgen durch Aufbürdung weiterer Probleme vermehrt würden. Es wäre kurzsichtig, wenn die Landesregierung nicht in erster Linie für den schnellen Aufbau dieses Landes eingetreten wäre. Die Zuerkennung von Priorität für den Wiederaufbau gewisser Wirtschaftszweige und öffentlicher Einrichtungen dieses Landes ist in Wirklichkeit gar keine Bevorzugung. Sie liegt vielmehr im Interesse aller, da ja der industrielle Apparat nun einmal

heutzutage die Quelle des Wohlstandes auch für die anderen Sparten der Wirtschaft und Teile der Bundesrepublik darstellt. Aus einer solchen Priorität Anlaß zu Neid oder gar Mißgunst abzuleiten, muß jedem Einsichtigen unsinnig erscheinen. (Beifall.)

Wenn die Landesregierung in finanziellen Fragen deshalb nicht immer nachgegeben hat, sondern nach einem gerechten und vertretbaren Ausgleich suchte, so sollte man sich sagen, daß sie damit nicht nur der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern auch dem Bund in bester Weise gedient hat. (Beifall.) Zu diesem Gedanken wäre noch ein sehr ernstes und wichtiges Wort zu sagen, aber heute nachmittag in der Kundgebung wird, wie ich annehme, der hier anwesende Herr Bundesfinanzminister Schäffer — der mein Lehrer in der Jugendzeit war — dazu einiges sagen. (Beifall.) Ich glaube sogar, daß er bei der richtigen Bewertung der gesamten Situation auch das richtige Wort für diese Situation finden wird. Ich glaube, Sie werden davon nicht enttäuscht sein. (Beifall.)

Mit Recht ist in einem Referat am Freitag darauf hingewiesen worden, der Föderalismus dürfe sich nicht in Länderparlamenten und Länderregierungen erschöpfen. Das ist richtig. Das ist auch meine Meinung. In der Tat verlangt der Grundsatz der Subsidiarität, daß keine Funktion größerer Verbände usurpiert wird, die der kleinere Verband ohne Gefährdung seines Selbst, seiner Mitglieder oder der Gesamtheit auszuüben vermag. Wenn der Mensch im konzentrischen Kreis der Familie, der Gemeinde, des Gemeindeverbandes, des Einzelstaates, des Bundes, der Völkergemeinschaft stehen soll, so muß das Land das Wohl seiner Gemeinden und Gemeindeverbände im Auge behalten und sie auch in die Lage versetzen, ihre ihnen originär gestellten Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

Es mag viele überraschen, aber es ist eine harte Tatsache, daß die Gemeinden unseres Landes durchaus an einem Mißverhältnis zwischen Aufgabenlast und Finanzkraft zu leiden haben. Das folgt aus der Wirtschaftsstruktur dieses Industrielandes, das in der Hauptsache von der Industrieproduktion lebt. Für fast 2,5 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge mußte Arbeit und Brot geschaffen werden. Diese Tatsache verursacht auch für die Gemeinden hohe Aufwendungen für Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Kläranlagen, öffentliche Dinge und anderes mehr. Das ist nicht überall so. Unser angeblich reiches Land hat leider besonders finanzschwache Industriestädte, aus denen aber doch der Wohlstand des ganzen Bundes in hohem Maße genährt wird. Das Land ist gezwungen, seinen Gemeinden auf den Kopf der Bevölkerung fast 50 % mehr als der Bundesdurchschnitt zukommen zu lassen, damit sie lebensfähig bleiben. Im laufenden Haushaltsjahr betrug die Finanzaufweisung weit über 600 Millionen DM.

Haben wir damit etwa egoistisch gehandelt oder gar das Ganze übersehen? Hätte sie nicht darauf bestanden, Mittel für die Unterstützung der in unserem Land besonders finanzschwachen Gemeinden bereitzustellen, so hätte die Wirtschaft diese Lasten durch viel höhere Gewerbesteuern usw. aufbringen müssen. Dies aber hätte nur ein Ergebnis haben können: den Wiederaufbau verzögern. Wir handelten daher im wohlverstandenen Gemeininteresse des Bundes. Die Privatwirtschaft, die auf die knappen Mittel des Kapitalmarktes angewiesen ist, wird uns Dank wissen, daß wir noch in keinem Falle den Kapitalmarkt für Staatsaufgaben in Anspruch genommen und dadurch verknappend und zins erhöhend gewirkt haben. Ich glaube damit erkennbar gemacht zu haben, daß wir als Land Nordrhein-Westfalen — ich darf darüber hinaus sagen, daß es auch der verpflichtende Grundsatz der übrigen Länder ist — nicht vom Egoismus des Landes, sondern von der inneren Verantwortung gegenüber dem ganzen Volk ausgegangen sind. (Beifall.)

In allen großen Entscheidungen, die das deutsche Volk aus der Isolierung herausgeführt und den Weg für seinen Wiederaufbau gebahnt haben, hat die Landesregierung die Politik der Bundesregierung durch ihre Stimmenabgabe im Bundesrat voll unterstützt. (Beifall.) Sie ist ihr treuester Helfer gewesen. Sie hat keine Scheu, die Verantwortung mitzutragen. (Beifall.)

Es kommen täglich einflußreiche Ausländer zu uns, um Wirtschaftsaustausch zu pflegen, aber auch um auf kulturellem und politischem Gebiet Fühlung zu nehmen. Ich bin davon überzeugt, daß sie aus ihrem Kontakt mit den Bewohnern Nordrhein-Westfalens und der Landesregierung den Eindruck mit nach Hause nehmen, daß hier eine solide, ruhig denkende, allem Radikalismus fremde und Vertrauen verdienende Bevölkerung wohnt. Ebenso werden sie die Überzeugung gewonnen haben, daß die Regierung, die sich die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens erwählte, nur das eine Ziel kennt: dem Frieden zu dienen, dem sozialen Frieden, dem Arbeitsfrieden, dem friedlichen Wettbewerb zwischen den Völkern und der Erhaltung des äußeren Friedens in Freiheit. (Beifall.) Die Entscheidung, die in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Wochen fallen wird, ist daher auch eine Entscheidung, die für das Gesamtansehen des Bundes von größter Bedeutung ist. (Beifall.)

Ich möchte meinen Bericht nicht abschließen, ohne festzustellen, daß Wesentliches für den Aufbau des Landes und darüber hinaus Wichtiges für den Wiederaufbau des Bundes geleistet worden ist. Ich möchte der Landtagsfraktion, an deren Spitze dem Herrn Vorsitzenden Kollegen Johnen, aufrichtigen und herzlichen Dank sagen für die treue Mitarbeit in den letzten 4 Jahren und für das Vertrauen, von dem die Fraktions- und Regierungsarbeit immer getragen war. (Beifall.)

Nun gehen wir der Wahl am 27. Juni entgegen. Der Wähler wird in einigen Wochen über die Arbeit der Landesregierung zu urteilen haben. Wir werden seine Entscheidung in Ruhe abwarten, weil das eigene Gewissen uns sagt: wir haben nach menschlichem Vermögen und mit Gottes Hilfe unsere Pflicht erfüllt. (Sehr starker, langanhaltender Beifall.)

PRÄSIDENT LENSING

Ihr Beifall hat bewiesen, daß die Worte des Ministerpräsidenten des Landes, in dem der Parteitag zu Gast ist, bei Ihnen ein lebhaftes und zustimmendes Echo gefunden haben. Es war die stolze Bilanz einer mühseligen Aufbauarbeit im industriellen Herzen der Bundesrepublik. Sie ist auf immer mit dem Namen Karl Arnold verbunden. (Beifall.) Seine Energie, mit der er die schwierigsten Aufgaben anfaßt, und sein staatsmännisches Geschick sind vorbildlich für die Ziele und Arbeiten der gesamten Partei.

Nordrhein-Westfalen geht nunmehr in einen schweren Wahlkampf. Er wird bestanden werden, nicht zuletzt deshalb, weil die Landesregierung unter Karl Arnold eine so erfolgreiche Aufbauarbeit geleistet hat. (Beifall.) Ich danke in Ihrem Namen dem Herrn Ministerpräsidenten für die Worte, die er zu uns gesprochen hat. Die Parole aber für unseren Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen lautet: Mit Arnold für Adenauer! (Starker Beifall.)

PRÄSIDENT KIESINGER

Der Parteitag hat noch einige Beschlüsse zu fassen. Zunächst handelt es sich um einige von verschiedenen Stellen eingebrachte Entschließungsent-

würfe, die von dem Redaktionskomitee bearbeitet worden sind. Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Redaktionskomitees, unserem Bundesgeschäftsführer, Herrn Dr. Heck. (Mit Beifall begrüßt.)

EntschlieBungen

DR. BRUNO HECK

Im Auftrage des Redaktionskomitees darf ich Ihnen folgende EntschlieBungsanträge bekanntgeben und zur BeschluBfassung vorlegen.

Zur Außenpolitik

hat der geschäftsführende Vorstand folgende EntschlieBung vorgelegt:

I. Die weltpolitische Entwicklung der letzten Monate, insbesondere das enttäuschende Ergebnis der Berliner Konferenz, haben gezeigt, daß die Sowjetunion auch heute noch zu keiner Verständigung bereit ist, sondern ihre expansiven Ziele weiter verfolgt.

Die freie Welt ist einer lebensgefährlichen Bedrohung ausgesetzt, der sie nur durch den ZusammenschluB aller Kräfte begegnen kann. Die Völker Europas müssen endlich ihren nationalen Egoismus überwinden, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verwirklichen und die politische Integration entschlossen weiterführen. Jede Verzögerung verringert die Aussicht auf eine Minderung der gegenwärtigen Spannungen.

Die Bundesrepublik kann nur in einem Vereinten Europa ihre Freiheit bewahren und die Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands schaffen. Würde die Bundesrepublik das Vertrauen in die Geradlinigkeit und Zuverlässigkeit dieser Politik aufs Spiel setzen, müßte sie in eine tödliche Isolierung geraten. Deswegen bekennt sich der Parteitag erneut zur Außenpolitik des Bundeskanzlers, die allein unserem Volk die Einheit in Freiheit und Frieden sichern kann. (Beifall.)

Das Redaktionskomitee empfiehlt Ihnen, diese EntschlieBung anzunehmen.

PRÄSIDENT KIESINGER

Sie haben den Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes und des Redaktionskomitees gehört. Sind Sie mit dem Vorschlag einverstanden? (Beifall.)

Ich stelle fest, das ist der Fall.

DR. BRUNO HECK

Die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft haben am vergangenen Donnerstag ihre Jahres-Delegierten-Versammlung hier in Köln abgehalten und dabei folgende EntschlieBung gefaßt. Sie haben uns diese

EntschlieBung

mit der Bitte zugeleitet, sie dem Parteitag bekanntzugeben:

I. Die Familie als Urzelle der Gesellschaft muß Ausgangspunkt einer künftigen Sozialreform sein. Neben der Neuordnung des Familienrechtes ist die materielle Besserstellung der Familie vordringliches Gebot. Die schon vor Jahresfrist erhobene Forderung auf Verabschiedung des Gesetzes über die Familienausgleichskassen wird mit Nachdruck wiederholt. Dabei wird die Erwartung ausgesprochen, daß nunmehr die gesetzliche Familienhilfe wenigstens für die Arbeitnehmerschaft verwirklicht wird.

Es wird begrüßt, daß die Große Steuerreform für kinderreiche Familien Erleichterungen vorsieht.

Zugunsten der kleinen Steuerzahler erscheinen jedoch noch ausgleichende Steuermaßnahmen geboten.

II. Persönliches Eigentum bedeutet Stärkung gesunder Familienexistenz. Wohnungseigentum und familiengerechter Wohnungsbau müssen deshalb mehr als bisher gefördert werden. Vor allem muß das Gesetz zur Schaffung von Familienheimen endlich zur Verabschiedung kommen.

III. Wirtschaftliches Miteigentum schafft dem Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers Geltung. Deshalb kann auf die Forderung nach Miteigentum nicht verzichtet werden. Es ist eine Forderung sozialer Gerechtigkeit. Die Bundesdelegiertentagung bittet daher die CDU/CSU-Fraktion, dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Rahmengesetzentwurf vorzulegen. Ebenso erwartet sie, daß die Bundesregierung den Anspruch der Arbeitnehmer unterstützt.

IV. a) Zur Regelung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Holding-Gesellschaften der Eisen schaffenden Industrie und des Bergbaus wird die Verabschiedung einer entsprechenden Gesetzesnovelle zur Montan-Mitbestimmung im Bundestag erwartet. Die bestehende Einengung der Mitbestimmung in der Eisen schaffenden Industrie und im Bergbau darf nicht länger beibehalten werden.

b) Das dem Bundestag vorliegende Personalvertretungsgesetz muß ein den Erfordernissen im öffentlichen Dienst angepaßtes Recht schaffen. Echte Mitbestimmung hat überall da, wo Entscheidungen von Behördenleitern selbständig ohne Einfluß der Selbstverwaltungs- bzw. der politischen Organe erfolgen, gewährleistet zu sein.

Für entstehende Streitfragen sollten die Arbeitsgerichte zuständig sein.

c) Da die Bundesregierung bislang keinen Gesetzentwurf für die Regelung der überbetrieblichen Mitbestimmung vorgelegt hat, empfiehlt die Delegiertenversammlung die Einbringung eines Initiativgesetzentwurfes durch die CDU/CSU-Fraktion. Die widerstreitenden Interessen in der Wirtschaft müssen in Selbstverwaltungsorganen zusammengeführt und miteinander ausgeglichen werden. Das wirtschaftliche und berufliche Verbandswesen einschließlich der Gewerkschaften soll auf diese Weise ein legitimes und in öffentlicher Kontrolle sich vollziehendes Mitspracherecht erhalten.

V. Die über Familie, Miteigentum, Heimbefitz und Mitbestimmung hinausgehende Vorsorge für die abhängig arbeitenden Menschen in einem gegliederten Grundsystem des Sozialhaushaltes bei klarer Trennung von Versicherung, Versorgung und Fürsorge muß endlich getroffen werden. Es muß insbesondere erwartet werden, daß die vom Bundesarbeitsminister angekündigte Anpassung der Leistungen in der Rentenversicherung möglichst bald durchgeführt wird.

VI. Die Bundesdelegiertentagung fordert schließlich die endgültige Streichung des § 8, Abs. 4 des Genossenschaftsgesetzes. Das gleiche gilt, da unmittelbar damit zusammengehörig, für die §§ 152, 153 desselben Gesetzes. Die freie Konsumwahl muß allen Konsumenten in eigener Selbstentscheidung vorbehalten sein.

VII. Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft richtet an alle christlichen Arbeitnehmer den dringenden Appell, in echter Solidarität zusammenzustehen und aktiv in den Gewerkschaften mitzuarbeiten. Beides ist nicht zuletzt notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der berechtigten Wünsche der gesamten christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft in den Einheitsgewerkschaften. Von der Weiterführung der Gespräche mit den Gewerkschaften erwartet die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft eine Entwicklung der Gewerkschaftspolitik, durch die die Gewerkschaftsbewegung in wachsendem Maße zu einem positiven Faktor für die Wiedervereinigung und Wiedergesundung unseres gesamten Volkes wird.

Das Redaktionskomitee empfiehlt dem Parteitag die Entschließung der Jahresdelegiertenversammlung der Sozialausschüsse an die zuständigen Fachausschüsse der Bundespartei zur weiteren Bearbeitung zu überweisen. (Beifall.)

PRÄSIDENT KIESINGER

Da sich nicht nur stimmberechtigte Delegierte hier im Saale befinden, müssen wir korrekterweise so verfahren, daß wir für unsere Entschließungen die stimmberechtigten Delegierten bitten, durch Hochheben ihrer roten Ausweiskarte ihre Zustimmung zu zeigen. Ich möchte der Korrektheit halber dies für die vorher verlesene politische Entschließung zunächst tun und bitte diejenigen, die dieser politischen Entschließung zustimmen wollen, ihre rote Ausweiskarte zu erheben. — Die Gegenprobe! — Ich stelle fest, daß die Entschließung einstimmig angenommen worden ist.

Ich bitte Sie, dem zweiten Vorschlag des Redaktionskomitees Ihre Zustimmung zu geben durch Erhebung der roten Karte. — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltung! — Mit überwältigender Mehrheit angenommen. (Beifall.)

DR. BRUNO HECK

Der Bundesvertriebenenausschuß und der Landesverband Oder/Neiße unterbreiten Ihnen folgenden

Entschließungsantrag

Um das schwere Los der Heimatvertriebenen weiter zu erleichtern, ist es notwendig, daß die Gesetze über den Lastenausgleich, die Schadensfeststellung, den Währungsausgleich für Vertriebene, das Gesetz nach Art. 131 sowie das Vertriebenengesetz durch sachgemäße Novellen Änderung oder Ergänzung in der Weise erfahren, daß Härten und offenbare Unzulänglichkeiten so rasch wie möglich beseitigt werden und beschleunigte Angleichung der Leistungen an die allgemeinen Lebensverhältnisse erfolgt. Weiter ist dafür Sorge zu tragen, daß die noch ausstehenden Verordnungen und Richtlinien der Bundesregierung baldmöglichst erlassen werden, um die Feststellung der erlittenen Schäden zu ermöglichen und damit rechtzeitig die Unterlagen zum Erlaß des im Jahre 1957 zu verab-

schiedenden Abschlußgesetzes zu beschaffen. Die zur Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes berufenen Bundes- und Landesbehörden sollen mehr als bisher ihr Augenmerk darauf richten, daß die alten Leute beschleunigt in den Genuß ihrer Entschädigungsansprüche kommen, gegebenenfalls durch Gewährung von Vorsschüssen. Die Selbsthaftmachung der vertriebenen und geflüchteten Bauern ist durch enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern tatkräftig zu fördern. Der heimatvertriebenen und kriegssachgeschädigten Wirtschaft ist durch eine entsprechende Gestaltung der Wirtschafts-, Steuer- und Kreditpolitik Hilfestellung zu gewähren; insbesondere muß ihr die Möglichkeit zur Bildung des für einen gesunden und lebensfähigen Betrieb unentbehrlichen Eigenkapitals eröffnet werden.

Der rechtliche Status der Sowjetzonenflüchtlinge bedarf einer baldigen und umfassenden Klärung. An Stelle einer Gesetzgebung von Fall zu Fall ist eine systematische Regelung anzustreben, die den besonderen persönlichen und wirtschaftlichen Nöten dieser Kreise Rechnung trägt. Die Zuständigkeit der Behörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden muß übersichtlich und zweckmäßig geordnet werden. Das Verfahren ist möglichst zu beschleunigen und soll in seiner Ausgestaltung der seelischen Verfassung der zu betreuenden Personenkreise Rechnung tragen.

Das Redaktionskomitee empfiehlt dem Parteitag, dieser Entschliebung zuzustimmen.

PRÄSIDENT KIESINGER

Sie haben den Entschliebungsentwurf zur Kenntnis genommen und sogleich den Vorschlag des Redaktionskomitees gehört. Ich bitte die stimmberechtigten Delegierten wiederum, durch Erheben ihrer roten Karte ihre Zustimmung zu geben! — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltung! — Mit überwältigender Mehrheit ist der Vorschlag des Redaktionskomitees angenommen. (Beifall.)

DR. BRUNO HECK

Der Bundesfrauenausschuß der Christlich-Demokratischen Union unterbreitet Ihnen folgende

Entschliebung

1. Die selbst eingezahlten Beiträge zur Angestelltenversicherung sollen im Falle der Verheiratung der versicherten Frauen in allen Ländern des Bundesgebietes zurückgezahlt werden.
2. Die Sozialversicherungsbeiträge alleinstehender weiblicher Versicherter sollen im Todesfalle an diejenigen Angehörigen erstattet werden, die von der Verstorbenen überwiegend unterhalten worden sind.
3. Für die weibliche Jugend ist eine Ausbildung anzustreben, die sowohl auf die Aufgaben als Hausfrau und Mutter vorbereitet, als auch eine außerhäusliche Berufsaarbeit ermöglicht. Für diese Berufsausbildung der Mädchen müssen in stärkerem Maße als bisher Mittel des Bundesjugendplanes zur Verfügung gestellt werden. (Beifall.)

4. Für die weibliche Jugend sollen durch geeignete Ausbildungsstellen in Wirtschaft und Verwaltung weitere Berufsmöglichkeiten geschaffen werden.
5. Die Aufstiegsmöglichkeiten für die Frauen müssen in allen Verwaltungen erweitert werden. (Beifall.)
6. In den Ländern sollen in größerem Umfange Gewerbe-Inspektorinnen eingestellt werden, um die Durchführung der Schutzbestimmungen für Frauen und Mädchen hinreichend überwachen zu können. (Beifall.)
7. Die Altrenten sind zu erhöhen; dabei müssen die Witwen in der Rentenversicherung gleichmäßig behandelt werden. (Beifall.)

Das Redaktionskomitee schlägt dem Parteitag vor, diese Forderungen im Grundsatz zu billigen und zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen. (Beifall.)

PRÄSIDENT KIESINGER

Sie haben den Vorschlag des Redaktionskomitees zur Kenntnis genommen, die Entschließung im Grundsatz zu billigen und sie der Einzelheiten wegen an die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen.

(Müller, Berlin: Zur Geschäftsordnung!)

Bitte!

MÜLLER, Berlin

Ich bitte, über den ersten Teil, der die Sozialversicherung betrifft, besonders abstimmen zu lassen; denn ich glaube, wir tun unseren Frauen keinen Gefallen, wenn wir im Grundsatz dem ersten Teil zustimmen.

PRÄSIDENT KIESINGER

Es wird beantragt, daß wir über den ersten Teil gesondert abstimmen sollen. Wer ist dafür, dieses Verfahren einzuschlagen? — Es ist eine größere Anzahl. Wir lassen über den Vorschlag gesondert abstimmen.

(Bundeskanzler Dr. Adenauer: Wird eine Aussprache darüber gewünscht?)

— Will jemand zu dem Geschäftsordnungsvorschlag das Wort ergreifen?

FRAU DR. WEBER, M.D.B.

Ich meine, es entspräche nur der sozialen Gerechtigkeit, daß man diese Beiträge bei der Verheiratung der Frau zurückzahlt. Das gilt auch für den zweiten Grundsatz, der hier verkündet worden ist, daß man nämlich beim Todesfall der ledigen Frau Rücksicht nimmt auf die Verwandten, die sie unterstützt hat. Wir haben etwas Ähnliches im Beamtenrecht. Das entspräche nur der sozialen Gerechtigkeit. (Beifall.)

Mir ist es sehr interessant, diejenigen zu hören, die etwas dagegen zu sagen haben; denn eben klang es so, als ob das im Interesse der Frauen wäre, wenn hier nicht zugestimmt würde. (Zurufe: Nein!) — Das hat eben so geklungen! Wer ist es denn nur? (Heiterkeit.) Ich meine sogar, ich hätte eine weibliche Stimme gehört. Wer ist es denn? (Zuruf: Müller, Berlin!) — Also Müller, Berlin! (Erneute Heiterkeit!) Ich habe nicht das Recht, ihn aufzurufen.

PRÄSIDENT KIESINGER

Er kommt nachher. Reden Sie aber ruhig noch!

FRAU DR. WEBER

Nein, ich habe dazu gar nichts mehr zu sagen, als daß es eine Sache der Gerechtigkeit ist. Ich werde dann weiter etwas dazu sagen, wenn Herr Müller, Berlin, hier etwas verlautbart hat.

PRÄSIDENT KIESINGER

Gut, ich erteile das Wort an Herrn

MÜLLER, Berlin

Die Sozialversicherung ist eigentlich für jeden eine Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens. Ein solcher Wechselfall kann auch bei der Frau eintreten, wenn sie meinetwegen mit 25, 30 Jahren heiratet und vielleicht bis 50 oder 55 Jahre verheiratet ist und dann plötzlich der Ernährer wegstirbt. Es ist für sie dann vielleicht notwendig, aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen wieder in ihren alten Beruf zurückzukehren. Sie wird wieder froh sein, wenn sie ihren alten Anspruch dann nicht nur weiter aufleben lassen kann, sondern ihn sogar noch aufzustocken, damit sie in ihrem Alter eine entsprechende Versorgung und Sicherung hat. (Beifall.)

Viele Frauen haben es in einem solchen Fall bedauert, daß sie ihre früheren Versicherungsrechte nicht aufrechterhalten haben. Deshalb ist es nicht gut, wenn man im Grundsatz sagt, daß die Frauen, sobald sie eine Ehe eingehen, von vornherein sich das in die Rentenversicherung einbezahlte Geld zurückzahlen lassen sollen. Im Gegenteil! Sie soll daran anknüpfen und sich ihre wirtschaftliche Sicherung auch für die spätere Zeit aufrechterhalten.

Das ist das Wohl, das wir glauben den Frauen zu erweisen, wenn wir Sie bitten, diesem Teil der Entschließung im Grundsatz nicht zuzustimmen. (Beifall.)

FRAU MINISTER TEUSCH

Ich darf den Herrn Opponenten, den Herrn Müller aus Berlin, bitten, seinen Einspruch zurückzunehmen. Nach der Formulierung des Herrn Vorsitzenden heißt ja unsere Beschlußfassung: grundsätzlich stimmen wir der Entschließung zu und überweisen sie zur sachlichen Erledigung an die entsprechenden Ausschüsse.

Wir haben bei der Beamtenregelung ein ähnliches Verfahren. Wenn bei der sachlichen Beratung das eine oder andere nach Wahl herauskommen kann, wie Abfindung bei verheirateten Beamtinnen oder Aufrechterhaltung der Ansprüche, was auch bei der Sozialversicherung möglich gemacht wird, dann ist das doch eine gerechte Lösung für alle Teile.

Wir haben im Lande Nordrhein-Westfalen sogar folgende Lösung für die Beamtinnen getroffen: Bei dem großen Mangel an Nachwuchs, beson-

ders auch für die Schwesternschaften — ich nenne nur die Pflegerinnen —, haben wir das Verfahren, daß auch eine Beamtin, die in eine Schwesternschaft eintritt, auf Antrag genau so eine Abfindungssumme bekommen kann wie die Beamtin, die heiratet.

Was wir gestern gehört haben, die Kombination der Hausfrauen- und Mutterpflichten mit außerhäuslicher Erwerbsarbeit möglichst zu beschränken und einzuengen aus familiären und fraulichen Gründen, das können wir mit allem Für und Wider dann in den Fachausschüssen überlegen. Wenn wir die Formulierung „grundsätzlich stimmen wir zu und überlassen die Einzelregelung den Fachausschüssen“ hier einheitlich annähmen, dann wären wir Frauen doch sehr glücklich. (Beifall.)

PRÄSIDENT KIESINGER

Wünscht noch jemand das Wort zu dieser Frage? (Müller, Berlin: Zur Geschäftsordnung!) — Bitte!

MÜLLER, Berlin

Ich bitte, das Wort „grundsätzlich“ herauszulassen und nur „Überweisung an den Ausschuß“ zu sagen, damit wir den Ausschuß nicht vorher binden. Wir wollen nur vermeiden, daß dieser Ausschuß von Anfang an gebunden ist. Deswegen „Überweisung an den Ausschuß“ ohne das Wort „grundsätzlich“.

PRÄSIDENT KIESINGER

Das war — da ich selbst Mitglied des Redaktionskomitees bin, kann ich es sagen — an sich auch die Absicht des Redaktionskomitees. (Zuruf: Aha!) Deswegen hat das Redaktionskomitee auch nicht den sonst üblichen Ausdruck „grundsätzlich“, sondern mit Bedacht die formale Erklärung „im Grundsatz“ gewählt. (Große Heiterkeit.) Nicht alle wissen genau, wie man das berühmte Wort „grundsätzlich“ interpretieren kann. Um gerade das zu vermeiden, hat das Redaktionskomitee geglaubt, man solle sagen: Dem Grundsatz des ganzen Entschließungsentwurfs wird zugestimmt, nicht aber den einzelnen Punkten. Das ist genau das, was jetzt vorgeschlagen worden ist. Wir können aber, damit jede Unklarheit vermieden wird — unsere Frauen werden damit einverstanden sein können, da wir ja hier eine Diskussion gehabt haben, wonach die Meinungen nicht ganz einheitlich sind —, so verfahren, daß wir den Entschließungsentwurf den zuständigen Gremien zur weiteren Befassung überweisen. (Beifall.) Ist der Parteitag mit diesem Verfahren einverstanden? (Frau Dr. Weber: Nein!)

FRAU DR. WEBER

Der Grundsatz soll bleiben. Wie sieht das aus, wenn wir es nur überweisen? Das hört sich so an, als ob Sie alle dagegen wären.

PRÄSIDENT KIESINGER

Frau Dr. Weber meint, dies bedeute, daß die Entschließung auf eine solche Weise kaltgestellt würde. Das ist sicher nicht die Meinung des

Parteitag? (Sehr viele Zurufe: Nein!) Dann würde ich, wenn ich mir einen Vorschlag erlauben darf, wie folgt formulieren:

„Der Parteitag nimmt von dieser EntschlieÙung Kenntnis und stimmt seiner grundsätzlichen Tendenz zu.“

Das können wir ruhig annehmen. Damit ist nicht über einen einzelnen Punkt beschlossen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben! — Die Gegenprobe! — Enthaltungen! — Das erste war bei weitem die Mehrheit. Damit ist dieser Vorschlag angenommen. (Beifall.)

DR. BRUNO HECK

Der Landesverband Berlin unterbreitet dem Parteitag folgende

EntschlieÙung:

„Die CDU anerkennt die große Bedeutung des Sports für die Erziehung unserer Jugend und für die Gesundheit unseres Volkes. Um der sportlichen Arbeit die nötige Unterstützung seitens der Gesamtpartei und der Landesverbände zu sichern, wird bei der Bundespartei ein Ausschuß für Sportfragen gebildet.“

Das Redaktionskomitee empfiehlt dem Bundesparteitag, dem Antrag des Landesverbandes Berlin zuzustimmen.

PRÄSIDENT KIESINGER

Sie haben den Vorschlag zur Kenntnis genommen. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, ihre rote Karte zu erheben! — Die Gegenprobe! — Enthaltungen! — Mit überwältigender Mehrheit angenommen!

Damit sind die EntschlieÙungsentwürfe verabschiedet. Wir haben nun noch zwei weitere Beschlüsse zu fassen. Zum ersten handelt es sich um folgendes: Das Mandat unseres Parteivorsitzenden, unseres verehrten Herrn Bundeskanzlers, und seiner beiden Stellvertreter, des Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers und des Herrn Bundesministers Kaiser, sind zwar noch nicht abgelaufen, sie laufen aber vor dem nächsten Parteitag im Oktober dieses Jahres ab. Der Parteiausschuß schlägt Ihnen vor, zur Vermeidung einer Unterbrechung des Mandats das Mandat unserer Parteivorsitzenden über den Oktober hinaus bis zum nächsten Parteitag zu verlängern, so daß dann ihre Neuwahl zusammen mit der Wahl des übrigen Vorstandes wieder erfolgen kann. (Beifall.)

Ich bitte diejenigen, die diesem Vorschlag des Parteiausschusses zustimmen wollen, ihre rote Karte zu erheben! — Gegenprobe! — Enthaltungen! — Einstimmig angenommen. (Starker Beifall.)

Dann hat der Parteitag Beschluß zu fassen über den Ort des nächsten Parteitages. Der Parteiausschuß schlägt Ihnen vor, diesen Beschluß jetzt nicht hier zu fassen, sondern — wie wir das üblicherweise immer gehalten haben — dem Bundesparteiausschuß die Auswahl des Ortes des nächsten Parteitages der CDU zu überlassen. Entsprechende Anträge von interessierten Städten usw. sind an den Bundesparteivorstand zu richten.

Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben! — Gegenprobe! — Enthaltungen! — Mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Ich benutze die Gelegenheit, da der Bundesgeschäftsführer als Berichterstatter des Redaktionskomitees vor Ihnen berichtet hat, ihm, dem das Hauptverdienst an der Vorbereitung dieses Parteitages zufällt, wie überhaupt einer großen Masse der Arbeit, die von der Zentrale her für die Christlich-Demokratische Union zu leisten war, auch von dieser Stelle und auf diesem Parteitag für die Klugheit, für die Energie und für die Treue, mit denen er diese seine Arbeit geleistet hat und leistet, unseren herzlichsten Dank auszusprechen. (Anhaltender starker Beifall.)

Damit erkläre ich die Plenarsitzung des heutigen Vormittages für geschlossen.

Ende: 12.55 Uhr.

Schlußsitzung

Die Sitzung wird um 15.10 Uhr von dem Vorsitzenden Johnen eröffnet.

PRÄSIDENT JOHNEN

Ich eröffne die letzte Plenarsitzung des 5. Parteitages der Christlich-Demokratischen Union. Ich darf diese Sitzung mit einem Wort des herzlichsten Dankes an Sie alle beginnen, die Sie diese Tage hier in Geduld und Beharrlichkeit ausgehalten haben. Ich darf aber, wie es der Herr Kollege Kiesinger heute morgen schon getan hat, dem Bundesgeschäftsführer Dr. Heck und allen seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen hier ein herzliches Wort des Dankes sagen. (Lebhafter Beifall.)

Am Schluß unserer Tagung darf ich mit einem herzlichen Wort den Bundeskanzler Dr. Adenauer begrüßen. (Beifall.) Nicht minder herzlich sind willkommen bei uns seine Stellvertreter, Herr Bundestagspräsident Dr. Ehlers und Herr Bundesminister Jakob Kaiser. (Beifall.) Damit ist die Einheitlichkeit dieser Union wiederhergestellt. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Dieser Bundesparteitag hat am schönen Rhein in Köln stattgefunden. Ich möchte Ihnen wünschen, wenn Sie wieder in Ihre Heimat zurückkehren, daß Sie den Frohsinn der Rheinländer mitnehmen und das Selbstvertrauen und den Glauben, den wir an die CDU haben. Dieser Bundesparteitag war getragen von der Verantwortung, die die Wähler am 6. September unserer Partei gegeben haben.

Wir haben versucht, uns mit den Grundlagen unserer Partei auseinanderzusetzen. Herr Dr. Ehlers hat über die geistige Struktur unserer Zeit gesprochen. Herr Dr. Gerstenmaier hat sich mit der politischen Weltlage und Deutschland auseinandergesetzt. Dann ging der Parteitag zu akuten Fragen über, zur Wirtschaft, zur Landwirtschaft im besonderen und zur Gesamtwirtschaft. Dann sprach Herr Professor Höffner von dem Menschen in der sozialen Ordnung. Der Herr Ministerpräsident dieses Landes hat Ihnen heute morgen aus seiner Schau die Bedeutung des gastgebenden Landes in der Bundesrepublik dargelegt.

Nun komme ich zur Schlußplenarsitzung. Ich habe den Parteitag mit einem herzlichen Gruß an die Brüder und Schwestern im Osten begonnen. Ich vergaß nicht unsere Brüder und Schwestern, die zwar im Westen in Freiheit leben, aber die noch in Gebieten unter fremder Verwaltung leben müssen. Es ist für uns längst eine innere Verpflichtung geworden, die Bundesparteitage abzuschließen mit einer ernsten Verpflichtung an jene, die ich anfangs begrüßt habe. So wird jetzt der berufene Mann dazu, der Herr Bundesminister Jakob Kaiser, über unsere Verpflichtung für die Deutschen jenseits des Sperrgürtels sprechen. Ich darf ihm nunmehr das Wort geben. (Beifall.)

Unsere Verpflichtung für die Deutschen jenseits des Sperrgürtels

BUNDESMINISTER JAKOB KAISER

Dieser Parteitag war bei allem Ernst, bei aller notwendigen Selbstbesinnung, nicht zuletzt auch von einem guten Stück Selbstvertrauen getragen. Ich sage das nicht, weil wir hier im Lande Nordrhein-Westfalen vor einer Wahl stehen, sondern ich halte es nach allem, was wir in diesem letzten

Jahrzehnt hinter uns gebracht haben, auch für berechtigt. Wir brauchen nur an den Wiederaufstieg im beengten Raum der Bundesrepublik zu denken, der vor wenigen Jahren noch trümmerübersät, demontiert, von einem hungernden Volk — darunter Millionen mittelloser Heimatvertriebener — angefüllt war. Das erklärt die Tatsache, daß in manchen Kreisen der Bundesrepublik — wenn auch sicherlich nicht überall — eine erkennbare Zufriedenheit herrscht.

Ich betone dabei noch einmal: Sicherlich nicht überall. Denn es gibt in der Bundesrepublik auch noch recht dunkle Stellen der Not und der Bedrängnis, die beseitigt werden müssen. Ich bin um so mehr veranlaßt, darauf hinzuweisen, als sich unmittelbar vor Beginn dieses Parteitages zwei Tagungen mit den Anliegen befaßten, die noch als ungelöste Fragen vor uns liegen, die Bundestagung der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft und das Treffen der Exil-CDU der sowjetischen Besatzungszone, das weit über den Kreis der Delegierten dieses Parteitages hinausreichte. Die Tagung der Sozialausschüsse, die bestimmt keinen sozialen Pessimismus verriet, hat immerhin ein Bild davon gegeben, was gerade den christlichen Demokraten für den sozialen Ausgleich in der Bundesrepublik noch zu tun aufgegeben ist, und was — nicht zuletzt unter stärkster Mitwirkung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft — auch noch geschaffen werden wird.

Das Treffen der Sowjetzonenflüchtlinge aber offenbarte jedem, der daran teilnahm, erneut in aller Klarheit die ganze Schwere der deutschen Situation. Die Hoffnung dieser Flüchtlinge richtet sich naturgemäß auf die Bevölkerung der Bundesrepublik, auf ihre Bereitschaft, ihnen eine vorläufige Heimat zu geben, wobei ich nicht erst zu betonen brauche, daß sie nicht zuletzt auf uns — auf die christlichen Demokraten — rechnen. Das ist auch verständlich. Denn wir wissen ja alle, welch starke Impulse für die Christlich-Demokratische Union von der bedrängten Bevölkerung der Sowjetzone und Berlins ausgegangen sind. Dieser Impuls wurde zur tragenden Kraft für die Christlich-Demokratische Union, die 1945 in Berlin unmittelbar nach dem Erdbeben, das das Dritte Reich begrub, vor allem von Männern und Frauen des 20. Juli begründet wurde, von Männern und Frauen, die aus Todeszellen, aus Zuchthäusern und aus unterirdischen Verließen kamen. Jeder unter uns, der 1945, 1946 und 1947 bis in die letzten Dezembertage hinein den Durchbruch christlich-demokratischen Willens in Berlin und der Zone miterlebte, wird das bestätigen. Ich sage heute noch unseren Freunden Karl Arnold und Heinrich von Brentano, die in jenen schweren Tagen wiederholt bei uns gewesen sind, herzlichen Dank für diese ihre Kameradschaft. Es war das jene heroische Zeit unserer politischen Bewegung, in der wir mit Zuversicht noch glauben durften, daß wir die sowjetische Besatzungsmacht zur anderen Einsicht gegenüber uns, den Deutschen, die wir nun einmal zu einer anderen Welt gehören, bringen könnten und bringen würden.

Welch anderen Verlauf hätte alles weitere Geschehen um Deutschland, Europa und die Welt nehmen können, wenn durch den geschlossenen und entschlossenen Zusammenhalt aller berufenen Kräfte dies erreicht worden wäre! Meine engeren Freunde von der Exil-CDU wissen, was ich damit anspreche. Im Denken an all das ist uns auch das Anliegen der Exil-CDU, die Sowjetzonenbevölkerung im Bundestag symbolisch vertreten zu wissen, durchaus verständlich. (Beifall.)

Wir sprachen von der Not der Flüchtlinge. Wir wissen alle miteinander, daß die politischen Flüchtlinge ein Recht auf unsere Hilfe haben. In bezug auf dieses Recht fällt allerdings — ich will es nicht verhehlen — manches bittere Wort immer wieder über enttäuschte Erwartungen. Gewiß wird nicht jeder Vorwurf berechtigt sein. Aber übrig bleibt doch wohl,

daß uns das Schicksal der politischen Flüchtlinge wie das Schicksal eines jeden Heimatvertriebenen eine Mahnung ist, eine Mahnung, daß wir die Hypothek zu tragen und abzutragen haben, die uns das Hitlerabenteuer auferlegt hat, eine Mahnung daran, daß das deutsche Volk eine Schicksalsgemeinschaft bildet, eine Schicksalsgemeinschaft, die über den Sperrgürtel und über die Oder-Neiße-Linie hinausreicht. (Beifall.)

Es hat viele von uns recht nachdenklich gemacht, daß gerade in der letzten Zeit auch Stimmen des Auslandes auf ein allzuohohes Maß von Selbstzufriedenheit in der Bundesrepublik hingewiesen haben. Die Bevölkerung Westdeutschlands — so mußte man lesen — halte ihren Blick allzustarr auf ihr eigenes gegenwärtiges Wohlergehen, auf die Sicherung vor allem der wirtschaftlichen Grundlagen der Bundesrepublik gerichtet. Gegenüber der Tatsache, daß 18 Millionen außerhalb ihres wohltemperierten Gebietes ein leidvolles, ein unfreies Leben führen müßten, versuche sie mehr oder weniger die Augen zu verschließen.

Ohne mich mit diesen Stimmen identifizieren zu wollen, weiß ich aus meinen Erfahrungen, wie sehr gerade diese Auslandsstimmen manchen verantwortlichen Deutschen beschäftigen. Ich gehöre zu den Männern, die eine in sich gefestigte, eine auf festen wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen aufgebaute Bundesrepublik für unumgänglich halten. Je vollkommener wir die Bundesrepublik als sozialen und wirtschaftlich fundierten Rechtsstaat ausbauen, desto stärker können auch die 18 Millionen in der Sowjetzone ihre Hoffnung auf die Bundesrepublik richten. (Beifall.)

Unsere Landsleute erwarten von uns sicherlich keine Experimente, mit denen wir das schon Erreichte in Gefahr bringen könnten. Es wäre für Deutschland und für Europa, es wäre für die Sache der Freiheit ein unübersehbares Unglück, wenn dieses unser mühsam aufgebautes Staatswesen durch Experimente irgendwelcher Art berührt oder gar erschüttert würde. Wer immer die Politik um Berlin und die Sowjetzone seit 1945 unmittelbar miterlebt hat, der weiß sich in dieser Überzeugung eins mit den 18 Millionen in der Sowjetzone. Alle jene, die nun fast ein Jahrzehnt schon dort ausharren, wissen genau um den Unterschied zwischen realpolitischer Haltung im Bemühen um die Wiedervereinigung unseres Landes und kurzschichtiger Selbstgenügsamkeit. Sie wissen, daß Vernunft die Gefühle in Schach zu halten hat, denn nur die Beherrschung der Gefühle durch Vernunft ermöglicht ihnen überhaupt das Ausharren.

Aber wir haben uns doch gewissenhaft zu fragen, ob nicht Anlaß gegeben ist, auf die Gelassenheit hinzuweisen, mit der diese und jene Kreise unseres Volkes unserer Schicksalsfrage — der Teilung unseres Landes — gegenüberstehen, insbesondere auch auf die Gelassenheit, mit der man den für unser Land ergebnislosen Ausgang der Berliner Konferenz hinnahm.

Ein maßgeblicher Deutscher schrieb mir noch in diesen Tagen voll tiefer Sorge: „Angesichts dessen, was mit unserem Volk geschah, müssen wir allerdings eingestehen, daß dieses Volk sich vor dem Gorgonengesicht seines Schicksals entweder in einer Art Dämmerzustand verbirgt oder aber einfach kapituliert hat, ohne recht zu begreifen, was ihm zugedacht ist.“ Ich könnte weitere Urteile gerade aus den Erfahrungen der letzten Zeit anführen. Sie alle klingen hart. Aber es ist gut, daß es Männer und Frauen unter uns gibt, die diesen Maßstab anlegen. Die Härte ihres Urteils ist diktiert von der Sorge um Deutschland und um die Existenz unseres Volkes.

Dabei sind wir uns sicherlich bewußt und müssen uns bewußt sein: Deutschland hat nach allem, was nach 1933 geschehen ist, Anlaß zu einer zurückhaltenden Politik. Es hat allen Grund, sich in Angelegenheiten und Anliegen seines nationalen Interesses maßvoll und gehalten zu zeigen. Denn wir wissen, daß vor allem die Ver-

zerrungen und Überschlagen des Nationalsozialismus unseren heutigen Zustand verursacht haben. Wenn wir aber die ganze Periode deutscher Politik in diesen letzten Jahren überblicken, so glaube ich sagen zu dürfen: Deutschland hat den Beweis erbracht, daß Nationalismus und Radikalismus überwunden sind. Und es ist nicht zuletzt die Politik der christlichen Demokraten in ihrem wirklich mehr als selbstlosen Bemühen um Europa, die der Welt diesen Beweis erbracht hat. Deshalb könnte und sollte niemand jenseits unserer Grenzen von einer angeblichen Gefahr des Nationalismus reden, wo es sich in Wirklichkeit um den Ausdruck innerer Not eines Volkes handelt. Für Freiheit und Einheit des eigenen Volkes einzutreten, ist kein Nationalismus. Es zu tun, ist eine selbstverständliche Verpflichtung.



Dr. Adenauer begrüßt Innenminister Dr. Meyers, daneben P. J. Schaeven, M. d. L.

Aus diesem Grunde dürfen wir uns auch nicht hindern lassen, ein anderes noch auszusprechen: Niemals dürfen wir Veranlassung geben, daß in der Welt deutsches Maßhalten mit Gleichgültigkeit und Kälte gegenüber der Schicksalsfrage unseres Landes verwechselt wird. Das würde — auf die Dauer gesehen — unser Ansehen in der Welt sicherlich nicht erhöhen. Auch bei jenen nicht, denen eine solche Haltung bequem wäre. Und schließlich müßte ein solcher Eindruck auch eine verzögernde Wirkung auf die Wiedervereinigung unseres Landes ausüben. Die Verantwortung darüber, daß das nicht geschieht, liegt dabei gewiß nicht nur bei den Politikern und Staatsmännern. Sie liegt zuerst und vor allem beim Volk selbst. (Beifall.)

Beim Volk und im Volk liegen die Quellen der natürlichen Verbundenheit zwischen den Deutschen diesseits und den Deutschen jenseits des Sperrgürtels. Beim Volk und im Volk selbst, das über den Sperrgürtel hinweg durch zahllose Bande der Verwandtschaft und Freundschaft anein-

andergekettet ist, liegen die Möglichkeit und die Verpflichtung, diese natürlichen Bande immer wieder zur Geltung zu bringen. Man begegnet ja kaum einem Rheinländer, kaum einem Westfalen, kaum einem Niedersachsen oder Hessen oder Schwaben, ja sogar kaum einem Bayern, der einem nicht sagt, daß er Verwandte oder Freunde in Mecklenburg, in Brandenburg, in Sachsen, Sachsen-Anhalt, in Thüringen oder in Ost-Berlin hat. Manch einer hat sie auch noch unter der bedrängten Million Deutschen, die noch jenseits der Oder-Neiße-Linie ihr dürftiges und schweres Leben fristen. An diese Deutschen und ihr Los können wir alle nur mit Bewegtheit und Schmerz denken. Uns ist die Verpflichtung auferlegt, den Stimmen der Verwandtschaft und Freundschaft, der schicksalhaften Verbundenheit mit den 18 Millionen jenseits des Sperrgürtels und der vielen Tausenden jenseits der Oder-Neiße vor aller Welt Ausdruck zu verleihen. (Beifall.)

Deshalb ist wahrhaftig für uns alle kein Grund zur Selbstzufriedenheit gegeben. Im Gegenteil: Je freier wir in der Bundesrepublik vom Druck der täglichen Not werden, um so unausweichlicher wird unsere Verpflichtung, das politische Denken und Sprechen für ganz Deutschland neu zu lernen. (Beifall.) Das Denken an das harte Schicksal der Millionen jenseits des Sperrgürtels und das Sprechen, das stete Sprechen von der Unnatur, vom dem Unrecht, von der Gefährlichkeit, ein Volk in Stücke zu zerreißen. Ein bekannter Mann der Wirtschaft schrieb mir neulich, man solle ein Mahnmal errichten mit der Aufschrift „Immer daran denken, nie davon sprechen“. Ich kann darauf nur sagen: Ein Mahnmal in allen Städten, vor allen Rathäusern, jawohl, aber wenn ein Land in Stücke zerrissen ist — wie das deutsche — dann reicht es nicht aus, nur immer daran zu denken. Dann muß man vor allem davon sprechen, und zwar immer wieder davon sprechen, damit unser Volk es hört, damit die Welt es hört, damit die Welt vor die Unausweichlichkeit des deutschen Anliegens der Wiedervereinigung gestellt und auch der entschlossene Wille zur Hilfe für das von uns ferngehaltene Deutschland lebendig erhalten wird, damit dieser Wille von Tag zu Tag noch wächst. Es darf jenseits des Eisernen Vorhangs nicht der geringste Vorwurf mehr möglich sein, daß man nur wenig oder gar nur mit Widerstreben an Mittel- und Ostdeutschland denke. Heute hört man es leider immer noch, und oft sogar mit unsagbar großer Bitterkeit.

Das alles kann aber nicht nur von oben geweckt, gelenkt und geleitet werden. Es muß aus dem Innern unseres Volkes selbst kommen. Das alles muß Sinn und Inhalt einer Bewegung in unserem Volke sein, und zwar einer Volksbewegung, die in der Existenzfrage unseres Volkes keine Parteigrenzen, keinen Gruppen- und keinen Standesegoismus kennt und die das Verantwortungsbewußtsein für die Millionen jenseits der Elbe-Werra-Fulda zum lebendigen Besitz eines jeden einzelnen Deutschen macht. Und die echte Hilfsbereitschaft eines jeden einzelnen, einer jeden deutschen Familie, einer jeden deutschen Organisation zur obersten Verpflichtung macht.

Und ich wende mich an einen jeden Ausländer, der die Haltung unseres Volkes kritisiert, weil ihm dieses unser Volk den Millionen jenseits des Sperrgürtels gegenüber zu lau und zu gleichgültig erscheint. Allen diesen Kritikern möchte ich sagen: Der Wille zur Wiedervereinigung, der Wille zur Hilfsbereitschaft, der Wille zum Opfer für den in Unfreiheit, Armut und Unterdrückung lebenden Teil unseres Volkes ist größer, ist stärker, als es mancher zu spüren vermag. Dieser Wille bedarf nur des sinnfälligen und sinngemäßen Ausdrucks.

Dabei soll man auch wieder die Kirche beim Dorf lassen. Niemand kann sagen, daß nichts geschehen sei. Die Bundesregierung, zahllose Familien, private Organisationen, nicht zuletzt aber die beiden Kirchen sind ihrer Verantwortung gegenüber den von uns ferngehaltenen Deutschen in weit

höherem Maße gerecht geworden, als das mancher Kritiker überhaupt weiß. (Beifall.) Es ist hier nicht die Stunde, in der man sich ans Aufzählen materieller Hilfsaktionen begeben möchte. Überdies findet echte Hilfe ja ohnehin meist im stillen statt. Im Falle der Sowjetzone vor allem kann man zudem nicht alles an die große Glocke hängen. Übrig bleibt aber: Es muß weit mehr geschehen, um den Millionen jenseits des Sperrgürtels das Vertrauen und die Gewißheit zu geben: Auf die 50 Millionen in der Bundesrepublik ist Verlaß. Denn dieses Bewußtsein ist und bleibt ihr stärkster Rückhalt, um das Los, das ihnen heute noch beschieden ist, überhaupt ertragen und meistern zu können.

Aber über eines dürfen wir uns nicht täuschen: Alle Hilfe, alle Stützung, alle Ermutigung sind nur Behelfsmittel für eine Übergangszeit, für die Zeit bis zu dem Augenblick, in dem die Weltpolitik ihr Ja zur Wiedervereinigung Deutschlands spricht. Dieses Ja zur Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen, bleibt das Alpha und das Omega der deutschen Politik überhaupt. (Beifall.) Es ist mir nicht aufgegeben, hier über Mittel und Wege zu sprechen, die dazu führen können. Sie lassen sich ohnedies nicht in einfachen Formeln ausdrücken. Wir haben alle miteinander lernen müssen, wie kompliziert die deutsche Situation ist, und nicht nur die deutsche Situation. Wir brauchen nur den steinigten Weg von Panmunjon über Berlin nach Genf zu verfolgen, um zu erkennen, wie mühsam es ist, die Fäden der Weltpolitik zu entwirren. In den Knäuel der Weltpolitik ist das Schicksal unseres Landes und Volkes verstrickt.

Aber für Deutschland drängt die Zeit. Jede weitere Zeitspanne, die unsere Deutschen jenseits des Sperrgürtels von uns trennt, bedeutet für sie weitere Verarmung, weitere Verelendung, weitere Gefährdung. Jeder Tag bedeutet weitere Vertiefung des Risses zwischen den deutschen Teilen. Deshalb spielt der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle. Mancher mahnt: Nur nicht Illusionen wecken über die Dauer unserer Teilung. Nein, gewiß keine Illusionen wecken, wohl aber die Welt erkennen lassen, daß Deutschland nicht gewillt und nicht fähig ist, die Zerreißung seines Landes und Volkes hinzunehmen, und daß wir ebenso entschieden daran festhalten, daß es mit den Mitteln der Diplomatie und des Verhandelns die Wiedervereinigung erreichen will. Nicht mit Gewalt! Dabei sind wir uns alle klar darüber, daß hinter Verhandeln und Diplomatie auch Macht stehen muß. Ein ohnmächtiges Volk bleibt nun einmal der Willkür ausgeliefert. Es ist traurig und schmerzlich genug für uns, daß wir in dieser Beziehung schon seit Jahren auf der Stelle treten, aber nicht durch unsere Schuld.

Dabei können und dürfen wir nicht vergessen, daß die Deutschen jenseits des Sperrgürtels und jenseits der Oder-Neiße und auch jene, die noch in Gefängnissen, Zuchthäusern und Lagern auf die Freiheit warten, Geiseln in der Hand der Sowjets sind. Dieses ihr Schicksal als Geiseln muß bei aller Entschiedenheit, bei aller Festigkeit und Eindeutigkeit unseres Willens und unserer Politik maßgeblich sein für Ton und Inhalt unserer Äußerungen. Geiseln erhält man nicht zurück mit Holzhammermethoden. Deshalb müssen alle unsere Äußerungen von besonnenem Verantwortungsbewußtsein für das Schicksal dieser Millionen getragen sein.

Über allem aber steht für uns das Gesetz, das auch die Millionen hinter dem Sperrgürtel als das oberste Gesetz aller Wiedervereinigungspolitik ansehen: Wiedervereinigung und Freiheit lassen sich niemals voneinander trennen. Denn das Leid und das schwere Geschick der 18 Millionen erwächst ja gerade aus der Unfreiheit. Deshalb bilden Wiedervereinigung und Freiheit ein unteilbares Ganzes. Wiedervereinigung ohne Freiheit ist untragbar. Aber Freiheit ohne Wiedervereinigung, d. h. Freiheit nur für einen Teil

Deutschlands, bleibt gefährdete Freiheit. Freiheit in Deutschland und Europa kann nur gesichert werden, wenn unser Volk wieder geeint ist. (Starker Beifall.)

PRÄSIDENT JOHNNEN

Ich darf Herrn Bundesminister Jakob Kaiser für seine warmherzigen Worte herzlichen Dank sagen. Wir wissen uns eins mit den Brüdern und Schwestern jenseits der Grenzen in der Sehnsucht, daß eines Tages die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes kommen muß. Wann dieser Tag sein wird, weiß niemand. Deshalb nehme ich die Empfehlungen des Delegierten von gestern oder vorgestern auf, der uns ermahnte, jeden Tag darüber nachzudenken, was wir getan haben, um die Not der Brüder und Schwestern im Osten zu mildern. Wenn wir damit wieder in unsere Heimatorte ziehen, dann kommen wir geistig der Wiedervereinigung viel näher, als es je gewesen ist. (Beifall.)

Ehe ich dem Herrn Bundeskanzler das Wort gebe, darf ich folgendes sagen: Als wir begannen, habe ich dem Herrn Bundeskanzler für all die Leiden gedankt, die er hier an dieser Stätte im Dritten Reich ertragen mußte. Es ist viel über ihn gesprochen worden. Er ist noch mehr gelobt worden. Ich will diesem Viel nicht zuviel hinzufügen, nur eines will ich ihm sagen, wir wollen ihm danken für das, was er seit 1945 bis zum heutigen Tag für uns alle getan hat. (Sehr starker, langanhaltender Beifall.) Wir wollen ihm aber auch versichern, daß er weiterhin unser Vertrauen hat. (Erneut starker Beifall.) Herr Bundeskanzler, wenn Sie das glauben, dann können Sie zu uns sprechen. (Heiterkeit.)

BUNDESKANZLER DR. ADENAUER

Ich bin vielleicht bewegter, als ich es zeige; Sie werden es verstehen, daß ich gerade hier so bewegt bin. Hier, wo jetzt diese Halle steht, standen 1944 die Baracken, in denen wir unsere Tage verbringen mußten. Ich habe darüber gesprochen bei der Eröffnung des Parteitages und möchte hier nicht weiter darüber sprechen. Aber es ist mir doch eine große Freude, gerade das hier erleben zu können. Ihnen, verehrter Herr Präsident Johnen, danke ich sehr herzlich für die Worte, die Sie eben an mich gerichtet haben.

Die erste Bundestagswahl im Jahre 1949 wurde von den Parteien, die damals Kandidaten aufstellen konnten — sie mußten ja genehmigt werden von der Besatzungsbehörde —, geführt auf Grund von Programmen oder mehr oder weniger von programmatischen Erklärungen. Die zweiten Bundestagswahlen im September 1953 waren ein Urteil des Volkes, waren der von der Sozialdemokratie immer wieder geforderte Volksentscheid über das, was die Christlich-Demokratische Union und die CSU in den vergangenen vier Jahren geleistet hatten. (Beifall.) Wir haben uns des Erfolges gefreut; denn von 487 stimmberechtigten Mitgliedern des Bundestages 244 zu uns zählen zu können, also eine, wenn auch nur knappe Mehrheit erreicht zu haben, das ist, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, mehr als jemals eine deutsche Partei bei Parlamentswahlen erreicht hat. (Lebhafter Beifall.)

Die geschlagene Partei war die Sozialdemokratische Partei. Nun, es ist an sich nicht meine Art, den geschlagenen Gegner zu verfolgen, aber wenn der geschlagene Gegner laut und feierlich erklärt, er werde bei den fünf Landtagswahlen, die in diesem Jahr in der Bundesrepublik stattfinden werden, insbesondere bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 27. Juni, zeigen, daß die letzte Bundestagswahl ein Zufallserfolg der

CDU/CSU gewesen sei, dann muß man sich auf einem Parteitag mit diesem Gegner auseinandersetzen. Die Sozialdemokratie ist manchmal härter gegen mich, als ich gegen sie bin. Das liegt in der Natur meines Wesens. (Heiterkeit.) Meine lieben Freunde! Einer muß doch mal etwas Gutes von mir sagen!

Wir haben in Deutschland eine sozialistische Partei nötig, aber es muß etwas sein! (Starker Beifall.) Denn was ist die heutige deutsche Sozialdemokratie? Zunächst muß ich feststellen, daß sie eine rein opportunistische Politik treibt. (Zurufe: Sehr richtig!) Ich muß feststellen, daß sie keine auf grundsätzlichen Erwägungen aufbauende Politik treibt. Und ich muß noch hinzufügen: sie hat sich auch als Oppositionspartei nicht bewährt. (Heiterkeit.) Denn diese Opposition, die sie treibt, ist steril. Ihre führenden Redner haben ja erklärt — ich habe es selbst gehört —, es sei nicht die Aufgabe der Opposition, konstruktive Vorschläge zu machen. Ja, was ist denn Aufgabe der Opposition? Ist es Aufgabe der Opposition, immer nur das eine Wort: nein, nein, nein zu sagen? Da habe ich eine ganz andere Auffassung von der Aufgabe einer Opposition. Die Opposition hat ebenso eine Verantwortung gegenüber dem Staat wie auch die Regierungskoalition. (Starker Beifall.) Naturgemäß steht in dem Vokabular einer Opposition das Wort „nein“ öfter als das Wort „ja“, aber es gibt Bereiche des staatlichen Lebens, in denen die Opposition genau dieselbe Verantwortung hat wie die Regierungskoalition. (Erneuter Beifall.)

Sie wissen, daß ich vor kurzem in der Türkei war. Ich habe dort auch İnönü, dem bekannten Führer der dortigen Oppositionspartei, einen Besuch abstattet, nicht weil er Führer der Opposition ist, sondern weil er ein bedeutender Staatsmann ist, der unter Kemal Pascha Hervorragendes geleistet hat. Ich habe mit ihm nicht über innenpolitische Angelegenheiten gesprochen. Aber als ich von ihm ging, da sagte er mir — sie standen dort kurz vor Parlamentswahlen —: Die Opposition hier in der Türkei denkt in außenpolitischen Fragen genau so wie die Regierungspartei.

Das ist der Vorwurf, den ich gegen die Sozialdemokratie als Oppositionspartei erhebe, daß sie sich in den Angelegenheiten des deutschen Volkes nicht über die Rolle einer sterilen Oppositionspartei herausheben kann. (Zurufe: Sehr gut!) Wer war gegen das Petersberger Abkommen? Wer war damit für weitere Demontagen, von denen gerade die Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen in vernichtender Weise getroffen worden wären? Wer hat sich damit ausgesprochen für die Beibehaltung des Ruhrstatuts? Wer war gegen den Eintritt in den Europarat? Wer war gegen die Montanunion? Immer nur die Sozialdemokratie. Ich wünsche, das deutsche Volk wüßte ganz allgemein, daß vor drei Wochen bei der Beratung eines außenpolitischen Antrages und der Saarfrage im Bundestag der Vertreter der Sozialdemokratie eine ganze Stunde lang sich vernichtend ausgesprochen hat über die Montanunion, die die deutsche Wirtschaft ruiniere, und daß dann die Sozialdemokratie vor einer Woche in dem Montanparlament sich einmütig einverstanden erklärt hat mit allem, was die Hohe Behörde getan hat. (Zurufe: Hört, hört!) Wer war gegen den Deutschlandvertrag? Wer ist gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft? Gerade da ist die Haltung der Opposition, so wie ich sie glaubte eben kennzeichnen zu müssen, ganz klar der Beweis für das, was ich gesagt habe. Herr Carlo Schmid hat sich als Vertreter der Sozialdemokratie in der Beratenden Versammlung des Europarats vor wenigen Tagen gegen die Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen, gegen eine Nationalarmee, für den Anschluß an den Westen, gegen eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft —, ich möchte mal gerne wissen, was er und seine Partei denn eigentlich will. In Straßburg ist kein

Mensch daraus schlau geworden. Aber folgende Geschmacklosigkeit hat er sich geleistet. Ich bin unserem Freund von Brentano sehr dankbar dafür, daß er sofort eingegriffen hat. Herr Schmid hat dort ausgeführt — ich will es wörtlich nach den Berichten vorlesen —: die europäische Einigung dürfe nicht mit einem Stahlhelm-Europa begonnen werden.

Sehen Sie, das ist, gelinde gesagt, eine ganz große Geschmacklosigkeit. Wenn das der Vertreter einer Partei tut, der gegen jede europäische Aktion bisher gestimmt hat mit den niedrigsten Vorwänden, um dann mit einer solch dummen Redensart zu kommen, dann kann man wirklich nicht behaupten, daß das eine richtige, eine gute, eine konstruktive Opposition sei. Ich muß es einmal hier aussprechen, denn wenn die Sozialdemokratie offen proklamiert, daß sie bei den Landtagswahlen des Jahres 1954 darauf ausgehen will, Deutschland und das Ausland davon zu überzeugen, daß unser Sieg im September 1953 etwas Vorübergehendes gewesen wäre, dann müssen wir alles tun und die letzte Kraft hergeben, um der Sozialdemokratie dies Vorhaben zunichte zu machen und Deutschland und dem Ausland zu zeigen — und das ist das Wesentlichste —, daß wir eine stetige Haltung haben und daß Deutschland auch für das Ausland ein zuverlässiger Partner ist. (Starker Beifall.)

Die Christlich-Demokratische Union und die CSU haben eine große politische Macht erreicht in Deutschland, überraschend schnell, schneller als irgend jemand vor neun Jahren voraussehen konnte. Macht, meine Damen und Herren, verlangt Klugheit, Mäßigung und ein gesteigertes Verantwortungsgefühl. Macht, die mißbraucht wird, ist etwas Verderbliches. Macht aber, die von Verantwortung getragen wird, ist ein Geschenk Gottes. (Beifall.) Gerade eine so große Partei wie die unsere, die diese Verantwortung trägt, muß sich immer wieder davor hüten, sich nicht in das Dickicht der Tagesereignisse zu verlieren, sondern sie muß bei ihren Entscheidungen stets den Blick auf das Grundsätzliche richten. Nur dann wird sie sich selbst treu bleiben, und nur dann wird sie auch im deutschen Volke den Boden immer und immer wieder gewinnen, den sie gewonnen hat im September des Jahres 1953.

Noch etwas anderes ist absolut notwendig: Einigkeit. Gerade dieser Parteitag, bei dem — das möchte ich gegenüber anderen Parteien ausdrücklich betonen — nichts gestellt war, nichts verabredet war, bei dem jeder Redner das aussprechen konnte, was er von der Sache hielt — Sie haben es ja gestern bei der außenpolitischen Debatte selbst gehört —, zeigte eine Einigkeit, die jeden von uns auf das höchste erfreuen muß. (Lebhafter Beifall.) Worauf beruht diese Einigkeit, und warum zeigt sie sich so spontan immer und immer wieder? Deswegen, weil sie sich eben doch gründet auf die weltanschauliche Übereinstimmung. Von diesem Fundament aus, das allein das tragende Fundament in dieser Welt ist, findet sich unsere Partei auch in den Tagesfragen oder in den Fragen, die uns augenblicklich beschäftigen, immer wieder zusammen. Darum wird dieser Parteitag, der, wie ich nochmals betonen möchte, völlig frei war, im deutschen Volke einen tiefen Eindruck geben von der Einigkeit unserer Partei, die zugleich unsere Festigkeit ist.

Dann und wann muß man einmal seinen Blick über die Nachbarzäune gehen lassen. Wenn ich an den letzten Parteitag der SPD in Dortmund oder an den letzten Parteitag der FDP oder gar an den letzten Parteitag des BHE denke, dann muß ich sagen, ist mir ein Parteitag der CDU doch viel, viel lieber! (Große Heiterkeit.) Nun hat unser Vorsitzender eingangs kurz gesprochen über das Programm, das diesem Parteitag zugrunde liegt. Lassen Sie mich noch einige Worte hinzufügen. Der geschäftsführende Vorstand, dem ich ebenfalls von Herzen danken möchte für die Arbeit, die

er während des ganzen Jahres geleistet hat, einschließlich des vielgeplagten Schatzmeisters, Herrn Bach (Beifall), lag es am Herzen, bei der Auswahl der Themen und der Redner doch sehr stark das Grundsätzliche in Erscheinung treten zu lassen. Dies trat sofort sehr klar zutage bei dem ausgezeichneten Vortrag unseres Parteifreundes Dr. Ehlers über die geistige Struktur unserer Zeit. Wie kann man konsequente und gute Politik machen, wenn man sich nicht klar ist über die geistige Struktur der Zeit, in der wir leben? Darum haben wir bewußt diesen Vortrag an die Spitze gestellt. Nehmen Sie einen anderen Vortrag, den Vortrag unseres Freundes Gerstenmaier über die politische Weltlage und Deutschland; nehmen Sie dann den Vortrag von Herrn Lübke „Die deutsche Landwirtschaft in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit“, nehmen Sie den Vortrag des Herrn Professor Höffner „Der Mensch in der sozialen Ordnung“, den Vortrag von Herrn Abs „Die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt —, dann werden Sie den Faden sehen, der sich durch dieses ganze Programm zieht, einmal das Grundsätzliche wieder zu betonen und uns darüber klar zu werden, und den Teilnehmern des Parteitages und der ganzen weiten Wählerschaft draußen wieder nahezubringen und klarzustellen, daß wir bei der Verantwortung, die wir tragen, uns immer darüber klar sein müssen, daß das deutsche Geschick eingebettet ist in die großen Spannungen und Veränderungen der Welt.

Wir leben in einer verwirrten Zeit. Einer der Redner hat das auch ausgeführt, und zwar, wie ich fand, ausgezeichnet ausgeführt. Wir leben in einer verwirrten Zeit; alle möglichen Veränderungen sind eingetreten auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiete. Es bereiten sich noch weitere Änderungen in der Welt vor. Da müssen wir uns darüber klar sein, daß dieses Deutschland mit seinen rund 68 Millionen Einwohnern — ich nehme die 18 Millionen jenseits des Sperrgürtels mit hinzu — (sehr starker, langanhaltender Beifall, zu Ovationen übergehend) mitten — ich betone nochmals mitten wegen unserer zentralen Lage in Europa — eingebettet ist in das ganze ungeheure Geschehen dieser Tage und Jahre.

Wenn man sich das immer vor Augen hält, dann bewahrt man sich einmal davor, Tagesereignisse zu hoch einzuschätzen, auch Tageserfolge zu hoch einzuschätzen, und man bewahrt sich auch vor dem, was Kollege Kaiser eben zitiert hat an Auslandspressestimmen, daß man mehr oder weniger aufgeht in dem Materiellen, daß man sich nur mit dem beschäftigt, was gerade dem Betreffenden zum Vergnügen gereicht. Nein, wenn man Mitglied einer solchen Partei wie der unsrigen ist, mit dieser Verantwortung, dann muß man sich klar werden über die ungeheure Aufgabe, die uns damit übertragen ist. Man muß die Verantwortung fühlen, aber man darf sich nicht von ihr erdrücken lassen. Man muß auch stolz darauf sein, daß das deutsche Volk jetzt wieder eine solche Verantwortung trägt. (Beifall.) Der Vortrag des Herrn Kollegen Gerstenmaier hat in seiner konzentrierten Form in überzeugender Weise klar gemacht, wie ungeheuer gefährlich die Weltlage ist. Ich bin der letzte, der versuchen würde, das Bild, das er gezeichnet hat, zu verschönern. Was er ausführte, und was auch Herr Kiesinger danach sagte, entspricht meiner Überzeugung, es ist auch so!

Nun stellen Sie sich aber einmal vor, wie wir erst um unser Schicksal, um das Schicksal des deutschen Volkes bangen müßten, wenn wir nur noch Objekt des Willens anderer Völker wären. Das, meine Freunde, sind wir nicht mehr! (Lebhafter Beifall.) Wir sind besiegt. Wir sind entworfen. Wir sind zerrissen. Wir stehen unter dem Besatzungsstatut. Wir haben nicht die volle Souveränität. Und doch kann ich Ihnen sagen, es wird keine Entscheidung in der Welt getroffen, ohne daß wir davon unterrichtet werden und ohne daß mit uns darüber gesprochen wird. (Starker Beifall.) Und das neun Jahre nach dem Zusammenbruch, erst neun Jahre, nachdem der Nationalsozialismus zu Ende gegangen ist, zu einer Zeit,

da in dem Gedächtnis der Völker noch sehr viel Erinnerung lebt an all das Unheil, das über die Welt durch den Nationalsozialismus gekommen ist! Es ist eine Folge der Mäßigung, der Vorsicht und vor allem der Zuverlässigkeit, die das deutsche Volk seit Beginn der Bundesrepublik in allen Dingen der auswärtigen Politik gezeigt hat. (Lebhafter Beifall.) Und daran darf nicht gerüttelt werden! Das ist das Kapital, das wir haben, der Glaube an uns, der Glaube an unsere Zuverlässigkeit, der Glaube an unsere Treue, der Glaube an unsere wirkliche Partnerschaft, den wir uns errungen haben in diesen Jahren.

Darum bin ich Ihnen so von Herzen dankbar dafür, daß Sie diese Entschließung zur auswärtigen Politik heute morgen einmütig gefaßt haben. Zur gleichen Zeit hat die französische christliche Partei auch einen entschiedenen Beschluß gefaßt über die europäische Politik, über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Nach meiner Meinung ist wirklich Europa im Werden. Der europäische Geist macht sich bemerkbar in der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg, über die so viel gesprochen und gelästert wird; er macht sich bemerkbar in den Beratungen des Ministerrates des Europarates; er macht sich bemerkbar in der Montanunion und in allen diesen Organisationen.

Wenn wir erst — ich denke, das wird noch nach dem Jahre 1954 sich ereignen — in direkter Wahl ein europäisches Parlament gewählt haben, dann werden Sie sehen, wie schnell die Entwicklung zu Europa hin weitergeht, und wie dann alle diese zunächst vereinzelt geschaffenen Dinge miteinander vereinigt werden. (Beifall.)

Vielfach kann man beurteilen, ob eine Absicht oder Tat gut ist oder nicht, wenn man sich klarmacht, was geschehen würde, wenn sie nicht getan wäre. Die Berliner Konferenz ist ergebnislos verlaufen. Es ist — ich möchte das auch noch einmal ausdrücklich klarstellen, weil ich gestern von einigen Herren von der Presse danach gefragt worden bin — unserem Kollegen Gerstenmaier niemals eingefallen, etwa eine zeitliche Rangordnung zu machen: Freiheit, Friede, Wiedervereinigung. Die Berliner Konferenz ist zusammengetreten auf unser Betreiben hin, obwohl wir weder volle Freiheit wollten, noch vor dem Friedensvertrag auf dem Wege über freie Wahlen die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen. Also, diese Berliner Konferenz — wir vergessen leider zu schnell — ist doch ein vollkommener Mißerfolg geworden durch die absolut sture Haltung Sowjetrußlands, das so klar wie nur irgend möglich gezeigt hat, daß es zur Zeit nicht daran denkt, irgendeinen Fußbreit der Position, die es in Europa hat, aufzugeben.

Der Fall Österreich hat das am besten bewiesen. Man hat in hundert Verhandlungen versucht, den Staatsvertrag fertig zu bekommen — und Sowjetrußland hat Vorbehalte gemacht. In Berlin hat man ihm diese Vorbehalte konzidiert. Dann hat es neue Forderungen aufgestellt. Man hat auch diese Forderungen konzidiert. Und was war der Schluß? Daß es erklärte: Nein, ich tue es nicht! Diese Berliner Konferenz, die so negativ ausgefallen ist, hat wenigstens das eine den Völkern gezeigt, daß mit Sowjetrußland — zur Zeit wenigstens — im Wege der Verhandlung nicht weiterzukommen ist.

Nun sehen Sie die Genfer Konferenz. Ich wollte bei Gott, es käme etwas dabei heraus, weil ich darin nicht nur erblicken würde, daß eine Quelle von Leiden für die Menschen in diesen Kämpfen in Asien verstopft würde, sondern weil ich auch darin sehen würde den Beginn einer allgemeinen Entspannung. Aber ich glaube, das Schicksal der Genfer Konferenz ist zumindest noch sehr ungewiß.

Nun stellen Sie sich vor, es würde dieses Europa nicht werden, es würde insbesondere die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht werden; welch ein triumphaler Erfolg würde das für Sowjetrußland in dem Kalten Kriege sein, den es führt! Erst daran erkennen Sie, wie wichtig, wie ungeheuer wichtig es ist, diese Politik der europäischen Verständigung, der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der Europäischen Politischen Gemeinschaft stetig und zäh und ruhig und mit unendlicher Geduld weiterzuführen. (Beifall.)

Ich glaube, daß der Erfolg kommen wird, und zwar in verhältnismäßig nicht langer Zeit. Ich glaube, daß Italien und auch Frankreich ratifizieren werden. Sie wissen, daß gestern und heute der Parteikongreß der französischen Sozialisten tagt, der über zwei Dinge entscheiden soll: über die Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung gegenüber der EVG und über den Fraktionszwang. Die erste Frage ist entschieden worden in einer Abstimmung, die heute am frühen Mittag stattgefunden hat. Es wurden dort 1969 Stimmen für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft abgegeben und 1215 dagegen (starker Beifall); also eine sehr starke Majorität. Ich glaube, man braucht nicht zu zweifeln, daß die Majorität so stark und so groß ist, daß sich die französische Sozialistische Partei auch dazu entschließen wird, in diesem Falle Fraktionszwang einzuführen. Damit ist das wesentlichste Hindernis genommen in der französischen Nationalversammlung. Ich glaube, alle Freunde Europas können froh sein, daß es endlich auf diesem Wege weitergeht. (Beifall.)

Wir, die beiden christlichen Parteien, die CDU und die CSU, haben doch das Recht, uns vornehmlich zuzuschreiben, daß wir die Träger dieses kommenden Erfolges sind. Andere Parteien haben mitgeholfen, aber es war manchmal schwierig. Unsere Partei war immer einig und geschlossen auf diesem Wege zu Europa hin. (Beifall.) Wir haben so dafür gesorgt, daß wir wieder Bedeutung haben. Wir haben dafür gesorgt, daß die durch den Nationalsozialismus über das deutsche Volk gebrachte Diffamierung von uns genommen ist und daß auch die Diffamierung von den braven deutschen Soldaten genommen worden ist. (Lebhafter Beifall.) Wir haben damit für Frieden und Freiheit in der Welt etwas ganz Großes getan. Und die Wiedervereinigung mit dem abgerissenen Teil Deutschlands, die wird auch kommen! (Starker Beifall.) Sie wird dann kommen, wenn Sowjetrußland sieht, das die Fortsetzung des Kalten Kriege in Europa keinen Zweck mehr hat. (Erneuter Beifall.) Aber diejenigen, die wie die Echternacher Springprozession bald mal drei Schritte so machen und wieder zwei zurück, die heute von Neutralisierung sprechen und morgen sagen, nein, wir wollen doch nicht neutralisieren, die heute sagen, wir wollen eine Nationalarmee in der NATO-Armee, und morgen nein, wir können die auch nicht brauchen, die also dadurch in Sowjetrußland immer wieder die Hoffnung nähren, daß das deutsche Volk schließlich doch irre wird an seinem Wege — die verlängern die Zeit der Trennung. (Starker Beifall.)

Nun werden wir wieder jeder an seine Arbeit gehen. Nichts wird den Menschen geschenkt auf dieser harten Erde. Wenn wir Erfolge gehabt haben, verdanken wir sie unserer Arbeit und unserer Einigkeit. Es muß für uns alle ein Gebot geben, weiter zu arbeiten und so einig zu sein, wie wir es bisher gewesen sind, und nichts darf unstrennen, vor allem nicht irgendwelche konfessionellen Geschichten! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.) Ihr Beifall zeigt stärker als jeder Satz, den ich oder ein anderer hätte aussprechen können, wie tief der Wille, eine christliche Partei zu sein, die keine konfessionellen Schranken in der Politik kennt, in unser aller Herzen ruht. (Erneut starker Beifall.)

Nun kommt die Arbeit. Sie muß weiter getan werden in der Aufklärung unserer Leute. Sie muß weiter getan werden in der Durcharbeitung unserer Organisation. Sie muß weiter getan werden bei den Landtagswahlen. Apropos Landtagswahlen: Wenn doch endlich die Länder so klug wären, im Wege der Verfassungsänderung alle ihre Landtagswahlen an einem Tag durchzuführen. (Starker Beifall.) Arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten für das, was uns im innersten Herzen teuer ist! Arbeiten dafür, daß unser Deutschland wieder vereint wird, daß das deutsche Volk seinen Einfluß in der freien Welt bekommt, auf den es dann ein Recht hat, wenn es sich würdig zeigt der großen Verantwortung, die damit verbunden ist. Das ist unsere Aufgabe. Und dafür wollen wir arbeiten. Es darf uns kein Tag und keine Stunde zu viel sein! Dann, sage ich Ihnen, werden wir, wenn wir in drei Jahren Bundestagswahl haben, vor das deutsche Volk treten können mit solchen Früchten unserer Arbeit, daß auch dann der Sieg wieder unser sein wird. (Stürmischer Beifall, anhaltend, in Ovationen übergehend.)

P R Ä S I D E N T J O H N E N

Es wäre wenig sinnvoll, in diesem Augenblick dem Herrn Bundeskanzler noch besonders zu danken. Er soll auch nicht stolz werden! Denn wir sind stolz auf ihn. Er ist unser Konrad Adenauer! (Starker Beifall.) Aber er hat etwas gesagt, das geht ihn und mich an. Wir sollen arbeiten. — Wollen wir ihm das versprechen? (Erneut starker Beifall.) Wir wollen mit ihm ein geeintes Europa. Aber dieses Europa lebt nicht, wenn nicht alle Länder, die dieses Europa wollen, ihr eigenes Vaterland achten und lieben. Wir wollen auch das unsere, das zerrissene, achten und lieben. Wir wollen in vernünftiger Bescheidenheit jetzt die dritte Strophe des Deutschlandliedes singen, und unsere ausländischen Gäste mögen mitnehmen, daß es tiefen Sinn hat, das eigene Land zu lieben, um Europa zu wollen.

(Die Versammlung erhebt sich und singt die dritte Strophe des Deutschlandliedes.)

B U N D E S M I N I S T E R D R . T I L L M A N N S

In Hamburg haben wir im vorigen Jahr voneinander Abschied genommen unter den Klängen der Freiheitsglocke, die seit Jahren vom Turm des Berliner Rathauses läutet. Wir wollen das auch heute tun, wo wir von Köln Abschied nehmen. Wir sammeln uns im Gedenken an alle Deutschen, die noch in Unfreiheit leben, an die Gefangenen, die neun Jahre nach Kriegsende noch auf ihre Heimkehr warten, und an unsere Landsleute, die in der sowjetischen Besatzungszone noch durch fremde Gewalt von uns getrennt leben. Ihnen allen gilt der tägliche Gruß der Berliner Freiheitsglocke. 16 Millionen amerikanische Staatsbürger haben diese Glocke gestiftet mit einer Erklärung, in der es heißt:

Ich glaube an die Würde und Unantastbarkeit jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, daß allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich gelobe, mich der Gewalt und Tyrannei zu widersetzen, wo immer sie sich auf Erden auch zeigen möge.

Wir machen in dieser Stunde dieses Gelöbniß zu unserem eigenen, und wir werden nicht ruhen, bis alle Deutschen in einem freien Staat zusammenleben. Die Inschrift der Freiheitsglocke lautet:

Möge diese Welt unter Gott eine Wiedergeburt der Freiheit erleben.

Wir schließen uns zusammen in dieser Bitte.
(Die Freiheitsglocke läutet.)

P R Ä S I D E N T J O H N E N

Damit erkläre ich den fünften Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union für geschlossen.

Entschließungen des 5. Bundesparteitages

Der 5. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands verabschiedete folgende Entschließungen:

Zur Außenpolitik:

Die weltpolitische Entwicklung der letzten Monate, insbesondere das enttäuschende Ergebnis der Berliner Konferenz, haben gezeigt, daß die Sowjetunion auch heute noch zu keiner Verständigung bereit ist, sondern ihre expansiven Ziele weiter verfolgt.

Die freie Welt ist einer lebensgefährlichen Drohung ausgesetzt, der sie nur durch den Zusammenschluß aller Kräfte begegnen kann. Die Völker Europas müssen endlich ihren nationalen Egoismus überwinden, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verwirklichen und die politische Integration entschlossen weiterführen. Jede Verzögerung verringert die Aussicht auf eine Minderung der gegenwärtigen Spannungen.

Die Bundesrepublik kann nur in einem vereinten Europa ihre Freiheit bewahren und die Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands schaffen. Würde die Bundesrepublik das Vertrauen in die Geradlinigkeit und Zuverlässigkeit dieser Politik aufs Spiel setzen, müßte sie in eine tödliche Isolierung geraten. Deswegen bekennt sich der Parteitag erneut zur Außenpolitik des Bundeskanzlers, die allein unserem Volk die Einheit in Freiheit und Frieden sichern kann.

Für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge

Um das schwere Los der Heimatvertriebenen weiter zu erleichtern, ist es notwendig, daß die Gesetze über den Lastenausgleich, die Schadensfeststellung, den Währungsausgleich für Vertriebene, das Gesetz nach Art. 131 sowie das Vertriebenengesetz durch sachgemäße Novellen Änderung oder Ergänzung in der Weise erfahren, daß Härten oder offenbare Unzulänglichkeiten so rasch wie möglich beseitigt werden und beschleunigte Angleichung der Leistungen an die allgemeinen Lebensverhältnisse erfolgt. Weiter ist dafür Sorge zu tragen, daß die noch ausstehenden Verordnungen und Richtlinien der Bundesregierung baldmöglichst erlassen werden, um die Feststellung der erlittenen Schäden zu ermöglichen und damit rechtzeitig die Unterlagen zum Erlaß des im Jahre 1957 zu verabschiedenden Abschlußgesetzes zu beschaffen. Die zur Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes berufenen Bundes- und Landesbehörden sollen mehr als bisher ihr Augenmerk darauf richten, daß die alten Leute beschleunigt in den Genuß ihrer Entschädigungsansprüche kommen, gegebenenfalls durch Gewährung von Vorschüssen. Die Selbsthaftmachung der vertriebenen und geflüchteten Bauern ist durch enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern tatkräftig zu fördern. Der heimatvertriebenen und kriegssachgeschädigten Wirtschaft ist durch eine entsprechende Gestaltung der Wirtschafts-, Steuer- und Kreditpolitik Hilfestellung zu gewähren; insbesondere muß ihr die Möglichkeit zur Bildung des für einen gesunden und lebensfähigen Betrieb unentbehrlichen Eigenkapitals eröffnet werden.

Der rechtliche Status der Sowjetzonenflüchtlinge bedarf einer baldigen und umfassenden Klärung. An Stelle einer Gesetzgebung von Fall zu Fall ist eine systematische Regelung anzustreben, die den besonderen persönlichen und wirtschaftlichen Nöten dieser Kreise Rechnung trägt. Die Zu-

ständigkeit der Behörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden muß übersichtlich und zweckmäßig geordnet werden. Das Verfahren ist möglichst zu beschleunigen und soll in seiner Ausgestaltung der seelischen Verfassung der zu betreuenden Personenkreise Rechnung tragen.

Zur Frage der Sozialreform

Die am 7. Mai 1954 in Köln versammelten Delegierten der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands faßten zur sozialen Reform folgende Entschlieung, die dem Parteitag unterbreitet wurde:

1. Die Familie als Urzelle der Gesellschaft muß Ausgangspunkt einer künftigen Sozialreform sein. Neben der Neuordnung des Familienrechts ist die materielle Besserstellung der Familie vordringliches Gebot. Die schon vor Jahresfrist erhobene Forderung auf Verabschiedung des Gesetzes über die Familienausgleichskassen wird mit Nachdruck wiederholt. Dabei wird die Erwartung ausgesprochen, daß nunmehr die gesetzliche Familienhilfe wenigstens für die Arbeitnehmerschaft verwirklicht wird.

Es wird begrüßt, daß die Große Steuerreform für kinderreiche Familien Erleichterungen vorsieht.

Zugunsten der kleinen Steuerzahler erscheinen jedoch noch ausgleichende Steuermaßnahmen geboten.

2. Persönliches Eigentum bedeutet Stärkung gesunder Familienexistenz. Wohnungseigentum und familiengerechter Wohnungsbau müssen deshalb mehr als bisher gefördert werden. Vor allem muß das Gesetz zur Schaffung von Familienheimen endlich zur Verabschiedung kommen.

3. Wirtschaftliches Miteigentum verschafft dem Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers Geltung. Deshalb kann auf die Forderung nach Miteigentum nicht verzichtet werden. Es ist eine Forderung sozialer Gerechtigkeit. Die Bundesdelegiertentagung bittet daher die CDU/CSU-Fraktion, dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Rahmengesetzentwurf vorzulegen. Ebenso erwartet sie, daß die Bundesregierung den Anspruch der Arbeitnehmer unterstützt.

4. a) Zur Regelung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Holding-Gesellschaften der Eisen schaffenden Industrie und des Bergbaues wird die Verabschiedung einer entsprechenden Gesetzesnovelle zur Montan-Mitbestimmung im Bundestag erwartet. Die bestehende Einengung der Mitbestimmung in der Eisen schaffenden Industrie und im Bergbau darf nicht länger beibehalten werden.

b) Das dem Bundestag vorliegende Personalvertretungsgesetz muß ein den Erfordernissen im öffentlichen Dienst angepaßtes Recht schaffen. Echte Mitbestimmung hat überall da, wo Entscheidungen von Behördenleitern selbständig ohne Einfluß der Selbstverwaltungs- bzw. der politischen Organe erfolgen, gewährleistet zu sein

Für entstehende Streitfragen sollten die Arbeitsgerichte zuständig sein.

c) Da die Bundesregierung bislang keinen Gesetzentwurf für die Regelung der überbetrieblichen Mitbestimmung vorgelegt hat, empfiehlt die Delegiertenversammlung die Einbringung eines Initiativgesetzentwurfes durch die CDU/CSU-Fraktion. Die widerstreitenden Interessen in der Wirtschaft müssen in Selbstverwaltungsorgane zusammengeführt und miteinander ausgeglichen werden. Das wirtschaftliche und berufliche Verbandswesen einschließlich der Gewerkschaften soll auf diese Weise ein legitimes und in öffentlicher Kontrolle sich vollziehendes Mitspracherecht erhalten.

5. Die über Familie, Miteigentum, Heimbefitz und Mitbestimmung hinausgehende Vorsorge für die abhängig arbeitenden Menschen in einem gegliederten Grundsystem des Sozialhaushaltes bei klarer Trennung von Versicherung, Versorgung und Fürsorge muß endlich getroffen werden. Es muß insbesondere erwartet werden, daß die vom Bundesarbeitsminister angekündigte Anpassung der Leistungen in der Rentenversicherung baldmöglichst durchgeführt wird.

6. Die Bundesdelegiertentagung fordert schließlich die endgültige Streichung des § 8 Abs. 4 des Genossenschaftsgesetzes. Das gleiche gilt, da unmittelbar damit zusammengehörig, für die §§ 152, 153 desselben Gesetzes. Die freie Konsumwahl muß allen Konsumenten in eigener Selbstentscheidung vorbehalten sein.

7. Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft richtet an alle christlichen Arbeitnehmer den dringenden Appell, in echter Solidarität zusammenzustehen und aktiv in den Gewerkschaften mitzuarbeiten. Beides ist nicht zuletzt notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der berechtigten Wünsche der gesamten christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft in den Einheitsgewerkschaften. Von der Weiterführung der Gespräche mit den Gewerkschaften erwartet die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft eine Entwicklung der Gewerkschaftspolitik, durch die die Gewerkschaftsbewegung in wachsendem Maße zu einem positiven Faktor für die Wiedervereinigung und Wiedergesundung unseres gesamten Volkes wird.

(Der Bundesparteitag hat diese Entschlüsse den zuständigen Parteiausschüssen zugewiesen.)

Forderungen der Frauen

Der Bundesfrauenausschuß der Christlich-Demokratischen Union bat den Parteitag, folgenden Forderungen zuzustimmen:

1. Die selbsteingezahlten Beiträge zur Angestelltenversicherung sollen im Falle der Verheiratung der versicherten Frauen in allen Ländern des Bundesgebietes zurückgezahlt werden.

2. Die Sozialversicherungsbeiträge alleinstehender weiblicher Versicherter sollen im Todesfalle an diejenigen Angehörigen erstattet werden, die von der Verstorbenen überwiegend unterhalten worden sind.

3. Für die weibliche Jugend ist eine Ausbildung anzustreben, die sowohl auf die Aufgaben als Hausfrau und Mutter vorbereitet, als auch eine außerhäusliche Berufsarbeit ermöglicht.

Für diese Berufsausbildung der Mädchen müssen in stärkerem Maße als bisher Mittel des Bundesjugendplanes zur Verfügung gestellt werden.

4. Für die weibliche Jugend sollen durch geeignete Ausbildungsstellen in Wirtschaft und Verwaltung weitere Berufsmöglichkeiten geschaffen werden.

5. Die Aufstiegsmöglichkeiten für die Frauen müssen in allen Verwaltungen erweitert werden.

6. In den Ländern sollen in größerem Umfange Gewerbe-Inspektorinnen eingestellt werden, um die Durchführung der Schutzbestimmungen für Frauen und Mädchen hinreichend überwachen zu können.

7. Die Altrenten sind zu erhöhen; dabei müssen die Witwen in der Rentenversicherung gleichmäßig behandelt werden.

(Der Bundesparteitag hat diese Entschlüsse in ihrer grundsätzlichen Tendenz gebilligt.)

Würdigung des Sports

Die CDU anerkennt die große Bedeutung des Sport für die Erziehung unserer Jugend und für die Gesundheit unseres Volkes.

Um der sportlichen Arbeit die nötige Unterstützung seitens der Gesamtpartei und der Landesverbände zu sichern, wird bei der Bundespartei ein Ausschuß für Sportfragen gebildet.

*

Dr. Adenauer, Dr. Ehlers und Jakob Kaiser in ihren Vorstandsämtern bestätigt

Der 5. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands hat am 30. Mai einstimmig Bundeskanzler Dr. Adenauer als ersten Vorsitzenden der CDU und Bundestagspräsident Dr. Ehlers sowie Bundesminister Jakob Kaiser als gleichberechtigte Stellvertreter in ihren Ämtern bestätigt. Die Bestätigung war notwendig geworden, da ihr Mandat erst im Oktober dieses Jahres abläuft und bis dahin kein neuer Parteitag stattfindet.

Landesverband Oder/Neiße auf dem Parteitag

Auf dem 5. Bundesparteitag der CDU Deutschlands fand am 28. Mai die Delegiertenversammlung des Landesverbandes Oder/Neiße der CDU/CSU statt, auf der die gewählten Delegierten der Heimatvertriebenen sämtlicher westdeutschen Länder und Westberlins zusammenkamen.

Zum Vorsitzenden des Landesverbandes wurde einmütig der derzeitige Vorsitzende des Landesverbandes, H. A. Eplée, wiedergewählt.

In Anerkennung der Tatsache, daß mehr als die Hälfte der heimatvertriebenen Wähler am 6. 9. 1953 ihre Stimme und damit ihr Vertrauen der CDU schenkten, wurde vom Bundeskanzler hervorgehoben, daß diesem Umstand bei der ganzen Parteiarbeit in noch weiterem Umfange Rechnung zu tragen sei.

Der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden ergab einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit, die derzeitige politische Lage und die künftigen Aufgaben des Landesverbandes Oder/Neiße. Die eingehenden Beratungen zeigten, daß die berechtigten Forderungen des Landesverbandes Oder/Neiße immer stärker zum Anliegen der Gesamtpartei geworden sind. Die Delegiertenversammlung vertrat einmütig die Auffassung, daß die Lösung der Vertriebenenfrage eine Schicksalsfrage der deutschen und der europäischen Politik ist. Bei der Durchführung dieser müsse daher Hilfe und Unterstützung auch von jenen Mächten erwartet werden, die mitverantwortlich am Schicksal der Heimatvertriebenen sind. Unterstrichen wurde, daß die Substanz und die soziale Struktur erhalten werden müsse. Der Landesverband Oder/Neiße sieht in der Eingliederung auch der Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands eine besonders verpflichtende Aufgabe.

Er fordert das Recht auf Heimat als einen der tragenden Grundsätze der kommenden europäischen Verfassung. In der friedlichen und freiheitlichen Wiedervereinigung Deutschlands sieht der Landesverband Oder/Neiße das Endziel seiner Ostpolitik.

Ausländische Gäste des Bundesparteitages

- Für die **Christlich-Soziale Partei Norwegens**: Herr Reichstagsabgeordneter Kjell Bondevik;
- für die **Antirevolutionäre Partei Hollands**: Herr A. B. Roosjen, Herr R. Gosker;
- für die **Katholische Volkspartei Hollands**: Herr Dr. H. W. van Doorn, Herr Dr. Albering;
- für die **Christlich-Soziale Partei Belgiens**: Herr de Spot, Herr R. Vermeire;
- für das **Mouvement Republicain Populaire (MRP) Frankreichs**: Herr Henri Meck, Député du Bas Rhin;
- für die **Schweizerische Konservative Volkspartei**: Herr Nationalrat Dr. Max Rohr, Herr Dr. Martin Rosenberg;
- für die **Österreichische Volkspartei**: Herr Nationalrat Dr. A. Maleta;
- für die **Democrazia Cristiana Italiens**: Fräulein Dr. L. Morino, Herr Giodani;
- für die **NEI**: Herr Dr. Schuyt.

Öffentliche Kundgebung

anläßlich des 5. CDU-Bundesparteitages

am Sonntag, dem 30. Mai 1954, in der Messe zu Köln

Beginn: 18.30 Uhr.

PRÄSIDENT JOHNNEN

eröffnete um 1830 Uhr die Kundgebung.

Unser Bundeskanzler Dr. Adenauer, der in Köln nicht unbekannt ist, ist durch die falsche Tür hereingekommen. (Heiterkeit.) Wir sagen ihm ein herzliches Willkommen und grüßen in ihm nicht nur den früheren Oberbürgermeister dieser schönen und herrlichen rheinischen Stadt, sondern wir möchten heute abend in ihm auch ehren den Staatsmann, der das Vertrauen unseres Landes wieder ins Ausland getragen hat. (Lebhafter Beifall.) Wenn einer vom Land kommt, so weiß ich nicht, was man einem früheren Oberbürgermeister einer Großstadt noch liebenswürdiger sagen kann als das: er gehört nicht nur zu Köln, sondern auch zum Land!

Wir beenden heute den Parteitag. Es war für uns eine Tagung ernster Besinnung vom Grundsätzlichen her. Ich glaube, daß Herr Dr. Adenauer es mir nicht üben nimmt, wenn ich seine Gedanken wiederhole: eine Partei, die so schnell gewachsen ist und die das Vertrauen eines großen Teiles der Bevölkerung am 6. September 1953 erhalten hat, muß Gelegenheit und Zeit haben, sich auf sich selbst zu besinnen. Wir haben versucht, das zu tun.

Wir haben versucht, zu erwägen, wie die geistige Struktur unserer Zeit ist. Wir haben versucht, uns klarzumachen, wo steht Deutschland in der Welt, und wir haben versucht zu sagen, so ist der Mensch in der sozialen Ordnung, ohne dabei die Wirtschaft, die Landwirtschaft und insbesondere außenpolitische Fragen zu vergessen.

Es war eine nicht leichte Tagung, aber eines hat sich gezeigt: die große Mehrheit des Parteitages steht so geschlossen hinter den geistigen Ideen unseres Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer, daß er — so glaube ich sagen zu dürfen — wieder Mut schöpfen kann für die schwere Arbeit, die vor ihm liegt. (Beifall.)

Und wenn es ungewöhnlich ist, so wage ich es doch, bei der Begrüßung diesem großen Kölner, diesem großen Staatsmann am Anfang dieser Kundgebung ein herzliches Wort des Dankes für seine Arbeit zu sagen. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf neben ihm sofort den anderen Staatsmann unseres Landes nennen, den Ministerpräsidenten dieses Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und ihn herzlich willkommen heißen. (Starker Beifall.)

Ich weiß nicht, ob Sie alle wissen, was es bedeutet, Chef einer Regierung dieses strukturell schwierigsten Landes der Bundesrepublik zu sein. Wenn ich unhöflich gegen den Herrn Bundesfinanzminister bin, so möchte ich ihn auch bitten, dafür Verständnis zu haben. Aber dabei will ich ihn herzlich willkommen heißen, den Herrn Bundesfinanzminister Schäffer, wie das überhaupt nur ein Rheinländer einem Bayern sagen kann. (Beifall.)

Wir wollen nicht so weit ins Ausland gehen. Darf ich als Rheinländer jetzt die bessere Hälfte des Landes herzlich willkommen heißen, die Frau aus Westfalen, Frau Dr. Rehling. (Beifall.)

Köln wäre nicht ganz da, wenn Berlin vergessen würde. Darf ich den Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin, Herrn Minister Dr. Tillmanns, ebenso herzlich begrüßen! (Beifall.)

Man soll Menschen, die reden wollen, nicht zu lange warten lassen. Das erste Wort gebührt dem Vater des Landes, Herrn Ministerpräsidenten Karl Arnold.

MINISTERPRÄSIDENT ARNOLD

Wir stehen alle noch unter dem Eindruck des soeben abgeschlossenen Parteitages, der uns erneut Kraft und Zuversicht gegeben hat. Wir haben auf diesem Parteitag nicht nur über unmittelbar aktuelle Probleme unserer Tage gesprochen, wir haben auch den ernsten Versuch gemacht, uns auf unsere eigene Kraft zu besinnen.

Dabei sind wir uns klar geworden, daß die geistige Grundlage der Christlich-Demokratischen Union weit über das Jahr 1946 hinausgreift. Sie war bereits entstanden in den blutigen Kämpfen des Krieges, im Hagel der Bombennächte und der Tieffliegerangriffe, die das Kriegsgeschehen zwischen Front und Heimat fortsetzten.

Damals im gemeinsamen Erlebnis des Krieges und im Kampf gegen den Ungeist des Terrors sind in unserem Volke sittliche und menschliche Kräfte gewachsen. Wir haben den Wert der Freiheit ersehen und das hohe Gut des Friedens zu erhoffen gelernt. Wir haben darüber nachgedacht, wie alles kam. Wir haben auch über unsere eigenen Fehler nachgesonnen. Männer und Frauen, in denen der christliche Gedanke lebte, haben zutiefst gefühlt, daß eine Umkehr nötig sei, eine Besinnung auf die eigenen geistigen und sittlichen Kräfte, auf die moralischen Pflichten des christlichen Abendlandes. Frauen und Männer in allen Teilen unseres Landes haben das gleiche gemeinsam empfunden: in die Hand der Christen ist die Zukunft des Vaterlandes gelegt. (Beifall.) Nur in der Vereinigung werden sie stark genug sein, um unserem Volk die nötige Kraft zu geben. Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß Protestanten und Katholiken nie wieder gegeneinander in nutzlosem Zank, in Intoleranz und Streitigkeiten stehen dürfen. Aus dieser Erkenntnis ist die Christlich-Demokratische Union als eine geistige Bewegung des deutschen Volkes aus seinem Herzblut heraus gewachsen. (Beifall.)

An dieser geistigen Grundlage, meine verehrten Freunde, müssen wir heute mehr denn je festhalten in einer Zeit, in der Demagogen sich anschicken, einen Keil des Unfriedens erneut in die Reihen der Christen zu treiben.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen von Katholiken und Protestanten ist der Wiederaufbau Deutschlands und unseres Volkes überhaupt erst möglich geworden. (Beifall.) Nur durch ihre vereinten Bemühungen ist die Rehabilitierung des geschändeten Namens unseres Vaterlandes und die Zurückgewinnung einer geachteten und gleichberechtigten Stellung unter den Nationen möglich geworden: Es ist dem Zusammenschluß der Protestanten und Katholiken gelungen, daß neue Kräfte gesammelt und dadurch das soziale Gefüge neu geschaffen wurde.

Durch den Zusammenschluß und durch diese verantwortliche Zusammenarbeit wurden wir erneut befähigt, den Weg in eine neue deutsche und ich darf sagen, in eine hoffnungsvolle neue europäische Zukunft zu bahnen. (Beifall.)

Wir müssen die Zeichen der Zeit alle recht verstehen und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Deutschland steht im Kampf gegen die Intoleranz, gegen die zersetzenden Zeichen unserer Zeit. Im Kampf um die Erhaltung eines christlichen Deutschlands in einem christlichen Abendland darf und kann es keine Zersplitterung der Christen geben. Nur wenn wir in dieser Auffassung fest sind, dann ist der Durchbruch für die Freiheit unseres Volkes geschaffen. Und Sie, meine Freunde, sind aufgerufen, am 27. 6., am Tage der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, einen gemeinsamen, einen wirkungsvollen, einen sieghaften Beitrag zu dieser Freiheit Deutschlands und Europas zu leisten! (Langer starker Beifall.)

**BUNDESFINANZMINISTER
FRITZ SCHÄFFER**

(Starker Beifall.)

Als im September 1949 der neugewählte Bundeskanzler Dr. Adenauer sein erstes Kabinett bildete und das Amt des Bundesfinanzministers ausgerechnet einem bayrischen Föderalisten übertrug (Beifall), hat er sich vielleicht gedacht, ob das wohl gut gehen werde. Ich kann sagen, daß der neuernannte Bundesfinanzminister sich ebenfalls damals hinter den Ohren kaulend gesagt hat: „Ob das nun gut geht!“ Aber das Wagnis wurde unternommen im Vertrauen darauf, daß alle Männer und Frauen der CDU/CSU — wir sind ja eine Einheit trotz des Bindestriches — aus demselben Geiste mitwirken würden.

Die CDU/CSU ist die einzige große Volkspartei, die nicht darauf spekuliert, daß partikuläre Sonderbündeleyen vertreten werden, die nicht auf einen Gegensatz der Konfessionen spekuliert, nicht auf Eifersucht und Eigennutz der Stände und Berufe untereinander, sondern die eine Sehnsucht, die gerade nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 in unser aller Herzen gewachsen war, zu erfüllen suchte, nämlich den Gedanken des Friedens, der Einheit und der Einigkeit in einem Volk über alle Hindernisse und alles Trennende hinweg. (Lebhafter Beifall.) Sie weiß genau, daß sie das nur tun kann, wenn sie an alle Berufe und Stände in allen deutschen Stämmen an das appelliert, was ich den christlichen Staatsgedanken heiße, um ihm im deutschen politischen Leben Wirkung zu verschaffen, nicht um der Macht willen, sondern um der Pflicht willen, die sie dem Ganzen gegenüber zu erfüllen hat. (Beifall.) Die Verwirklichung des christlichen Staatsgedankens muß das sein, was uns eint. Wir müssen den Mut haben, jeder einzelne, von dem Opfer zu sprechen, das der einzelne Berufsstand der Allgemeinheit zu bringen hat.

Niemand lernt die Menschen in ihrer Stärke und Schwäche so kennen wie ein Finanzminister, wenn es um das Geld geht. Wie oft hat man sich erst kennengelernt in den Familien, wenn um die Teilung einer Erbmasse gerungen wurde. Wie oft hat sich die wirkliche Vaterliebe enthüllt, wenn es um die zahlenmäßige Festlegung des Unterhalts für sein Kind ging! Wie oft hat sich Vereinstreue bewiesen, wenn es um Darlehen oder Schulden eines Vereins oder einer Vereinigung ging! In den Stunden, in denen es um das Geld geht, lernt man die Menschen kennen.

So ist es heute lehrreich für uns, wenn ein Finanzminister darüber spricht und sagt: der Geist der CDU, den er gerade auf diesem Gebiet zu erforschen gehabt hat, hat sich bewährt als echt und nicht unecht. Ich darf sagen, wenn die CDU und der Geist der CDU nicht in Deutsch-

land wären, dann wäre es unmöglich gewesen, die Finanzpolitik durchzuführen, die wir gemacht haben, und den Frieden im Lande, der mit den Geldfragen zusammenhängt, zu erhalten, so wie es uns bis heute gelungen ist. (Beifall.)

Ich darf mit einer Frage beginnen, die sich um das Thema deutscher Föderalismus dreht. Ich will dieses Thema nicht wissenschaftlich und theoretisch, sondern — hart im Raume stoßen sich die Sachen — nüchtern ansprechen. Man darf nie vergessen, daß unser Grundgesetz von Menschen geschaffen worden ist. Gerade als sie das Grundgesetz schufen, hatten sie weder eine unbeschränkte Freiheit noch eine volle Souveränität. Deshalb hat auch das Grundgesetz nicht den Namen Verfassung bekommen. Es ist geschaffen worden unter Zwangsumständen. Jedes Menschenwerk ist unvollkommen, auch unser Grundgesetz. Geschaffen unter diesem Zwang und unter fremdem Einfluß mußte es notwendigerweise ein unvollkommenes Werk sein. Gerade in den finanzpolitischen Bestimmungen zeigt sich diese Unvollkommenheit vielleicht am ersten und am stärksten.

Es ist an sich schon nicht leicht, unter Menschen ein Verhältnis zu gründen, in dem der eine das Recht haben soll, von dem anderen eine Abtretung seines Einkommens zu verlangen, wenn der andere die Zustimmung zu jeder Mark und zu jedem Pfennig geben muß, die er zu zahlen hat. Auf diesem Prinzip beruht der Anspruch des Bundes an dem Anteil und Aufkommen der Länder. Die Länder müssen in ihrer Mehrheit die Zustimmung dazu geben, daß sie die „Gnade“ haben, an den Bund etwas zahlen zu dürfen. Auf diesem Prinzip ist das Grundgesetz nun einmal aufgebaut. Ich glaube, selbst zwischen Martha und Maria hätte es wahrscheinlich Streit gegeben, wenn sie sich über diese Geldverteilung hätten einig werden sollen.

Ich darf sagen, es war in den vergangenen Jahren schon ein Verdienst, daß die Länder zum großen Teil mir als Freund gegenübertraten, daß sie die menschlichen Beziehungen aufrechterhalten haben. Was an Streitgesprächen, an bestrittenen und unbestrittenen Begründungen hin- und hergegangen ist, ist in wirklicher Kameradschaft erfolgt. Aber das wird um so schwerer, je größer der Anteil wird, den der Bund verlangen muß. Man muß auch daran denken: der Bund ist nun einmal die übergeordnete Organisation. Nach dem Subsidiaritätsprinzip hat er das, was organisch unter und vor ihm gewachsen ist, zu ehren und zu achten. Er hat die Aufgabe, daran zu denken, daß auch diese Organe nicht um ihretwillen bestehen, sondern um der Aufgabe willen, die sie dem gesamten deutschen Volk gegenüber zu erfüllen haben. Der Bund kann sich nicht Haß und Ungunst leisten; er muß daran denken, daß auch den Ländern auf dem Gebiete der Kulturpolitik, der Verwaltung, der Rechtssicherheit usw. Aufgaben verbleiben. Aber die Liquidation der Kriegsschäden und die Ausgaben, um die soziale Not zu beheben, müssen ebenso gesichert sein. Darum müssen wir uns als Deutsche, die ihre Pflicht dem ganzen Volke gegenüber zu erfüllen haben, hier wirklich einig sein. (Beifall.)

Wenn wir nun vier, fünf Jahre zurückdenken, so haben wir damals zunächst mit einer Interessenquote von 27 % begonnen. Später hatten wir Auseinandersetzungen um 42 %. Es ist selbstverständlich, je größer der Anteil ist, um so größer werden auch die Schwierigkeiten, um die Zustimmung zu einem solchen Anteil zu erhalten. Der Bund kann darauf verweisen: das und das muß ich selber leisten. — Ich habe begonnen in einer Zeit, in der die Sozialausgaben ungefähr 4000 Millionen betrugen; heute sind sie notwendigerweise auf 9000 Millionen gestiegen. Ebenfalls sind die Besatzungskosten, die mit 4000 Millionen begannen, heute auch auf 9000 Millionen gestiegen. Ich mußte neben den Ausgaben für den Wohnungsbau die Zahlungen für die steuerschwachen Länder leisten, weiter für die Stadt Berlin, und auch die eigene Verwaltung mußte getragen werden.

So ist der Bund in einer Zwangslage, aber die anderen Länder, das gebe ich zu, haben auch ihre Sorgen. Und die Landtage tragen nicht dazu bei, diese Sorgen ihnen gerade leicht zu machen. Mit dem Finanzreformgesetz haben wir die größten Schwierigkeiten gehabt, und zwar sowohl mit den Sachverständigen als auch mit den politischen Kräften, wo man es gern gesehen hätte, wenn dem Kabinett Adenauer und der inneren Einheit der CDU Schaden angetan worden wäre. Diese Gespräche haben also keinen Erfolg gehabt.

Erst als die Vertreter der CDU vom Bund und von den Ländern sich zusammensetzten und im Geiste der CDU gesprochen haben: wir haben die Aufgabe, dem deutschen Volke jeden unnötigen Konflikt zu ersparen, wir tragen die Verantwortung dafür, daß der Friede im deutschen Volke erhalten bleibt und eine praktische Arbeit im deutschen Volk geleistet wird —, da ist das gegangen, was vorher nicht zu erreichen war, nämlich die Einheit zwischen Bund und Ländern ist erzielt worden und ein Konflikt dem deutschen Volke erspart geblieben. (Beifall.) Dies geschah aus dem Gedanken der Pflicht gegenüber der Allgemeinheit.

Manche sprechen davon, daß die CDU/CSU auf Grund ihres Wahlsieges am 6. September, wo sie die absolute Mehrheit erhalten hat — was noch nie der Fall gewesen ist bei einer deutschen Partei, auch nicht im Jahre 1933, trotz Reichstagsbrand und Propaganda —, diese absolute Mehrheit machtpolitisch ausnützen wolle. Ich darf Ihnen erklären: die CDU/CSU hat keinen Augenblick daran gedacht, diese absolute Mehrheit vom Standpunkt der Macht aus zu betrachten und darauf eine Macht zu gründen. Die CDU/CSU hat nur daran gedacht, diese Position zu benutzen, um einen gesicherten Frieden im deutschen Volke zu gestalten und dem Ausland zu beweisen, daß Deutschland ein sicherer Vertragspartner geworden ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Männer, die sich in den Gesprächen zu einigen verstanden, haben als Brüder und Freunde an die gemeinsamen Pflichten gedacht. Daraus darf ich die Hoffnung schöpfen, daß wir uns über die kommenden Gesetze einigen und verständigen werden. Wir wollen das tun in dem einen Ziel, daß wir das, was an dem Gesetzgebungswerk unvollkommen ist, durch eine vernünftige Handhabung ersetzen. Ob wir mehr oder weniger Föderalisten oder Unitaristen sind, alle haben wir eines gemeinsam: die Achtung vor dem Gesetz. Wir haben alle die Verfassungstreue zu bewahren und um des deutschen Volkes willen alle Verfassungskonflikte zu vermeiden. Wir müssen unserem Volke ein vernünftiges und gesundes Staatsleben geben. Ich glaube, daß der Weg, den wir mit Erfolg beschritten haben, auch weiterhin mit demselben Erfolg weitergegangen werden kann. Das gilt insbesondere für das, was wir in bezug auf die Organisationsform zwischen Bund und Ländern zu erfüllen haben.

Neben den Gesetzen über die Finanzreform werden wir uns in der Öffentlichkeit noch mit dem Gesetz über die sogenannte Steuerreform befassen müssen. Wir haben in den vergangenen Jahren nicht nur dafür sorgen müssen, daß die Mittel vorhanden waren, um die sozialen Nöte im deutschen Volke zu beheben — und die Steigerung der Summe von 4000 auf 9000 Millionen beweist, welche Verantwortung und welche Arbeit wir zu tragen und zu leisten hatten —, sondern wir haben auch die Erbschaft des Zusammenbruchs zu tragen gehabt. Wir mußten die Besatzungskosten bezahlen, die ebenfalls auf 9000 Millionen gestiegen sind. Wir haben nicht nur für den Aufbau der deutschen Wirtschaft Milliardenkredite gegeben, wir haben auch für den deutschen Wohnungsbau, für die Stadt Berlin usw. gesorgt; wir mußten gleichzeitig die finanzielle Ordnung in Deutschland bewahren. Wir durften um des Vertrauens des Sparers in die junge Währung willen in keinerlei Politik der Verschuldung hineingeraten. Wir mußten mit dem auskommen, was der deutsche Steuerzahler zu leisten imstande war.

Das war eine schwere Aufgabe, und sie hatte auch eine große Belastung des deutschen Steuerzahlers zur Folge, obwohl wir vom ersten Tage an im Jahre 1949 die Gesetze, die uns die Militärregierungen gegeben haben, zumindest abbauten oder sie der deutschen Leistungsfähigkeit anpaßten. Wir mußten den Korea-Boom überwinden, der uns in seiner Aufblähung von Preisen und Löhnen in eine inflationäre Gefahr gebracht hätte, wenn nicht sofort die Bundesregierung, die Sachlage erkennend, eingeschritten wäre.

Wir haben dann wieder mit einer Politik der Steuersenkung begonnen. Nun, meine lieben deutschen Landsleute, ein offenes Wort! Wenn das deutsche Volk in Not ist — ich nehme an, bei anderen Völkern ist es auch so —, dann hat man Verständnis nicht nur für die eigene Not, sondern auch für die des Nachbarn; dann weiß man, was ein Geschenk und eine Leistung des Nachbarn — und jeder Steuerzahler ist Ihr Nachbar — bedeuten. Wenn man aber aus der Not herauskommt, dann kommt man in die Gefahr, die Not des anderen und damit seine Leistung als Steuerzahler zu vergessen oder gar zu verachten; denn dann betrachtet man alles vom Standpunkt — lassen Sie mich das Wort aussprechen — der Kapitalbildung aus.

Die Hilfeleistung in der Not kennt Grenzen; der Wunsch nach Kapitalbildung kennt praktisch nie Grenzen. Kaum jemand hätte daran geglaubt, wenn ich im Jahre 1948/49 folgende Prognose aufgestellt hätte: Es gelingt, mit einer Belastung, die die Wirtschaft nicht lähmt und nicht drosselt, die soziale Not in Deutschland zu beheben, die Anforderungen des Auslandes an uns ohne Konflikte zu befriedigen, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen, dem deutschen Namen wieder Ehre in der Welt zu machen und die Welt von der Lebenskraft des deutschen Volkes zu überzeugen, vom Jahre 1951 ab die Steuer zu senken und im Jahre 1953/54 eine weitere Senkung vorzunehmen.

Daher muß das deutsche Volk heute Verständnis dafür haben, daß die Bundesregierung sich sagen muß: Eine Steuersenkung, gut, aber sie darf nicht zur Folge haben, daß die sozialen Leistungen in Deutschland nicht mehr zu erfüllen sind. Das deutsche Volk muß begreifen, daß ihm keine Steuersenkung hilft, wenn sie leichtsinnig und leichtfertig die Grenzen der finanziellen Ordnung überschreitet und das Vertrauen des Sparerers in die Währung erschüttert wird. Das sind Dinge, die man wissen muß, wenn man verantwortlich handeln will.

Hier liegt die Aufgabe der CDU. Die CDU würde gern alle Wünsche erfüllen, aber sie kann sie nur in dem gegebenen Rahmen erfüllen. Wir sind keine Partei, die um eines Berufes oder einer Interessentengruppe willen da ist, sondern wir sind eine Partei für das ganze Volk. (Beifall.) Wir haben an die gemeinsamen Aufgaben zu denken. Wenn die CDU z. B. beim letzten Haushalt Anträge ablehnen mußte, so deshalb, weil sie 1. die Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit hat und die Dinge finanziell in Ordnung halten muß und 2. weil eine Regierung, die das Treibholz auf dem Fluß der Agitation der anderen wäre, keine Regierung ist. Eine Regierung und eine große Partei muß für das, was sie übernimmt, eintreten; sie muß auch der Agitation gegenüber nein sagen können.

So muß ich sagen, ich danke meinen Freunden in der CDU/CSU dafür, daß wir uns in dieser Überzeugung in den letzten Jahren immer besser verstanden haben. Ich möchte in meiner angeborenen Bescheidenheit als Bundesfinanzminister mit einem Wort des kongenialen Philosophen Leibniz schließen, der gesagt hat: Die Welt ist nicht vollkommen, aber immerhin ist sie doch die beste von allen möglichen Welten. — Man braucht und soll diese Theorie nicht übernehmen, aber ich möchte nach meinen Erfahrungen doch sagen: keine Partei als Menschenwerk ist vollkommen, auch die CDU/CSU ist nicht vollkommen, aber von allen möglichen Parteien in Deutschland ist sie mit Abstand die beste! (Starker Beifall.)

Das Wahlergebnis vom 6. September vorigen Jahres, das der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union für ihre Aufbauarbeit einen solch überwältigenden Vertrauensbeweis erbrachte, hat unseren politischen Gegnern ganz offensichtlich den Atem verschlagen. Jedenfalls haben sie immer wieder laut werden lassen in den letzten Monaten, daß sie sich bemühen werden, in den Landtagswahlen in diesem Jahr und im kommenden Jahr dieses Wahlergebnis nach Möglichkeit zu korrigieren.

Da sie sich keinerlei Hoffnungen hingeben können, durch eine Schmälerung der Erfolge der geleisteten Arbeit auf breitere Wählermassen Eindruck machen zu können, haben sie eine andere Methode gewählt, indem sie diesen neu zu uns stoßenden Wählern in düsteren Bildern die Entwicklung an die Wand zu malen, der sie durch ihre Stimmabgabe angeblich Vorschub leisten. Wir sind es in den letzten Monaten gewohnt, daß Parolen wie „Kulturkampf“, „Klerikalisierung“, „Konfessionalisierung“ usw. an unser Ohr schallen. Dabei wird der Mund gelegentlich recht voll genommen; man scheut sich auch nicht, die Dinge auf den Kopf zu stellen oder tendenziös zu entstellen.

Aber wir können alledem mit sehr großer Ruhe entgegentreten. Es ist geradezu absurd, wenn man uns, die man sonst wegen ihres Föderalismus bekämpft, nun den Vorwurf machen will, daß wir etwa über die Einrichtung eines Familienministeriums durch die Hintertür ein Bundeskulturministerium einschmuggeln möchten. Wir in der CDU/CSU sind es gewesen, die sehr große Bedenken hatten, überhaupt einen Kulturausschuß beim Bundestag zu bilden, sowohl im ersten als auch im zweiten Bundestag, weil wir wissen, daß das Grundgesetz die Kulturhoheit den Ländern übertragen hat. Dieses Familienministerium, das einen so großen Widerhall in der deutschen Öffentlichkeit fand, hat gar keine andere Aufgabe als die, der Familie, die wir als die wichtigste Keimzelle eines gesunden Staats- und Volksleben ansehen, die materiellen Stützen zu geben, die sie befähigen, gesund und funktionsfähig zu bleiben. Wir sehen uns auf Grund des Artikels 6 des Grundgesetzes verpflichtet, der Familie den besonderen Schutz des Staates angedeihen zu lassen. (Beifall.)

Bei der „Konfessionalisierung“ pflegt man gern auf die Schulpolitik der CDU zu verweisen. Ich möchte feststellen, daß es eine objektive Unwahrheit ist, wenn man behauptet, daß die CDU die Bekenntnisschule als die Regelschule fordere. Wir haben immer nur betont und werden das mit allem Nachdruck immer wieder tun, daß wir uns für das Elternrecht einsetzen und wünschen, daß dieses Elternrecht von den Erziehungsberechtigten auch mit der notwendigen Verantwortung wahrgenommen wird. (Beifall.)

Gerade das soviel bekämpfte Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen atmet absolut den Geist der Toleranz, die wir zu unserem großen Bedauern in der Schulgesetzgebung jener Länder vermissen, deren verantwortliche Politiker das Wort Toleranz bei jeder Gelegenheit im Munde führen. (Beifall.) Ich denke hierbei nur an die Schulgesetze von Hessen und Niedersachsen.

Wenn ich das Wort „Konfessionalisierung“ höre, dann taucht in meiner Erinnerung die Wendung „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“, die wir in der Zeit des Nationalsozialismus so häufig gehört haben, wieder auf. Diese Wendung bedeutete in schlichtes Deutsch übersetzt nichts anderes als: hinaus mit der Botschaft von Jesus Christus aus dem Leben des deutschen Volkes!

Ich kann mich des peinlichen Eindrucks oft nicht erwehren, daß die Leute, die einerseits soviel Wert darauf legen, sich zum Christentum zu bekennen,

und andererseits immer mit dem Begriff „Konfessionalisierung“ operieren, diesen christlichen Glauben möglichst nur in homöopathischen Dosen und nur gelegentlich im öffentlichen Leben wirksam sehen möchten, es aber ablehnen, daß aus diesem Glauben heraus das Leben gestaltet wird. Da liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen ihnen und uns. Wir bekennen einen Gott, der nicht nur Herr der Kirche ist, sondern auch der Welt und der einen Herrschaftsanspruch erhebt auf alle Gebiete unseres Lebens, auch auf das öffentliche Leben! (Lebhafter Beifall.)

Man will unser Volk so gern glauben machen, daß Politik und Religion nichts miteinander zu tun hätten. Nun, ich muß sagen, es tut mir als Historikerin immer weh, wenn ich einen solchen Mangel an Geschichtskenntnissen feststellen muß; denn es ist einfach nicht von der Hand zu weisen, daß, als vor tausend Jahren das Deutsche Reich entstanden ist, auf Grund der christlichen Botschaft die vorher einander befehdenden germanischen Stämme geeinigt wurden. Ich möchte fragen, ist es nicht ein grundlegender Unterschied, ob die frühmittelalterlichen Kaiser sich fühlten als die Amtsmänner Gottes auf dieser Erde, die zu sorgen hatten für Friede



Öffentliche Kundgebung

und Gerechtigkeit und die ihr weltlichstes Tun einbetteten in ihren Glauben, oder ob Männer sich den Ausspruch des Italieners Machiavelli als Richtschnur für ihr politisches Handeln zu eigen machten: es kommt in der Politik nicht darauf an, was recht ist, sondern nur auf den Erfolg?

Wir haben gesehen, wie die Entwicklung gegangen ist. Wir können nur das eine feststellen, daß, je mehr die politische Moral sich von den Forderungen der christlichen Ethik entfernte, eine um so größere Verwahrlosung der ersteren einsetzte. Der theologische und philosophische Liberalismus des 19. Jahrhunderts wurde der Schrittmacher für den rosaroten Fortschrittsoptimismus mit seiner Lehre von der ständigen Aufwärtsentwicklung des

selbstherrlichen, des autonomen Menschen. Wir haben mit überraschender Gleichförmigkeit und Gleichzeitigkeit das Auftreten des Übermenschen in Ost und West erlebt, und wir sind Zeuge gewesen, daß dieser Übermensch einen Rückfall in das Untermenschentum und die Barberei gebracht hat, wie wir es uns in unserem so zivilisierten und kultivierten 20. Jahrhundert niemals vorgestellt hätten.

Der Schweizer Spörrli hat recht, wenn er sagt: „Die Politik ist deswegen so unmenschlich, weil die Christen sich so wenig darum kümmern.“ Wir haben aus dieser Erkenntnis zu lernen versucht. Um christliche Verantwortung auch im öffentlichen Leben sichtbar werden zu lassen, haben sich Männer und Frauen der beiden christlichen Bekenntnisse zu gemeinsamer politischer Arbeit zusammengeschlossen. Die Art dieser Zusammenarbeit und die Erfolge, die erzielt wurden, zeigen, daß sich dieser Zusammenschluß bewährt hat; und wir werden uns nicht durch die verwerfliche Methode, Zwietracht zu sähen zwischen den Konfessionen, auseinandermanövrieren lassen. (Starker Beifall.)

Es geht heute nicht mehr darum, daß katholische und evangelische Christen in einem Konkurrenzkampf gegeneinander im öffentlichen Leben stehen, sondern darum, daß sie in einem von echter Toleranz getragenen Wettbewerb etwas sichtbar werden lassen von der gemeinsamen christlichen Tat. (Sehr starker Beifall.)

Auch aus einem anderen Grunde können wir es uns gar nicht gestatten, uns auseinandermanövrieren zu lassen. Der christliche Glaube mit seinem unverrückbaren Wertmaßstab, mit seiner Auffassung vom Menschen, vom Staat und von dem Verhältnis beider zueinander ist das einzige wirkliche geistige Bollwerk gegen den Bolschewismus. (Starker Beifall.) Das sollten wir niemals aus den Augen verlieren.

Lassen Sie mich zum Schluß an den Ausspruch erinnern, den der weltberühmte amerikanische General MacArthur tat, als er am 2. September 1945 an Bord des Schlachtschiffes Missouri die japanische Kapitulation unterschrieb. Er sagte damals: Wir haben unsere letzte Chance. Wenn es uns nicht gelingt, ein größeres und besseres System aufzubauen, dann wird der Tod an unsere Tür klopfen. Das Problem ist letzten Endes ein theologisches, ein Problem des Verhältnisses zwischen Mensch und Gott. —

Ich glaube, auch unsere politischen Gegner werden den General MacArthur nicht der CDU/CSU zurechnen können, aber wir müssen feststellen, daß er mit uns die Erkenntnis teilt, daß hinter allem großen weltpolitischen Geschehen in Vergangenheit und Gegenwart nichts anderes steht als die Entscheidungsfrage Gottes an die Völker: Für oder wider Christus! Diese Entscheidungsfrage ist auch unserem Volke heute gestellt.

Wir sind in einer Generation zum dritten Male aufgerufen, ein neues deutsches Staatswesen aufzubauen. Nach 1918 glaubte man, es mit den Restbeständen einiger geretteter Ideale tun zu können und ist mit dieser restaurativen Methode gescheitert. Im Jahre 1933 sagte man es ganz offen, daß man ein tausendjähriges Reich schaffen wolle und Gott dazu nicht brauche. Mit diesem modernen Versuch menschlicher Vermessenheit, den Himmel zu stürmen, ist es nicht anders ausgegangen als seinerzeit mit dem im alten Testament beschriebenen vom Turmbau zu Babel.

Nun geht es darum, daß wir zum dritten Male das neue deutsche Haus, in dem unsere Kinder, die deutsche Jugend, einmal, so Gott will, in Frieden und Freiheit wohnen sollen, auf ein sicheres Fundament stellen. Aus diesem Grunde haben wir immer wieder betont, daß wir auch alle unsere politischen Entscheidungen an den Forderungen des Wortes Gottes zu messen gedenken. Wir haben versucht, im Bund und in den Ländern, in denen die CDU die Verantwortung hat, in den verflossenen Jahren dieses Fundament zu legen. Aber glauben Sie nicht, daß wir auf unseren Lorbeeren ausruhen könnten. Es ist noch sehr viel zu tun zur Verfestigung des Funda-

ments. Wir sollten nicht glauben, daß etwa Landtagswahlen weniger wichtig seien als Bundestagswahlen. (Beifall.)

Es geht darum, daß wir nicht müde werden in unserer Aufbauarbeit, sondern daß wir uns stets zu neuer Freudigkeit mahnen lassen durch die Worte eines glaubenstarken und tatenfrohen Christen, der uns zuruft:

Wir wollen uns gerne wagen, in unseren Tagen
der Ruhe abzusagen, die's Tun vergift;
wir woll'n nach Arbeit fragen, wo welche ist,
nicht an dem Amt verzagen, uns fröhlich plagen
und unsere Steine tragen aufs Baugerüst. (Sehr starker Beifall.)

BUNDES MINISTER DR. TILLMANN S

In den Beratungen dieses Parteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Köln haben die Grundfragen des deutschen Schicksals im Mittelpunkt gestanden: die Aufgabe, eine enge Verbindung unseres Volkes mit den Völkern der freien Welt herzustellen, den Zusammenschluß Europas zu verwirklichen und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. In einer einstimmig angenommenen Entschließung hat der Bundesparteitag erklärt,

„die Völker Europas müssen endlich ihren nationalen Egoismus überwinden, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verwirklichen und die politische Integration entschlossen weiterführen. Jede Verzögerung verringert die Aussicht auf eine Minderung der gegenwärtigen Spannungen.“

Aus diesem Grunde hat auch der Parteitag der Politik des Bundeskanzlers sein einmütiges Vertrauen ausgesprochen und sich zu ihr bekannt. (Beifall.)

Gegen diese Politik der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird immer wieder eingewandt, vor allem von seiten der sozialdemokratischen Opposition, sie verhindere die Wiedervereinigung Deutschlands. Es gibt viele andere Stimmen im deutschen öffentlichen Leben, die immer wieder darauf hinweisen — wir sollten sie nicht ohne weiteres beiseite schieben —, daß eine Wiedervereinigung doch nur möglich sei, wenn es in irgendeiner Weise auch zu einer Verbindung mit dem Osten käme.

Lassen Sie mich zu diesem Grundproblem der deutschen Politik als Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag etwas sagen. Ich glaube das tun zu können, weil ich nicht erst begründen und beweisen muß, daß mir die Wiedervereinigung Deutschlands am Herzen liegt.

Wir stehen nun einmal nach diesem harten Schicksal, das über uns gekommen ist, vor unausweichlichen Tatsachen. Die sowjetische Politik hat nach 1945 überall auf der ganzen Welt den Weg eingeschlagen, nach Ausdehnung ihres Machtbereiches zu drängen. Sie ist nach wie vor expansiv, sei es politisch, propagandistisch oder gelegentlich — wie in Korea — auch mit Gewalt. Das ist so, auch wenn das die sowjetische Propaganda gelegentlich zu verbergen sucht hinter der Fassade verlockender Formulierungen, wie etwa der, die Molotow in Genf gebraucht hat, es handle sich hier um die Front der friedliebenden und demokratischen Völker, und sie werde unausweichlich zum Siege in der Welt führen.

Lassen wir uns nicht darüber täuschen, daß mit dieser Front der friedliebenden und demokratischen Völker nichts anderes gemeint ist als der

Weltkommunismus. Einige kommunistische Politiker pflegen diese Dinge auch klar beim Namen zu nennen. So hat das Präsidium der Sozialistischen Einheitspartei in der Sowjetzone bei der Feier zum Tode Stalins erklärt: wir werden nicht eher ruhen, das geloben wir an der Bahre dieses großen Führers, als bis wir die Sache von Marx, Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Siege geführt haben.

Herr Ulbricht hat auf dem jüngsten Kongreß der Sozialistischen Einheitspartei — d. h. der kommunistischen Staatspartei — erklärt: unsere Deutsche Demokratische Republik bleibt der Hebel zur Lösung der deutschen nationalen Frage, und die deutsche Einheit kann nur so zustandekommen, daß unsere, d. h. die kommunistischen, Errungenschaften übertragen werden auf das ganze Deutschland.

Die Sowjets haben die feste Zuversicht, daß ihnen dies gelingen wird. Warum? Weil sie fest davon überzeugt sind, daß die nichtkommunistische freie Welt unfähig ist, sich ihnen gegenüber zu gemeinsamen Anstrengungen aufzuraffen. Der Kommunismus ist nun einmal fest davon überzeugt, daß die freie Welt wegen der Klassengegensätze und der sozialen Spannungen innerhalb ihrer Völker überhaupt keine gesunde soziale Ordnung aufbauen kann, sondern daß sie zusammenbrechen muß. Sie sind davon überzeugt, daß zwischen den westlichen Völkern, zwischen uns, den Franzosen, den Engländern und Amerikanern, so schwere nationale Gegensätze bestehen, daß wir in Streit gegeneinander und untereinander zerfallen müssen.

Das ist die Grundlage, warum sie ihres Sieges so sicher sind. Stalin hat einmal einer sowjetischen Journalistin, die ihn gefragt hat, ob die Sowjetunion Krieg führen wolle gegen Europa, geantwortet: das hat die Sowjetunion nicht nötig; denn Europa wird sich selbst zerstören.

Wird sich Europa selbst zerstören? — das ist die Kernfrage unseres Schicksals in der ganzen gegenwärtigen Politik. Es ist das stete Bemühen der Politik des Bolschewismus, diesen von ihr erhofften Zerfall der westlichen Welt herbeizuführen, die Gegensätze zu schüren, wo sie nur kann. So hat z. B. Herr Molotow auf der Berliner Konferenz in seiner großen Rede dem französischen Volk das angeblich drohende Gespenst des neuen deutschen Soldatentums vorgehalten, das kein anderes Ziel habe, als endlich nach Paris zu marschieren. Und davor müsse die Sowjetunion Frankreich schützen. So wird mit allen Mitteln versucht, die Einigung zu verhindern. Feierlich wird von drüben erklärt, die Nationalstaaten müßten bleiben. Der Kommunismus pflegt seine Politik überhaupt mit nationalen Parolen zu machen. Um uns zu täuschen, verbreiten die sowjetischen Machthaber eine große Propaganda des Friedens, den sie allen Völkern verheißen, wobei wir nicht vergessen dürfen, daß nach der eigenen Lehre des Bolschewismus der Frieden erst dann in die Welt kommt, wenn der Sieg des Weltkommunismus vollendet ist. Also, wenn sie von Frieden sprechen, so heißt das in klarem Deutsch übersetzt, die Verwirklichung des Weltkommunismus.

Genau so ist es, wenn sie von Demokratie sprechen. Das ist nur eine andere Form und eine Abwandlung offener Sprache; denn wenn sie von Demokratie sprechen, meinen sie nichts anderes als Kommunismus. Warum war Herr Molotow in Berlin so unnachgiebig? Warum hat er nicht einmal den Versuch gemacht, freie Wahlen anzubieten wenn die EVG unterbleibt? Doch nur deshalb, weil er der Auffassung ist, daß der von ihm erhoffte Prozeß der Veruneinigung der westlichen Welt soweit fortgeschritten ist, daß er es gar nicht mehr nötig hat, irgendwelche Anerbieten zu machen.

Der Pressechef der sowjetischen Delegation hat erklärt: wir hören, daß man im Westen daran denkt, vielleicht die EVG aufzugeben. Wenn das so

ist, dann müssen wir prüfen, ob die EVG überhaupt noch einen Preis wert ist. — Sie hoffen also, daß sie nicht zustandekommt; infolgedessen haben sie es nicht nötig, irgendwelche Konzessionen zu machen.

Wenn wir über die Wiedervereinigung Deutschlands sprechen, müssen wir uns über folgendes klar sein. Über die Wiedervereinigung und die Einheit Deutschlands wird sowohl von den Sowjets als auch von den westlichen Mächten und von uns gesprochen. Wenn die Sowjets von deutscher Einheit sprechen, meinen sie damit ein Deutschland, in dem der Weltkommunismus seine Machtposition nach wie vor sichern will, das vom Kommunismus politisch kontrolliert wird. Wenn wir von deutscher Einheit sprechen, dann meinen wir eine deutsche Einheit, begründet auf der freien politischen Entscheidung des deutschen Volkes, auf freien gemeinsamen Wahlen, d. h. auf einem Deutschland, das selbständig seine politische und soziale Ordnung bestimmt. (Beifall.)

Es gilt, zwischen diesen Arten von Wiedervereinigung zu wählen. Es ist klar, daß sich diese beiden Konzeptionen unvereinbar gegenüberstehen. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Selbständigkeit ist nicht nur der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes in der Bundesrepublik, sondern auch mindestens ebenso stark — vielleicht noch stärker — der Wille der Bevölkerung in Berlin und vielleicht am allerstärksten die heiße Sehnsucht unserer deutschen Landsleute in der Sowjetzone Deutschlands. (Beifall.)

Der 17. Juni des vorigen Jahres hat uns und der ganzen Welt bewiesen, daß die Deutschen drüben eine Wiedervereinigung nur in diesem Sinne der Freiheit wollen und keine andere. Und was die Arbeiter am 17. Juni zum Ausdruck gebracht haben, das ist weiß Gott der Wille des gesamten deutschen Volkes in der sowjetischen Besatzungszone. Wenn wir diese Wiedervereinigung in Freiheit, wie sie das ganze deutsche Volk will, durchsetzen wollen, dann ist das angesichts der politischen Haltung der Sowjets nur möglich in Zusammenarbeit mit den Völkern der freien Welt, ist es nur möglich, wenn wir zu einem Verhältnis enger Zusammenarbeit und guten Vertrauens kommen. Nur wenn uns das gelingt, dann können wir damit rechnen, daß uns die anderen bei diesen Bemühungen unterstützen. Wenn uns die anderen bei diesen Bemühungen nicht unterstützen, wie soll dann überhaupt die Wiedervereinigung zustandekommen?

Ich glaube, daß die Geschichte einmal bestätigen wird, daß es vielleicht das größte Verdienst unseres Bundeskanzlers Dr. Adenauer um das deutsche Volk gewesen ist, daß es ihm gelungen ist, in zäher, mühsamer Arbeit dieses Verhältnis des Vertrauens und der engen Verbindung mit den Völkern der freien Welt wiederherzustellen. (Starker Beifall.)

Wir erstreben als den wichtigsten Beitrag zu diesem Zusammenschluß der freien Welt die Einigung Europas und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Sie hat den Sinn dadurch, daß wir uns zu einer gemeinsamen Verteidigung zusammenfinden, den Schutz und die Hilfe der gesamten übrigen westlichen Welt für unser Volk und für Europa zu erreichen.

Es ist eine alte Erfahrung, die jeder von Ihnen in seinem Leben gemacht hat, wenn jemand in Not ist und er braucht den Schutz und die Hilfe eines anderen, dann bekommt er sie um so sicherer, je mehr er sich selber anstrengt und das seine dazu tut. (Beifall.) Wenn er aber glaubt, sich auf die Hilfe des anderen verlassen zu können, ohne selber etwas zu tun, dann ist das das beste Mittel, diese Hilfe zu verlieren. Das deutsche Volk erhält den Schutz und die Hilfe der westlichen Welt, vor allen Dingen von den Vereinigten Staaten, aber wir können uns diese Hilfe nur sichern, wenn

wir selber mitmachen und uns anstrengen. Wenn auf diese Weise dann der Schutz der gesamten freien Welt über uns bleibt, dann wird Friede bleiben. (Beifall.)

Wer nun davon spricht, daß das eine Politik der Bedrohung oder gar einer unverantwortlichen Schärfe sei, der verwechselt wesentliche Dinge miteinander. Allerdings können unverantwortliche Männer von ihrer Stärke einen höchst unverantwortlichen Gebrauch machen. Das ist in unserem Volke schon einmal geschehen. Deshalb aber zu glauben, daß von Stärke immer ein unverantwortlicher Gebrauch gemacht werden muß —, das ist der größte Trugschluß, den man sich überhaupt vorstellen kann. Die Christlich-Demokratische Union, der Herr Bundeskanzler und die Männer, die heute in unserem Staate die Verantwortung tragen, geben die Gewähr dafür, daß, wenn uns einmal durch Zusammenarbeit und Einigkeit mit den anderen Stärke verliehen würde, sie davon nur so Gebrauch machen würden, wie sie das dem Volke gegenüber verantworten können. (Beifall.)

Es handelt sich darum, durch den Zusammenschluß der Kräfte Europas und der übrigen freien Welt der Sowjetunion zu zeigen, daß der Kalte Krieg, den sie seit 1945 führt, für sie niemals zum Erfolg führen kann und daß der Heiße Krieg für sie überhaupt unmöglich wird. Dann ist auch die Voraussetzung für ein wirkliches Gespräch zwischen den westlichen Besatzungsmächten und den Sowjets auch über die Wiedervereinigung Deutschlands gegeben.

Die Spaltung, die über unser Volk gekommen ist, die nicht wir Deutschen gemacht haben, sondern die entstanden ist durch diesen großen Gegensatz zwischen der Sowjetunion auf der einen Seite und den Westmächten auf der anderen Seite, kann nun einmal nur überwunden werden, wenn es zu einer Milderung dieses Gegensatzes kommt. Diese Milderung kann nur erreicht werden, wenn die westliche Welt durch ihre Einigkeit, durch ihr Zusammenstehen und ihre gemeinsame Stärke den Sowjets zeigt, daß es für sie keinen anderen Weg gibt. Churchill, der sich in den letzten Jahren und Monaten um eine solche Milderung des Gegensatzes bemüht, hat einmal in Straßburg gesagt: ich habe den Wunsch, daß ich eines Tages mit den verantwortlichen Männern der Sowjetunion an einem Tisch sitzen kann, damit wir darüber sprechen können, wie diese Dinge gemildert werden. — Aber dieser Tag kommt nur dann, wenn wir stark werden, wenn die freie Welt einig ist.

Wenn demgegenüber die Opposition sagt, wir haben mit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht Zeit, bis dieses Europa wird, so kann ich nur antworten: Wenn Ihr unserer Politik zur Erreichung Europas in den letzten Jahren und Monaten nicht dauernd soviel Steine in den Weg geworfen hättet (starker Beifall), dann wären wir heute schon weiter mit der Einigung Europas und auch mit der Wiedervereinigung Deutschlands.

Und wenn man sagt, nach dem Abschluß des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sei keine Wiedervereinigung möglich, so habe ich nur schlicht darauf hinzuweisen, daß ohne eine solche Einigung Europa der Politik der Sowjets ausgeliefert sein wird. Das ist die nackte Tatsache, vor der wir stehen. Man soll in dieser Situation gegenüber den Schwierigkeiten, die die Europäische Verteidigungsgemeinschaft macht, nicht dauernd von allen möglichen Alternativen und anderen Möglichkeiten sprechen. Das ist nur eine merkwürdige Angewohnheit nervös gewordener Menschen, die meinen, wenn irgendwo mal Schwierigkeiten auftauchen, könne man diese überwinden, indem man andere Wege oder Umwege gehe, die sich aber gar nicht überlegen, daß diese anderen Wege noch viel größere Schwierigkeiten machen werden als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Wenn man aber glaubt, wie es Professor Carlo Schmid im Bundestag gesagt hat, man müsse eben eine Form der gemeinsamen Verteidigung wählen, die bei den Sowjets nicht einen solchen Anstoß erzeuge wie die EVG (Heiterkeit), dann kann ich nur sagen: auch wenn die gemeinsame Verteidigung so schwächlich und so locker gemacht werden soll, daß es überhaupt keine mehr ist, werden die Sowjets immer noch Anstoß daran nehmen. Sie werden erst dann keinen Anstoß mehr nehmen an unserer Politik, wenn wir bereit sind, vor ihnen zu kapitulieren. Das ist die Alternative und die Entscheidung, vor denen das deutsche Volk steht.

Ich habe in einigen Zeitungen gelesen, man habe auf dem Parteitag der Christlich-Demokratischen Union zu wenig Rücksicht darauf genommen, daß doch eigentlich diese Politik festgefahren sei. Darüber haben wir uns sehr wohl Gedanken gemacht, daß diese Schwierigkeiten vorhanden sind, aber wir haben aus diesen Schwierigkeiten den einen Schluß gezogen, daß unsere Anstrengungen um Europa verdoppelt werden müssen und daß wir mit allen Menschen, die guten Willens sind, uns zusammen tun müssen, damit diese Schwierigkeiten überwunden werden. (Lebhafter Beifall.)

Wenn es wahr wäre, daß die gemeinsame europäische Verteidigung bereits gescheitert sei, dann hätte die Sowjetunion den größten Sieg seit 1945 errungen, und mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit wäre es endgültig aus! Gott sei Dank ist es nicht wahr!

Wir werden weiterhin unsere Bemühungen auf diesem Weg fortsetzen, um diese Zusammenarbeit zustande zu bringen. Europapolitik und Wiedervereinigungspolitik sind ein und dasselbe. Das sind keine Gegensätze, sondern das eine ist nicht denkbar und nicht durchführbar ohne das andere.

Ich darf noch einmal sagen, daß diese Politik, die unter der Führung des Bundeskanzlers bisher getrieben worden ist und weiter fortgesetzt werden wird, vor allen Dingen auch die Zustimmung der Menschen in der Sowjetzone Deutschlands hat. (Beifall.) Auch wenn diese Menschen wissen, daß das für sie unter Umständen noch weitere Prüfungen zur Folge hat. Aber immer wieder höre ich aus ihrem Mund: Wenn ihr das nicht macht, sind wir alle beide verloren, aber wenn ihr es macht, bleibt ihr frei, und das ist für uns die einzige Chance, eines Tages auch frei zu werden. (Beifall.)

Wir verstehen gewisse Sorgen, die bei unseren westlichen Nachbarn auftauchen, wenn sie von der Wiedervereinigung Deutschlands hören, nämlich die Sorge, Deutschland wolle in einer Art alten nationalistischen Machtstrebens möglichst groß werden. Ich glaube, wir sollten gerade heute von Köln aus unseren westlichen Nachbarn sagen: wenn wir — vor allen Dingen die Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges — von der Wiedervereinigung Deutschlands sprechen, dann leitet uns dabei nicht irgendeine Form von nationalem Anspruch, sondern das ist nichts anderes als der Sehnsuchtsschrei der Menschen, endlich wieder in Ruhe leben und in Freiheit arbeiten zu können. Dieser Ruf nach Wiedervereinigung ist nichts anderes als der Ruf nach Europa, wohin wir gehören und wo wir wieder leben wollen. (Beifall.)

Wenn die Sowjetrepublik heute immer wieder erklärt, sie sei bedroht durch die Verteidigungsanstrengungen der westlichen Welt, dann müssen wir darauf hinweisen, daß nach 1945 die Westmächte, Amerika und England, konsequent jahrelang abgerüstet haben, daß aber die Sowjetunion von 1946 ab das Gegenteil angefangen hat, und daß überhaupt die westliche Welt erst angefangen hat, sich um ihre Sicherheit zu kümmern, als nach der Blockade Berlins und nach Korea der Welt offenbar wurde, daß dies eine dringende Notwendigkeit geworden war.

Es ist einfach eine Umkehrung von Ursache und Wirkung, wenn in Westdeutschland Leute gelegentlich sagen, die eigentliche Gefahr des Weltfriedens sei doch die Rüstung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es handelt sich darum, daß die westliche Welt einfach nicht anders konnte, als sich zusammenzuschließen zu dieser Verteidigung.

Im übrigen leitet uns Deutschen gegenüber der Sowjetunion wahrhaftig keine Absicht irgendeiner Aggression. Wir wollen nur von ihr in Ruhe gelassen werden. Wir wollen in Frieden leben, und wenn es sein kann, mit allen Nachbarn, auch mit den Nachbarn im Osten.

Auch wenn nach der Berliner Konferenz diese Fragen sehr schwer vor uns stehen, dann müssen wir sagen: jetzt zu resignieren und die Hände in den Schoß zu legen, wäre das falscheste, was wir tun könnten; denn es ist nun einmal so, daß jenseits des Eisernen Vorhanges nicht irgendein Ostrand ist; denn dort liegt Weimar, wo Goethe lebte, und Leipzig, wo Bach seine Musik schrieb, und die Städte Thüringens und Sachsens gehören noch immer zur Mitte Deutschlands und damit zur Mitte Europas. (Beifall.)

Für uns alle und für ganz Europa werden nur Friede und Sicherheit kommen, wenn diese Frage gelöst wird. Dazu brauchen wir starke Herzen und die Bereitschaft zum Zusammenstehen, und auch die Bereitschaft zu Anstrengungen. Noch sind wir nicht über den Berg! Es wird uns auf dieser Erde nichts geschenkt, auch nicht die Freiheit und auch nicht der Friede und auch nicht die Einheit, sondern sie wollen errungen sein. Das wird uns um so eher gelingen, je mehr vor allem geistige und sittliche Kräfte in unserem Volk zu einer lebendigen Kraft werden, und wenn wir wirklich wissen, daß es sich hier nicht nur um irgendeinen politischen Gegensatz handelt, sondern um letzte Fragen der menschlichen Existenz und des menschlichen Lebens.

Wenn wir uns zusammenfinden in einer höheren Verantwortung für den Menschen und seine Wohlfahrt, dann allein werden wir mit den Mächten des Materialismus fertig werden. Diese Kräfte werden uns nur dann zuwachsen, wenn wir unsere Herzen ruhig und fest machen. Es ist vielleicht die größte Schwäche der westlichen Welt, daß sie ängstlich und nervös und unsicher ist. Dagegen gibt es wahrscheinlich kein Rezept. Aber ich meine, wenn der Name „christlich“ in unserer Partei nicht nur eine schöne Verzierung sein soll, sondern wenn damit unsere Besonderheit und unser Eigentliches gemeint ist, dann sollten wir uns alle miteinander auch klarmachen, daß in dieser tragischen Situation auch das Geschick unseres Volkes nicht abhängig ist von den Mächten dieser Erde, sondern daß es — wie bei allen Völkern — letzten Endes in den Händen dessen liegt, der der Herr ist über den Geschicken und der Geschichte aller Völker. •

Wenn wir das wissen, dann sollte uns das getrost, ruhig, gelassen und fest machen. Nur aus einem solchen Geist heraus werden auch die politischen Fragen unseres Volkes gelöst werden können. Darum sollten wir überall, wo wir sind, in den Betrieben, auf der Straße oder im Haus, uns bemühen, diesen Geist den Menschen, mit denen wir zusammenleben, mitzuteilen. Wenn wir das fertigbringen, dann leisten wir damit den größten Beitrag zur Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit. (Langanhaltender, starker Beifall.)

PRÄSIDENT JOHNNEN

Ich darf in Ihrer aller Namen dem Herrn Bundesminister Dr. Tillmanns herzlich danken. Ich glaube, der Dank wird am besten dadurch zum Ausdruck gebracht, daß wir allen Brüdern und Schwestern jenseits der Grenze für alles das danken, was sie täglich für uns ausstehen müssen. (Beifall.)

Nun, Herr Dr. Tillmanns, wage ich etwas zu sagen. In Köln war die Stadt Berlin nicht immer ganz beliebt, aber wenn ich einmal im Auftrage dieser Bevölkerung sprechen darf, dann möchte ich sagen, diese Bevölkerung der schwergeprüften Stadt Köln hat am meisten Verständnis für die noch schwerer geprüfte Stadt Berlin. (Starker Beifall.)



*Dr. Adenauer mit Regierungsdirektor Kilb
bei der öffentlichen Kundgebung*

Nun spricht zu Ihnen unser

BUNDESKANZLER DR. ADENAUER

(Mit stürmischen Ovationen begrüßt.)

Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger! (Lebhafter Beifall.)

Herr Johnen hat seit drei Tagen mit soviel Humor und soviel Satire die Leitung des Parteitages gehandhabt und auch heute wieder in dieser Versammlung, daß ich ihm ein sehr hohes Lob dafür spenden möchte. (Beifall.) Ich tue das, indem ich sage, er ist offenbar nur durch ein Versehen nicht in Köln geboren. (Große Heiterkeit.)

Meine Freunde! Der Parteitag war gut. Er war sehr stark besucht. Was mir besonders wertvoll zu sein scheint, ist, daß der gesamte Parteitag oft nicht gerade sehr leichten Vorträgen und Referaten in vorbildlicher Weise gefolgt ist.

Noch ein weiteres hat mich sehr beeindruckt: die Einigkeit und Geschlossenheit. Ich habe heute schon an anderer Stelle gesagt, wir in der CDU — wenn ich von der CDU spreche, meine ich die CSU immer mit — müssen uns immer wieder zurückbesinnen auf unser weltanschauliches Fundament. Das ist auch heute in verschiedenen Reden immer wieder durchgeklungen, insbesondere auch in der ausgezeichneten Rede von Frau Rehling. (Lebhafter Beifall.)

Nun haben wir auf dem Parteitag auch einen Vortrag meines Freundes Arnold gehört über das, was die Regierung von Nordrhein-Westfalen in den vergangenen vier Jahren geleistet hat. Ich war früher im Landtag tätig und war einmal Vorsitzender der Landespartei Rheinland und habe daher vielleicht mehr Gefühl mit dem Geschehen von Nordrhein-Westfalen als mancher andere. Aber ich gestehe sehr offen, ich war doch tief beeindruckt von dem, was Herr Arnold gesagt hat, von dem großen Werk des Wiederaufbaues nicht nur an Häusern, sondern auch an Industrien, von der Aufnahme so zahlreicher Vertriebener und Flüchtlinge und von den großen Leistungen auf dem Gebiete der Kultur.

Gerade ich als Bundeskanzler darf dem Lande Nordrhein-Westfalen und seiner Regierung und seinem Ministerpräsidenten herzlichst dafür danken. Weiter möchte ich hier der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten Arnold dafür danken, daß sie im Bundesrat — von gelegentlichen Trübungen abgesehen — immer der treueste Helfer der Politik der Bundesregierung gewesen sind.

Meine Freunde! Nun stehen Sie vor den Landtagswahlen. Heute in vier Wochen ist die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen schon vorbei. Nordrhein-Westfalen ist ein sehr wichtiges Land. Da in diesem Jahre fünf Landtagswahlen stattfinden, in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen, Bayern und Berlin, versucht die Sozialdemokratie, diese fünf Landtagswahlen zu benutzen, um damit in Deutschland und außerhalb Deutschlands die Scharke auszuweiten, die sie am 6. September des vergangenen Jahres bei der Bundestagswahl erhalten hat. Wenn sie — und ihre Sprecher haben das proklamiert — diese Landtagswahlen unter diesem Gesichtspunkt sehen, gut, dann wollen wir ihnen dienen, meine Freunde. Deswegen bleibt nichts anderes übrig, als einmal sehr offen und sehr breit, darüber zu sprechen, welche historische Schuld die deutsche Sozialdemokratie gegenüber dem deutschen Volk in den vergangenen vier Jahren auf sich geladen hat. (Starker Beifall.)

Glaubt einer von Ihnen, meine Freunde, daß unsere Wirtschaft so da stünde, wie sie jetzt dasteht — jedem von uns kommt das zugute —, wenn nach den Rezepten der Sozialdemokratischen Partei Wirtschaftspolitik getrieben worden wäre? (Zurufe: Niemals!)

Glaubt einer von Ihnen, daß wir eine Währung hätten, die zu den besten Währungen gehört, wenn ein sozialdemokratischer Bundesfinanzminister vier Jahre lang hier gearbeitet hätte? (Zurufe: Nein!)

Glaubt einer, daß wir auf dem Gebiet des Wohnungsbaues so dastünden? Dies Gebiet hängt ja mit der Wirtschaft und mit den Finanzen zusammen. Ich darf daran erinnern, daß wir schon im ersten Jahr des ersten Bundestages fast doppelt soviel Wohnungen gebaut haben, wie die Sozialdemokratie vor der Wahl versprochen hatte. (Beifall.)

Meine Freunde, daß wir von der Bundesregierung und von der CDU/CSU-Fraktion das größte Interesse daran haben, uns nicht durch eine sozialdemo-



DEUTSCHE KRANKEN- VERSICHERUNGS-A.-G.

BERLIN-SCHÖNEBERG

21 Filialen in allen Landeshauptstädten sowie
größeren Plätzen des Bundesgebietes

Die große Versicherten-Gemeinschaft

mit rund

850 000 Privat-Versicherten

*

Krankheitskosten- und Verdienstausschlag-Versicherungen
Ergänzungsschutz für Privat- und Sozialversicherte

Zeitgemäße Wahltarife

bieten Versicherungsleistungen nach Bedarf und Wunsch
zur Behandlung als Privatpatient

FORDERN SIE UNSER ANGEBOT!

kratische Mehrheit des Bundesrates, die dort nur dem Parteigebot gehorcht, unsere ganze Politik lahm legen zu lassen, das ist doch eigentlich selbstverständlich. (Beifall.)

Ich bitte die Wähler von Nordrhein-Westfalen und insbesondere jetzt die Wähler von Köln, mit daran zu denken, daß in der Tat die Wahl in den Landtagen gleichzeitig bedeutet eine starke Einflußnahme auf den Bundesrat und damit auf die Bundespolitik, und daß Sie auch diesen Gesichtspunkt unter keinen Umständen aus dem Auge lassen dürfen.

Nun muß ich einige Ausführungen machen, die zum Teil das angehen, was eben gesagt worden ist, die aber in meinen Augen die größte historische Schuld darstellen, das absolute Versagen der Sozialdemokratie in dieser Not des deutschen Volkes. Es ist die Obstruktion, so kann man es fast nennen, jedenfalls die absolute sture Opposition, die die Sozialdemokratie ständig geleistet hat auf dem Gebiet der Außenpolitik. (Beifall.)

Das ist eine Schuld, die nicht wiedergutmacht werden kann! Und dafür mußte die Sozialdemokratie die Kosten bei der vergangenen Wahl zahlen und so muß sie zahlen auch bei der diesmaligen und bei der nächsten Wahl. Das deutsche Volk kann es nicht mitmachen, daß in dem Kampf, in dem es steht, einfach aus reinem Parteiegoismus derart Schindluder mit ihm getrieben wird. (Starker Beifall.)

Ich habe einen starken Ausdruck gebraucht, aber ich habe ihn überlegt gebraucht. Ich will niemanden beschimpfen, aber man muß sagen können, was ist. Lesen Sie doch nur einmal nach, was in der vergangenen Woche der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion in der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg gesagt hat:

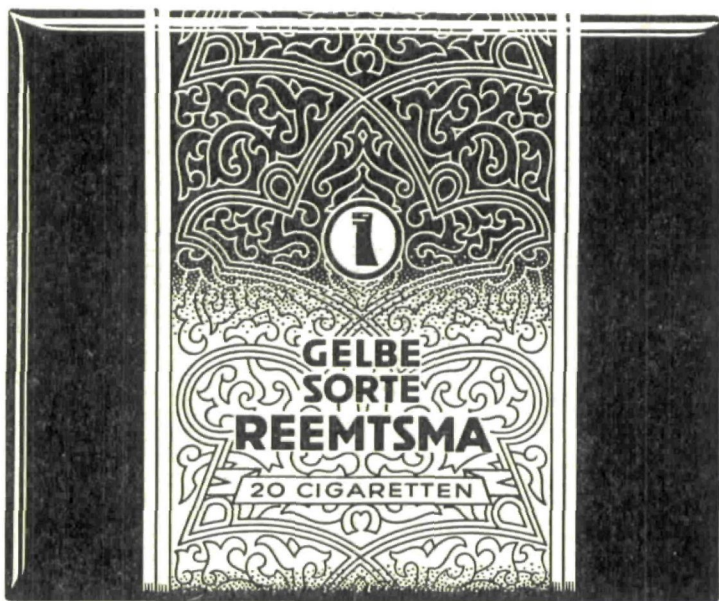
EVG? — Nein! — Nationalarmee? Nein! — Neutralisierung? — Nein! — Aber was sie nun wollen, meine Damen und Herren, das würde ein Preisrätsel sein, das niemand lösen kann! (Beifall.)

Die Sozialdemokratie ist schon in Verlegenheit seit dem für sie negativen Ausgang der Bundestagswahl des Jahres 1949. Da fing es an; da ist ein Reif in der Frühlingsnacht gekommen! Ich darf hierbei eine kleine Reminiscenz sagen: denken Sie einmal daran — es ist nicht allen bekannt —, daß dieser ausgezeichnete Artikel des Grundgesetzes, der dem Bundeskanzler diese starke Position gibt, im Parlamentarischen Rat auf Antrag der Sozialdemokraten geschaffen ist. (Lebhafter Beifall.) Man muß auch von dem Gegner das Gute in Empfang nehmen! Ich gestehe offen, daß ich mit einem leisen Behagen dann und wann daran denke, daß ich die Möglichkeit, die Gedanken durchzuführen, die ich für richtig halte, der Sozialdemokratie des Parlamentarischen Rates verdanke. (Beifall.)

Unsere Situation in der Welt ist nach wie vor schwer. Ja, sie ist schwerer, als sie in den vergangenen Jahren gewesen ist. Lassen wir diesen Tatsachen ins Auge sehen. Die Berliner Konferenz war absolut negativ; sie hat gezeigt und klar bewiesen, daß Sowjetrußland keinen Schritt breit Boden in Europa einstweilen freigeben will.

Und die Genfer Konferenz? Wenn Sie Männer sprechen, die dort gewesen sind und deren Urteil ich schätze — keine deutschen waren es —, und wenn Sie von dem Eindruck hören, den sie gehabt haben, wie dort der Weltkommunismus geeinigt gegen den freien Westen dasteht, dann ist das ein Bild, das jeden nur mit der ernstesten Sorge erfüllen kann. Woraus schöpft Sowjetrußland — das hat der Kollege Tillmanns eben meisterhaft klargelegt — seine Hoffnung? Doch nur aus der Uneinigkeit des Westens. Sie mag aus diesem oder jenem Ressentiment, aus historischen Entwicklungen heraus in gewissem Umfang verständlich sein, aber zu verantworten ist sie nicht! (Beifall.)

Extrem leicht



Eine Cigarette im klassischen Stil
der Reemtsma-Werke Hamburg

Ich werde nie vergessen, was mir ein sehr maßgebender Franzose einmal sagte: Wenn Sie sich darüber beklagen, daß man in Frankreich der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine solche Opposition macht, glauben Sie mir, wenn Ihre deutsche Sozialdemokratie sich anders verhalten würde, dann würde die Opposition in Frankreich nicht da sein. Das hätten sich nach meiner Meinung auch die Sozialdemokraten sagen müssen. Sie sind einmal in eine falsche Richtung gegangen. Vor zwei Jahren sind die Verträge, der eine in Bonn, der andere in Paris, unterschrieben worden. Damit hatte sich die Bundesregierung verpflichtet. Der Bundestag hat später ratifiziert.

Konnte bei dieser Sachlage nicht einmal die Opposition Frieden geben? Konnte sie nicht einmal nach demokratischer Art diese Entscheidung des Bundestages respektieren? Mußte sie denn bei allen möglichen Gelegenheiten in ihrer Presse, durch diese Klagen beim Bundesverfassungsgericht und durch alle Manöver, die sie gemacht hat, immer wieder im Ausland den Eindruck hervorrufen, daß zwar eine jetzt vorhandene Mehrheit des deutschen Volkes dafür ist, ob aber, wenn eines Tages die Sozialdemokraten die Mehrheit bekommen würden, Deutschland wirklich ein treuer Partner sein wird und abgeschlossene Verträge halten werde?

Das ist nämlich die große Sorge, die viele auch uns wohlmeinende Schichten im Ausland haben. Sie brauchen aber diese Sorge nicht zu haben; die Sozialdemokratie wird die Mehrheit nicht bekommen! (Stürmische Zustimmung und großer Beifall.) Dafür werden wir alle miteinander gern sorgen, und die Sozialdemokraten brauchen darüber weiter nicht nachzudenken.

Aber trotzdem müssen wir immer wieder die Wähler aufklären, solange der Kampf tobt. Und der Kampf ist noch im Gange. Diese fünf Landtagswahlen bieten fünf Möglichkeiten für die Sozialdemokratie. Der Ausgang der ersten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wird, das ist nun einmal so, psychologische Einwirkungen auf den Ausgang der anderen Wahlen haben. Wir müssen daher alles tun, damit der Sieg des 6. September des Jahres 1953 durch den Ausgang der Landtagswahlen gefestigt wird. (Starker Beifall.)

Und dann, meine Freunde, dieses Gerede über die EVG, vor der Sowjetrußland sich fürchte und durch die es sich bedroht fühle. Ach, kein Gedanke daran, aber auch gar kein Gedanke! Ganz andere Ideen sind es, die Sowjetrußland leiten. Sowjetrußland sieht doch allein die Vereinigten Staaten von Nordamerika als den präsumptiven Kriegsgegner, dem es unterlegen ist bei seinem heutigen Kriegspotential. Es will Westeuropa im Wege des Kalten Krieges unversehrt haben, weil dann sein Kriegspotential so groß ist wie das amerikanische. Das ist die ganze Geschichte! Und wenn wir Europäer uns nicht zusammenschließen, wenn wir nicht ein Europa gründen, dann hat es alle Aussicht, diesen Kalten Krieg zu gewinnen und damit Europa.

Ich habe wiederholt gesagt und sage es heute mit mehr Recht als je zuvor: Auch Frankreich wird den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ratifizieren! (Lebhafter Beifall.)

In den letzten Tagen sind wichtige Entschlüsse von wichtigen Parteien gefaßt worden, einmal von uns auf unserem Parteitag, dann von der französischen christlichen Partei auf ihrem Parteitag in Lille. Gestern und heute tagt der Parteikongreß der französischen Sozialisten, der nur zu dem Zweck einberufen worden ist, zu entscheiden, ob die sozialistische Fraktion der Nationalversammlung dem EVG-Vertrag zustimmen soll oder nicht, ob Fraktionszwang ausgeübt werden soll oder nicht und welche Strafe evtl. festgesetzt werden soll, für den Fall, daß einer gegen den Beschluß dieses Parteikongresses verstößt.

RUNDFUNKGERÄTE
FERNSEHGERÄTE
MUSIKTRUHEN

PLATTENSPIELER
PLATTENWECHSLER

RUNDFUNKROHREN
SENDEROHREN JEDER
ART UND LEISTUNG

RUNDFUNKSENDER
FERNSEHSENDER
FUNK-WEITVERKEHRSANL.
RICHTFUNKANLAGEN

RADARANLAGEN
NAVIGATIONSANLAGEN
FUNKSPRECHANLAGEN
HOCHFREQUENZ-
WÄRMEGENERATOREN

ELEKTRO-AKUST. ANLAGEN



TELEFUNKEN
Die deutsche Weltmarke

Seit mehr als 50 Jahren

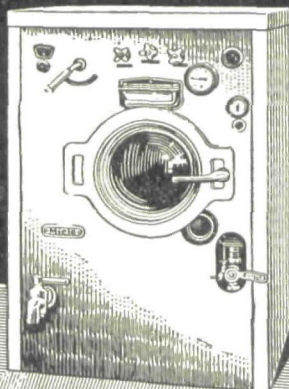
Miele

Trommelwaschmaschinen

für Gas-, Elektro-, Dampf- und Kohleheizung

Fordern Sie unverbindlich
Angebot und Beratung!

Mielewerke
Aktiengesellschaft
Gütersloh/Westf.



Hohe Politik

ist ohne die Begleitmusik des vielstimmigen Orchesters der Presse - als des wesentlichsten Ausdrucksmittels der öffentlichen Meinung - einfach undenkbar. Daraus ergibt sich die Berufung und zugleich die Verantwortung der Zeitung. Ihr gerecht zu werden, verpflichtet auch zu einer besonderen Pflege der Auslandsberichterstattung und der Außenpolitik. Obschon in ihrer eigentlichen Aufgabenstellung große Zeitungen regionalen Charakters, werden die

Kölnische Rundschau

UND

Bonner Rundschau

dieser Verpflichtung gerecht. Sie haben das Netz ihrer eigenen Auslandsberichterstattung planmäßig auf- und ausgebaut; ihnen steht ein eigener Auslandsdienst zu Gebote, wie ihn nur ganz wenige deutsche Zeitungen besitzen. Beide Blätter geben ihren Lesern eine

überzeugende Unterrichtung

Heute mittag ist über die erste Frage die Entscheidung bei den französischen Sozialisten gefallen: 1900 Stimmen für die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und 1200 Stimmen dagegen. (Sehr starker Beifall.)

Es war eine harte Arbeit, und man mußte große Geduld haben; denn ein Volk, das so geschlagen worden ist wie das deutsche Volk — ich habe das schon früher einmal gesagt — muß erstens Geduld haben und zweitens muß es anständig, ehrlich und vertragstreu sein. Wir haben nur ein Kapital und nur eine Macht im Ausland — das ist das Vertrauen, das wir uns erworben haben und das wir weiter vermehren wollen. (Beifall.)

Das können wir aber nur dann, wenn wir die Politik, zu der uns das deutsche Volk durch seine Entscheidung am 6. September 1953 bevollmächtigt hat, weiter durchführen. Und dazu müssen Sie uns helfen auch bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und in den übrigen vier Ländern, die ich eben erwähnt habe, und ich sage Ihnen, Sie retten damit den Frieden und die Freiheit!

Ich habe gar keinen Zweifel, nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nach menschlichem Ermessen sicher ist, daß auch die Europäische Politische Gemeinschaft kommen wird.

Aber wenn sie nicht kommen wird, dann sind Frieden und Freiheit verloren für uns und für unsere Kinder und Kindeskinde. Ich bitte Sie von Herzen, denken Sie daran, wenn Sie zur Wahl schreiten. Denken Sie daran, was diese Regierung in Nordrhein-Westfalen geleistet hat. Denken Sie daran, daß die zukünftige Regierung von Nordrhein-Westfalen für uns, für die Bundespolitik von größter Bedeutung ist. Denken Sie bitte daran, daß im Ausland das Vertrauen, das man auf Grund der Wahl vom 6. September 1953 in Deutschland setzt, weiter gefestigt und gestärkt wird! (Langanhaltender, starker Beifall, in Ovationen übergehend.)

Die



RHEINISCHE POST

Ist mit rund $\frac{1}{4}$ Million Exemplaren die größte Zeitung am Rhein. Mit ihrer Auflage liegt sie in der Spitzengruppe, mit dem Anzeigenteil steht sie an der Spitze aller deutschen Tageszeitungen.

Sie bekennt sich seit ihrer Gründung zur Politik auf christlich-demokratischer Grundlage. Sie ist im politischen, kulturellen und heimatlichen Teil eine Zeitung eigener Prägung und fühlt sich dem Heimatgedanken ebenso verbunden wie dem großen Geschehen in der Welt.

Die starke Verbreitung der Rheinischen Post erstreckt sich auf die Wirtschaftsräume Düsseldorf, Neuß, M.-Gladbach und Krefeld, auf den ganzen Niederrhein links und rechts des Stroms, das westliche Ruhrgebiet und das Bergische Land.

Verlagsort Düsseldorf, Schadowstraße 11, Fernruf Sa.-Nr. 87 81

Telefonische Anzeigenaufnahme 1 01 01

PRÄSIDENT JOHNEN

Auch ich möchte Ihrem Konrad Adenauer herzlich danken. (Erneut starker Beifall.) Lassen Sie mich einige Sätze hinzufügen. Wenn ein Mann, der soviel Verantwortung trägt wie unser Bundeskanzler, selbst von Herzen bittet, an die Wahl vom 27. Juni zu denken, dann muß das schon etwas bedeuten. Der Herr Bundesminister Dr. Tillmanns hat Ihnen klar gesagt, das Kapital, das wir haben im Ausland, ist das Vertrauen, das der Persönlichkeit Dr. Adenauers entgegengebracht wird. (Lebhafter Beifall.) Worauf beruht das Vertrauen? Auf drei Werten; der erste Wert ist die Persönlichkeit des Kanzlers selbst (Beifall), der zweite Wert ist seine klare Konzeption des Westens (Beifall) und der dritte Wert ist der, den er selber genannt hat, das ist die Wahl vom 6. September 1953. (Beifall.)

Nun will die Opposition diesen dritten Grundpfeiler des Vertrauens des deutschen Bundeskanzlers im Ausland einrennen. Wissen Sie, was das heißt? Das Vertrauen, welches das deutsche Volk durch ihn hat, das wollen wir erhalten! Das ist die Bedeutung der Wahl vom 27. Juni. Deshalb hat diese Wahl in Nordrhein-Westfalen die Bedeutung der Wahlen des Vorjahres.

Wer am 6. September 1953 — ich muß es jetzt übertreiben — Dr. Adenauer gewählt hat, weil er die CDU wollte, der muß am 27. Juni CDU wählen, oder er revidiert seine Wahlentscheidung vom 6. September. Ihr Konrad Adenauer, der von morgens bis abends in einer bewunderungswürdigen Frische seine Pflicht tut —, wollen wir ihn nicht wiederwählen? (Starker Beifall.)

Eine so große CDU-Versammlung, wie Sie jetzt hier sind, darf nicht schließen, ohne daß wir uns daran erinnern: wir wollen ein geeintes Europa, aber wir wollen ein geeintes Europa, in dem wir auch ein wiedervereinigtes Deutschland haben! (Starker Beifall.)

Wir wollen in Bescheidenheit an uns selber denken und an unser Vaterland. Und so laßt uns den Fünften Parteitag der Christlich-Demokratischen Union schließen, indem wir uns unseres Volkes erinnern und das Deutschlandlied singen: Einigkeit und Recht und Freiheit!

(Die Versammlung singt die dritte Strophe des Deutschlandliedes.)

Präsident Johnen schließt die Kundgebung um 20.45 Uhr mit dem Wahlruf:

Mit Arnold für Adenauer!



BAD NEUENAUH DAS SCHÖNE HEILBAD IM AHRTAL

Zucker, Gicht, Galle, Leber, Magen, Darm, Niere, Blase, Herz, Kreislauf
Trink- und Badekur mit alkalisch-erdigen Thermen (36°C) - Ganzjähriger
Kurbetrieb - Preisgünstige Pauschalkuren - Haustrinkkuren mit
„Bad Neuenahrer Sprudel“

KURHOTEL UND KURSANATORIUM - DIE FÜHRENDEN HÄUSER
Prospekte durch Kurverwaltung Bad Neuenahr, Ruf Nr. 291



Düsseldorf

EHRENHOF IM AUSSTELLUNGSGELÄNDE

J. BACKHAUS K.G.

BAUUNTERNEHMUNG

HOCH- TIEF- UND INDUSTRIEBAU

STAMMHAUS:

PADERBORN

GEROLDSTRASSE 32 RUF 3741-44

NIEDERLASSUNGEN:

RECKLINGHAUSEN

WICKINGSTRASSE 3 RUF 4977

LUDWIGSHAFEN A./RH

PRANCKHSTRASSE 13 RUF 62690

KÖLN-MARIENBURG

MEHLEMER STRASSE 25 RUF 32554/55

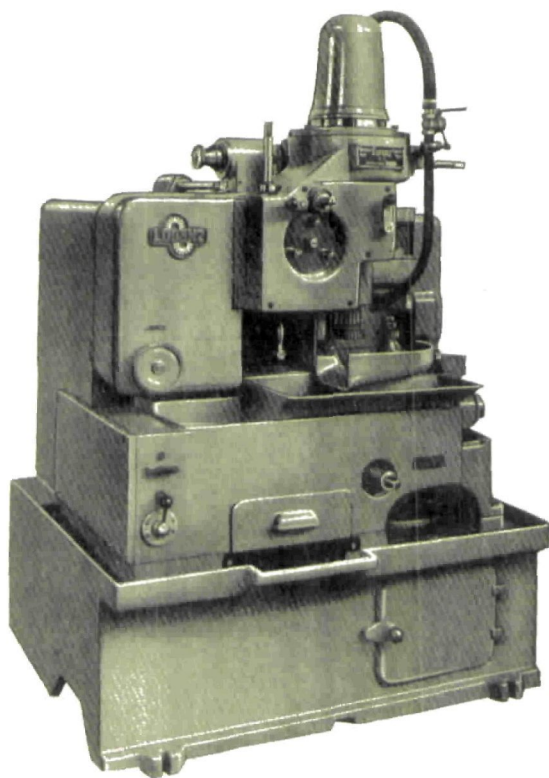
TREUE ZUR QUALITÄT

ist für den BV
mehr als eine
verpflichtende Tradition
Sie ist die Grundlage
seines Wirkens





WÄLZFRÄSMASCHINEN
WÄLZSTOSSMASCHINEN
SCHNEIDRÄDER



MASCHINENFABRIK LORENZ A-G
ETTLINGEN/BADEN



Wo in der photographischen Welt höchste Ansprüche gestellt werden, da spielen Erzeugnisse kunstreichen Handwerks von Kritzler eine internationale Rolle.

Der Anfang war die Idee, kostbarem photographischem Gerät die elegante und zweckvolle Umhüllung zu geben, die es verdient.

Viele fleißige Hände bei Kritzler arbeiten heute aus edlem Material Bereitschaftstaschen, die sich einen angesehenen Platz auf dem Weltmarkt erkämpfen.

LEDERWARENFABRIK KRITZLER KG
REBBELROTH BEZ. KÖLN

Emil Wilhelm Sondermann

SPINNEREI, STRICK- UND WIRKWARENFABRIK

GUMMERSBACH/RHLD.



Man verlange nicht einfach
eine Flasche
Limonade,
sondern das gehaltvolle,
erfrischende



Sinalco

das alkoholfreie Markengetränk von Weltruf

Bauunternehmung

SAGER & WOERNER G. m. b. H.

München, Augsburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt,
Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Koblenz,
Neumünster, Neustadt/Weinstraße, Nürnberg, Stuttgart



*Tradition und Fortschritt
brachten den Erfolg*

1945 — 112 000 Versicherte

1954 — **540 000** Versicherte

Central Krankenversicherung AG.

Köln · Hansaring 40-46 · Fernruf 21 48 45

BASALT-UNION G. M. B. H.

Wesselstraße 1

BONN

Fernruf 33651

liefert alle Sorten von Basaltmaterialien, auch geteert und
asphaltiert für den Bahn-, Wege-, Wasser- und Betonbau

*Eine neue Zeitschrift für Literatur
und geistiges Leben*

NEUE DEUTSCHE HEFTE

Beiträge zur europäischen Gegenwart

Herausgeber: Paul Fechter und Joachim Günther

*Jährlich 12 Hefte. Je 80 Seiten. Im Abonnement 3.-DM zuzüglich
Zustellgebühr; einzeln 3.50 DM. Seit April 1954*

Die Mitarbeiter: Hans Jürgen Baden · Peter Bamm · Otto Bartning
Gottfried Benn · Werner Bergengruen · Bernard von Brentano
Max Brod · Wilhelm Furtwängler · Gerd Gaiser · Gustaf Gründgens
Romano Guardini · Otto Hahn · Manfred Hausmann · Bernt von
Heiseler · Werner Heisenberg · Werner Helwig · Hans Hennecke
Heinz Hilpert · Curt Hohoff · Kurt Ihlenfeld · Pascual Jordan
Marie Luise Kaschnitz · Rudolf Krämer-Badoni · Willy Kramp · Max
von Laue · Gerhard Nebel · Wolf von Niebelschütz · Hans Erich Nossack
Julius Overhoff · Johannes Pfeiffer · Josef Pieper · Eduard Plietzsch
Hans Joachim Schoeps · Wilhelm von Scholz · Eduard Spranger
W. E. Süskind · Otto von Taube · Paul Tillich · Franz Tumlner u. v. a.

*Erste Stimmen: „Wenn ich noch mitreden dürfte, würde ich meinen, das
wäre nun die Zeitschrift, die wir vermissen und so nötig haben, keine Clique,
einfach die Partei des Guten.“*

Emil Strauß

*„Das erste Heft dieser Zeitschrift beweist große europäische Stilistik und Ge-
sinnung, und dem Leser ist nicht zu viel versprochen, wenn man ihm Genuß und
Gewinn zugleich in Aussicht stellt.“*

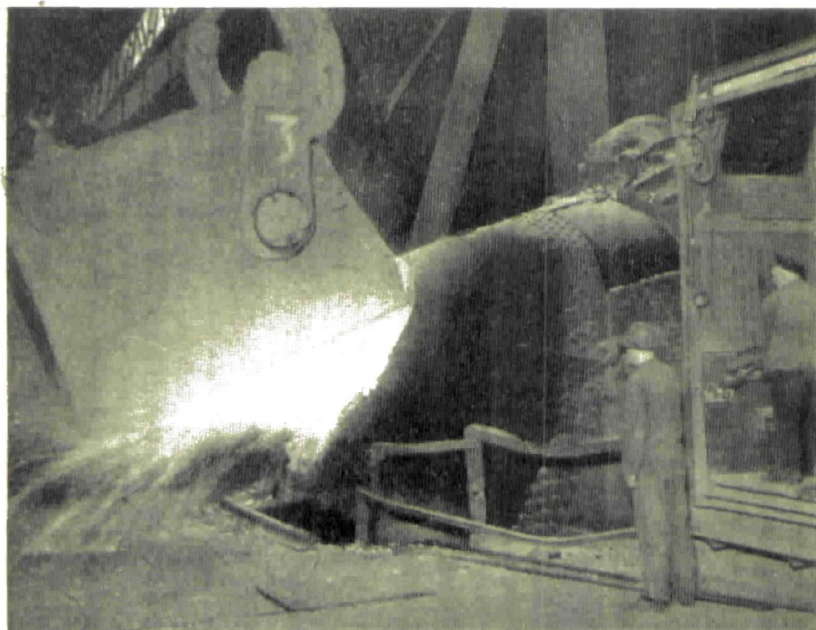
R. Krämer-Badoni

*„Es wird notwendig sein, für jeden, der am europäischen Geistesleben der Gegen-
wart interessiert ist, sich laufend mit dieser Zeitschrift zu beschäftigen.“*

Radio Graz

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung

C. BERTELSMANN VERLAG GÜTERSLOH



Mensch und Maschine, Arbeit und Kapital: das Zusammenstehen aller - Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsvertretung, Belegschaft - haben die **WESTFALENHÜTTE AG** von einem überwiegend zerstörten Werk, das Ende 1944 stillgelegt werden mußte, zu einem der vielseitigsten und modernsten Hüttenwerke Westdeutschlands werden lassen. Es ist ein Symbol des „Wunders der Arbeit“

Unser Fertigungsprogramm umfaßt:

STAHLBAUWERKE

jeder Art, genietet und geschweißt:

Brücken, feste und bewegliche

Stahlhochbauten
für Bergbau und Industrie

Stahlskelettbauten

Gerüste für Krane und Kranbahnen

Fördergerüste · **Bohrtürme**



Leitungsmaste · **Kühltürme**

Behälter für feste und flüssige Stoffe

Bunker · **Silos** · **Stahlwasserbauten**

Funkmaste und **Funktürme**

Herrmann-Siebe für sämtliche Aufbereitungs- und Filtervorgänge

Zonen-Schrägbunker und Radial-Siebanlagen
für die Entwässerung von Kohle

Verzinkerei speziell für Röhren in größten Abmessungen

HEIN, LEHMANN & CO. AG. DÜSSELDORF

Postfach 9107, Fernsprecher 702 01, Fernschreiber 082/2740, Tel.-Adr.: Eisenbau

Klarer Kurs

für Privatwirtschaft gegen Sozialismus

Wirtschaft und Politik

zur Aufhellung der Zusammenhänge

Umfangreicher Nachrichtendienst

bei fachlicher Kommentierung

Vorzüge des

Industriekurier

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND TECHNIK

DÜSSELDORF · PRESSEHAUS · MARTIN-LUTHER-PLATZ · RUF 106 31



Stahlkonstruktionen aller Art

Baumaschinen

EIKOMAG

Eisenkonstruktionen und Maschinenfabrik AG.

Düsseldorf-Benrath

Kappelerstraße 51

Fernruf 71 15 41 - 43

HEINRICH GELDMACHER

PAPIERFABRIKEN

Winterborn (über Waldbröl), Ruf Nümbrecht 207

Felderhoferbrücke (Post Hennef/Sieg)

Ruf Ruppichteroth 204

Erzeugung:

Tapetenroh papier und Prägepapier

in allen Spezialarten, Briefumschlagpapier,

Hülsenpapier, Tüten- und Packpapier aller Art,

Beklebe papier, Isolierrohrpapier.

Papierverarbeitungswerk: Guxmühlen

(über Wiehl/Land), Ruf Nümbrecht 224

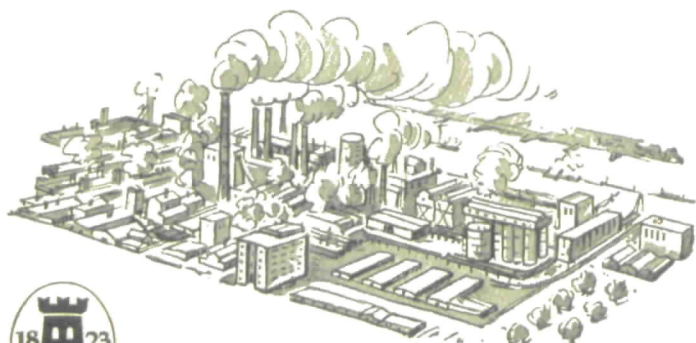
Spinnereihülsen, Isolierrohre.



GUTEHOFFNUNGSHÜTTE



UNSER NEUES SCHMIEDEPRESSWERK



Südlich von Ludwigshafen

erstrecken sich in breiter Rheinfront die ausgedehnten Produktions- und Verladeanlagen der Firma Gebrüder Giuliani G.m.b.H. 1823 in Mannheim gegründet und seit über 100 Jahren in Ludwigshafen ansässig, gehört Giuliani zu den ältesten Chemie-Unternehmen Deutschlands. Täglich übernehmen am Rheinufer zahlreiche Verladekräne Kohle, Bauxit, Rohphosphat, Schwefelkies und andere Rohstoffe, um eine Vielfalt von Giuliani-Erzeugnissen daraus entstehen zu lassen. Heute zählen Tonerde und Tonerdeverbindungen, Aluminium und Aluminiumlegierungen, phosphorsaure Salze, Düngemittel, Füllstoffe, Pharmazeutika, Nahrungsmittelzusätze, Gasreinigungsmasse zu einem umfangreichen Produktionsprogramm, das unter der Marke „Giulini“ und durch das „Turmzeichen“ im In- und Ausland traditionelles Vertrauen genießt.

GEBRÜDER GIULINI GMBH · LUDWIGSHAFEN/RHEIN

Graetz
RADIO
FERNSEHEN

Ein Begriff für gute Qualität



Hochwertige Handstrickgarne
der Kammgarnspinnerei

Johann Wülfing & Sohn, Remscheid - Lennep

VAW

VEREINIGTE ALUMINIUM-WERKE
AKTIENGESELLSCHAFT·BONN

ORIGINAL-HÜTTEN-ALUMINIUM

ALUMINIUM-GUSS-UNDKNETLEGIERUNGEN
in Masseln, Walz- und Preßformaten, Gieß und Granalien

REINST-ALUMINIUM 99,99%

RAFFINAL-REFLECTAL

Tonerdehydrat-Ferrosilizium
Söderbergmasse

Ruf: Bonn 31741-44·Fernschreiber: Alu Bonn 089885

Drahtw.: Aluminium Bonn

Dujardin



Imperial
Weinbrand

* **Triple Sec**
Curaçao

**Vollmechanische
Kohlengewinnung
und Förderung
spart Arbeitskräfte
und steigert die Leistung.**

Homburger Papierfabrik

WILHELM GELDMACHER

Nümbrecht-Papiermühle · Gegründet um 1650 als fürstliche Papiermühle
ab 1806 im Familienbesitz

Post Wiehl · Fernruf: Nümbrecht 313 und 314

Mehr als 100 Jahre Spezialität: Tapetenrohapiere
Eigene Holzschleiferei



SEPARATOREN

für Milchwirtschaft und Industrie

BUTTERUNGSMASCHINEN

für moderne Molkereien

MELKMASCHINEN

für die Landwirtschaft

WESTFALIA SEPARATOR AG.

OELDE (Westfalen)

JUNG JUNGENTHAL

Lokomotiven jeder Antriebsart und Größe · Dieselmotoren · Bootsmotoren · Dieselaggregate · Autoschütter
Kessel-, Behälter- u. Blechkonstruktionen · Schmiedestücke
Abteilung Werkzeugmaschinen: Karussell-Drehbänke

ARN. JUNG · LOKOMOTIVFABRIK GMBH. · JUNGENTHAL BEI KIRCHEN/SIEG

LEICHTMETALLE



Leichtmetalle

*Unsere leistungsfähigen
Gießereien und Walswerke
arbeiten nach modernsten
Herstellungsmethoden und
setzen uns instand, alle
Anforderungen der Industrie
in jeder Weise zu erfüllen.*

HONSEL-WERKE
AKTIENGESELLSCHAFT
*Leichtmetall-Gießereien
und Walswerke
Meschede in Westfalen*



VOLLENDETE
WOLLKRAWATTEN



Achten Sie beim Einkauf
auf dieses Gütezeichen,
das für Qualität bürgt

Erhältlich in guten
Fachgeschäften



*

Mülheim

a. d. Ruhr

Verkehrsknotenpunkt

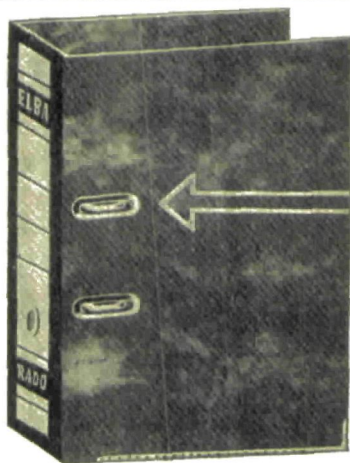
STADTMITTE

mit Rathaus und Rathausurm



* Gemeint ist CORRECTA - Schaum, das Polstermaterial unserer Zeit mit seiner anschmiegsamen, atmenden Struktur. Lieferung durch Polstereien und den Fachhandel.

CORRECTA-WERKE BAD WILDUNGEN



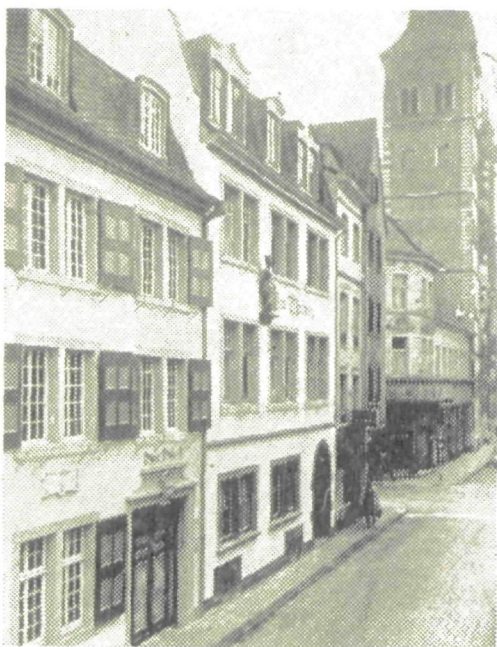
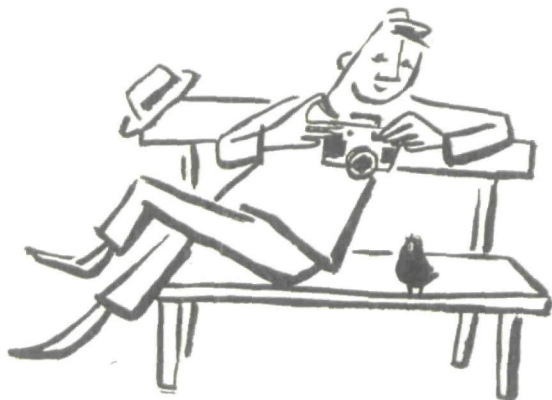
ELBA-RADO-Ordner spart 14⁰/₁₀ Raum und besitzt absolutes Stehvermögen. Auch der gefüllte Ordner kann nicht umfallen.

Lieferbar nur durch den Fachhandel.

Kraut & Meienborn, Wuppertal-Elberfeld

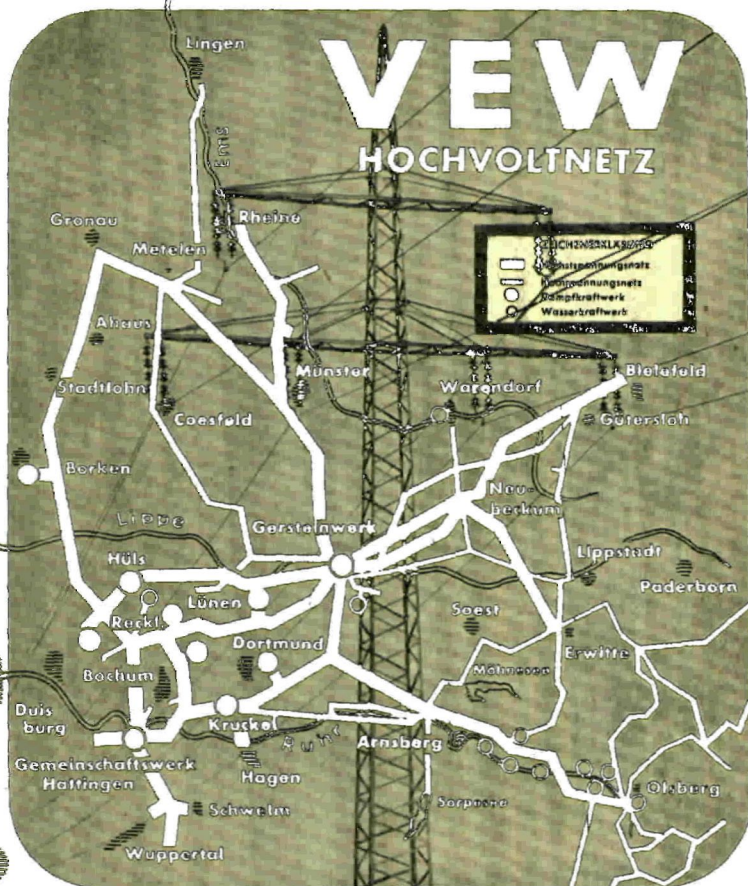
zur Erholung und Entspannung

eine Camera von



Bonn

Beethovenhaus



VEW-STROMVERSORGUNG

Versorgungsgebiet in km²

12 800

Einwohnerzahl

3 600 000

Maschinenleistung in kW

743 000

Stromkreislänge in km

30 000



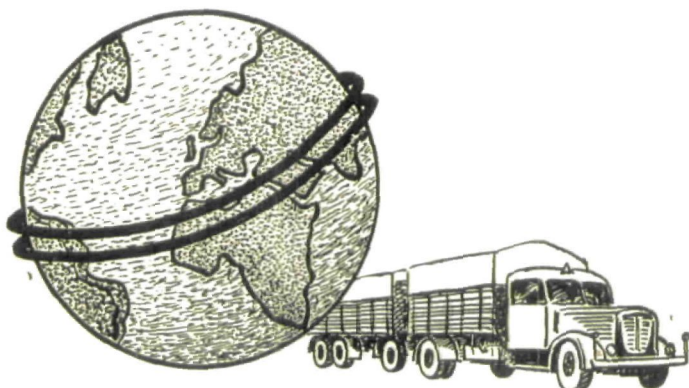
**VEREINIGTE ELEKTRIZITÄTSWERKE
WESTFALEN AG DORTMUND**

Verkaufsstellen-Verzeichnis

AACHEN, Adalbertstraße 71	KÖLN, Schildergasse 65-67
BERGISCH GLADBACH, Hauptstraße 73	KREFELD, St. Antonblock 25-27
BERLIN-FRIEDENAU, Lauterstraße 16-17	KREUZNACH, Poststraße 2
BERLIN-MOABIT, Turmstraße 24	LENNEP, Bahnhofstraße 1
BERLIN-CHARLOTTENBURG, Wilmersdorfer Straße 137 Ecke Bismarckstraße 44	LEVERKUSEN-WIESDORF Hauptstraße 19
BONN, Markt 36	MAINZ, Parkusstraße am Aliceplatz
BÜHL/Baden, Hauptstraße 18	M.-GLADBACH, Friedrichstraße 9
BÜNDE/Westf., Bahnhofstraße 74	NECKARSULM, Marktstraße 22
DORTMUND, Westenhellweg, Krügerpassage	NEUSS, Oberstraße 78
DÜREN, Kölnstraße 28	NÜRNBERG, Breite Gasse 85-87
DÜSSELDORF, Karlplatz 17	OLPE, Martinstraße 3
DUISBURG, Sonnenwall 36	PFORZHEIM, Ebersteinstraße 8a
FREIBURG, Belfortstraße 2	PIRMASENS, Schloßstraße 14
GELSENKIRCHEN, Bahnhofstraße 81	RAVENSBURG, Kirchstraße 16
GODESBERG, Friedrich-Ebert-Straße 14-18	RHEYDT, am Marienplatz
GÖTTINGEN, Weenderstraße 11	SIEGBURG, Bahnhofstraße 16
GÜTERSLOH, Königstraße 25	SOLINGEN-OHLIGS, Talstraße 77
GUMMERSBACH, Kaiserstraße 20	TRIER, Nagelstraße 17
HAGEN, Kaiserstraße 7	VELBERT, Friedrichstraße 162
HAGEN, Elberfelder Straße 37	VIERSEN, Hauptstraße 13
HAMBURG, Bleichenbrücke 3	VILLINGEN/Schwarzwald, Niedere Straße 51
HAMBURG, Spitalerstraße 4	WANNE-EICKEL, Hauptstraße Ecke Lortzingstraße
HANNOVER, Heiligerstraße 4	WEIDENAU, Wilhelmstraße 26
HAMM, Bahnhofstraße 4	WIESBADEN, Kirchgasse 64
HEMER-WESTIG, Hauptstraße 63	WIPPERFÜRTH, Untere Straße 4
KAISERSLAUTERN, Schneiderstraße 11	WÜRZBURG, Kaiserstraße 8
KIEL, Holstenstraße 22	WUPPERTAL-OBERBARMEN Berliner Straße Ecke Siennertstraße
KOBLENZ, Schloßstraße 46	



Die Bekleidungswerke mit der großen Leistung



Über 2 x um den Erdball...

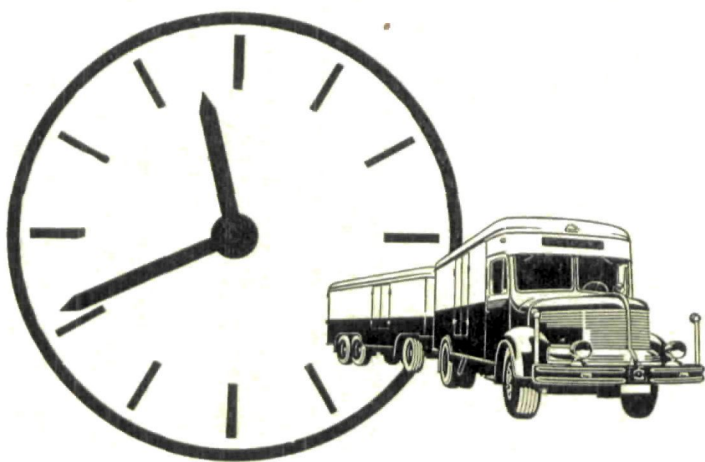
das ist die beachtliche Kilometerleistung, die ein gewerblicher Güterfernverkehrszug innerhalb eines Jahres vollbringt. Mit solchen Leistungen ist der Fernlastzug als modernstes und beweglichstes Landtransportmittel aus dem Wirtschaftsleben nicht mehr hinwegzudenken.

Im Gegenteil: Allen Anfeindungen zum Trotz gewinnt der Transport mit Fernlastzügen immer mehr an Bedeutung, denn die Wirtschaft weiß die sich ihr bietenden Vorteile zu nutzen.

Der gewerbliche Fernlastzug, das zeitgemäße Transportmittel!

Verband für das Verkehrsgewerbe Westfalen Lippe e. V., Münster

Straßenverkehrs-Genossenschaft eGmbH., Münster



Zeit ist Geld

Mehr denn je hat dieses Schlagwort im heutigen Wirtschaftsleben seine Berechtigung. Viel Zeit und damit auch Geld können Sie sparen, wenn Sie für Ihre Transporte Fernlastzüge benützen. Schnelle Belieferung Ihrer Kunden, weniger oder keine Verpackung, Schonung Ihrer Güter durch Wegfall von Umladungen im üblichen Verkehr „von Haus zu Haus“, das sind wesentliche Vorteile, die Ihnen der Fernlastzug bietet. Ihre Konkurrenzfähigkeit wird dadurch wesentlich erhöht!

Der gewerbliche Fernlastzug, das zeitgemäße Transportmittel!

G. MUNDORF & CO. GmbH. RADEVORMWALD-BERGERHOF/RHLD.

gegr. 1879

SEIT 75 JAHREN — FEILEN und WERKZEUGE ALLER ART

Marke „BOCK“

„MUNDORF“ - HOCHLEISTUNGS - PRÄZISIONS - DREHBANKFUTTER

Baumaschinenfabrik Büniger

AKTIENGESELLSCHAFT

DÜSSELDORF

Schloßstraße 31-45 · Ruf: Sammel-Nr. 445 51

liefert: **Universalbagger von 0,3 bis 1,5 cbm**

DECHAMPS & DROUVEN NACHF.

Tuchfabrik

*

Hersteller feiner schwarzer
Standardartikel

*

Seit 1872 in Aachen

H.W. Rocholl GmbH. Türschloßfabrik Radevormwald

Herstellung von Türschloßern und Baubeschlägen
aller Art

Spezialitäten:

Kastenschlösser Einsteckschlösser Türschlüssel

Neuheit:

Universal Tür-Fangschließer « Ro 55 »

Außerdem: Autogen- u. Elektro-Schweißarbeiten

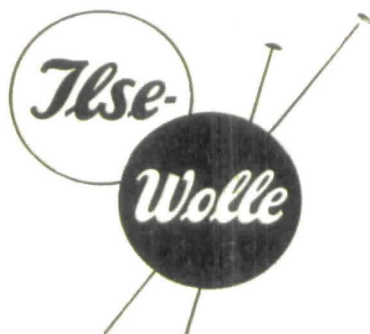


HÜNNEBECK SCHALUNGSTRÄGER

DEUTSCHE STAHLLAMELLE HÜNNEBECK K.-G. DÜSSELDORF



**Baut mit
westfälischem
Portland-
Zement!**



**Die gute
Markenwolle!**

Hersteller :

Kammgarnspinnerei Hardt Pocorny & Co.

Dahlhausen - Wupper



**ELEKTRISCHE AUSRÜSTUNGEN
FÜR**

*Bahnen · Hebezeuge
Werkzeugmaschinen*

THEODOR KIEPE · DÜSSELDORF-REISHOLZ

29.

In einer Hand

liegt die Erfahrung in
der Herstellung!

BIRAX-Hartpapier

BIRATEX-Hartgewebe
Schaltstangen, Schaltzangen,
kunstharzlackierte Papiere
und Gewebe

BIRALIT-Preßmassen,
Kunstharze, Lacke und Kitte,
Formteile aus

BIRALIT-Kunststoffe,
kriechwegfeste Kunststoffe

BREKU-

Brems- und Kupplungsbeläge

Bisterfeld & Stolting

Inhaber Ernst Bisterfeld

Radevormwald (Rhld.)

Werk I

Radevormwald (Rhld.) · Telefon: 5 33
Fernschreiber: 084 356

Werk II

Egerpohl / Post Ohl, Bez. Köln
Telefon: Wipperfürth 781/83
Fernsprecher: 08 739



HERMANN BALDUS

Kom.-Ges.

FRIEDRICHSTAL

Post Niederseßmar (Rhld.)
Fernruf:
Amt Gummersbach 2974/6

**Spinnerei, Weberei
Färberei, Ausrüstung,
Streichgarne für
Wirkereien,
Strickereien,
Webereien,
Teppichindustrie,
Damenstoffe,
Sportstoffe, Decken**

Schokinag
Schokolade Industrie
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Mannheim
 SEILERSTR. 22



schreibt wie gedruckt



SIEMAG FEINMECHANISCHE WERKE GMBH · EISERFELD/SIEG

HALSTENBACH & CO

WUPPERTAL-BARMEN

Weberei
 und
 Maschinenfabrik
 G.m.b.H.

Zettelmeyer

Hublader

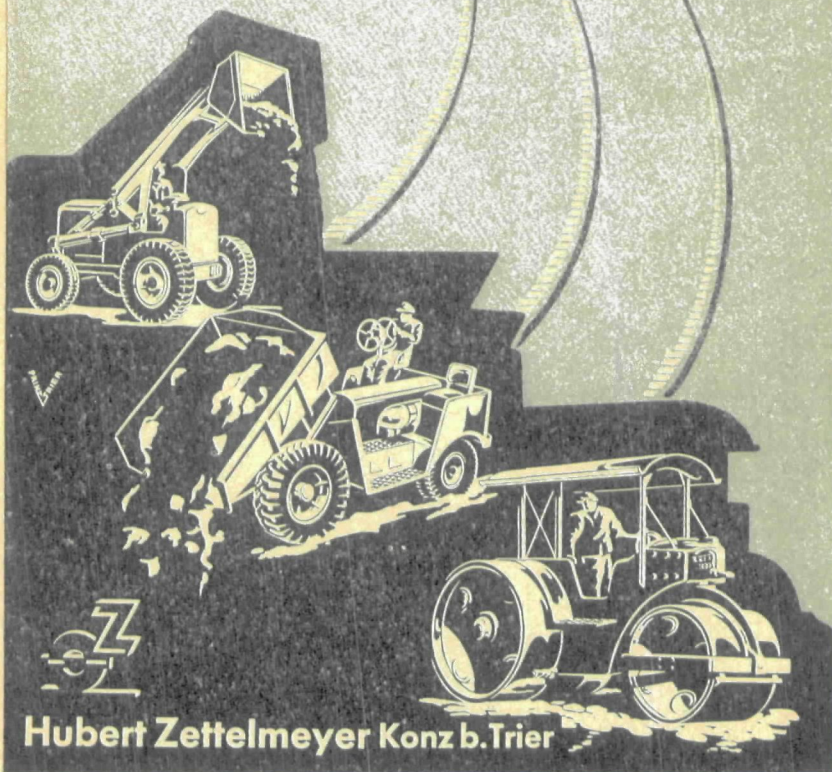
mit verschiedenen
Ladevorrichtungen

Autoschütter

2 und 4 cbm

Diesel-Walzen

4-16 tons




Hubert Zettelmeyer Konz b. Trier

Inhalt

Geleitwort des Parteivorsitzenden	7
Besinnung auf die Grundlagen	9
Erster Tag	
Partei Vorstand, und Parteiausschuß	11
Die Eröffnung des 5. Bundesparteitages	12
Begrüßung durch Parteitagspräsident Johnen	14
Oberbürgermeister Dr. Ernst Schwering	15
„Die geistige Struktur unserer Zeit“ Bundestagspräsident D. Dr. Ehlers	20
1. Plenarsitzung	37
„Bericht über Arbeit der Bundestagsfraktion“ Dr. von Brentano	37
Aussprache	45
Zweiter Tag 48	
2. Plenarsitzung	48
„Die politische Weltlage und Deutschland“ Dr. Gerstenmaier	48
Aussprache	56
„Die deutsche Landwirtschaft in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit“ Bundesminister Dr. Lübke	69
Aussprache	79
3. Plenarsitzung	88
Begrüßungen	88
„Die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt“ Präsident H. J. Abs	92
Aussprache	99
Begrüßungen	113
„Der Mensch in der sozialen Ordnung“ Prof. J. Höffner	117
Aussprache	128
Dritter Tag 136	
4. Plenarsitzung	136
„Die Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen“ Ministerpräsident K. Arnold	137
Beschlußfassungen	146
Schlußsitzung	155
„Unsere Verpflichtung für die Deutschen jenseits des Sperrgürtels“ Bundesminister J. Kaiser	155
Schlußwort Bundeskanzler Dr. Adenauer	161
Entschließungen	169
Landesverband Oder-Neiße	172
Ausländische Gäste	173
Öffentliche Kundgebung	174



Schoeller Wolle

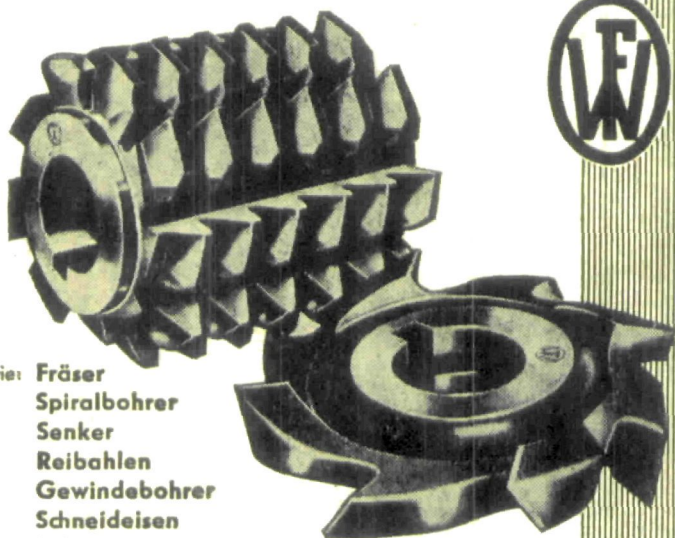
KLEIDET

Schoeller'sche Kammgarnspinnerei Eitorf Aktiengesellschaft

Eitorf an der Sieg

In erstklassiger Qualität fertigen wir

Präzisionswerkzeuge für die Metallbearbeitung



wie: **Fräser**
Spiralbohrer
Senker
Reibahlen
Gewindebohrer
Schneideisen
Lehren

sowie für die verschiedensten Zwecke:

Vorrichtungen
Schnitt- und Stanzwerkzeuge
Spezialmaschinen

und als Neuentwicklung:

Gewinde-Rollköpfe für die
spanlose Gewindeherstellung

WILHELM FETTE

PRÄZISIONSWERKZEUG-FABRIK SCHWARZENBEK-HAMBURG